



83. Sitzung

Kiel, Freitag, 9. März 1979

Mitteilungen des Präsidenten 5630, 5704

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Entwurf der Anmeldungen zum 9. Rahmenplan für den Hochschulbau

Bericht der Landesregierung
Drucksache 8/1897
Bericht und Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses 5630
Drucksache 8/1931
Harms (Heede) (SPD), Berichterstatter . 5630
Neitzel (F.D.P.) 5631
Harms (Heede) (SPD) 5631
Dr. Schübeler (CDU) 5633
Meyer (SSW) 5636
Dr. Braun, Kultusminister 5636

Zustimmend zur Kenntnis genommen 5637

Bericht über Unterrichtsversorgung, Lehrerbefehl und Lehrbeschäftigung

Landtagsbeschlüsse vom 17. März 1976
Drucksachen 8/260 und 8/298
und vom 16. März 1977
Drucksache 8/663
Bericht der Landesregierung 5637
Drucksache 8/1858
hierzu:
Antrag der Fraktion der F.D.P. betr. Stufenplan zum Abbau des Unterrichtsausfalls . . . 5638
Drucksache 8/1904

und

Aktuelle Hilfen zur Verwirklichung einer kinderfreundlichen Schule in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 8/1582
Bericht und Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses 5638
Drucksache 8/1933

Harms (Heede) (SPD), Berichterstatter . 5638
Dr. Braun, Kultusminister 5639, 5663
Schulz (SPD) 5649
Neitzel (F.D.P.) 5653, 5682
Dr. Bendixen (CDU) 5664
Meyer (SSW) 5675
Harms (Heede) (SPD) 5676

Beschluß: Bericht Drucksache 8/1858 zur Kenntnis genommen 5684

Beschlußempfehlung Drucksache 8/1933 angenommen 5684

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1978

Bericht des Eingabenausschusses 5684
Drucksache 8/1919

Friedrich (CDU), Berichterstatter . . . 5685

Zur Kenntnis genommen und Erledigung der Eingaben bestätigt 5686

Bericht über die Lage des Sports

Landtagsbeschuß vom 7. März 1978

Drucksache 8/1036

Bericht der Landesregierung 5686

Drucksache 8/1615

Dr. Braun, Kultusminister 5686

Hadewig (F.D.P.) 5689

Hahn (CDU) 5692

Frank (SPD) 5693

Zur Kenntnis genommen 5696

Raumordnungsbericht 1978 der Landesregierung Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 8/1596

Bericht und Beschlußempfehlung des Landesplanungs-
ausschusses 5697

Drucksache 8/1956

Stojan (SPD), Berichterstatter 5697

Zur Kenntnis genommen 5697

Niederdeutsches Sprachgut

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 8/1533

Bericht und Beschlußempfehlung des Volksbil-
dungsausschusses 5697

Drucksache 8/1930

Harms (Heede) (SPD), Berichterstatter . . 5697

Neitzel (F.D.P.) 5698

Sierks (SPD) 5699

Dr. Schübeler (CDU) 5702

Möller (SPD) 5703

Ketels (CDU) 5704

Flessner, Minister für Ernährung, Land-
wirtschaft und Forsten 5704

Beschuß: Angenommen 5704

Regierungsbank:

Dr. Stoltenberg, Ministerpräsident

Dr. Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsi-
denten und Justizminister

Dr. Dr. Barschel, Finanzminister

Claussen, Sozialminister

Dr. Braun, Kultusminister

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Ver-
kehr

Titzck, Innenminister

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirt-
schaft und Forsten**Beginn: 10.00 Uhr****Vizepräsident Hamer:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Der Tagesordnungspunkt 21 wird so lange zurückgestellt, bis die Kollegen, die an einer Diskussion im

Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages beteiligt sind, zurückgekehrt sind. Ich rufe deshalb den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91a GG; hier: Entwurf der Anmeldungen zum 9. Rahmenplan für den Hochschulbau

Bericht der Landesregierung

Drucksache 8/1897

Bericht und Beschlußempfehlung des Volksbil-
dungsausschusses

Drucksache 8/1931

Das Wort hat der Vorsitzende des Volksbildungs-
ausschusses.

Harms (Heede) [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Entwurf der Anmeldungen zum 9. Rahmenplan für den Hochschulbau wurde dem Volksbildungsausschuß mit Schreiben des Präsidenten vom 22. Januar 1979 und mitberatend dem Finanzausschuß überwiesen. Der federführende Volksbildungsausschuß hat die Beratung dazu am 7. Februar durchgeführt. Die Mitglieder des Ausschusses ließen sich durch die Vertreter der Landesregierung dabei insbesondere über die **Veränderungen** informieren, die sich gegenüber dem 8. Rahmenplan ergeben hatten. Sie wurden dabei darauf hingewiesen, daß es sich nicht um wesentliche Veränderungen handele und daß dies darauf zurückzuführen sei, daß ja beim 8. Rahmenplan eine Nachmeldung vorgenommen worden sei, so daß die für notwendig erachteten Änderungen schon in diese Nachmeldung aufgenommen wurden. Sie erinnern sich vielleicht, meine Damen und Herren, daß diese Nachmeldung im wesentlichen wegen der Neubaupläne für die Pädagogische Hochschule in Flensburg erforderlich geworden ist.

Im Ausschuß wurden ferner Fragen nach dem Stand der Bearbeitung der **Erweiterungspläne der privaten Fachhochschule in Wedel** gestellt, und ferner wurde insbesondere nach dem voraussichtlichen Baubeginn beziehungsweise nach der voraussichtlichen Baufertigstellung der Maßnahmen in Flensburg gefragt. Überhaupt spielte die Beratung über die Baumaßnahmen in Flensburg die wichtigste Rolle in der Ausschußberatung.

Der Finanzausschuß hatte zu dem Zeitpunkt, den ich eben genannt hatte, also den 7. Februar, aus Gründen des Wetters über diese Vorlage noch nicht beraten können. Die Empfehlung des Volksbildungsausschusses, den Anmeldungen zuzustimmen, erging damals vorbehaltlich des Votums des Finanzausschusses. Inzwischen hat sich der Finanzausschuß ähnlich geäußert, so daß ich Ihnen heute für beide Ausschüsse die Empfehlung gebe, den Anmeldungen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren! Wird zum Bericht das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir treten in die Aussprache ein. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neitzel.

Neitzel [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der 9. Rahmenplan für den Hochschulbau ist, wie der Herr Berichterstatter soeben ausgeführt hat, eine Fortschreibung des 8. Rahmenplans ohne besondere Schwerpunkte. Die F.D.P.-Fraktion wird den Anmeldungen entsprechend den Ausschlußempfehlungen zustimmen, möchte aber doch einige Hinweise an die Landesregierung richten, weil es uns so scheint, daß einige Vorhaben, die in den Anmeldungen enthalten sind, auch beschleunigt werden könnten und daß ein weiteres Vorhaben noch aufgenommen werden sollte.

Zunächst darf ich auf die **Universitätsbibliothek** Kiel eingehen. Hier ist ein Erweiterungsbau geplant, der nach den Anmeldungen frühestens 1984 fertiggestellt werden kann. Nach Auskunft der Landesregierung soll die bestehende Universitätsbibliothek den Bedarf bis 1984 decken. Meine Informationen sind andere. Sie gehen dahin, daß die alte UB bereits nach eineinhalb Jahren, also im Jahre 1980, gefüllt sein wird, so daß bereits dann ein Ersatzgebäude erforderlich wäre. Wir bitten die Landesregierung, diese Sache noch einmal zu prüfen und insbesondere die Möglichkeit zu untersuchen, ob dieses Vorhaben beschleunigt werden kann.

Dieselbe Aufforderung richten wir an die Landesregierung wegen des **Verfügungsblocks** für die **Fachhochschule Flensburg**. Ich darf darauf hinweisen, daß der zweite und der dritte Bauabschnitt für den Verfügungsblock mittlerweile zusammengefaßt worden sind und daß die Fertigstellung für 1983 geplant ist. Ich habe Zweifel, ob dieser Fertigstellungstermin eingehalten werden kann; denn wenn wir das Zahlenwerk betrachten, stellen wir fest, daß bis dahin erst die Hälfte der vorgesehenen Mittel verbaut sein wird. Nun ist zuzugeben, daß ein wesentlicher Anteil der Anmeldungen auch aus den Kosten für die Einrichtung besteht; gleichwohl sind wir der Auffassung, daß die Landesregierung prüfen möge, ob der Baufortschritt in Flensburg beschleunigt werden kann.

Der letzte Punkt, auf den ich hinsichtlich der Anmeldungen eingehen möchte, ist die **private Fachhochschule Wedel**. Auch dieses Thema ist vom Herrn Berichterstatter bereits angesprochen worden. Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß der Erweiterungsbau, über den wir hier im Hause und in den Ausschüssen mehrfach gesprochen haben, immer noch nicht in den Anmeldungen enthalten ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das verwundert uns um so mehr, als der Herr Ministerpräsident in einer Presseerklärung vom 30. Januar 1979 mitgeteilt hat, daß die Fachhochschule Wedel jetzt den Studiengang Wirtschaftsinformatik erhalten werde. Wir wissen, daß bereits zum 1. April 1979 das Studium in diesem neuen Studiengang angetreten

werden soll. Wenn das so ist, wird der Erweiterungsbau dringlich, und wir bitten die Landesregierung sehr herzlich, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß dieses Vorhaben zügig gefördert wird, daß es spätestens in die Nachmeldungen zum 9. Rahmenplan aufgenommen wird, daß man sich aber bemüht, aus den vorhandenen Global-Mitteln bereits eine Vorfinanzierung dieses Projektes zu erreichen.

(Wiesen [SPD]: Schlagen Sie doch einmal eine Grundsteinlegung noch vor der Wahl vor!)

— Herr Kollege Wiesen, ich schließe nicht aus, daß der Herr Ministerpräsident noch einen Grundstein legen wird. Inwieweit das nützt, wird man sehen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen allgemeinen Hinweis geben. Im Zusammenhang mit der Beratung über den 9. Rahmenplan fordern wir die Landesregierung auch auf, die Arbeiten am **Hochschulgesamtplan** voranzutreiben. Ich möchte auf zwei Punkte hinweisen, die, wenn weiter gewartet wird, für unsere Hochschulen sehr kritisch werden. Ich habe vor einigen Tagen ein Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten der Fachhochschule Lübeck gehabt, der mir gesagt hat, daß die Studienanfängerzahl zum Sommersemester 1979 besorgniserregend gering sei. Hier macht sich bereits die Sogwirkung von Niedersachsen bemerkbar, und wir befürchten, daß auch von der Gründung der Technischen Hochschule in Harburg eine solche Sogwirkung für Studenten in Schleswig-Holstein ausgehen wird, daß damit möglicherweise das Projekt der Technischen Hochschule Flensburg gefährdet wird. Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Befürchtungen nachgehen, dann müssen wir feststellen, daß sie — auch wegen der hinhaltenden Politik der Landesregierung in diesem Bereich — begründet sind. Diese Politik äußert sich unter anderem darin, daß wir bis heute den Hochschulgesamtplan nicht haben.

Wir müssen in diesem Lande von Einzelentscheidungen im Hochschulbereich wegkommen. Wir müssen zu einer **Gesamtkonzeption** kommen, die erst eine kontinuierliche Entwicklung im Hochschulwesen unseres Landes ermöglicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich sage das deshalb mit Nachdruck, damit Schleswig-Holstein im hochschulpolitischen Konzert der vier deutschen Küstenländer nicht untergeht. Das ist eine realistische Gefahr, wenn von der Landesregierung so weitergearbeitet wird wie in den vergangenen Jahren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms (Heede)!

Harms (Heede) [SPD]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich hier ebenfalls auf den Bericht des Ausschußvorsitzenden beziehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Harms (Heede))

Ich will mich aber auch auf die Ausführungen beziehen, die der Kollege Neitzel gemacht hat. Es ist so, daß Kollege Neitzel die Punkte angesprochen hat, die hier diskutiert werden müssen. Ich werde versuchen, Wiederholungen zu vermeiden. Aber ich werde mich darum bemühen, deutlich zu machen, was hier in diesem Hohen Hause nachhaltig betont werden muß.

Wir hatten ja schon darüber gesprochen, daß es gegenüber früheren Plänen keine wesentlichen Änderungen gibt. Ich muß aber trotzdem noch einmal darauf hinweisen, was denn eigentlich damals bei den Nachmeldungen passiert ist. Der **Neubau der Pädagogischen Hochschule in Flensburg** wurde — und zwar durch eine Nachmeldung — in die Rahmenplanung aufgenommen. Das ist richtig, und es wird von uns begrüßt. Bemerkenswert war dabei unter anderem die Geschwindigkeit, mit der dies abgewickelt wurde. Es handelte sich nämlich um einen Zeitraum von drei, vier Monaten. Während dieser Zeit wurde vom Kabinett beschlossen, die Pädagogische Hochschule neu zu bauen. Die Nachmeldungen wurden dem Landtag zugeleitet. Und auch die Verhandlungen in Bonn wurden geführt und abgeschlossen. Die Verhandlungen fanden statt, bevor wir überhaupt im Parlament über diese Sache beraten hatten.

Das heißt: Wenn die Landesregierung will, dann kann sie auch in Sachen Hochschule schnell handeln. Das hat sie damit bewiesen. In diesem Zusammenhang sollte ich hier vielleicht gleich die Frage anknüpfen, wie es denn wohl kommt, daß der seit 1977 der Landesregierung vorliegende Antrag der **privaten Fachhochschule Wedel**, auf den der Kollege Neitzel eben auch schon hingewiesen hat, immer noch nicht bearbeitet worden ist. Der Grund kann nicht in verwaltungstechnischen Schwierigkeiten liegen. Es kann auch keine bautechnischen Schwierigkeiten geben. Denn die Hochschule hat immerhin baureife Vorlagen eingereicht. Es muß also andere Gründe geben. Ich will die Aufzählung nicht fortsetzen. Aber was übrigbleibt, sind wohl politische Gründe. Ich sehe die bloß nicht. Aber vielleicht ist dies eine Gelegenheit, hier etwas darüber zu sagen.

Kollege Neitzel hat schon darauf hingewiesen, daß wir hier zusehen müssen, wie die private Hochschule mit den alten Räumen den neuen Studiengang anbietet. Der Landtag hat ja die Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Wir müssen dabei nur berücksichtigen, daß die räumliche Situation an dieser Hochschule noch unerträglicher wird, als es bisher schon der Fall war. Nach den üblichen Kapazitätsberechnungen — bezogen auf die Raumgröße — haben wir an dieser Hochschule eine **Überbelegung** von mindestens 50 Prozent. Das kann doch auch negativ formuliert werden. Es muß im Interesse der Studenten und Dozenten auch einmal getan werden. Diese Überbelegung bringt Belastungen für die Studenten und Dozenten. Das kann nicht nur so positiv gesehen werden, wie es die Landesregierung gern tut, wenn sie sagt, daß hier mit relativ geringerem Aufwand ein größerer Effekt erzielt wird. Wir sollten jetzt aber auch an die Mitarbeiter und Studenten denken und Verbesserungsmöglichkeiten schaffen.

Ich möchte auf einen weiteren Teilaspekt eingehen, den der Kollege Neitzel ebenfalls angesprochen hat. Der **Neubau der Universitätsbibliothek** hier in Kiel ist überfällig. Das ist gar keine Frage. Ich sage für meine Fraktion aber ganz deutlich: Wir hätten kein Verständnis dafür, wenn jetzt wieder nur eine Lösung für einige Jahre verwirklicht wurde. Wir sehen diese Gefahr, weil jetzt vorgesehen ist, im wesentlichen Magazingebäude zu errichten. Die Ausgabestelle soll an der Stelle bleiben, wo sich jetzt schon die Universitätsbibliothek befindet. Es ist eine schlechte Lösung, wenn wir die Universitätsbibliothek an zwei Stellen haben. Das wird Schwierigkeiten geben. Man wird dann Bücher mit Lastwagen hin und herfahren müssen. Organisatorische und technische Schwierigkeiten werden auftreten.

Ich glaube, die Landesregierung sollte ihre Entscheidung noch einmal überprüfen. Sie sollte sich die Frage stellen, ob es nicht doch besser wäre, jetzt einmal eine große Lösung durchzuführen. Das wäre die Errichtung eines Neubaus an einem zentral gelegenen Standort. Dieser Neubau würde dann aber auch die Zukunftsanforderungen erfüllen. Das heißt, er muß so flexibel geplant sein, wie das für den Magazinbereich ohnehin vorgesehen ist. Es muß später Erweiterungsmöglichkeiten geben. Dies, meine ich, sollte man der Landesregierung mit auf den Weg geben. Es ist ja noch Zeit. Denn der Baubeginn soll ja nicht heute oder morgen erfolgen. Daher wäre es gut, wenn die Landesregierung eine solche Überprüfung vornähme.

Lassen Sie mich jetzt auf den wichtigsten Bereich im Zusammenhang mit diesen Anmeldungen zu sprechen kommen. Das betrifft den **Hochschulstandort Flensburg**. Über die PH habe ich schon einiges gesagt. Hinsichtlich der Fachhochschule ist neu, daß jetzt eine parallele Fertigstellung des zweiten und dritten Bauabschnitts vorgesehen ist. Diese Parallelität geht soweit, daß der dritte Bauabschnitt gar nicht mehr in den Anmeldungen auftaucht. Das heißt, daß jetzt nur noch vom zweiten Bauabschnitt die Rede ist. Ich stelle das nur einfach fest. Dies wird begrüßt. Denn wir haben bei solchen Gelegenheiten im Verlauf früherer Diskussionen immer gesagt, daß die beiden Gebäude gleichzeitig errichtet werden müssen. Die Landesregierung handelt richtig, wenn sie eine Zusammenfassung vornimmt und beides in einem Bauabschnitt abwickelt.

Es ist nur so: Wenn man dieses Papier kritisch liest, stellt man auch fest, daß die Verhandlungen darüber, wie denn diese Räume eigentlich genutzt werden sollen, immer noch nicht abgeschlossen sind. Es wird eine Absichtserklärung abgegeben, daß beide Hochschulen, die wohl jetzt auf diesem Gelände errichtet werden sollen, die Räume teilweise gemeinsam nutzen sollen. Es gibt auch einige Hinweise, für welche Räume dies gelten kann. Aber es ist auch angegeben, daß die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind. Ich meine, es ist allerhöchste Zeit, daß dies jetzt schnellstens geschieht, damit die Baufertigstellung mindestens in dem vorgesehenen Zeitrahmen erfolgen kann. Sie erinnern sich, daß wir schon früher darauf hingewiesen haben, daß dies viel schneller gehen müsse.

(Harms (Heede))

Lassen Sie mich noch einmal über das reden, was wir im letzten Herbst hier diskutiert haben. Damals diskutierten wir nämlich über die Absicht der Landesregierung, in **Flensburg** einen **Studiengang Maritime Technologie** einzurichten. Das wird von uns begrüßt; das sagen wir noch einmal. Von uns wird auch begrüßt, daß es ein wissenschaftliches Studium mit Langzeitstudiengängen sein soll. Die Frage, die ich damals mehrmals gestellt habe, ist jedoch nicht beantwortet worden, obwohl es damals sehr viele Gelegenheiten gab. Die Zahl der regierungsamtlichen Presseerklärungen wächst ja exponentiell. Wir müssen immer schon eine Tasche für die Presseerklärungen der Landesregierung bei uns haben. Es gab also viele Gelegenheiten, etwas zu sagen, was die Betroffenen tatsächlich interessiert. Es ist aber nichts geschehen.

Wenn man sich einen Rest von Naivität bewahrt hatte — was bei mir, glaube ich, der Fall war —, hatte man erhofft, daß in den Anmeldungen zum Rahmenplan endlich stehen würde, was denn nun passieren soll. Aber weit gefehlt! Da stand nichts. Das bedeutet, wir werden einen Studiengang haben, bei dem nicht klar ist, wo er durchgeführt werden soll. Von diesem Studiengang ist nach wie vor nur bekannt, daß eine Zusammenarbeit der dort Studierenden und Lehrenden mit der Fachhochschule einerseits und der Universität Kiel andererseits stattfinden soll.

Es wäre doch, Kollege Meyer, eine Möglichkeit gewesen, klipp und klar in die Anmeldungen zu schreiben: Errichtung einer Zweigstelle der Universität Kiel auf dem Hochschulgelände in Flensburg. Es könnte doch sein, daß die Landesregierung dies vorhat. Es mag aber auch sein, daß die Landtagswahl sie daran gehindert hat, dies zu sagen. Jedenfalls steht es nicht drin. Dies ist aber nun der Ort, an dem gesagt werden soll, wo dieser Studiengang tatsächlich stattfinden soll.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Zum Schluß lassen Sie mich an das anknüpfen, was der Kollege Neitzel gesagt hat. Das wollte ich ohnehin auch hier sagen. Die Landesregierung hat keine Konzeption, und zwar weder für den Ausbau des **Hochschulstandorts Flensburg** noch für den Ausbau der jeweiligen anderen Hochschulstandorte, und das sind ja drei: **Kiel**, **Lübeck** und **Wedel**. Der Landtag fördert die private Hochschule in Wedel, das ist richtig; aber es gibt keine Konzeption, die aussagt, welche Konsequenzen eine Ausweitung des Studienangebots in Wedel möglicherweise für die anderen Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein haben wird.

Die Landesregierung kündigt an, daß sie die Zahl der **Studienplätze** an der Fachhochschule in Flensburg auf 800 bis 1000 erhöhen wird. Diese Ankündigung wird ja hier wiederholt. Es wird aber nicht gesagt, welche Konsequenzen dies für die anderen Hochschulstandorte haben wird. Eine Möglichkeit, hier eine Konzeption vorzulegen, wäre ja — Kollege Neitzel hat es gesagt — durch den Hochschulgesamtplan gegeben.

Nun haben wir erst Ende letzten Jahres einen Brief vom Kultusminister bekommen, in dem er uns mitteilt, daß er entgegen allen vorherigen Ankündigungen

nun doch nicht in der Lage sei, im Jahre 1978 den Hochschulgesamtplan vorzulegen, sondern daß dieser Plan nunmehr im Jahre 1979 zu erwarten sei. Sechs Jahre nach Erteilung des gesetzlichen Auftrags, den Hochschulgesamtplan zu erstellen! Aber in diesem Brief wird auch der Schuldige genannt — das ist natürlich nicht der Kultusminister oder die Landesregierung; wo kämen wir denn da hin? —, sondern das sind jetzt die Hochschulen.

(Neitzel [F.D.P.]: Wieder einmal!)

Das sind die Hochschulen, denen jetzt die Schuld dafür in die Schuhe geschoben wird, daß der Kultusminister jahrelang versäumt hat, eine Konzeption zu entwickeln und diese in dem Hochschulgesamtplan festzulegen. Das kann für das Land Schleswig-Holstein verheerende Folgen haben, weil wir nämlich davon ausgehen müssen, daß die Förderungswilligkeit des Bundes abnimmt, und zwar in dem Maße abnimmt, wie mehr Studienplätze jetzt bundesweit zur Verfügung stehen. Diese Mitfinanzierung durch den Bund ist damals durch die sozial-liberale Koalition mit dem Ziel eingeführt worden, mehr Studienplätze anbieten zu können.

Das angestrebte Ziel sind 850000. Wenn wir jetzt einmal überschlagen, wieviel Studienplätze voraussichtlich vorhanden sein werden, wenn die begonnenen oder geplanten Maßnahmen verwirklicht sein werden, dann werden wir feststellen, daß dieser Wert bald erreicht ist. Dies bedeutet notwendigerweise, daß die **Bezuschussungswilligkeit** durch den Bund für neue Projekte abnehmen wird. Dies heißt: Wenn wir mit neuen Anmeldungen kommen werden — nach dem 9. Rahmenplan, dem 10. oder dem 11. —, dann werden wir immer größere Schwierigkeiten bekommen, die Zuschusswürdigkeit durch den Bund — das wird ja durch den Wissenschaftsrat beurteilt — zu erhalten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das, was jetzt nicht im 9. Rahmenplan enthalten ist, hat schlechtere Chancen, jemals hineinzukommen. Und da dies so ist, möchte ich die Frage wiederholen: Wann beabsichtigt eigentlich die Landesregierung, den gesetzlichen Auftrag, eine Technische Hochschule in Flensburg zu errichten, zu verwirklichen?

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. —
Wiesen [SPD]: Das schaffen die in den paar
Wochen nicht mehr!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schübeler.

Dr. Schübeler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion betrachtet die **Anmeldung zum 9. Rahmenplan**, wie sie dem Landtag nunmehr vorliegt, als eine sinnvolle Fortsetzung der Hochschulbauten in diesem Lande, und zwar unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, die diesem Lande gegeben sind. Wir sind außerdem der Auffassung, daß die

(Dr. Schübeler)

Schwerpunkte, die in dieser Anmeldung zum Rahmenplan gesetzt worden sind, in richtiger Weise genannt wurden. Wir glauben damit auch der allgemeinen Entwicklung der Vermehrung von Studienplätzen im Lande Schleswig-Holstein in richtiger Weise zu entsprechen. Ich werde nachher noch etwas über die generelle Tendenz der Erweiterung der **Studienplätze** und die Konsequenzen sagen, die das in den nächsten Jahren haben könnte, weil ich meine, daß auch diese Überlegungen hier angestellt werden müssen, aber nicht in der Weise, wie das der Kollege Harms gerade hier eben vorgetragen hat.

In zwei wesentlichen Punkten haben nun die Sprecher der beiden Oppositionsfraktionen — von SPD und F.D.P. — die Anmeldungen zu den Rahmenplänen kritisiert, und zwar sind sie übereinstimmend über den Fortgang in Flensburg nicht befriedigt, und sie vermischen einen deutlicheren Schwerpunkt für den **Hochschulstandort Flensburg**. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das Wiederholen der Kritik ist, die wir anläßlich der Debatte über die Technische Hochschule und die Einsetzung der Strukturkommission hier gehabt haben. Ich halte es nicht für sinnvoll, dies hier zu wiederholen, meine Damen und Herren, weil wir für unsere Fraktion damals sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß wir an dem Plan, eine Technische Hochschule in Flensburg zu errichten, festhalten werden. Sie können ja auch nicht leugnen, daß mit der Einrichtung von neuen Studiengängen bereits Fortschritte in dieser Richtung am Hochschulstandort Flensburg gemacht worden sind. Soviel, meine Damen und Herren, zu Flensburg.

Vielleicht darf ich auch noch etwas zum **Hochschulstandort Wedel** sagen, weil es mir ganz interessant erschien, daß vornehmlich die SPD sich auf diesem Sektor besonders hervortut.

(Harms (Heede) [SPD]: Darüber kommen Sie wohl nicht hinweg?)

— Herr Kollege Harms, ich komme sehr wohl darüber hinweg, weil Sie sich jetzt eigentlich der Tendenz, die wir immer vertreten haben, anschließen. Ihr Eintreten für die Fachhochschule Wedel, für diese private Fachhochschule, ist nun aber nicht überzeugend. Da Sie gerade eben den Zwischenruf gemacht haben, darf ich Sie vielleicht nur daran erinnern, was der Kollege Klinke hier anläßlich der Beratung des Hochschulgesetzes über das Problem privater Fachhochschulen gesagt hat. Ich lese mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Bericht über die entsprechende Sitzung des Landtags vor:

„Meine Damen und Herren,“

— so führt der Kollege Klinke ausweislich des Berichts über die 35. Sitzung am 16. April 1973 — das war die entscheidende Sitzung in der Beratung des Hochschulgesetzes — aus:

„Meine Damen und Herren, man muß doch folgendes feststellen.“

(Klinke [SPD]: Mit meiner Genehmigung dürfen Sie das zitieren!)

— Nein, das ist nun, glaube ich, nicht ganz richtig, sehr verehrter Herr Kollege! Das darf ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten, um die ich gerade nachgesucht habe! Das, was jeder Kollege hier gesagt hat, ist jederzeit von jedem zitierfähig!

(Klinke [SPD]: Ich wollte das nur als Autor sagen!)

— Lassen Sie mich das doch in aller Kürze vorlesen!
„Meine Damen und Herren, man muß doch folgendes feststellen. Obwohl der Staat die privaten Hochschulen mitfinanzieren wird, werden aber andere Kriterien dafür eine Rolle spielen, wie er auf die privaten Fachhochschulen kommt. Wir wissen und sagen es Ihnen klipp und klar: Es wird eine Rolle spielen die Verbindung der Eltern, es wird eine Rolle spielen das Geld der Eltern, es wird eine Rolle spielen der Leistungsdruck, und es wird eine Rolle spielen der Verzicht auf Demokratisierung innerhalb dieser privaten Hochschulen. Unter diesen Gesichtspunkten wissen wir auch — und das ist ja von Ihnen und von Ihren Leuten, die hinter Ihnen stehen, anscheinend beabsichtigt —, daß die privaten Hochschulen aus ganz bestimmten Industriekreisen Geld zur Finanzierung erhalten werden. Es ist also anzunehmen, daß eine private Hochschule, die ihre Lehr- und Forschungstätigkeit an den Interessen der wirtschaftlich Mächtigen in diesem Lande ausrichtet, einen Studenten ohne gesellschaftspolitisches Bewußtsein hervorbringt, der dann gern von den eben von mir angeführten Wirtschaftskreisen genommen wird.“

(Klinke [SPD]: Klinke ist immer zitierfähig!)

Am Schluß stellt dann der Kollege Klinke fest:

„Aus allen diesen Gründen, die ich hier eben nannte — und das konnten wegen der knappen Zeit nur wenige sein —, lehnen wir die privaten Hochschulen ab.“

(Dr. Bendixen [CDU]: Siehste wohl!)

Meine Damen und Herren! Weil Sie das damals bei der grundlegenden Beratung des Hochschulgesetzes so ausgeführt haben, sind Sie nicht die überzeugenden Anwälte für private Hochschulen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Herr Kollege Dr. Schübeler! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Schübeler [CDU], fortfahrend:

Ich darf diesen Gedanken vielleicht noch zu Ende führen; dann werde ich den Zwischenruf gern gestatten. Mir ist klar, meine Damen und Herren, daß Sie jetzt einen Schwenk ausgeführt haben, der insbesondere durch die **Bemerkungen des Landesrechnungshofs** aus dem Jahre 1975, die dem Landtag und der

(Dr. Schübeler)

Öffentlichkeit am 17. März 1977 vorgelegt wurden, aufgelöst wurde; diese Bemerkungen haben Ihre Gedanken über die privaten Fachhochschulen und privaten Hochschulen ein wenig geändert. Aber dennoch, meine Damen und Herren, ist das nicht überzeugend geschehen, denn Sie haben ja in den Haushaltsjahren dazwischen auch jeweils beantragt, die Mittel für die **private Fachhochschule in Wedel** zu streichen, und Sie haben lediglich — das ist der letzte Antrag, der Ihrem Schwenk vielleicht am deutlichsten zeigt, der aber immer noch nicht ganz vollzogen ist — am 2. 2. 1978 für das Haushaltsjahr 1979 zuerst einen Antrag gestellt, diese Mittel, die dort bereitgestellt werden, vornehmlich für die Personalkosten zur Verfügung zu halten.

Meine Damen und Herren! Aber ich sage Ihnen doch ganz klar: Wenn wir inzwischen Ihren Anträgen gefolgt wären, wäre die private Fachhochschule in Wedel gar nicht mehr existent. Das können Sie gar nicht leugnen.

Herr Kollege Harms, ich gestatte jetzt Ihre Zwischenfrage.

Harms (Heede) [SPD]: Herr Kollege Dr. Schübeler, meine erste Frage: Halten Sie es für möglich, daß wenigstens Oppositionsfraktionen Lernprozesse durchführen?

(Dr. Bendixen [CDU]: Ja, ja! — Dr. Olderog [CDU]: Im Wahlkampf!)

Zweite Frage: Ist Ihnen aufgefallen, Kollege Dr. Schübeler, daß zwischen dem, was wir zum Beispiel heute in dieser Beratung festgestellt haben, und dem, was der Kollege Klinke damals ausgeführt hat, gar kein Widerspruch besteht, weil es nämlich damals um die Gesetzesberatung ging und jetzt die konkrete Bezuschussung ansteht? Dritte Frage: Ist Ihnen in Erinnerung, daß wir uns damals gegen die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen gewandt haben, weil wir keine Ermunterung für die Gründung weiterer neuer privater Hochschulen im Gesetz festgeschrieben wissen wollten? Letzte Frage — wenn ich die gleich noch anfügen darf —: Kollege Dr. Schübeler: Ist Ihnen aufgefallen, oder wären Sie bereit, sich gegebenenfalls darüber zu informieren, daß sich in der jüngsten Vergangenheit in der privaten Fachhochschule in Wedel sehr vieles verändert hat, und zwar positiv verändert hat?

— Das waren vier Fragen, Herr Kollege; ich will sie gern beantworten.

(Dr. Bendixen [CDU]: Das zeigt das schlechte Gewissen der SPD!)

Den Bereich „Lernprozeß“ habe ich in meinen Ausführungen korrekterweise schon mit der Entwicklung Ihrer Anträge angedeutet. Darauf brauche ich jetzt nicht mehr einzugehen. Das zweite, was Sie gesagt haben, hat das allerdings wieder völlig relativiert. Ich weiß nicht, ob Sie das in Ihren Gedankengängen selbst so nachvollzogen haben. Wenn Sie nach wie vor diese Gedanken des Herrn Klinke im Prinzip vertreten, dann

sind Sie überhaupt kein Anwalt — auch trotz des Lernprozesses heute noch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Was die Veränderungen in der privaten Fachhochschule in Wedel anbelangt, so muß ich sagen, daß ich dort keine wesentlichen Veränderungen feststellen kann, Herr Kollege Harms! Wir haben dort im vergangenen Jahr einen Besuch gemacht sowie auch vor längerer Zeit schon einmal, als es darum ging, private Hochschulen ins Gesetz aufzunehmen. Insofern kann ich keine wesentlichen Veränderungen dort feststellen. Nur, was der Kollege Klinke damals bei seinem wahrscheinlich etwas ideologischen Beitrag nicht bedacht hat, ist doch wohl, daß er nicht gesehen hat, daß auch private Hochschulen grundsätzlich den Bestimmungen des Hochschulgesetzes unterworfen sind — mit allen Konsequenzen, die wir darin für die Gremien und dergleichen mehr festgelegt haben.

Meine Damen und Herren, Sie sind also kein überzeugender Anwalt. Ich wiederhole das noch einmal. Wenn wir während jener Zeit nicht mannhaft gegen Ihren Widerstand diese Zuschüsse aufrecht erhalten hätten,

(Liebrecht [SPD]: Ja, mannhaft!)

dann wäre das heute gar kein Thema mehr. Aus diesem Grunde muß ich darauf verweisen, daß wir bisher für diese Fachhochschule das Entsprechende getan haben. Wir haben im letzten Jahr die **Zuschüsse** für die **Fachhochschule in Wedel** erhöht. Das wissen Sie. Wir haben das letztlich auch ein ganz klein wenig mehr in Richtung des Votums des Landesrechnungshofs getan. Wenn Sie sich das noch einmal sorgfältig durchlesen würden,

(Harms (Heede) [SPD]: Habe ich getan!)

müßten Sie feststellen, daß der Landesrechnungshof insbesondere hinsichtlich des Punktes, der die Höhe der Studiengebühren anbelangt, ein bestimmtes Kriterium insofern angesetzt hat, als er sich dafür aussprach, daß mit der Höhe der Zuschüsse auch eine Verringerung der **Studiengebühren** einhergehen müsse. Genau das hatten wir zum Ziel, und genau aus dem Grunde haben wir hierfür auch in den letzten Haushalt neue Mittel eingesetzt.

Meine Damen und Herren, ich möchte es damit beenden lassen. Wir stimmen mit den Anmeldungen zum 9. Rahmenplan überein. Wir sehen darin — ich wiederhole insofern das, was ich eingangs gesagt habe — eine sinnvolle Fortsetzung der Hochschulbaupolitik dieses Landes. Das, was der Kollege Neitzel hierzu gesagt hat, daß nämlich keine Konzeption vorhanden wäre, muß ich zurückweisen. Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, überprüfen Sie mal Ihre eigenen Konzeptionen zur Hochschulpolitik, dann werden Sie — so glaube ich — auch diese Behauptung so nicht aufrecht erhalten können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sie alle kennen unseren Standpunkt zur Frage der **Technischen Hochschule in Flensburg**. Ich will die Debatte nicht erneut eröffnen. Der SSW wünscht, daß das Gesetz von 1975 betreffend Errichtung einer Technischen Hochschule in Flensburg realisiert wird. In den uns jetzt vorliegenden Anmeldungen zum 9. Rahmenplan merken wir nicht die Spur eines Versuchs zur Realisierung dieses Gesetzes.

Der Volksbildungsausschuß empfiehlt dem Landtag, von der Vorlage zustimmend Kenntnis zu nehmen. Ich kann nur erklären, daß ich von dieser Vorlage Kenntnis nehme, ihr also nicht zustimme.

(Dr. Olderog [CDU]: Dann müssen Sie die Vorlage ablehnen!)

Nur wenn das Wort „zustimmend“ gestrichen werden sollte, könnte ich für die Drucksache 8/1931 stimmen. Sollte das nicht geschehen, müßte ich dagegen stimmen.

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Braun, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Ich kann es sehr kurz machen. Gestatten Sie mir vorweg eine Wertung. In Erinnerung an viele hochschulpolitische Diskussionen, die wir gehabt haben, kann ich doch feststellen — das mit einer gewissen Zufriedenheit —, daß die Argumente der Opposition nicht derart gravierend sind, daß sie es heute doch schwer hat, zu leugnen, daß wir über viele Jahre hinweg eine sehr konstruktive **Hochschulpolitik** betrieben haben. Auf einige angesprochene Details möchte ich ganz kurz antworten.

Herr Kollege Neitzel, ich habe mich kurzfristig noch einmal bei dem Direktor der **Universitätsbibliothek** informiert. Wie er mir bestätigt — so sein Ausdruck —, sind wir mit dem Bauvorhaben in der Zeit. Ich bin grundsätzlich — das trifft nicht nur für die Universitätsbibliothek zu — daran interessiert, daß alle Bauvorhaben so schnell wie möglich abgewickelt werden, das natürlich aus hochschulpolitischen, aber auch aus wirtschaftspolitischen Gründen, um das Geld, das das Parlament zur Verfügung gestellt hat, auch in den Wirtschaftskreislauf fließen zu lassen. Das ist ein wichtiges Argument, denn jeder weiß, daß Hochschulbauten und Hochschulbetriebe von ganz entscheidender Bedeutung für die jeweilige Region sind.

Ich kann Ihnen bestätigen, daß wir alles getan haben, um den **Baufortschritt in Flensburg** zu beschleunigen, wie ich es schon im Dezember und das letzte Mal auch im Januar noch einmal gesagt habe. Die augenblickliche Situation ist, daß die Planungen des Landes — und das ist ja sehr wichtig — absolut konform mit den Planungen der Stadt Flensburg sind, insbesondere was die notwendigen Erschließungsarbeiten anbelangt. Von hier aus möchte ich deshalb den

Verantwortlichen in Flensburg dafür danken, daß Sie diese schwierigen Arbeiten ausgezeichnet bewältigt, miteinander verzahnt haben. Beide Seiten sind daran interessiert, die Bauvorhaben zu beschleunigen.

Dann ist die **Fachhochschule in Wedel** mehrmals angesprochen worden. Sie wissen, daß der Studiengang Wirtschaftsinformatik genehmigt worden ist, und der Leiter der Fachhochschule sagte mir auch in persönlichen Gesprächen — das geht darüber hinaus auch aus den Aktenvorgängen hervor —, daß vorerst eine Kapazitätserweiterung nicht notwendig sei. Er bat mich, ich möge doch die Genehmigung erteilen. Die Voraussetzung einer Kapazitätserweiterung sei dabei nicht vorzuschalten. Es ist nun abzuwarten, ob dieser neue Studiengang überhaupt — das ist nicht meine Auffassung, sondern die Auffassung der Entscheidungsträger vor Ort — zu einer Kapazitätserweiterung führen wird. Wir werden diese Frage im Ablauf der konkreten Entwicklung erörtern.

Sie haben gemeint, für die **Fachhochschule in Lübeck** sei die Entwicklung in einigen benachbarten Bereichen sehr bedrohlich, was die Studienanfängerzahlen betreffe. Nun, es ist an Angeboten in Niedersachsen noch nichts Konkretes geschehen, was zu einer Abwanderung potentieller Studienanfänger führen könnte. Ich glaube, daß es abwegig wäre, hier als einen bedrohlichen Faktor — ich habe Sie so verstanden — die zu gründende TH Harburg anzuführen; denn das Angebot dort ist ja völlig anders als das, das wir in Lübeck, in Kiel und in Flensburg in unseren Fachhochschulen haben. Ich werde dazu nachher noch ein paar kurze Sätze sagen.

Bezüglich des Baufortschritts und der Planungsabläufe beim **Neubau der PH in Flensburg** kann ich Ihnen sagen, daß die PH in der Lage sein wird, uns Mitte März die endgültige Programmgestaltung vorzulegen. Das wird also in wenigen Tagen sein. Dann werden wir zügig darüber entscheiden. Das ist der neueste Stand, Herr Kollege Harms, über den ich mich heute früh noch einmal informiert habe.

Ich freue mich, daß Sie die Zusammenfassung des zweiten und dritten Bauabschnitts begrüßen, so daß ein dritter Bauabschnitt nicht notwendig ist, weil er darin enthalten ist. Ich glaube, es ist im Augenblick nicht das Wichtigste, über die spätere konkrete Nutzung von unterschiedlichen Teilen schon jetzt endgültige Entscheidungen zu treffen. Es steckt gerade im Wesen eines Verfügungsbaues, daß die Teile so vorgehalten werden, daß sie ohne große Umrüstungskosten für verschiedenartige Zwecke genutzt werden können. Das ist mit einer der Baubedingungen.

Maritime Technologie! Ich möchte Sie über den augenblicklichen Stand dieses enorm wichtigen wissenschaftlichen Studienganges informieren. Ich brauche ihn Ihnen inhaltlich nicht mehr zu skizzieren. Das habe ich in der letzten Parlamentstagung getan. Nachdem mir vor wenigen Wochen bedeutende Mitglieder des Wissenschaftsrates positive Vorschläge gemacht haben, habe ich vor wenigen Tagen Einladungsschreiben an ganz namhafte, besonders sachkundige Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft verschickt, die ich gebeten habe, Mitglied der Kommis-

(Minister Dr. Braun)

sion zu werden, was die ganz konkrete Anlage und Ausgestaltung angeht. Ich warte praktisch stündlich auf die Zusage dieser namhaften Persönlichkeiten.

Und Sie haben gefragt: Wo soll der **Studiengang** angelegt sein? Ich wiederhole, was ich hier im Parlament gesagt habe, Herr Kollege Harms. Allein schon unter dem Aspekt der bestmöglichen Berufungen bin ich genötigt, eine Berufung auf der Basis der Universität Kiel auszuschreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [SSW])

— Herr Kollege Meyer, das sind wichtige psychologische Probleme, die eine ganz große Rolle spielen. Das ist keine Wertung, die ich mir zu eigen mache. Weil ich daran interessiert bin, nur die qualifiziertesten Wissenschaftler für diesen so bedeutenden Studiengang zu bekommen, muß ich so handeln. Daß so etwas über eine gewisse Zeit ohne Schwierigkeiten funktioniert, dafür liefert Schleswig-Holstein ein sehr gutes Beispiel. Es war die Zeit der Entwicklung der Medizinischen Hochschule in Lübeck, die über Jahre hinweg während der ganzen Aufbauphase von der Medizinischen Fakultät der Universität Kiel getragen worden ist. Das hat funktioniert; das Ergebnis kennen Sie im Detail. Es wäre vielleicht hilfreich, darüber einmal nachzudenken.

Herr Kollege Harms, Sie haben gesagt, die Landesregierung besitze keine **Konzeption** für **Hochschulpolitik**. Ich möchte diese Aussage als eine oppositionelle Pflichtübung verstehen.

(Harms (Heede) [SPD]: Feststellung von Fakten!)

— Doch, das ist so! Ansonsten hätten Sie schon andere Argumente anführen müssen. Ich glaube, wir haben eine klare Konzeption bezüglich des Ausbaues. Die Lage in Flensburg will ich nicht noch einmal in Einzelheiten schildern. Sie müssen auch die Gewichtsverlagerung der Hunderte von Millionen Investitionsmitteln Flensburg/Lübeck im Unterschied zu den zurückliegenden Jahren sehen, in denen wir die Prioritäten in besonderer Weise am Hochschulstandort Kiel zu setzen hatten.

Sie haben immer wieder die **Fachhochschulsituation** angesprochen. Dazu grundsätzlich folgendes. Die Studentenzahlen werden nach Berechnungen verschiedenster Institutionen bis 1985 weiterhin ansteigen, wobei wir im Augenblick eine gewisse Stagnation zu verzeichnen haben. Bis 1985 ist ein Volumen von etwa 1,1 Millionen zu erwarten; das ist eine enorme Zahl. Wir alle — sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft — müssen daran interessiert sein, daß in Zukunft von Abiturienten mehr von dem Angebot an Fachhochschulausbildung Gebrauch gemacht wird, um den falschen Weg der letzten Jahre — zu viele und zu lange hochgetrimmte akademische Studiengänge — in Richtung auf mehr praxisorientierte Ausbildung zu korrigieren. Tatsache ist die Erkenntnis, daß Absolventen von Fachhochschulen, insbesondere im Bereich der Ingenieurwissenschaften, augenblicklich weit bessere konkrete Beschäftigungschancen in der Wirtschaft haben als Absolventen von Universitäten mit 14, 16 und noch mehr Semestern. Die Praxis bei den

Einstellungen legt immer mehr Wert auf ein in relativ kurzer Zeit abgeschlossenes Studium — ich bin der Meinung, daß das sehr vernünftig ist —, weil dies auch der Ausdruck einer besonderen Leistungsfähigkeit ist. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium hat schon vor einigen Jahren darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt im Bereich der Fachhochschulen gesetzt werden muß.

Ich möchte in diesem Hohen Hause noch einmal kurz eine Entscheidung begründen, nämlich die Entscheidung der Landesregierung bezüglich des Votums im Wissenschaftsrat im November des letzten Jahres, keine sogenannten **Kurzstudiengänge** für **Wirtschaftswissenschaften** an der Universität Kiel einzurichten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir hier die Fachhochschulen, die ein sehr gutes Angebot machen, nicht unterlaufen dürfen. Das habe ich vor wenigen Tagen auf einer Veranstaltung der Universität begründet und habe für diese Entscheidung volle Zustimmung sowohl von den Vertretern der Universität als auch von den Vertretern der Fachhochschulen gefunden. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Meine verehrten Kollegen, es kommt darauf an, daß die Arbeitsteilung noch gründlicher abgesprochen wird. Ich habe auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Universität auch gesagt, daß die Fachhochschulstudiengänge nicht als inferior von seiten der Universität oder bestimmter Interessenten angesehen, sondern daß sie als gleichwertig begriffen werden müssen. Man muß sich von beiden Seiten bemühen, die Ausbildungsgänge sinnvoll abzustimmen, damit nicht wieder das eintritt, was Herr Kollege Lund vor einigen Jahren bildhaft und sehr charakterisierend „Fachhochschulen als Durchlauferhitzer für Universitäten“ genannt hat.

Herr Kollege Harms, wir haben auf diesem Gebiet eine lange Erfahrung. Deshalb sehe ich keine Schwierigkeiten, falls es notwendig sein sollte, Nachmeldungen zum 9. Rahmenplan zu machen und die Unterstützung sowohl beim Wissenschaftsrat als auch beim zuständigen Bundesministerium zu bekommen. Darüber mache ich mir nicht die geringsten Sorgen, falls dies überhaupt erforderlich sein sollte.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und lasse über den Beschlußvorschlag des Volksbildungsausschusses abstimmen. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 25 auf:

Bericht über Unterrichtsversorgung, Lehrerberuf und Lehrbeschäftigung

Landtagsbeschlüsse vom 17. März 1976 — Drucksachen 8/260 und 8/298 — und vom 16. März 1977 — Drucksache 8/663 —

(Vizepräsident Hamer)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 8/1858

hierzu:

Antrag der Fraktion der F.D.P. betr. Stufenplan zum Abbau des Unterrichtsausfalls

Drucksache 8/1904

und

Aktuelle Hilfen zur Verwirklichung einer kinderfreundlichen Schule in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 8/1582 —

Bericht und Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses

Drucksache 8/1933

Wir hören zunächst den Bericht des Volksbildungsausschusses. Herr Abgeordneter Harms (Heede), bitte schön!

Harms (Heede) [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe Ihnen den mündlichen Bericht des Volksbildungsausschusses über die Beratung des SPD-Antrags „Aktuelle Hilfen zur Verwirklichung einer kinderfreundlichen Schule in Schleswig-Holstein“. Der Antrag wurde vom Volksbildungsausschuß in zwei Sitzungen beraten. Die Unterlagen für die Beratung waren — und das ist eine Besonderheit — die Ausführungen des Ministers in der ersten Lesung, von denen die Vertreter der Landesregierung sagten, sie seien so vollständig und umfassend gewesen, daß man sich darauf berufen könne. Die Vertreter der Landesregierung nannten uns deshalb jeweils die Stellen, die zu den entsprechenden Punkten des Antrages heranzuziehen seien, und gaben gegebenenfalls auf entsprechende Fragen weitere Erläuterungen oder Ergänzungen. Sie wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die die Landesregierung bisher daran gehindert hätten, die geforderten Ziele bereits zu erreichen. Wie Sie der Vorlage entnehmen können, hat die Beratung im Ausschuß zu dem Ergebnis geführt, daß die Mehrheit einen alternativen Antrag einbrachte, den sie mit der entsprechenden Mehrheit beschloß.

Lassen Sie mich jetzt in aller Kürze die **Unterschiede zwischen den beiden Anträgen** aufzeigen. Zu Punkt 1 des SPD-Antrags wurde seitens der Landesregierung ausgeführt, daß inzwischen in den Klassen 1 bis 4 eine durchschnittliche **Klassenfrequenz** von 26,5 erreicht worden sei. Von der Landesregierung wurde auch erläutert, was die Gründe dafür seien, daß es noch immer Klassen gibt, die 38 und 39 Schüler haben. Die Gründe waren, daß die Teilung der Klassen häufig am Widerstand der Eltern scheitere, daß Nachmeldungen von Schülern häufig zu größeren Klassenfrequenzen führten, weil die ursprüngliche Klassengröße aufgrund der ersten Anmeldungen konzipiert werde, und daß viele Lehrer ihren Dienst nicht anträten, obwohl sie sich im Lande Schleswig-Holstein beworben hätten.

Die antragstellende SPD-Fraktion hob insbesondere auf die Zielwerte der Stundentafeln ab und stellte fest, daß bis zur Verwirklichung eines Unterrichts, bezogen auf diese Zielwerte, noch viel zu tun sei, weil ja auch gleichzeitig die Höchstklassenfrequenzen gesenkt werden müßten. Um dieses Ziel zu erreichen, bedürfe es einer drastischen Vermehrung der Lehrerplanstellen, und der Antrag fordere eben gerade eine Konzeption dafür.

Der Antrag, den ich Ihnen heute hier zur Beschlußfassung empfehlen muß, begrüßt statt dessen die Maßnahmen der Landesregierung und fordert sie auf, ihre Absichten bis 1980 zu verwirklichen.

Zu Punkt 2 des Antrags erläuterten die Vertreter der Landesregierung die Ausführungen des Ministers in der ersten Lesung, und sie nannten weitere Gründe, weshalb nach ihrer Einschätzung noch immer ein ausgeprägter **Mangel an Kunsterziehern, an Musik- und zum Teil auch an Sportlehrern** bestehe. Sie erläuterten auch, wie diesem Mangel gegebenenfalls abgeholfen werden könne. Ich nenne hier einige Aspekte. Die Studenten der Musikhochschule Lübeck — so wurde gesagt — wechselten häufig auf künstlerische Berufe über, obwohl die Landesregierung nach wie vor Musiklehrern gestatte, nur ein Fach zu unterrichten. Es würden weiterhin Absolventen der Ellen-Cleve-Schule, Kiel, in den Landesdienst eingestellt,

(Ramlar [SPD]: Was?)

und bei der Ausstattung der Gymnasien mit Kunsterziehern werde mit einer Verbesserung gerechnet, sobald die jetzt eingerichteten Studienmöglichkeiten zu Abschlüssen führten.

Die antragstellende Fraktion kritisierte vor allem die Versäumnisse der vergangenen Jahre, die ursächlich für den heutigen Mangel an Lehrern in diesen Fächern seien. Der Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegende Antrag fordert die Landesregierung auf, ihre Bemühungen fortzusetzen und auf die Hochschulen einzuwirken, ihrerseits die Kapazitäten besser zu nutzen.

Zu Punkt 3! Die **Lehrplanarbeit** in Schleswig-Holstein erfolge in enger Abstimmung, so führten die Vertreter der Landesregierung aus, mit den benachbarten Bundesländern. Heute sei es schwieriger als früher, wurde uns erklärt, Lehrpläne zu erarbeiten, weil nämlich die Erwartungshaltung derjenigen, die nachher mit diesen Plänen arbeiten müßten, eine andere sei. Sie wollten gern, wurde uns gesagt, einen möglichst vollständigen Lehrplan, und die Begründungen zum Beispiel für die Auswahl des Stoffs müßten jeweils im Lehrplan enthalten sein. Anders, als es die Antragsteller im ursprünglichen Antrag wollten, sieht der Antrag, der hier heute vorliegt, vor, daß die Maßnahmen der Landesregierung begrüßt werden; sie werden als wichtig für eine kindgerechte Schule bezeichnet.

Zu Punkt 4! Hier wurde von der SPD beantragt, in den ersten beiden Grundschulklassen auf die **Notengebung** zu verzichten; Sie erinnern sich, Dazu wurde von der Landesregierung auf die Wünsche vieler Eltern verwiesen, lieber Zeugnisse zu haben, weil sie

(Harms (Heede))

dann nämlich den Leistungsstand ihrer Kinder besser beurteilen könnten. Dagegen wurde von der Opposition im Ausschuß eingewandt, daß geeignete Formulierungen, ausformulierte Beurteilungen, dies viel besser leisteten.

Der von der Mehrheit empfohlene Beschlußvorschlag begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, beim Übergang von der ersten zur zweiten Klasse auf die Versetzung zu verzichten, und fordert die Landesregierung auf, die Empfehlung der Kommission „Kindgerechte Schule“ zu prüfen.

Zu Punkt 5 des Antrags! Hier wurde beantragt, die **Sitzenbleiberquote** entscheidend zu senken. In diesem Zusammenhang wurde von den Vertretern der Landesregierung ebenfalls auf die schon erwähnten Veränderungen in den ersten beiden Grundschulklassen hingewiesen, und der Zusammenhang wurde deutlich aufgezeigt. Ferner wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, im Zusammenhang mit dem Schulgesetz neue Versetzungsordnungen zu erlassen. Dabei solle die Versetzungsordnung für die beruflichen Schulen eine Art Pilotfunktion übernehmen. Weitere Versetzungsordnungen sollten schnellstens folgen. Die Oppositionsfractionen interessierten sich insbesondere für zuverlässiges Vergleichsmaterial hinsichtlich der Sitzenbleiberquoten, und zwar bezogen auf die verschiedenen Bundesländer.

Der Ihnen heute vorliegende Antrag begrüßt die Maßnahmen der Landesregierung, mit denen Lernschwierigkeiten und Lernrückstände in der Grundschule behoben werden sollten.

Zu Punkt 6! Die antragstellende SPD-Fraktion zielte mit der Forderung, **Ausländerkinder** bei der Zurechnung von Lehrern doppelt zu zählen, auch auf die Verbesserung der Förderungsmöglichkeiten für die deutschen Schüler in der jeweiligen Klasse ab. Die Landesregierung verwies bei ihren Erläuterungen auf die Schwierigkeiten einer derart formalen Berechnungsmethode und erläuterte, wie sie auf flexiblere Weise nach einer anderen Ermittlungsmethode eine bessere Lehrerrückmeldung vornehmen wolle. Im übrigen verspreche sich die Landesregierung auch durch die neue Ausländergesetzgebung gewisse Verbesserungen.

Auf Anregung des Abgeordneten Meyer wurde dann in den Anträgen die Bezeichnung „Ausländerkinder“ gewählt; Sie finden auch in dem vorliegenden Antrag diese Formulierung. Im übrigen sieht der Antrag vor, daß der Landtag die Regelung der Landesregierung, die Ausländerkinder betreffend, unterstützt und daß weitere Hilfs- und Fördermaßnahmen ausgebaut werden sollen.

Zu Punkt 7! Die Vertreter der Landesregierung verwiesen hinsichtlich der Forderung nach **Reduzierung** der Belastung der Schüler durch **Hausaufgaben** auf die Ausführungen des Ministers in der ersten Lesung. Der Ihnen vorliegende Antrag geht davon aus, daß die von der Landesregierung getroffenen Regelungen ausreichend seien, und fordert die Landesregierung auf, die Umsetzung dieser Regelungen zu gewährleisten.

Zu Punkt 8! Der SPD-Antrag zielt auf besondere **Förderung verhaltensgestörter Kinder**. Die Opposition

verwies in der Beratung insbesondere auf die doppelte Funktion dieser Förderung. Die Förderung eines verhaltensgestörten Kindes mit dem Ergebnis einer Verminderung oder einer Beseitigung der Verhaltensstörung sei nicht nur eine Hilfe für dieses jeweils betroffene Kind, sondern zugleich auch eine Hilfe für die Klasse, in der sich das Kind befindet.

Die Vertreter der Landesregierung ergänzten die Ausführungen des Ministers aus der ersten Lesung durch Hinweise auf die Rahmenstudienordnung der Lehrerstudenten und auf entsprechende Fortbildungsprogramme des IPTS. Ferner wurde auf die Hilfen der Bildungsberatungs- und Erziehungsberatungsstellen verwiesen, an die sich auch die Lehrer wenden könnten. Ferner wurde auf die in der Ausbildung befindlichen Beratungslehrer für die Hauptschulen verwiesen; hierbei wurde eine Zahl von 150 Beratungslehrern genannt. Man war sich im Ausschuß einig, daß die Ausschulung verhaltensgestörter Kinder und Sonderklassen für Verhaltensgestörte allerletzte Maßnahmen bleiben müßten.

Der Ihnen vorliegende Antrag fordert die Landesregierung auf, ihre Bemühungen fortzusetzen, wobei das Schwergewicht auf die Beratung und Betreuung der in den Schulen tätigen Lehrer zu legen sei.

Zu Punkt 9! Das ist der letzte Punkt. Hier ging es darum, daß die Landesregierung aufgefordert werden sollte, jeweils über den **Stand der Maßnahmen** zu berichten. Man einigte sich im Ausschuß so, daß wir jeweils unaufgefordert von der Landesregierung über die Zusammenhänge informiert werden, so daß dieser Punkt als erledigt zu betrachten ist. Er findet sich auch nicht in dem vorliegenden Antrag wieder.

Ich glaube, es war richtig, Ihnen hier die Unterschiede zwischen den beiden Anträgen deutlich gemacht zu haben.

Ich habe Ihnen als Ausschußvorsitzender jetzt zu empfehlen, den vorliegenden Antrag anzunehmen.

(Beifall — Dr. Bendixen [CDU]: Selbst der Tonfall war ausgewogen!)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Braun, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte **Bericht über die Unterrichtssituation** im Schuljahr 1978/79 bestätigt, daß die Unterrichtsversorgung in unseren Schulen auch in diesem Schuljahr wieder verbessert werden konnte. Die durchschnittlichen **Klassenfrequenzen** konnten, wie bereits im vergangenen Schuljahr, zum Teil erheblich gesenkt werden — lassen Sie mich die Zahlen nennen —, und zwar von 28 auf 26,5 in der Grundschule, dabei von 27,7 auf 25,1 in der ersten Klasse, von 27,4 auf 26,7 in der Hauptschule, von 15,1 auf 14,7 in der Schule für Lernbehinderte, von 29,9 auf 29,4 in der Realschule und von 30,7 auf 30,6 im Gymnasium. Das ist gewiß

(Minister Dr. Braun)

eine geringfügige Veränderung. Ich wünsche für die Zukunft, daß es auch hier viel besser wird. Auf die Besonderheiten der beruflichen Bildung darf ich später zurückkommen. Genauso positiv hat sich auch in den allgemeinbildenden Schulen das Verhältnis der Schülerzahl zur Zahl der Lehrer entwickelt. Der Bericht weist es aus.

Die Verringerung der Klassenfrequenzen und die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation wird auch in Zukunft fortgesetzt. Die Landesregierung wird jenen Schularten, in denen die Schülerzahlen zurückgehen, die vorhandenen Lehrerplanstellen erhalten. Sie wird zusätzliche Planstellen für jene Schularten bereitstellen, in denen die Schülerzahlen vorläufig noch steigen. Sie wird weiterhin durch das Programm „Kleinere Klassen“ von 1980 an übergroße Klassen dadurch abbauen, daß Eingangsklassen in den weiterführenden Schulen in aller Regel nicht mehr als 31 Schüler haben werden. Bei der Eingangsklasse der Grundschule werden wir dieses Ziel mit Ausnahme der Schulen mit nur einer Eingangsklasse schon in diesem Jahr erreichen. Dieses für eine gedeihliche Erziehungsarbeit in der Schule wichtige Programm kann nur der in vollem Umfang würdigen, der weiß, wie schwierig es ist, dafür pro Jahr zusätzlich rund 35 Millionen DM für etwa 800 Lehrer bereitzustellen. Nur der kann diese Leistung würdigen, der die Entscheidung der Regierung einbezieht, kleine Schulen auch dann zu erhalten, wenn die Schülerzahlen in den Klassen auf 18 und in besonderen Fällen auch auf noch weniger Schüler absinken werden.

Im laufenden Schuljahr ist die Zahl der Klassen, die weniger als 31 Schüler umfassen, gegenüber dem vorigen Schuljahr ganz erheblich gestiegen. Diese Information kann der Bericht noch nicht enthalten. Das wäre technisch völlig unmöglich gewesen. Die Auswertung ist zu Beginn dieser Woche abgeschlossen worden. Ich bitte Sie ganz herzlich, sich diese Zahlen besonders anzuhören und auch in Ihre Diskussionen einzuführen. Allerdings ist die Hoffnung bei mir nicht sehr groß, daß Sie es tun werden.

Bei den Grundschulen ist die Zahl der Klassen mit weniger als 31 Schülern vom Schuljahr 1977/78 zum Schuljahr 1978/79 auf 82% gestiegen. Ich wiederhole die Zahl: Bei 82% aller Grundschulklassen in Schleswig-Holstein ist die Klassenfrequenz geringer als 31. Bei den Hauptschulen stieg die Prozentzahl von 72 auf 78%, bei den Realschulen von 54 auf 58%. Sogar bei den Gymnasien ist trotz der bundesweit vorhandenen großen Schwierigkeiten bei der Lehrerversorgung eine Steigerung von 45 auf 46% in den Klassenstufen fünf bis zehn erzielt worden. In der gymnasialen Oberstufe sind natürlich die schulischen Bedingungen wegen des Systems der reformierten Oberstufe noch weit günstiger.

Schleswig-Holstein nimmt mit diesen außerordentlich günstigen **Klassenfrequenzen** eine Spitzenstellung unter den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland ein. Nach den letzten Vergleichen, die mir vorliegen, hat jetzt Schleswig-Holstein bei Grund- und Hauptschulen nach Niedersachsen die zweitgünstigste Position aller Bundesländer hinsichtlich der Klassen-

frequenzen, ebenso bei den Realschulen, meine Damen und Herren, wo nur die Klassenfrequenzen in Berlin noch günstiger sind. Aber jeder kennt die besondere Situation Berlins. Bei den allgemeinbildenden Schulen insgesamt liegt Schleswig-Holstein an zweiter Stelle hinter Niedersachsen.

Die Entscheidung der Landesregierung für die Erhaltung kleinerer Schulen und somit auch kleinerer Klassen, für den Abbau übergroßer Klassen und damit auch für die Senkung der durchschnittlichen Klassenfrequenzen in allen allgemeinbildenden Schulen ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsverhältnisse an unseren Schulen, der von der weitaus überwiegenden Mehrzahl unserer Eltern und Lehrer anerkannt wird.

Die dem Landtag vorgelegten Zahlen zeigen, welche Erfolge bisher erzielt worden sind. Das **Programm „Kleinere Klassen“** nennt die Ziele ganz exakt, die sich die Landesregierung für die nächsten Jahre gesetzt hat. Es wäre für Lehrer, Schüler und Eltern sicher auch hilfreich, wenn die Opposition hier diese überaus positive Entwicklung als solche würdigte.

Dasselbe wünsche ich mir auch für die Entwicklung der **Klassenzusammenlegungen** in der **Grundschule**. Ich nenne einmal die Zahlen hierfür. Wir hatten doch erregte Debatten hier in diesem Hohen Hause vor zwei Jahren zu diesem Thema. 1976 gab es noch 156 Klassenzusammenlegungen, 1977 waren es noch 24, 1978 waren es nur noch vier Klassenzusammenlegungen. In diesen wenigen Fällen, in denen die Schülerzahlen eines Jahrgangs außerordentlich stark gesunken waren, sind unsere Entscheidungen selbstverständlich mit den betroffenen Eltern vorher ausführlich besprochen worden.

Obwohl wir das Schwergewicht auf die Verkleinerung der Klassen gelegt haben, konnte auch das **Stundenfehl** weiter gesenkt werden. Schon der Bericht nach dem Stand vom September 1978 zeigte, daß das Stundenfehl, verglichen mit dem Vorjahr, in der Hauptschule von 13,6 auf 13,2%, in der Schule für Lernbehinderte von 13,2 auf 11,1% und in der Realschule von 8,6 auf 7,8% gesenkt werden konnte. In der Grundschule stieg es leider geringfügig von 12,8 auf 13%, ebenso im Gymnasium. Wohlgermerkt, das war im September 1978. Jetzt sieht das, wie ich gleich ausführen werde, anders aus. All diese Werte sind immer an der Stundentafel gemessen. Wohlgermerkt, an der Stundentafel, nicht am einheitlichen Unterrichtsangebot. Das einheitliche Unterrichtsangebot konnte schon im September 1978 mit Ausnahme der Schule für Lernbehinderte an allen Schularten erreicht oder sogar übertroffen werden und bei einer großen Zahl von Schulen sogar ganz erheblich übertroffen werden.

Neueste Erhebungen, ebenfalls zu Beginn dieser Woche zum Stand des zweiten Schulhalbjahres abgeschlossen, beweisen nun aber, daß die Zahlen des Berichts in wichtigen Bereichen auch in dieser Hinsicht günstig überholt sind. Erfreulicherweise ist an den Schulen für Lernbehinderte und in den Gymnasien jetzt eine deutliche zusätzliche Verbesserung dadurch eingetreten, daß ein großer Teil der neuen Plan-

(Minister Dr. Braun)

stellen zügig besetzt werden konnte. 30 Planstellen wurden für die Schulen für Lernbehinderte zusätzlich besetzt, 120 Planstellen wurden in den Gymnasien zusätzlich besetzt. Dadurch hat sich das Stundenfehl gegenüber September 1978 erheblich vermindert, und zwar in den Schulen für Lernbehinderte auf 8,7%, in den Gymnasien sogar auf nur noch 5,4%. Nennen Sie mir das Bundesland mit diesem Prozentsatz! Diesen Beweis zu führen, bitte ich Sie ganz herzlich, meine Damen und Herren!

(Harms (Heede) [SPD]: Hamburg!)

Diese inzwischen neu besetzten Stellen bedeuten etwa 3700 Wochenstunden. Das verbleibende Stundenfehl — Sie wissen das — ist nicht einfach durch Vermehrung der Planstellen zu beseitigen. Die Auswertung des fächerspezifischen Stundenfehls zeigt schon jetzt, daß der größere Teil des Stundenfehls auf Fächer entfällt, für die es zur Zeit bundesweit keine geeigneten Lehrer gibt. Lesen Sie in den Zeitungen der letzten Tage über eine Diskussion genau zu diesem Problem im Nachbarstaat Hamburg, meine verehrten Herren Kollegen. Dieses bundesweite Fehl zeigt sich in den Gymnasien am deutlichsten. Hier fehlen Lehrkräfte für die Fächer Religion, Musik, Kunst, Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. Die hier vorhandenen Lücken sind in Schleswig-Holstein wie in allen anderen Bundesländern leider nicht von heute auf morgen zu schließen. Bedeutend langsamer als in anderen Fächern wird hier trotz langjähriger Beratung der Abiturienten und Schaffung neuer Ausbildungsmöglichkeiten der Bedarf gedeckt werden können.

Bei dieser Gelegenheit ist es naheliegend, sich auch mit dem **Stundenfehl in anderen Bundesländern** zu befassen. SPD und F.D.P. möchten allzugern in öffentlichen Diskussionen — sie tun es jeden Tag — den Eindruck erwecken, nur in schleswig-holsteinischen Schulen gebe es ein Stundenfehl.

(Wiesen [SPD]: Das habe ich noch nirgends gehört!)

— Nein, nein, Sie sagen jeden Tag, es sei ganz gut, und Vergleiche über die Landesgrenzen hinweg brauchten wir nicht zu machen. Das war auch in den Debatten der letzten Tage über die Regierungserklärung der Fall. Sie machen doch mit dem Hinweis auf Persönlichkeiten der Bundesregierung Reklame. Aber wenn es um den Vergleich wichtiger Lebensbereiche geht, dann darf das außerhalb der Grenzen Schleswig-Holsteins keine Rolle spielen. Diesen Widerspruch müssen Sie hier doch einmal klären, meine Damen und Herren!

(Wiesen [SPD]: Können Sie uns das einmal irgendwie belegen?)

Meine Damen und Herren, andere Bundesländer sind bei der Bekanntgabe von Zahlen verschwiegen. In keinem Bundesland werden das Parlament und die Öffentlichkeit so umfassend und offen über die Unterrichtsversorgung informiert wie in Schleswig-Holstein.

(Meyer [SSW]: Weil hier fleißig gefragt wird!
— Schumacher [F.D.P.]: Das liegt an der Qualität der Fragesteller!)

— Nein, das liegt an der Tatsache, Herr Kollege Schumacher, daß meine anderen zehn Kollegen fragen, warum sie solche schwierigen Dinge dann auch noch in statistischen Büchern offenlegen sollen. „Halten wir doch den Mund, dann haben wir nicht soviel Diskussion!“ Das ist die Situation, Herr Kollege Schumacher! Sagen wir es doch einmal ganz offen.

(Neitzel [F.D.P.]: Wir haben doch einen Landtagsbeschluß!)

Trotz dieser Zurückhaltung ist es möglich, durch Umrechnungen und Zahlenvergleiche zu Erkenntnissen über das Stundenfehl in anderen Bundesländern zu kommen, ganz abgesehen von den Gesprächen mit Eltern aus anderen Bundesländern, die man dauern führen kann und auch führt. Führen Sie einmal Gespräche mit Eltern aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und anderen Bundesländern!

Lassen Sie mich gerade einmal das Bundesland **Nordrhein-Westfalen** anführen, wo Sie doch seit vielen Jahren Schule gestalten. In diesem finanzstarken Land — verglichen mit dem finanzschwachen Land Schleswig-Holstein — beträgt das **Stundenfehl** an Gymnasien 9%, an Realschulen 10,1%, das heißt, es liegt höher als in Schleswig-Holstein. Aber nicht nur dieser Zahlenvergleich ist beachtenswert. In Nordrhein-Westfalen können die Schulleiter in eigener Entscheidung die Klassenfrequenzen senken und dafür ein höheres Stundenfehl in Kauf nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herr Abgeordneten Neitzel?

Dr. Braun, Kultusminister, fortfahrend:

Bitte schön!

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, bitte!

Neitzel [F.D.P.]: Herr Kultusminister, können Sie so freundlich sein, bei diesem Bundesvergleich auch die Soll-Zahlen der Stundentafeln in den anderen Bundesländern zu nennen,

(Beifall bei der SPD)

und können Sie zweitens so freundlich sein, auch bitte einmal die Bundesstatistik über die Schüler-Lehrer-Relation und die Einreihung Schleswig-Holsteins in diesem Zusammenhang darzustellen?

Dr. Braun, Kultusminister, fortfahrend:

Ich gehe davon aus, daß die erste Statistik, mit der wir uns ständig beschäftigen, den Mitgliedern des Volksbildungsausschusses seit Jahren bekannt ist. Ständig werden dort Vorlagen gemacht.

(Neitzel [F.D.P.]: Das stimmt überhaupt nicht!)

(Minister Dr. Braun)

Die zweite Zahl brauche ich nicht zu nennen. Sie versäumen ja keinen einzigen Tag, diese Zahlen selber zu nennen.

(Lachen bei der SPD)

Was soll also diese Showfrage hier? Zurück zu Nordrhein-Westfalen!

(Zuruf des Abgeordneten Wiesen [SPD])

— Herr Kollege Wiesen, es wäre manchmal besser, zuzuhören, bevor man seine Sprüche klopft.

(Wiesen [SPD]: Ich höre gut zu!)

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen können die Schulleiter — wie ich sagte — in eigener Entscheidung die Klassenfrequenz senken und dafür ein höheres Stundenfehl in Kauf nehmen. Sie können aber auch die Klassenfrequenzen erhöhen, um dafür das Stundenfehl gering zu halten. Diese Entscheidungsfreiheit besitzen die Schulleiter in Nordrhein-Westfalen.

Nun das Ergebnis! Nach den Zahlen über das Stundenfehl in den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen sollte man eigentlich erwarten, daß diese Schulen das hohe Stundenfehl in Kauf genommen haben, um die Klassenfrequenz niedrig zu halten — bei der Wahlfreiheit, die ihnen administrativ zugestanden wird. Aber weit gefehlt! Die Klassenfrequenzen an den dortigen Gymnasien und Realschulen sind die zweithöchsten im ganzen Bundesgebiet. Höchste Klassenfrequenzen und größere Stundenfehle als in Schleswig-Holstein! Es muß doch erlaubt sein, ja, ich halte es für politisch notwendig, diesen Vergleich zu machen.

(Beifall bei der CDU — Harms (Heede)
[SPD]: Und die Lehrer-Schüler-Relation?)

— Ja, dann müssen wir den Bürgern aber auch sagen, Herr Kollege Harms, wie die Arbeitszeitregelungen für die Lehrer in den einzelnen Ländern aussehen, wie das Ausmaß der sogenannten Erlaßstunden in den verschiedenen Ländern geregelt ist. Wir haben hier höhere Werte als im Bundesdurchschnitt. Es ist ein höheres Maß an Arbeit — ich trage das mit Anerkennung und Dank vor —, das die Lehrer in Schleswig-Holstein leisten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie Zahlenvergleiche über **Schüler-Lehrer-Relationen** anstellen, müssen Sie diese Fakten umrechnen. Entscheidend ist, wieviel Lehrerstunden auf einen Schüler bei unterschiedlicher Arbeitszeitlänge entfallen. Wenn Sie das nicht tun, vergleichen Sie Äpfel mit Birnen,

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

aber das tun Sie ja oft.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich nur die geringe Mühe gemacht hätten, sich nach der **Situation** in den anderen **Bundesländern** zu erkundigen, würden Sie erfahren haben, daß bundesweit die gleichen

Fächer vom Lehrermangel und vom Stundenfehl betroffen sind. Es ist also abwegig, die Ursachen in der Politik eines Landes zu suchen. Durch eine bestimmte Tendenz in der Bildungspolitik — ich habe dies schon einige Male hier angesprochen — ist der besondere erzieherische Wert der musischen Fächer so abgewertet worden, daß unseren Abiturienten der Mut genommen worden ist, diese Fächer zu studieren. Viele Ihrer alltäglichen Erklärungen kann man auch indirekt so lesen, als wäre es meine Pflicht gewesen, die Abiturienten zu zwingen, diese Fächer zu studieren. Ich kann ihnen in einem freien Staat Angebote machen, ich kann aber niemanden zwingen, die Angebote anzunehmen.

Wir haben in Lübeck eine Musikhochschule mit einem besonderen **Studiengang für Musikerzieher** eingerichtet. Wir haben neben der Musikhochschule ein Gymnasium mit einem Musikzweig ausgestattet, dem in der Oberstufe ein Leistungskurs Musik zugeordnet ist. Wir hoffen, daß aus diesem Gymnasium besonders viele Studenten für die Musikhochschule Lübeck hervorgehen werden. Wir werden zum Schuljahresbeginn 1979/80 an einem dafür besonders geeigneten Gymnasium in Kiel ebenfalls einen Musikzweig einrichten.

Wir haben den Studenten — ich habe es Ihnen neulich schon vorgetragen — der Musikhochschule den Weg in den Lehrerberuf ganz erheblich dadurch erleichtert, daß wir sie von der Auflage eines zweiten Studienfaches befreit haben in der Hoffnung, daß diese Erleichterung doch gerade die musisch talentierten jungen Leute animieren werde, diese Fächer zu studieren. Sie haben es nicht getan. Aber dies ist nicht allein ein Problem in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich das hinzufügen darf: In einer langen Diskussion auf der 2. Europäischen Kultusminister-Konferenz in Athen Ende vergangenen Jahres, auf der 22 europäische Länder vertreten waren, haben die dort vertretenen Kollegen das gleiche Phänomen für ihr Land vorgetragen.

Wir werden die Eignungsprüfung zum Eintritt in den Studiengang daraufhin überprüfen, ob sie den Bedürfnissen eines Musikerzieherstudiums noch besser angepaßt werden kann, damit wir den Anteil der Musikerzieherstudenten an der Gesamtstudentenzahl möglichst noch erhöhen können.

Für die **Kunsterzieher** wird zum Wintersemester 1979/80 in Kiel ein Studiengang eröffnet. Die Studienordnung liegt im Entwurf vor. Leider gab es da von bestimmter Seite nicht jene Bereitwilligkeit mitzumachen, wie ich sie staatlicherseits gern erwartet hätte — von einigen Seiten her gesehen.

Völlig ins Leere geht die Behauptung der F.D.P., die Landesregierung würde geeignete **Absolventen von Diplomstudiengängen** von den Schulen fernhalten. Es sind jahrelang — —

(Neitzel [F.D.P.]: Das haben Sie doch selber in der Antwort auf die Kleine Anfrage zugegeben!)

(Minister Dr. Braun)

— Sehen Sie, Herr Kollege Neitzel, ich bin gerade dabei, einen Beweis zu führen, und Sie reden schon, bevor Sie den Beweisgang gehört haben, nach der alten Masche: Herr Neitzel weiß immer alles besser.

(Dr. Bendixen [CDU]: Er glaubt, es besser zu wissen!)

Es sind jahrelang in großer Zahl Diplomierte auf der Grundlage einer befristeten Ausnahmeregelung zur Lehrerlaufbahnverordnung in den Schuldienst übernommen worden. Da es sich in diesen Fällen meist um hochspezialisierte Lehrer handelt, die nur in einem Fach einsetzbar sind, sind ihrer Verwendbarkeit im Schuldienst im allgemeinen Grenzen gesetzt. Deshalb hat die Landesregierung die Ausnahmeregelung jetzt auf Personen aus dem Mittelbau der Universität begrenzt, die keine Chance oder erheblich verringerte Chancen haben, in die wissenschaftliche Laufbahn eintreten zu können, weil — jeder weiß es — die überwiegende Zahl aller Lehrstühle mit sehr jungen Wissenschaftlern besetzt ist. Die von der F.D.P. genannte Zahl — jetzt wird es konkret, Herr Kollege Neitzel! — der 313 in Schleswig-Holstein arbeitslosen Inhaber naturwissenschaftlicher Diplome ist natürlich, was ihre Einsetzbarkeit in Schulen angeht, einfach ein Phantom. Nur eine Handvoll von ihnen ist überhaupt bereit, in den Schuldienst überzuwechseln. Nur ein Teil davon erfüllt die notwendigen Einstellungsbedingungen. Alle geeigneten Personen, die sich rechtzeitig beworben haben, sind auch tatsächlich bis zum 31.12.1978 eingestellt worden.

(Neitzel [F.D.P.]: Teilweise erst nach Gerichtsverfahren! Das wissen Sie ganz genau!)

— Ich muß doch mit aller Sorgfalt prüfen, Herr Kollege Neitzel, ob ein Lehrer die ausreichende Eignung und Befähigung besitzt, der bestmögliche Lehrer und Erzieher unserer Kinder zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Und ich füge hinzu: Es ist eine gute Sache für diejenigen, die politische Verantwortung tragen, daß sie heute nicht mehr gezwungen sind, jeden, der sich bewirbt, einzustellen, nur weil er das Examen bestanden hat. Es ist eine gute Sache, daß die Verantwortlichen in der Lage sind, einen Wettbewerb zugunsten der Rechte unserer Kinder wahrzunehmen. Ich bin eher bereit, ein gewisses Maß an Unterrichtsausfall in Kauf zu nehmen, als einen ungeeigneten Lehrer einzustellen, der dann für etwa 35 Jahre Erzieher unserer Kinder sein würde.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Problem, um das es geht.

Die stetige Verbesserung der **Unterrichtsversorgung** in unserem Lande wird besonders deutlich, wenn wir die letzten zehn Jahre betrachten. Herr Kollege Ronneburger, Sie werden jetzt fragen, warum ich zehn Jahre gesagt habe. Ich trage für etwa diesen Zeitraum dafür Verantwortung. Es ist also sicher einleuchtend, daß ich diese Zahl genannt habe. Von

1969 bis 1979 stiegen in Schleswig-Holstein die Schülerzahlen um rund 21 Prozent auf 505000. Die Zahl der Lehrer jedoch wurde in demselben Zeitraum von 13600 auf 20500 — das sind rund 51 Prozent mehr — erhöht. Allein in dieser Legislaturperiode — in Jahren, die in finanzpolitischer Hinsicht außerordentlich angespannt waren — hat die Landesregierung 1716 zusätzliche Planstellen für Lehrer geschaffen. Ich rufe die Zahlen in Erinnerung: 1976 waren es 200, 1977 590, 1978 94 und 1979 436.

Welch hohen Stellenwert die Landesregierung der Schul- und Bildungspolitik einräumt, zeigt auch die Tatsache, daß die Gesamtausgaben des Landes von 1969 bis 1979 um 193 Prozent gestiegen sind, während die **Ausgaben des Kulturbereichs** in diesem Zeitraum um insgesamt 215 Prozent gesteigert worden sind.

(Wiesen [SPD]: Da sieht man mal, was Sie für einen Nachholbedarf haben!)

— Nach Ihrer Auffassung ist immer alles schlecht, Herr Kollege Wiesen! Sie sind sich überhaupt nicht im klaren darüber, was Sie den Lehrern und Kindern unseres Landes in atmosphärischer Hinsicht zumuten, wenn Sie an jedem Tag die Schule in Schleswig-Holstein so darstellen, als sei sie die schlechteste. Sie nehmen den Kindern den Mut. Was bedeutet das denn für die 20000 Lehrer, die jeden Tag bemüht sind, allerbeste Leistungen zu vollbringen? Wenn Sie jeden Tag draußen solch ein Gerede über Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Parlament hören würden, dann möchte ich mal gerne Ihre Reaktion sehen.

(Beifall bei der CDU)

Denken Sie doch bitte einmal daran, was dies für diejenigen bedeutet, die jeden Tag in diesen Schulen sind. Und sicher sind sehr viele auch gerne in diesen Schulen.

Herr Kollege Matthiesen, Sie sagen: Wir, die SPD, sorgen dafür, daß unsere Kinder gerne zur Schule gehen. Lassen Sie mich mal einen Brief zitieren, den mir vor wenigen Tagen eine Schülerin geschickt hat. Das ist nicht der erste Brief. Und es wird sicherlich nicht der letzte sein, der kommen wird. Es heißt in dem Brief:

„Sehr geehrter Herr Minister! Ich heiße...“

— Den Namen nenne ich nicht, denn ich habe mit dem Kind nicht abgesprochen, daß ich aus dem Brief zitieren werde. —

„Ich bin 10 Jahre alt und gehe gerne zur Schule.“

Dann kommt der Wunsch, den sie hat. Sie möchte gerne die Fünf-Tage-Woche haben.

Denken Sie einmal an die große Zahl der Kinder, die gerne in die Schule gehen. Und Sie stellen das so dar, als würden wir alles tun, den Kindern die Lust an der Schule zu verderben.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Braun)

Wo ist da die kinderfreundliche Haltung dieser Politiker? Und dann reisen Sie im Lande so als bargeldloser Wanderprediger herum und stellen die **Sitzenbleiberquote** heraus. Sie sagen das, ohne über die unterschiedlichen Bedingungen zu sprechen.

Ich sage vorab, daß ich größten Wert darauf lege, daß das Wiederholen einer Klasse vermieden wird, wenn es möglich ist. Es sollte nur dann angeordnet werden, wenn es im wohlverstandenen Interesse des Kindes liegt. Defizite sollen so früh wie möglich ausgeglichen werden. Es muß dafür gesorgt werden — das ist der Sinn dabei, wenn eine Klasse wiederholt werden soll —, daß das Kind so schnell wie möglich wieder zu Erfolgserlebnissen kommt. Die Lücken dürfen nicht mitgeschleppt werden. Das könnte dazu führen, daß das Kind nach einer Reihe von Jahren mit einem katastrophalen Ergebnis konfrontiert wird.

Herr Kollege Matthiesen, Sie müssen doch — da Sie so etwas jeden Tag als Wortführer sagen — das Schulergebnis berücksichtigen. Wie viele erreichen denn keinen Abschluß im Ländervergleich? Es zählt doch allein, wie viele einen Abschluß erreichen. Bei den Hauptschulen in Schleswig-Holstein erreichen 8,1 Prozent der Schüler keinen Abschluß. Und dies ist genau der Mittelwert aller Bundesländer.

Lassen Sie mich noch folgendes hinzufügen: Sie fordern doch das **zehnte Hauptschuljahr**. Das kann nie ein vorweggezogenes Jahr beruflicher Ausbildung sein. Dagegen wehren sich alle Fachleute. Sie können das Jahr — in dem den betreffenden Kindern die Chance geboten wird, ihre Defizite frühzeitig abzubauen, um wieder den Anschluß zu erreichen — so verstehen, daß es ein Jahr ist, um das die Hauptschule erweitert wird. Wo sind dann die inhaltlichen Unterschiede, Herr Kollege Matthiesen? Ich finde — bei aller Logik — keine Unterschiede. Aber das muß doch gesagt werden. Und so begreifen die Eltern das auch. Ich füge noch einmal — als Appell an alle Lehrer — hinzu: Das Wiederholen einer Klasse soll — wenn irgend möglich — vermieden werden.

Über die **Situation an den berufsbildenden Schulen** ist teilweise schon bei der Beantwortung der Großen Anfrage hinsichtlich der Zukunftschancen der jungen Generation berichtet worden. Ich nenne dazu ergänzend einige Zahlen. Die Klassenfrequenzen an den berufsbildenden Schulen liegen in diesem Jahr etwas höher als im Schuljahr 1977/78. Sie stiegen von 20,8 auf 21,5. Ich habe hier oft begründet, warum das so ist. Das haben wir auch mit allen betroffenen Verbänden sowie mit anderen, die an dieser Frage ganz unmittelbar und konkret interessiert sind, durchgesprochen.

Für die Zeit steigender Schülerzahlen werden — als pädagogisch vertretbar — in den Teilzeitberufsschulen 22 Schüler je Klasse und in den beruflichen Vollzeitschulen 25 Schüler je Klasse zugrunde gelegt. Mit einer durchschnittlichen Klassenfrequenz von 21,5 liegt Schleswig-Holstein weitaus günstiger als der Bundesdurchschnitt. Und berücksichtigen Sie bitte auch: Die Fülle der einzelnen Zahlen, die im Landtag vorgelegt worden sind, darf nicht die wichtige Tatsache verdecken, daß in diesem Schuljahr über 7000 Schüler

mehr als im Vorjahr an den berufsbildenden Schulen des Landes versorgt werden mußten. Durch 110 zusätzliche Lehrerplanstellen im Jahre 1978 konnte dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. Die Struktur des berufsbildenden Schulwesens in Schleswig-Holstein — seine Schularten und die aufeinander bezogenen Bildungsgänge — hat sich als so elastisch erwiesen, daß sie den Anforderungen insgesamt gewachsen ist. Das wird auch in den nächsten Jahren der Fall sein.

So wichtig es auch ist, die quantitativen Verhältnisse in den Schulen unseres Landes zu kennen, so möchte ich doch an dieser Stelle davor warnen, nur in Zahlen zu denken. Es ist ein verhängnisvoller Zug unserer Zeit, die lebendige Vielfalt menschlichen Daseins, die Fülle der Einzelschicksale nur in Statistiken und Tabellen darstellen zu wollen. Das ist deshalb verhängnisvoll, weil mit Zahlen und Tabellen nur ein Teil der Wirklichkeit erfaßt und der Beurteilung zugänglich gemacht wird. Ich will die Zahlen nicht als unwichtig abtun. Aber für Schüler und Eltern — die mit Aufmerksamkeit und oft mit Anspannung auf unsere Schulen blicken — sowie für die Lehrer, die dort arbeiten, ist der Inhalt schulischen Geschehens, die **Qualität unserer Schulen**, wichtiger. Und ich habe gerne dem Dialog über diese Situation zugehört, den es zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und Ihnen, Herr Kollege Ronneburger, gab. Und ich nehme das, was Sie hinsichtlich des gesamten Bereichs in Anspruch genommen haben, für mich im Hinblick auf die Schulen in Anspruch. Vielleicht ist es auf diesem Gebiet auch ganz besonders von Bedeutung. Was wird in den Schulen gelehrt und gelernt? Und wie wird dort gelernt und gelehrt? Wozu werden die Kinder in unseren Schulen erzogen? Wie gehen Schüler, Lehrer und Eltern in der Schule miteinander um? Gelingt es — bei aller Notwendigkeit der Leistungsanforderung —, auch Muße, Heiterkeit und Menschlichkeit in den Schulen zu bewahren? Es gibt viele, viele Schulen, Herr Kollege Matthiesen, wo die Schüler wirklich Spaß dran haben; nehmen Sie einmal teil an solchen Veranstaltungen, wo Sie Schulorchester erleben, die das über Monate hinweg mit sehr großer Begeisterung tun — nicht nur beim Konzert —, wo das die Atmosphäre einer Schule prägt. Wir haben auch Situationen, in denen das nicht der Fall ist. Aber, meine Damen und Herren, es wird immer Schüler geben, die hat es immer gegeben, die nicht gerne zur Schule gehen.

(Matthiesen [SPD]: Das ist doch gar nicht der Punkt! Sie können doch nicht bestreiten, daß insgesamt unsere Kinder durch die Schule überfordert und überlastet sind!)

— Darauf werde ich Ihnen gern eine Antwort geben, Herr Kollege Matthiesen! Da müssen Sie — Sie haben ja nachher Gelegenheit zu diskutieren — einmal folgenden Widerspruch aufklären. Ich gehe jetzt einmal auf diese Aussage ein und möchte direkt darauf antworten. Sie kritisieren die **Stundentafel**, das ist ja Ihre Kampagne. Als Prophezeiung der SPD verkünden Sie den Kindern, Sie würden dafür sorgen, daß sie es

(Minister Dr. Braun)

in der Schule leichter haben werden. Wie wollen Sie es den vernünftigen Menschen — und die überwiegende Masse der Schleswig-Holsteiner ist vernünftig — klarmachen, daß es für die Schüler leichter wird, wenn Sie ihnen mehr Unterricht zumuten? Das ist doch ein Widerspruch, der nicht größer sein kann!

(Matthiesen [SPD]: Zur Entlastung der Schüler rechtfertigen Sie also den Unterrichtsausfall?)

— Herr Kollege Matthiesen, nein, das tue ich nicht! Wenn Sie mich morgen so zitieren, dann ist das die Masche, mit der Sie zu zitieren beliebten. Ich sage Ihnen: Wenn Sie die Stundentafel in allen Fällen erfüllen wollen, was kein Land erfüllt, dann würden Sie mit allergrößter Wahrscheinlichkeit — das ist keine Behauptung von mir aus, sondern darüber habe ich mit Fachleuten gesprochen — gezwungen sein, an sehr vielen Schulstandorten auf die Fünf-Tage-Woche zu verzichten, weil das Stundenmaß, was dann erforderlich sein würde, in fünf Tagen nicht abzuwickeln wäre; dies wäre sowohl aus physischen als auch aus psychischen Gründen den Kindern nicht zuzumuten. Auch das ist miteinander in Vergleich zu setzen, das ist gegeneinander abzuwägen. Darüber sollten Sie auch einmal nachdenken.

Nun lassen Sie mich kurz einmal einige der besonders wichtigen inhaltlichen Aufgaben oder Probleme nennen, um die es in den **Schulen** neuerdings besonders geht. Der Anteil von Einzelkindern, von Kindern aus Ausländerfamilien, von Kindern, deren Eltern beide im Beruf stehen, steigt. Vor allem der wachsende Anteil der **Einzelkinder** wirft für die Pädagogen viele neue Probleme auf. Lehrer, die tagtäglich unterrichten, sagen mir, daß das Probleme sind — in einer Fülle —, die sie alle noch nicht gekannt haben und wofür es kaum noch ein pädagogisches Instrumentarium gibt, um diesen Kindern zu helfen, weil — und das ist die Erfahrung, die die Lehrer machen — dem Einzelkind in der Familie die Geschwister fehlen, die sich gegenseitig erziehen. Ein solches Kind kommt mit Ansprüchen in die Schule, die ähnlich sind wie in der Familie, wo es ja das einzige Kind ist.

Das sind gigantische pädagogische Probleme, denen wir uns stellen müssen. Das Durchschnittsalter der Lehrer und besonders der Schulleiter ist heute erheblich niedriger als früher. Das kann ein Vorteil sein, wenn es um Leistungskraft und Beweglichkeit geht. Man darf aber den Wert pädagogischer Erfahrungen über Jahrzehnte hinweg nicht unterschätzen.

Diese und viele ähnliche Fragen, die den Inhalt unserer Schule betreffen, sind für uns seit langem Kernpunkte schulpolitischer Überlegungen und Entscheidungen. Will man die Frage insgesamt beantworten, wie die Schule in Schleswig-Holstein ist, wie sie sich dem Betrachter und wie sie sich dem Betroffenen darstellt, dann muß man in die Antwort das Gesamtbild einbeziehen, wovon — ich sagte es schon — diese Zahlen nur ein Teil sind.

Die Antwort lautet — ich will es komprimiert vortragen —: Es wäre vermessen zu behaupten, in den 1100 Schulen unseres Landes gäbe es überhaupt keine

Probleme, überhaupt keine Schwierigkeiten, überhaupt keinen Ärger; insgesamt aber braucht die Schule Schleswig-Holsteins den Vergleich mit anderen Bundesländern überhaupt nicht, in keiner Weise zu scheuen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat das Schulwesen dieses Landes stetig und mit Augenmaß weiterentwickelt und verbessert — diese Formulierung, von uns schon vor zehn Jahren gebraucht, Herr Kollege Neitzel, haben Sie inzwischen übernommen —, ohne daß dabei gewachsene und bewährte Traditionen zerstört wurden.

SPD und F.D.P., die nicht müde werden, Kritik an der einen oder anderen **quantitativen Gegebenheit** unseres Schulwesens zu üben, und die allzugern in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken möchte, sie seien in der Lage, diese quantitativen Verhältnisse zu verändern, müssen sich auch einmal die Frage gefallen lassen — und die ist für mich sehr wichtig —, wie sie denn Schule gestalten würden, wenn sie frei nach ihren Vorstellungen schalten und walten könnten. Sie müssen der Bevölkerung auch klarmachen, wer die hohe Schuldenlast bezahlen soll. Wäre es — um in der Sprache der SPD zu formulieren — kinderfreundlich, wenn den Kindern als Startkapital ins Leben ein gigantischer Schuldenberg mitgegeben würde, der sie zwingen würde, auf viele Annehmlichkeiten des Lebens verzichten zu müssen, dann, wenn sie im Erwerbsleben stehen und den Ertrag ihrer Arbeit haben möchten?

Ich habe einmal durchgerechnet — das ist eine simple Rechnung —, worüber ein Parlament entscheidet, wenn es über 2000 Lehrerplanstellen entscheidet. Und der Vergleich — jetzt ist der Kollege Matthiesen nicht anwesend — mit dem, was die Landesregierung als Entschädigungen im Zuge der Schneekatastrophe bereitgestellt hat — Herr Matthiesen sagte, dafür habe man Geld —, ist so naiv, wie er gar nicht naiver sein kann. Man kann eine einmalige Ausgabe eben nicht mit einer über Jahrzehnte hinweg laufenden Ausgabe öffentlicher Zahlungen vergleichen! Lassen Sie mich die Zahlen nennen: Ein Parlament, das heute über 2000 Planstellen für den Schulbereich beschließt, beschließt über 14 Milliarden DM!

(Harms (Heede) [SPD]: Dann müssen Sie doch Lehrer einsparen, wenn Sie eine solche Rechnung aufmachen!)

— Ich nenne Ihnen die Zahl; Sie sind Physiker, Sie zweifeln sicherlich nicht an der Richtigkeit der Rechnung; etwas anderes unterstelle ich Ihnen auch nicht, Herr Kollege Harms. Aber das gehört in den Entscheidungsrahmen hinein, und das auch bei allen anderen politischen Entscheidungen herauszuarbeiten, wäre oftmals sehr nützlich.

(Harms (Heede) [SPD]: So etwas Naives dürfte ich meinen Schülern nicht anbieten!)

Aber diese nachwachsende Generation muß diese Schulden doch zurückzahlen, Herr Kollege Harms, darum geht es doch!

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Braun)

Bislang haben SPD und F.D.P. auf solche konkreten Fragen keine Antworten gegeben. Die SPD hat in ihrem Landtagswahlprogramm von 1975 nur allgemein erklärt — ich darf zitieren, Herr Präsident! —:

„Es genügt nicht, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen, wenn die Schule den Forderungen des Grundgesetzes entsprechen soll. Deshalb muß eine konsequente Reform der Bildungsziele und -inhalte dazukommen.“

(Dr. Bendixen [CDU]: Hört, hört!)

Nun, wie diese Reform der Bildungsziele und -inhalte aussieht, das zeigt uns ein Blick auf die Lehrpläne und die Schulbuchzulassungen in Ländern, in denen **SPD** und **F.D.P.** Schule gestalten, und das möchte ich jetzt einmal exemplarisch hinzufügen. Nach solchen **Lehrplänen** soll von der Grundschule an zur Konfliktbereitschaft und zur Bereitschaft erzogen werden, die bestehenden Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu verändern. Hierzu einmal eine Kostprobe gerade aus dem Bereich der Mathematik, wobei ein vernünftiger Mensch annehmen sollte, daß man gerade Mathematik für sozialistische Ideologien nicht heranziehen kann. Aber es gelingt. In einer Handreichung für Mathematiklehrer wird der herkömmliche Mathematikunterricht kritisiert, weil er — wie es heißt — zu fremdbestimmten Arbeiten und zu kapitalistischen Tugenden wie Fleiß, Sauberkeit, Genauigkeit, Ordnung führe. Es wird eine Mathematik verlangt, die sich sozialistischen Zielen unterwirft und beispielsweise — wie es wörtlich heißt — „die Ausbeutung der Arbeiter und die Macht der Banken durchsichtig macht“. Ich habe Rechnen und Mathematik immer als eine vernünftige, gute Lebenshilfe verstanden, die die Menschen mit Hilfe ihrer Rechenkenntnisse in die Lage versetzt, zahlreiche Probleme selbständig bewältigen können.

Wie die inhaltliche Gestaltung in anderen Fächern aussieht, dazu möchte ich Ihnen einige Beispiele aus **Schulbüchern** kurz vorstellen, die in SPD-regierten Ländern mit Selbstverständlichkeit zugelassen sind. So heißt es in einem Buch für Gesellschaft und Politik zum Thema Familie:

„Nach christlicher Lehre ist es die Pflicht der Kinder, ihre Eltern zu lieben und zu ehren. Damit ist der Zwang verbunden, Vater und Mutter als Herrschende in der Familie anzuerkennen. Die Familie wird zum Erlebnisbereich von Autorität und Gehorsam.“

— Wo ist hier die Rede von der Liebe der Kinder zu den Eltern, wo ist die Rede von der Liebe der Eltern zu den Kindern,

(Beifall bei der CDU)

den tragenden Prinzipien und Verhaltensweisen einer gesunden, guten Familie?

Zum Thema „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ heißt es in einem Textheft — Herr Präsident, ich möchte mit Ihrer Genehmigung noch einmal zitieren —:

„Damit ich existieren kann, da spuck ich in die Hände; die Stoppuhr gibt das Tempo an. Am

Jahresende scheffeln dann die Herren die Dividende. Genau gesehen, liegt es am System. Laßt uns den Kampf beginnen. Wenn wir die Herren heißen gehen, erst dann wird unser Leben schön; den Anfang mitbestimmen.“

In einem **Lesebuch** hört sich das zum selben Thema so an:

„Stille Nacht, heilige Nacht; Weihnachtsgeld wird gebracht — durch Herrn Ruprecht vom Lohnbüro. Schweigend geht die Belegschaft aufs Klo, zählend, wie viele Krümel gnädig vom Herrentisch gefallen.“

Das steht offiziell und sicherlich nicht ohne Absicht

(Dr. Olderog [CDU]: Und das soll uns noch bevorstehen!)

in Schulbüchern, die in SPD- und F.D.P.-regierten Ländern benutzt werden.

Einer Pressemeldung habe ich vor einigen Tagen entnommen, daß eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung **Unterrichtsrichtlinien** erlassen würde, nach denen Lehrer verpflichtet werden sollen, die Schulkinder auch zu loben. Nun, meine Damen und Herren, da müssen Sie sich schon etwas Neues einfallen lassen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Zimmermann [CDU])

Für uns ist es eine uralte Selbstverständlichkeit, daß ein ordentlicher Pädagoge Kinder nicht nur tadelt, sondern daß er sie lobt, daß er sie leistungsmäßig ermutigt.

(Beifall bei der CDU)

Daraus machen Sie Wahlprogramme für eine mögliche, aber mit absoluter Sicherheit — so füge ich hinzu — fiktive Regierungsmannschaft. Ich brauche Ihnen ja wohl nicht zu erklären, was „Fiktion“ ist.

(Zuruf des Abgeordneten Ramler [SPD])

Irreführend sind auch die polemischen Kommentare der SPD zu den sogenannten **Sitzenbleiberquoten**. Ich möchte noch einmal hinzufügen: Machen Sie hier ordentliche Vergleiche und benutzen Sie die Zahlen, die ich Ihnen heute vorgetragen habe!

Wenn heute SPD und F.D.P. in unserem Lande die Schul- und Bildungspolitik dieser Landesregierung kritisieren, dann sollten sie auch — wie ich meine — den Mut haben, den Bürger genauer darüber zu informieren, wie denn nach ihrer Vorstellung die Schulen gestaltet werden würden. Dabei genügt es nicht, nur die eine oder andere quantitative Gegebenheit unseres Schulsystems zu kritisieren und Abhilfe zu versprechen. Es muß vielmehr verlangt werden, daß SPD und F.D.P. öffentlich sagen, wie die **inhaltliche Umgestaltung** des Schulwesens in Schleswig-Holstein aussehen würde, trügen sie hier Verantwortung.

Lehrpläne der von SPD und von F.D.P. geführten Bundesländer, aus denen ich nur einen ganz kleinen Ausschnitt zitiert habe, geben dafür einen deutlichen

(Minister Dr. Braun)

Hinweis. Solche Lehrpläne zeigen eine erschreckende ideologische Verfestigung, ein Denken in klischeehaften Kategorien, etwa von Freund-Feind-Bildern.

Wir wehren uns gegen Pläne, die offen oder verkappt auf marxistische Ideologisierung abzielen, ein Klassenkampfdenken bis in die Familie hinein lehren, deren Basis eine reine Konfliktpädagogik ist. Schule darf nicht dazu mißbraucht werden, Gesellschaftsveränderungen durchzusetzen, die auf demokratisch legalem Wege nicht durchzusetzen wären.

(Beifall bei der CDU — Harms (Heede)
[SPD]: Alles Phrasen!)

Es muß zu denken geben, daß SPD und F.D.P. zu diesen und ähnlichen Lehrplänen schweigen. Ich bin davon überzeugt, daß die Eltern in Schleswig-Holstein in ihrer Mehrzahl mit Entrüstung auf solche schulpolitischen Vorstellungen reagieren, ähnlich wie es die Eltern in Nordrhein-Westfalen in der Frage der Koop-Schule und die Eltern in Hessen in der Frage der Zulassung von Lehrplänen getan haben.

Die schleswig-holsteinische SPD behauptet zwar ständig, sie habe keine Pläne — geheime oder nicht geheime — für die Einrichtung von **Gesamtschulen**. Lassen Sie mich diesen Punkt ansprechen. Nach dem Hamburger Schulgesetz galt bis 1977, daß bestehende Schulen nur mit Zustimmung ihrer Schul- und Elternbeiräte in Gesamtschulen umgewandelt werden konnten. Die SPD hat in der Hamburger Bürgerschaft durchgesetzt, daß in diesem Punkt das Elternrecht abgebaut worden ist.

Vizepräsident Hamer:

Herr Kultusminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ramler?

Dr. Braun, Kultusminister:

Bitte schön!

Ramler [SPD]: Herr Minister, weil wir in Schleswig-Holstein sind und Sie uns gerade das Hamburger Programm zitieren oder zumindest annähernd zitieren, möchte ich die Frage stellen: Kennen Sie das SPD-Programm zur Landtagswahl 1979 und die Aussagen zu den Gesamtschulen? Wären Sie bereit, diese Passage hier öffentlich zu zitieren?

(Dr. Bendixen [CDU]: Das kriegen Sie schon noch!)

— Herr Kollege Ramler, auf meiner nächsten Manuskriptseite steht ein Zitat von Ihnen, das ich nachher vortragen werde, und zwar belangt das einen bestimmten Änderungsantrag zum Schulgesetz in dieser wichtigen Frage an.

(Dr. Olderog [CDU]: Genau!)

Was aber Ihre Grundeinstellung zur Gesamtschulen anbelangt — Sie haben mich aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen — oder was Sie in den letzten Tagen dazu sagen, so möchte ich dazu einen anderen

für mich sprechen lassen, nämlich den von mir sehr geschätzten Herrn Goethe, der vor dem „Osterspaziergang“ Faust — jetzt insoweit auf Sie passend geändert — sagen läßt: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der CDU — Harms (Heede)
[SPD]: Da können wir Ihnen auch nicht helfen!)

Meine Damen und Herren, um Gesamtschulen künftig gegen den erklärten Willen der Eltern und der betroffenen Schul- und Elternbeiräte einrichten zu können, entzog die SPD in Hamburg den Schul- und Elternbeiräten das Zustimmungsrecht und gewährt ihnen heute nur noch ein Anhörungsrecht, das die betroffenen Eltern letztlich rechtlos macht.

Was will die SPD in Schleswig-Holstein wirklich? Die Landtagsdrucksache 8/1451 enthält einen Änderungsantrag der SPD zum jetzigen Paragraphen 49 Abs. 4 des Schulgesetzes. Danach sollte das von der Landesregierung und der CDU vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Elternbeiräte bei Schulversuchen in ein bloßes Anhörungsrecht umgewandelt werden. Das ist der Beweis für die Doppelzüngigkeit der schleswig-holsteinischen SPD,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Olderog CDU)]

wenn es um die Würdigung des Elternrechts und um die Entwicklung unseres Schulwesens geht.

(Dr. Olderog [CDU]: Wie war das bei der F.D.P.?)

Auch die Zunge der F.D.P. ist hier offenbar gespalten. Wo die Spitze zurückhaltend von einigen zusätzlichen Versuchen spricht, fordern die Judos die Einführung der Gesamtschule als Regelschule sehr energisch. Wenn überall im Lande Gesamtschulen mit sechs Parallelklassen eingerichtet würden, wäre das Ergebnis eine riesige Schulkonzentration und in ihrer Folge ein nie dagewesenes Schulsterben.

(Wiesen [SPD]: Als ob das einer wollte!)

Jede weiterführende Schule würde mindestens 1200 Schüler umfassen. Wir haben jetzt rund 280 Hauptschulen. Von ihnen würden 230 — das sind 80% — ganz aufgelöst, der Rest in Gesamtschulen umgewandelt werden.

(Wiesen [SPD]: Das ist eine Phantom-Rechnung!)

Wir haben rund 170 Realschulen, von denen 100 — das sind 60% — aufgelöst würden, und wir haben rund 90 Gymnasien, von denen 10 — das sind etwa 10% — ganz aufgelöst würden; die übrigen würden ebenfalls in Gesamtschulen umgewandelt, das heißt zerschlagen.

Die Auswirkungen auf die Schülerbeförderung habe ich der Öffentlichkeit vor wenigen Tagen vorgetragen. Des weiteren habe ich auf die **Beförderungskosten** hingewiesen und darauf, welche **gigantische Verschleuderung** von Steuergeldern es bedeuten würde, wenn erst neu errichtete Schulen geschlossen und an wenigen Standorten neue Schulen gebaut würden.

Vizepräsident Hamer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Meyer?

Dr. Braun, Kultusminister:

Bitte schön!

Meyer [SSW]: Herr Minister, sprechen Sie noch zu den Punkten 23 und 24 der Tagesordnung?

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

— Herr Kollege Meyer,

(Dr. Olderog [CDU]: Das wollen die nicht hören!)

ich spreche noch dazu, und Sie können sich darauf verlassen, daß ich Ihre Geduld nicht mehr allzu lange in Anspruch nehmen werde. Aber ich hätte es nicht nur als ein Versäumnis, sondern als fehlende Verantwortlichkeit betrachtet,

(Zurufe der Abgeordneten Ramler [SPD] und Schulz [SPD])

wenn ich in diesen Wochen, in denen Sie der Bevölkerung ein total verzerrtes Bild unserer Schulsituation entwerfen, dazu nicht auch grundsätzlich Stellung nehmen würde.

(Beifall bei der CDU)

Daß das natürlich manchem nicht gefällt, ist klar.

Vizepräsident Hamer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bendixen?

Dr. Braun, Kultusminister, fortfahrend:

Bitte schön! Herr Kollege Meyer wird mir dann allerdings wohl die Zeit, die ich für die Beantwortung weiterer Zwischenfragen benötigen werde, nicht anlasten.

Dr. Bendixen [CDU]: Herr Kultusminister, könnte es sein, daß diese Ausführungen in einem Zusammenhang mit der Begründung der SPD zu ihrem Antrag stehen, in dem die Rede von notwendigen strukturellen Veränderungen im Schulwesen ist?

(Assmussen [CDU]: So ist das! — Wiesen [SPD]: Jetzt sollen sie eine Verdächtigungsformel bringen!)

— In der Tat, und ich bin der Meinung, daß gerade die Eltern dieses Landes ein Anrecht darauf haben, von zuständiger Seite gesagt zu bekommen, daß es keine organisatorischen Veränderungen in diesem Bereich geben kann, ohne daß ihnen zwangsläufig entscheidende innerliche Veränderungen folgen werden. Aus diesem zwangsläufigen Grunde trage ich das hier vor.

In diesem Zusammenhang muß natürlich ganz besonders auch der bedrohliche **Geburtenrückgang** berücksichtigt werden. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1979 über die weltweite Geburtenentwicklung zeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland unter 52 erfaßten Ländern aller fünf Erdteile mit einer Geburtenrate von unter 10 den letzten Platz einnimmt.

Der seit mehr als 10 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland anhaltende Geburtenrückgang hätte insbesondere für einen dünn besiedelten Flächenstaat wie Schleswig-Holstein zur Folge, daß über die schon genannten Nachteile hinaus die Schulwege wieder erheblich länger würden und die Belastung der Schüler erheblich ansteige, wenn man das Schulwesen in großen Schuleinheiten konzentrieren würde.

Die SPD behauptet, daß für **Gesamtschulen** grundsätzlich drei Parallelklassen ausreichen. Herr Kollege Hamer hat mich aufgefordert, mich einmal bei anderen Ländern zu informieren, wie es dort gehandhabt werde. Das habe ich, nicht auf diese Anforderung hin, Mitte 1978 getan. Hier einige Zahlen. Baden-Württemberg: bis zu acht Parallelklassen; Berlin: bis zu sechs Parallelklassen; Bremen: bis zu acht Parallelklassen; Hamburg: sechs bis neun Parallelklassen; Hessen: fünf bis acht Parallelklassen, Nordrhein-Westfalen: vier Parallelklassen bei einer ganz entscheidenden Einschränkung, nämlich für Schulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe, ansonsten sieben bis acht Parallelklassen.

Ich will in diesem Zusammenhang darauf verzichten, Ihnen zu schildern, wie sich die Zahl der Parallelklassen in Schleswig-Holstein auf die Struktur der Oberstufe ausgewirkt hat. Das kann bei anderer Gelegenheit nachgeholt werden.

Damit redet die SPD einer Schule das Wort, die wegen zu geringer **Schülerzahlen** keine genügende Differenzierung ermöglicht. Ich unterstelle Herrn Kollegen Hamer nicht, daß er es möchte, aber das läuft von der Größenordnung her auf eine sozialistische Einheitsschule hinaus, weil Sie keinerlei Differenzierung mehr durchführen können.

(Wiesen [SPD]: Das ist doll! — Möller [SPD]: Sie sind heute morgen etwas hilflos, Herr Minister! — Heiterkeit — Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

— Herr Kollege Möller, ich habe es sonst ganz gern, wenn Sie mir helfen. Aber in dieser Auseinandersetzung brauche ich Ihre Hilfe nicht. Ich schätze Ihre Hilfe und auch Sie persönlich, das ist ganz klar.

Meine Damen und Herren, wenn man die **Gesamtschule** überhaupt haben will, muß sie größer sein. Damit befinden sich die Gesamtschulbefürworter schon heute — um wieviel mehr dann erst in einigen Jahren — in einem unauflösbaren Konflikt. Sie weisen einerseits die Gesamtschule als die angeblich einzige Schulform aus, die den Bedürfnissen der Kinder entgegenkommt, muten aber andererseits den Kindern unverträglich lange Schulwege zu und setzen sie damit einer unerträglichen körperlichen und seelischen **Belastung** aus. Dies, Herr Kollege Meyer, ist doch ein

(Minister Dr. Braun)

zentrales inhaltliches Anliegen von Schulen. Ich fordere die SPD auf, der Öffentlichkeit zu sagen, in welcher Weise sich der von ihr jetzt plötzlich so oft beschworene Elternwille auswirken soll. Alles ist voller Widersprüche.

Der Landesregierung ist es gelungen — es wird ihr auch weiterhin gelingen —, unsere Schulen so auszustatten und ihr solche Inhalte vorzugeben, daß in ihnen eine Bildung und Erziehung möglich ist, die der Selbstverwirklichung des Menschen dient, indem er sich frei entfalten kann und zugleich auf das Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit anderen vorbereitet wird. Wir in Schleswig-Holstein sorgen für eine Schule, die nicht voll hektischer Betriebsamkeit ist, die nicht vom Schielen nach modischen Veränderungen getragen wird.

(Marschner [SPD]: Denken Sie an die Mengenlehre!)

— Auf diesem Wege, Herr Kollege Marschner, werden wir fortfahren. Wir haben in einer Zeit hektischer bildungspolitischer Aktivitäten vieles verändert, in der für manche das Verändern als ein Wert an sich galt. Diese Haltung scheint mir bei Ihnen heute wieder ganz breit vorhanden zu sein. Vieles — und das sage ich nicht das erste Mal — ist noch aufzuarbeiten. Wir werden alles daransetzen, um unsere Schulen von Experimenten freizuhalten, die nur Unruhe bewirken.

(Beifall bei der CDU)

Uns geht es um die Sicherstellung einer gedeihlichen Erziehungsatmosphäre, die unseren Kindern wirklich dient. Das wichtigste ist, die Bestrebungen fortzusetzen. Ich bin seit Jahren bemüht, daß es wirklich gelingt, in die Schulen endlich wieder die Ruhe einkehren zu lassen, die Kinder, Lehrer und auch Eltern brauchen, damit sich Erziehung voll zum Nutzen unserer Kinder entfalten kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, ohne in die Debatte über die Frage eingreifen zu wollen, was zu diesen beiden Tagesordnungspunkten gehört, möchte ich darauf hinweisen, daß wir uns doch wohl darauf einzurichten haben, daß der Freitagnachmittag auch durch die Erledigung der weiteren Tagesordnungspunkte voll in Anspruch genommen werden wird. Ich möchte das nur sagen, falls einige Kollegen anders disponiert haben sollten.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schulz.

Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu den Drucksachen 8/1582 und 8/1933 sprechen. Nachdem wir soeben den Herrn Kultusminister zu dem Bericht über die Unterrichtsversorgung, den Lehrerberuf und die Lehrbeschäftigung zum Schuljahr 1978/79 gehört haben, möchte ich dazu einige Anmerkungen machen. Der Herr

Kultusminister hat sich, wie es bei den Ministern dieser Landesregierung so üblich ist, wieder einmal in der Kunst der Darstellung eingeeingter Sachverhalte geübt. Wir haben eine ideologisch-polemisch-wahlkämpferische Rede gehört, die nichts zur Sache ausgesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte den Herrn Kultusminister fragen, ob er es ernst gemeint hat, als er hier zumindest inhaltlich ausführte, es sei eine geringere Belastung für die Kinder in der Schule, wenn sie den gleichen Lehrstoff in weniger Stunden als in mehr Stunden zu erarbeiten hätten.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Eine zweite Bemerkung, Herr Kultusminister! Sie haben das gleiche Thema wie unser verehrungswürdiger Herr Präsident in einem Leserbrief in der „Segeberger Zeitung“ aufgegriffen.

(Harms (Heede) [SPD]: Das war der CDU-Kreisvorsitzende!)

— Entschuldigung, das ist ein Leserbrief des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Helmut Lemke, Herr Kollege Harms! Er hob genau auf den gleichen Änderungsantrag der SPD zum Schulgesetz — Drucksache 8/1451 — ab. Herr Minister, Sie haben das etwas korrekter gemacht; das will ich gleich vorweg sagen. Aber der Tenor war der gleiche: Die CDU-Landesregierung wolle mehr Elternmitbestimmung.

(Dr. Bendixen [CDU]: So ist es!)

— Herr Dr. Bendixen, so ist es dargestellt worden.

(Dr. Bendixen [CDU]: Nein, so ist es wirklich!)

Ich konstatiere, daß es richtig ist, was der Herr Minister gesagt hat, daß nämlich der Elternbeirat bei Schulversuchen praktisch zu entscheiden habe, ob sie gemacht werden oder nicht. Nur: Das weitergehende Verfahren ist völlig anders. Der entscheidende Punkt, der gerade auch in der Diskussion, die Sie jetzt vom Zaun brechen, viel wichtiger ist, liegt in der Frage, ob eine Schule aufgelöst oder verändert werden soll. Was haben Sie in Ihrem Schulgesetz darüber stehen? Lesen Sie es einmal nach, Herr Kollege! Der Kreiselternbeirat ist anzuhören. Ihre viel gelobte Schulkonferenz hat dazu eine Stellungnahme abzugeben. Dann können Sie sich doch nicht hier herstellen und sagen: Bei uns haben die Eltern das letzte, entscheidende Wort.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Lesen Sie einmal nach, was wir zur Schulkonferenz beantragt haben. Der Schulkonferenz wird in einem solchen Fall das Recht der Beratung und Beschlußfassung zuerkannt. Lesen Sie das bitte noch einmal nach. Soviel zu den Ausführungen des Herrn Kultusministers.

Ich komme jetzt zu den von mir genannten Drucksachen 8/1582 und 8/1933. Meine Damen und Herren, die Mehrheit im Volksbildungsausschuß hat es für

(Schulz)

richtig befunden, den Antrag der SPD-Fraktion betr. Aktuelle Hilfen zur Verwirklichung einer kinderfreundlichen Schule in Schleswig-Holstein praktisch abzulehnen. Denn die Fassung, die die Mehrheit im Ausschuß dem Landtag zur Annahme empfiehlt, hat kaum noch etwas mit dem Ursprungsantrag zu tun,

(Beifall bei der SPD)

allenfalls in der Überschrift — das ist immerhin auch schon etwas — hat man den Ausdruck „kinderfreundliche Schule“ und die Zahl der Sachpunkte übernommen. Dann ist das aber auch schon zu Ende.

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren hat hier — ich möchte es einmal so nennen — einen wahren Begrüßungsantrag vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Trotz der doch einfach nicht wegzuleugnenden Misere in vielen Bereichen des schleswig-holsteinischen Schulwesens — Herr Minister, das werden Sie doch auch zugeben müssen; wir wollen hier doch nicht in eine fruchtlose Debatte darüber einsteigen, wo es auch in anderen Ländern Schulmiseren gibt — zeigt die CDU-Fraktion hier wieder einmal sehr wenig Eigenständigkeit gegenüber der Regierung. Daß sie in so devoter Form dem Landtag eine solche Beschlußempfehlung vorzulegen wagt, halte ich schon für sehr beachtlich.

(Beifall bei der SPD — Harms (Heede)
[SPD]: Peinlich!)

In den acht Punkten der Beschlußempfehlung werden viermal Absichten, Maßnahmen und Entscheidungen der Landesregierung begrüßt, und in den übrigen Punkten wird das von der Landesregierung Getane als ausreichend angesehen, oder — und das ist dann schon der Gipfel der Keckheit gegenüber der Landesregierung — sie wird aufgefordert, dieses Getane doch auch fortzuführen.

Der Versuch der CDU in diesen Wochen, aus naheliegenden Gründen — das haben wir ja eben wieder vom verantwortlichen Kultusminister gehört — ein gigantisches Täuschungs- und Ablenkungsmanöver unter der verlogenen Parole „Geheimpläne der SPD zur Einführung der Gesamtschule“ zu starten, um die Misere an unseren Schulen — Schulangst und Schulversagen bei vielen Kindern, hoher Unterrichtsausfall und zu große Klassen, zu viele Sitzenbleiber und zu viele junge Menschen ohne Abschluß — für einige Wochen möglichst vergessen zu machen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

dieses Manöver der um ihre Mehrheit fürchtenden Regierungspartei darf und wird uns hier im Parlament nicht davon abhalten, die schulische Wirklichkeit so zu sehen, wie sie auch ist.

Ich komme zu Punkt 1 unseres und gleichzeitig des CDU-Antrags. Die SPD hat ein klares Konzept vorgelegt; die CDU hält ein relativ unverbindliches, hinter unseren Forderungen zurückbleibendes Pro-

gramm, das — wie es wörtlich heißt — „ab 1980 zu verwirklichen“ sei, dagegen.

Ich muß allerdings hinzufügen, daß es schon viel bedeutet, wenn die seit fast dreißig Jahren für die Schulpolitik verantwortliche CDU endlich einmal überhaupt eine Perspektive eröffnet. Wir sehen in in diesem Punkt wenigstens einen gewissen Erfolg der jahrelangen oppositionellen Anstöße.

Wie sieht es denn nun mit der für unseren **Stufenplan** notwendigen Vermehrung der Lehrerplanstellen aus? Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, ein wenig mitzudenken und mitzulesen. Wir haben zwei Stufen vorgesehen, und zwar 1979/80 und 1980/81. Wenn wir von einer Höchstzahl der **Klassenfrequenzen** bei Grundschulen von 32 in der ersten Klasse und 30 in der zweiten Stufe ausgehen, dann erfordert dies nach den Angaben des Kultusministeriums zusätzlich zwischen 80 und 140 in der ersten Phase und 70 bis 120 Lehrer mehr in der zweiten Phase. Das gleiche gilt für die Sonderschulen L: in der ersten Phase 120 bis 200, in der zweiten Phase 150 bis 300 Lehrer mehr. Für die Orientierungsstufe an der Hauptschule würde es insgesamt 90 Lehrer mehr bedeuten, für die Orientierungsstufe an der Realschule in der ersten Phase 50 bis 70 und in der zweiten Phase 100 bis 250 mehr und für die Orientierungsstufe am Gymnasium in der ersten Phase 100 bis 200 mehr, in der zweiten Phase 100 bis 200 mehr. Ich nehme Ihnen nun das Addieren ab; das ergibt in der Summe einen Mehrbedarf an Lehrerplanstellen von minimal 860 und maximal 1570.

Der Unterschied — das will ich auch gleich hinzufügen — liegt nach Angaben der Regierung in folgendem; ich darf das an einem Beispiel erläutern. Haben wir beispielsweise drei übergroße Klassen, kann man aus diesen drei Klassen vier machen, jeweils unter Herausnahme eines Teils der Klassen. — Das ergäbe etwa die Minimalzahlen. Wenn wir die drei Klassen jeweils halbierten, was aus verschiedenen Gründen für die Schüler und auch für die Eltern angenehmer wäre, dann ergäbe sich daraus die Maximalzahl. Wie gesagt, zwischen diesen Zahlen schwanken die Angaben des Kultusministeriums.

Nun haben ja Herr Stoltenberg und sein Kabinett 800 Lehrerstellen angekündigt,

(Harms (Heede) [SPD]: Das mit dem Kabinett ist nicht sicher!)

und die Herren Kollegen Schübeler und Böge 1500 bis 1980/81.

Dies entspricht ja interessanterweise fast genau diesen beiden Zahlen. Ich weiß nicht, wie ich das deuten soll; vielleicht bedeutet das eine gewisse Annäherung der CDU an unseren Stufenplan.

(Dr. Schübeler [CDU]: Die 1500 Stellen waren mit denen im Haushalt 1979 zu verstehen, Herr Schulz!)

— Die haben Sie schon eingerechnet? — Tut mir leid, dann habe ich Sie doch ein bißchen überschätzt.

(Beifall bei der SPD)

(Schulz)

Die SPD-Fraktion ist jedenfalls weiterhin der Auffassung, daß wir etwa 2000 Lehrer mehr brauchen,

(Dr. Olderog [CDU]: Ich denke 4000?)

— Aber Herr Kollege, nun schlafen Sie doch nicht! In all den Wochen, die seither vergangen sind, hätten Sie doch merken müssen, wie das zustande gekommen ist.

(Dr. Schübeler [CDU]: Sie haben doch selbst auf der Pressekonferenz 4000 genannt!)

— 2000 Lehrer mehr,

(Dr. Schübeler [CDU]: Ach, Sie haben auch dazugelernt?)

um die Schulen kinderfreundlicher machen zu können, und das heißt,

(Dr. Olderog [CDU]: Seien Sie doch nicht so kleinlich; auf 1000 mehr oder weniger kommt es doch nicht an!)

um die Klassen schülerzahlmäßig kleiner, den Unterrichtsausfall weitgehend abbauen zu können, Herr Dr. Olderog, um mehr Förderung und Stützung zu ermöglichen und eine gewisse Lehrerreserve für kurzfristige Ausfälle zur Verfügung zu haben.

Immerhin — hier möchte ich auf Angaben der Landesregierung eingehen —, wenn wir nicht so vorgehen, sondern auf dem gegenwärtigen Stand etwa bleiben, hätten wir 1979/80 noch 170 Klassen in den Grundschulen mit mehr als 32 Schülern, wir hätten in den Sonderschulen L noch 200 übergroße Klassen, und in der Orientierungsstufe des Gymnasiums immerhin auch noch 180 Klassen mit mehr als 35 Schülern.

Ich will als kurze Randnotiz nur das wiedergeben, was Sie alle gelesen haben, daß nämlich in Nordrhein-Westfalen 1979 über 10000 Lehrer neu eingestellt werden sollen,

(Dr. Bendixen [CDU]: Das sind doch keine neuen Planstellen!)

und selbst bei Beachtung der unterschiedlichen Größe der Länder möchte ich das hier als ein ermutigendes Beispiel anführen.

Meine Damen und Herren, der Punkt 2 der Beschlußempfehlung der Ausschlußmehrheit scheint mit recht heißer Nadel genäht worden zu sein; denn daß die Landesregierung ihre Bemühungen um die **musische Erziehung** der Schüler fortführen soll, ist in der Formulierung schon fast entlarvend. Es geht doch darum, daß die Landesregierung verpflichtet ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Schüler nicht um sein Recht auf musische Erziehung gebracht wird. Vorauszusehen war doch schon zu Beginn der Regierungszeit Stoltenbergs oder gar schon zu Beginn der Amtszeit des Kultusministers, wie sich **Schülerzahlen** und **Fachlehrerbedarf** entwickeln werden.

Wir haben uns im Volksbildungsausschuß — das wollen wir ja auch zugeben — über die objektiven Schwierigkeiten unterhalten, Lehrer für Musik und Kunst zu bekommen. Der Vorwurf muß aber erhoben werden, daß Versuche zur Abwendung der heute zum Teil katastrophalen Unterrichtsausfälle in den musischen Fächern viel zu spät unternommen worden sind. Das gilt insbesondere auch für den Studiengang des Kunsterziehers.

Es ist mir, Herr Minister, unverständlich, daß bei dieser Situation das Land gegenüber den Absolventen der staatlich anerkannten Ellen-Cleve-Schule in Kiel sehr viel zurückhaltender geworden ist als früher. Nach meinen Informationen werden diese nur noch mit höchstens dreizehn Stunden in der Woche beschäftigt. Ich meine, daß die Absolventen der Ellen-Cleve-Schule doch gewiß als Sportlehrer, aber auch als Musiklehrer für Grund- und Hauptschulen eingesetzt werden könnten, zumal vor dem Hintergrund, daß man den Ausbildungsstand doch nicht als zu niedrig anzusetzen braucht.

Es scheint aber auch in Ihrem Hause wenig Interesse zu bestehen, Herr Minister, sich an dieser Schule über den Ausbildungsstand, und über die Möglichkeiten des Einsatzes ihrer Absolventen an unseren Schulen auch nur einmal zu informieren. Ich möchte doch dringend darum bitten.

Ich stelle, meine Damen und Herren, an diesem Beispiel fest, daß mit zu wenig Nachdruck und wohl auch mit zu wenig Fantasie daran gearbeitet wird, den Mangel an Lehrern für musische Fächer zu beheben.

Der Punkt 3 der Beschlußempfehlung der Mehrheit des Volksbildungsausschusses ist sprachlich und grammatikalisch ein wahrer Jammer und inhaltlich für uns unzureichend. Ich darf einmal zitieren; hören Sie zu oder lesen Sie mit, Herr Dr. Bendixen:

„Die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen, die begonnene Überprüfung der Lehrpläne mit dem Ziel, diese altersgemäß zu gestalten und insbesondere von überflüssigem Wissensstoff und Begründungszusammenhängen zu entlasten, wird als wichtige Maßnahme,“

— ein kleiner Grammatikfehler —

„die Schule kindgerechter zu machen, begrüßt.“

Das ist offenbar sehr schnell geschrieben worden. Haben Sie nichts Besseres vorzuweisen?

Meine Damen und Herren, sicherlich ist — das wurde im Volksbildungsausschuß auch vorgetragen — einiges bei der **Lehrplanreform** in Bewegung geraten. Das erkennen wir unumwunden an. Was wir allerdings vermissen, ist eine klare Perspektive, ein klar vorgegebenes Ziel, das ist der zeitliche Ablauf, das ist die Beteiligung der in unserem Antrag genannten Gruppen. Wir möchten so wenige Jahrgänge wie nur möglich noch mit Lehrplänen belasten, die nicht ausreichend altersgemäß und mit unnötigem Wissensstoff überladen sind.

(Dr. Bendixen [CDU]: Ja, nachdem wir es jahrelang gesagt haben!)

(Schulz)

Die SPD-Fraktion hält ihren Antrag zu Punkt 4 aufrecht, wonach in den ersten beiden Klassen der Grundschule das starre **Benotungssystem** abgebaut werden soll. Das Argument dagegen, Eltern wollten solche Noten für ihre Kinder, ist meines Erachtens nur bedingt richtig, wie sich auch aus Erfahrungen dort ergibt, wo anstelle der starren Benotung die verbale Beurteilung geboten ist. Ein anderes Argument ist richtig, nämlich daß den Lehrern Kriterien und Richtlinien gegeben werden müssen, nach denen eine Beurteilung der Schüler vorgenommen werden soll, wenn sie nur verbal und nicht mit Noten erfolgt. Es war ja aber auch die Intention unseres Antrages in diesem Punkt, daß die Landesregierung mit den Vorbereitungen zu einer solchen Umstellung beginnen solle, einer Umstellung, die nach unserer Auffassung wesentlich dazu beitragen kann, gerade auch für die Jüngsten in unserer Schule die Schule kinderfreundlicher zu machen und diese jüngsten Schüler noch von Ängsten und vom Konkurrenzkampf freizuhalten.

Meine Damen und Herren, die von der SPD in Punkt 5 geforderte wesentliche **Reduzierung** der in Schleswig-Holstein zu hohen **Sitzenbleiber- oder Klassenwiederholerquote**, der höchsten in der Bundesrepublik Deutschland, wird von der CDU offensichtlich nicht gewollt. Sie geht nur insoweit darauf ein, daß sie wieder einmal die Maßnahmen der Landesregierung begrüßt, mit denen Lernschwierigkeiten und Lernrückstände in der Grundschule, also offenbar nur dort, behoben werden sollen. Den von der CDU mit dieser Formulierung vorgetäuschten Stand in der Grundschule vermag ich als **Ergebnis** der Ausschlußberatungen nicht zu erkennen. Dazu bedarf es aber auch, damit wir dahinkommen, vor allem mehr Lehrerverfügungstunden in der Grundschule, wie wir sie zum Beispiel im Nachbarland Hamburg haben. Hier sollte man wirklich einmal vergleichen. Damit wären wir wieder bei Punkt 1 unseres Antrages. Das ist aber auch eine Frage der Lehrpläne, und damit wären wir wieder bei Punkt 3 unseres Antrages.

Herr Kultusminister, bei Ihren Ausführungen vorhin klang es aus Ihrem Munde pädagogisch sehr vernünftig, was das Klassenwiederholen angeht, daß das nämlich nur dann, wenn es dem Kinde, dem jungen Menschen helfe, erfolgen solle. Ich weiß nur nicht, ob es wirklich auch an unseren Schulen so zugeht. Lassen Sie mich auch sagen, daß ich interessant finde — das ist uns in den Ausschlußberatungen gesagt worden —, daß die Absicht bestehe, in der im Kultusministerium in Arbeit befindlichen **Versetzungsordnung** für berufliche Schulen dem Lehrerkollegium mehr Ermessensspielraum zu geben. Diese Versetzungsordnung solle sogar eine gewisse Pilotfunktion haben. Ich meine, daß es schon ein Fortschritt wäre, wenn wir wirklich einmal von gewissen starren Bindungen wegkämen. Wir haben ja in unserer Begründung des Antrags auf die hessische Versetzungsordnung als Beispiel verwiesen. Wenn diese Tendenz, Herr Minister, tatsächlich in Ihrem Ministerium so verfolgt wird, kann ich an dieser Stelle — hier offenbar im Gegensatz zur CDU-Fraktion — dies einmal auch begrüßen.

Die Landesregierung konnte uns kein Vergleichsmaterial zu anderen Bundesländern in Sachen Sitzenbleiberquote vorlegen. Aber wir wissen aus Einzelinformationen, daß die Quote in Schleswig-Holstein am höchsten ist. Vor allem ist sie für sich genommen schon viel zu hoch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Darum bleibt unsere Forderung nach wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Klassenwiederholer bestehen. Das ist eine für uns wichtige bildungspolitische Aufgabe.

In Punkt 6 der Ausschlußfassung soll der Landtag Regelungen unterstützen, nach denen Verbesserungen in Zukunft erreicht werden sollen. Trotz der Bedenken der Vertreter der Landesregierung, daß die von uns vorgeschlagene **Doppelberechnung** von **Ausländerkindern** bei der Lehrerzuweisung nicht in jedem Einzelfall einen Erfolg bringe, bleiben wir im Grundsatz bei dieser Forderung. Die von der Landesregierung vorgelegten Berechnungen, nach denen auf 100 ausländische Schüler eine zusätzliche Lehrkraft kommen solle, werden wir, wenn es so weit ist, mit dem tatsächlichen Ergebnis vergleichen. Entscheidend, meine Damen und Herren, bleibt jedoch, daß diesen bis jetzt benachteiligten Kindern eine schnelle und wirksame Hilfe zuteil wird. Der Weg dahin soll dann zweitrangig sein.

Die Bezeichnung „Kinder ausländischer Arbeitnehmer“, Herr Kollege Meyer, ist sicher etwas eingeeengt. Insofern ist die Bezeichnung „Ausländerkinder“ die korrektere. Nur wollen wir doch eines nicht vergessen: daß sich die Problematik, nämlich die Benachteiligung, die düsteren Zukunftschancen von Ausländerkindern, in der Tat wohl fast ausschließlich auf die Kinder ausländischer Arbeitnehmer beschränkt. Ich glaube kaum, daß die Probleme bei Kindern ausländischer Unternehmer, Diplomaten oder Offiziere vorhanden sind.

Im übrigen erhebe ich hier erneut die Forderung nach einer Landeskonzeption für die **Integration** unserer **ausländischen Mitbürger**, wie wir sie zum Beispiel im Nachbarland Hamburg vor uns sehen können.

(Beifall bei der SPD)

Die besonderen Probleme der ausländischen Arbeitnehmer in unserem Lande sind ja auch nach Beendigung der Schulpflichtzeit eben nicht erledigt.

Ich komme zum Punkt 7. Ich bezweifle, daß Art und Umfang der **schulischen Hausaufgaben** so geregelt sind, daß sie nicht zu einer **Überforderung** der Kinder und häufig auch der helfenden Eltern führen. Ich habe in der ersten Lesung gesagt, daß Hausaufgaben im Grundsatz so gestellt werden müssen, daß eine elterliche Mithilfe nicht erforderlich ist. Dabei bleibe ich auch.

(Beifall bei der SPD)

Nun hat der Herr Kultusminister darauf verwiesen, daß die Kommission „Kindgerechte Schule“ die in Schleswig-Holstein durch Erlass festgesetzten **Zeit-**

(Schulz)

richtwerte als richtig beurteilt habe. Diese Zeitrichtwerte sind aber, glaube ich, nicht isoliert zu sehen, sondern es ist auch die Frage zu stellen, was denn eigentlich in diese Zeit hineingepackt wird und ob diese Zeit dann einzuhalten ist, und zwar vor allem auch ohne Mithilfe der Eltern. Erfahrungen, die man überall machen kann, zeigen nicht ein so rosiges Bild, wie man es sich am Düsternbrooker Weg macht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es auch das mindeste, daß der Ausschußantrag auffordert, die Umsetzung der Regelungen im Schulalltag zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat in den Ausschüßberatungen eine von ihr geforderte Konzeption zur **Förderung, Beratung und Betreuung verhaltensgestörter und verhaltensauffälliger Schüler** und zur Beratung der Erziehungsberechtigten dieser Kinder nicht erkennen können. Es wurde von Einzelmaßnahmen berichtet, die für sich genommen sicher richtig sind. Ich habe in der ersten Lesung auf Modelle und Konzeptionen außerhalb Schleswig-Holsteins hingewiesen. Wir wollen eine Überprüfung dieser Einzelmaßnahmen und als Ergebnis nach Beratungen mit Fachleuten der in Frage kommenden Disziplinen — hier glaube ich vor allem: auch des Fachlehrerverbandes für Sonderschulpädagogen — eine Konzeption, die vielleicht auch verschiedene Modelle der eben angedeuteten Art beinhalten könnte. Die Verständigung im Ausschüß dahingehend, daß die Landesregierung hier unaufgefordert jeweils zu den einzelnen Maßnahmen berichten soll, ist, meine ich, im wesentlichen kein Widerspruch zum Inhalt unseres Punktes 9.

Meine Damen und Herren, ich stelle abschließend folgendes fest. Die Schwachpunkte in unserem schulischen Alltag, die wir in unserem Antrag dargestellt haben, sind weitgehend unbestritten.

(Beifall bei der SPD)

Unterschiedlich ist nur die Auffassung, wie diesen begegnet werden soll. Wir sind der Auffassung, daß es nicht genügt, sich mit dem zufrieden zu geben, was die Landesregierung bisher mehr oder meist weniger an Ansätzen gezeigt hat. Daher halten wir den Antrag der Regierungsmehrheit im Ausschüß für unzureichend, und ich bitte um Annahme unseres Ursprungsantrags.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neitzel.

Neitzel [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß leider länger sprechen, als ich beabsichtigt hatte, weil der Herr Kultusminister eine Gesamtschuldebatte eröffnet hat und das Hohe Haus sicherlich an der Stellungnahme der F.D.P. interessiert ist.

(Beifall bei der F.D.P. — Dr. Olderog [CDU]: Das ist die Selbstüberschätzung der F.D.P.!)

Ich möchte aber zunächst auf den eigentlichen Tagesordnungspunkt eingehen, den wir zu behandeln haben. Das ist der Bericht der Landesregierung über **Unterrichtsversorgung, Lehrerbedarf und Lehrerbeschäftigung** zum Schuljahr 1978/79. Meine Damen und Herren, dieser Bericht gibt zu großer Sorge Anlaß.

(Ruge [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Der **Gesamtunterrichtsausfall** an Schleswig-Holsteins Schulen ist nach wie vor alarmierend hoch, und ich ziehe daraus die Folgerung, daß die Schulpolitik der Landesregierung gescheitert ist.

(Dr. Olderog [CDU]: Wie ist das denn in allen anderen Ländern?)

— Herr Kollege Olderog, ich werde bis gegen 13.00 Uhr Gelegenheit nehmen, auch auf diesen Zwischenruf einzugehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Begründung für unsere Vorwürfe entnehme ich dem Zahlenwerk des Berichts. Meine Damen und Herren, wir haben im laufenden Schuljahr in Schleswig-Holstein einen Gesamtunterrichtsausfall von 14,6% an den allgemeinbildenden Schulen; im Vorjahr betrug er 14,8%. Das heißt: Es ist vom vergangenen Schuljahr auf das laufende nur eine Senkung um 0,2 Prozentpunkte eingetreten, eine Rate, die man gewissermaßen mit der Lupe suchen muß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn das so ist, ist der Vorwurf wohl berechtigt, daß die Landesregierung unfähig ist, wichtige schulpolitische Fragen in diesem Lande sachgerecht zu lösen.

Ich empfinde es als eine Verhöhnung der Lehrer, der Eltern und der Schüler, wenn dieser Bericht von der Landesregierung in ihrem Pressedienst vom 22. Dezember 1978 mit folgenden Worten vorgestellt wird: „Durch ihre konsequente Politik, die Unterrichtsversorgung zu verbessern und dabei dem Abbau übergroßer Klassen den Vorrang einzuräumen, hat die Landesregierung deutliche Erfolge erzielt.“ Meine Damen und Herren, das kann man wirklich nur als eine Verhöhnung der Betroffenen bezeichnen: „deutliche Erfolge“!

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Was soll denn ein deutlicher Erfolg sein? Senkung des Gesamtunterrichtsausfalls um 0,2 Prozentpunkte? Da muß man sich wirklich einmal fragen, was für diese Landesregierung schon als Erfolg gilt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Wenn wir diese 14,6% auf die Laufbahn eines Schülers hochrechnen, kommen wir dahin, daß ein Schüler im Lande etwa ein Jahr, eineinhalb oder sogar zwei Jahre weniger Unterricht erhält, als ihm nach den Studentafeln des Kultusministers zusteht. Wenn der Herr Kultusminister in seiner Rede heute auch darauf hingewiesen hat, das einheitliche Unterrichtsangebot werde in der Regel erfüllt, so lenkt dieser Hinweis von der Tatsache ab, daß nach seinen eigenen Worten, die

(Neitzel)

ja in den Erlassen zum einheitlichen Unterrichtsangebot enthalten sind, dieses eine reine Notmaßnahme ist, solange Lehrermangel in diesem Lande herrscht. Dieser Hinweis ist also völlig verfehlt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang — auch um Ihre Bedürfnisse zu befriedigen, Herr Kollege Olderog — einmal auf die zusätzlichen Punkte eingehen, die der Minister heute morgen über den schriftlich ausgedruckten Bericht hinaus vorgetragen hat. Ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, daß er auf meine Zwischenfrage betreffend **Zielwerte der Stundentafeln** in anderen Bundesländern und **Schüler-Lehrer-Relation** nicht geantwortet hat. Das zeigt, daß seine Argumente wirklich nur als Taschenspielertricks zu werten sind.

(Beifall bei der F.D.P. — Widerspruch des Abgeordneten Dr. Bendixen [CDU])

— Ich verlange von einem Minister, der einen Bundesvergleich anstellt, daß er in der Lage ist, diese Zahlen dem Hohen Hause vorzutragen, Herr Kollege Bendixen!

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Er ist ja nicht ein Einzelkämpfer. Er hat einen Apparat, der ihm zuarbeiten kann, und deshalb kann man dann, wenn ein Minister auf diese Art und Weise in die politische Auseinandersetzung eintritt, verlangen, daß er seriöse Zahlen vorträgt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist für uns in der Kürze der Zeit überhaupt nicht nachprüfbar, daß das **Stundenfehl** an der Sonderschule L zu Beginn dieses Schulhalbjahres nicht mehr — wie der Bericht sagt — 11,1%, sondern nur noch 8,7% betragen soll und das Stundenfehl an Gymnasien nicht mehr 8,3%, sondern 5,4%. Meine Damen und Herren, ich halte diese Berechnung des Kultusministers deshalb für fragwürdig, weil sie voraussetzt, daß er eine neue Schulstatistik gemacht hat. Die Schulstatistik wird jedoch immer nur zu Beginn des Schuljahres erhoben, so daß er sich fragen lassen muß, auf welchen Methoden diese Berechnungen beruhen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich halte ein solches Vorgehen für abenteuerlich.

Herr Kollege Olderog, wenn man den Stundenausfall in den einzelnen Bundesländern vergleicht, muß man doch sagen, welche **Zielwerte** in Schleswig-Holstein gelten und welche zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen gelten, das der Kultusminister angesprochen hat. Ich will das einmal an einem Beispiel deutlich machen; es ist ein theoretisches Beispiel. Wenn in Schleswig-Holstein an Teilzeitberufsschulen ein Unterrichtssoll von sechs Stunden bestünde und kein Unterrichtsausfall einträte, würde das vom Kultusminister gefeiert. Wenn in Nordrhein-Westfalen die Schüler einen zweiten Berufsschultag und Anspruch auf zwölf Stunden Unterricht hätten und wenn davon 25% ausfielen, würde das vom Kultusminister kritisiert. Er verschweigt dabei, daß die nordrhein-westfälischen Schüler, auch wenn 25% Unterricht ausfielen, immer

noch deutlich mehr Unterricht hätten als die Berufsschüler in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Das heißt: Hier werden schlicht und ergreifend Äpfel mit Birnen verglichen, und das ist eine unseriöse Methode, die ich gerade einem gelernten Betriebswirt nicht nachsehe.

Ich muß noch einen anderen Punkt ansprechen. Ich habe mir vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages einmal die **Soll-Werte der Stundentafeln** in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusammenstellen lassen, und zwar nicht nur, was die Schülerstunden angeht, sondern auch, was die Lehrerstunden angeht. Wenn ich Bilanz ziehe, stelle ich fest, daß in unseren beiden Nachbarländern im Durchschnitt sowohl Schüler- als auch Lehrerstunden deutlich höher liegen als in Schleswig-Holstein. Auch das muß in die Betrachtung einbezogen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ramler?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Gern!

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Ramler, bitte!

Ramler [SPD]: Herr Kollege Neitzel, auch wenn Sie in Ihren Ausführungen schon fortgefahren sind, möchte ich trotzdem folgendes fragen: Es war doch sicherlich ein Versprecher, daß Sie von sechs Pflichtstunden in den beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein sprachen? Sie meinen sicherlich acht Stunden. Erfahrungsgemäß nehmen nämlich die Leute nur diese sechs Stunden zum Anlaß, um ihre Argumente vorzutragen.

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Herr Kollege Ramler, ich hatte darauf hingewiesen, daß das ein theoretisches Beispiel sei. Ich weiß genau, daß wir in Schleswig-Holstein diesen Anspruch haben, aber ich weiß auch, daß er in den einzelnen Bundesländern der Höhe nach schwankt. Ich wollte das nur an Hand dieser abstrakten Zahlen, die nicht auf unsere konkrete Situation bezogen sind, deutlich machen, daß man, wenn man solche Vergleiche macht, die Zielwerte der Stundentafeln, die in den Bundesländern außerordentlich unterschiedlich sind, in die Betrachtung einbeziehen muß. Nur so war das zu verstehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Der Kultusminister hat auch nichts zum Vergleich der **Schüler-Lehrer-Relation** im Bundesgebiet gesagt. Ich kann Ihnen hierzu leider nur die Zahlen von 1976

(Neltzel)

vortragen, weil die Kultusministerkonferenz trotz Mahnung mir das neueste Material noch nicht zugesandt hat.

(Dr. Bendixen [CDU]: Donnerwetter!)

— Ja, es ist in der Tat bemerkenswert, Herr Kollege Bendixen!

Nach den Angaben, die mir zur Verfügung stehen, ist die Schüler-Lehrer-Relation in Schleswig-Holstein 1976 25,2 gewesen und im Bundesgebiet 22,5. Schleswig-Holstein war damit das Schlußlicht im Bundesvergleich. Wenn man die Qualität eines Schulwesens daran mißt, wieviel Lehrer für einen Schüler zur Verfügung stehen, dann ist das ein wichtiger bildungspolitischer Eckwert, der aus der Diskussion nicht mit einer Handbewegung hinweggewischt werden kann, wie der Kultusminister das auf meine Zwischenfrage hin getan hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Herr Kultusminister, noch ein weiterer Punkt! Sie haben auf einen Zwischenruf des Kollegen Matthiesen gesagt, daß für die Schüler eine höhere Belastung, eine Überforderung, einträte, wenn Sie die Stundentafel erfüllten. Diese Bemerkung beweist mir, daß Sie mit der Schulwirklichkeit unseres Landes offenbar noch nicht genug vertraut sind, obwohl Sie beinahe zehn Jahre im Amt sind; denn Sie verschweigen bei dieser Bemerkung bewußt, was Sie in dem Bericht ausdrücklich sagen, nämlich daß der Löwenanteil des **Unterrichtsausfalls** in den **musischen Fächern** und auch im **Sport** liegt. Diese Fächer sind es aber doch gerade, die in der Schule einer Überforderung der Schüler vorbeugen sollen. Das sind doch gerade die Fächer, die ein Schüler braucht, um innerhalb des Unterrichts selbst einen Ausgleich für die Belastung durch die Leistungsfächer zu bekommen. Wenn Sie diesen Unterricht verweigern, fördert das den Streß. Es fördert nicht den Streß, wenn wir fordern, daß die Stundentafeln endlich erfüllt werden. Erst dann könnte nämlich der Streß abgebaut werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine weitere für die Landesregierung außerordentlich peinliche Frage eingehen. Der Bericht, der uns heute vorliegt, geht auf einen einstimmigen Beschluß des Landtags vom 16. März 1977 zurück. Gelegentlich habe ich den Eindruck, daß Kollegen von der CDU diesen Beschluß gern rückgängig machen würden. Denn die Ergebnisse sind in der Tat nicht sehr schmeichelhaft für die Landesregierung.

In diesem einstimmigen Landtagsbeschluß heißt es unter Ziffer 2.3 zum Lehrerbedarf:

„Die Lehrerbedarfsrechnung umfaßt die öffentlichen Schulen des Landes, differenziert nach Schularten. Sie gibt den Bedarf an zur Erfüllung der Stundentafeln, zur Beseitigung des Stundenfehls, zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls.“

Diese Angaben, die aufgrund des einstimmigen **Landtagsbeschlusses** von der Landesregierung zu liefern ge-

wesen wären, fehlen in dem schriftlichen Bericht. Ich stelle fest: Der Kultusminister hat gegen einen einstimmigen Landtagsbeschluß verstoßen. Ich nenne das eine Mißachtung des Parlaments.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich habe im Hinblick auf die Fürsorgepflicht, die die Opposition für die Regierung hat, versucht, dem Herrn Kultusminister eine Brücke zu bauen, und eine Kleine Anfrage zum **Lehrerbedarf** eingebracht. Aber ich muß bedauern: Der Herr Kultusminister blieb störrisch. Ich darf aus der Antwort — Drucksache 8/1903 — einmal zitieren, um diesen Vorwurf zu verdeutlichen. Die Frage 2 lautete:

„Wieviel zusätzliche Lehrer sind rechnerisch erforderlich, um in den einzelnen Schularten Stundenfehl und Unterrichtsausfall zu beseitigen, wie sie im Bericht — Drucksache 8/1858 — ausgewiesen sind?“

Der Kultusminister antwortete, das Ergebnis einer rein rechnerischen Ermittlung von Lehrerstellen auf der Grundlage fehlender Unterrichtsstunden sei ohne jede praktische Bedeutung. Das Stundenfehl beschränke sich auf wenige Fächer wie zum Beispiel Religion, Musik, Mathematik und Physik.

Der Kultusminister hat wiederholt darauf hingewiesen, daß dies eine Erscheinung in vielen Bundesländern sei. Infolgedessen seien bundesweit Lehrer für diese Fächer nicht zu gewinnen. Man kann das auch so zusammenfassen: Ja, es gibt Lehrerbedarf. Es gibt auch einen einstimmigen Landtagsbeschluß, der mich verpflichtet, diesen zu benennen. Aber der Lehrerbedarf hat Oppositionsabgeordnete nicht zu interessieren. Punkt. Aus. So einfach ist das.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich möchte mir eine nähere Bewertung dieses Vorgangs sparen.

Wir haben dann, nachdem diese Antwort vorlag, selber gerechnet. Dazu haben wir die Zahlen des Vorjahres verwandt, die vom Kultusminister genannt worden waren. Ich habe also das amtliche Material vom Vorjahr verwendet, um eine private Berechnung für dieses Jahr vorzunehmen. Wir haben danach folgenden Bedarf ermittelt: Wenn man allein das Stundenfehl an den allgemeinbildenden Schulen in Höhe von 10,7 Prozent beseitigen will, braucht man rechnerisch 1986 zusätzliche Lehrer. Wenn darüber hinaus der sogenannte Unterrichtsausfall — das ist der nicht ständige Unterrichtsausfall, zum Beispiel wegen Krankheit, Schwangerschaft und Urlaub — beseitigt werden soll — das sind 3,9 Prozent —, würden weitere 724 Lehrerstellen benötigt. Das heißt, wir haben — nach dieser Statistik des Kultusministers — im laufenden Schuljahr einen nicht gedeckten **Lehrerbedarf** in Höhe von rund 2700 Stellen.

Nun wird häufig darauf hingewiesen, daß sich dieser Bedarf durch die sinkenden Schülerzahlen automatisch verringern werde. Diese Betrachtung ist deshalb verfehlt, weil sich die sinkenden Schülerzahlen vornehmlich dahin gehend auswirken — das hat der Herr Kul-

(Neitzel)

tusminister heute morgen noch einmal vorgetragen —, daß die Klassenfrequenzen vermindert werden. Eine Befriedigung des Unterrichtsbedarfs tritt jedoch durch diese Entwicklung nicht automatisch ein. Es ist völlig klar, daß bei einem Bestand von rund 18500 Lehrern an allgemeinbildenden Schulen dieser Bedarf in Höhe von 2700 Stellen nicht kurzfristig gedeckt werden kann. Deshalb hat die F.D.P.-Fraktion mit dem Antrag in der Drucksache 8/1904 vorgeschlagen, die Landesregierung möge einen **Stufenplan** mit einem mittelfristigen Konzept zum Abbau des Unterrichtsausfalls vorlegen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sind Realisten und meinen, daß kurzfristig auf diesem Gebiet wenig zu bewirken sein wird. Wir meinen aber auch, daß mittelfristig sehr viel mehr getan werden kann, als die Landesregierung in der Vergangenheit geleistet hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte keineswegs das objektive Problem übersehen, daß wir in den Mangelfächern — wie Religion, Musik und Naturwissenschaften — Schwierigkeiten haben werden, den Lehrerbedarf mittelfristig zu decken. Aber diese Schwierigkeiten, Herr Kultusminister, sind ja nicht erst seit vorgestern bekannt. Sie sind seit Jahren bekannt. Und ich frage Sie: Was hat die Landesregierung in Ihrem Verantwortungsbereich getan, um den fächerspezifischen Lehrermangel zu beseitigen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu habe ich drei Bemerkungen zu machen. Erstens! Die **Ausbildung** von **Musikerziehern** für Gymnasien an der Musikhochschule Lübeck stagniert. Sie haben das angesprochen. Im Volksbildungsausschuß haben wir kürzlich darüber debattiert. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Sie den Ursachen, warum das so ist, nicht nachgegangen sind. Sie haben auf Ihre 21 Kollegen in der europäischen Konferenz verwiesen, die ebenfalls ratlos seien. Meine Damen und Herren, wenn die alle ratlos sind, dann können wir ja einpacken. Ich verlange, daß über diese Frage einmal nachgedacht wird und daß darüber Untersuchungen angestellt werden. Und dazu haben Sie, Herr Kultusminister, hier im Lande — in der Musikhochschule Lübeck — Gelegenheit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zweitens! In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU hinsichtlich der Zukunftschancen der jungen Generation ist am 31. Januar 1979 angekündigt worden, daß wir — vermutlich vom kommenden Wintersemester an — einen **Studiengang** für **Kunsterzieher** an Gymnasien an der Universität Kiel — dabei soll es eine Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Kiel geben — haben werden. Herr Kultusminister, ich frage Sie: Wie lange haben eigentlich die Verhandlungen über diesen Studiengang gedauert? Was haben Sie getan, um diese Verhandlungen zu beschleunigen? Auch diese Fragen müssen Sie hier im Lande beant-

worten, wenn es um den spezifischen Lehrermangel für das Fach Kunst geht.

Drittens! Der **Lehrerbedarf** für das Fach **Mathematik** sowie für die naturwissenschaftlichen Fächer ist, wie Sie angesprochen haben, in der Vergangenheit zum Teil durch Diplom-Bewerber gedeckt worden. Aber die Frage ist doch: Warum hat die Landesregierung eigentlich 1977 durch eine Änderung der Lehrerlaufbahnverordnung diese Möglichkeit mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres beseitigt? Warum eigentlich?

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch auf diese Frage sind Sie dem Landtag eine Antwort schuldig.

Sie haben gesagt, die von mir erwähnte Zahl von 313 arbeitslosen Chemikern, Physikern, Mathematikern und Ingenieuren, die es Ende 1979 in Schleswig-Holstein gegeben hat, sei eine Phantom-Zahl. Damit wollten Sie nur von der Tatsache ablenken, daß es keine ausreichenden Bemühungen gibt, aus diesem Kreis von Arbeitslosen Bewerber für den Schuldienst zu gewinnen. Es geht mir ja gar nicht darum, daß Sie die alle einstellen. Es geht darum, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, vorhandene arbeitslose Bewerber anzusprechen, um unseren Schulen auf diese Weise kurzfristig zu helfen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unter Berücksichtigung dieser drei Punkte stelle ich fest, daß der Lehrermangel, über den wir heute immer noch sprechen müssen, nicht vom Himmel gefallen ist. Er ist weitgehend von der Landesregierung selbst verschuldet worden. Dann ist es gewissermaßen die Krönung, wenn die CDU-Mehrheit am 30. Januar dieses Jahres im Landtag einen Gesetzentwurf beschließt, mit dem die Zulassung zur Lehrerausbildung beschränkt wird. Meine Damen und Herren, hier stoßen sich die Widersprüche hart im Raum. Wir meinen, daß die Landesregierung nichts Ausreichendes unternommen hat, um die Schulsituation in unserem Lande zu verbessern.

Lassen Sie mich zum Schluß dieses Teils meiner Ausführungen auf den Antrag der Sozialdemokraten und die Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses zum Thema „**Aktuelle Hilfen zur Verwirklichung einer kinderfreundlichen Schule**“ eingehen. Die F.D.P.-Fraktion hat bereits im November 1978 den sozialdemokratischen Antrag begrüßt. Wir bewerten die Beschlußempfehlung, die die CDU im Ausschuß durchgesetzt hat, als reine Jubel-Erklärung. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen. Während die Sozialdemokraten klare Ziele formulieren — zum Beispiel zum Abbau des Stundenfehls in den musischen Fächern —, bleibt die Empfehlung der CDU völlig unverbindlich und beschränkt sich darauf, die angeblich ausreichenden Bemühungen der Landesregierung zu unterstützen. Meine Damen und Herren! Für uns Liberale ist es nicht zumutbar, einem beschränkten Antrag zuzustimmen, und deshalb werden wir dem Vorschlag der Sozialdemokraten und nicht dem der CDU folgen.

(Dr. Bendixen [CDU]: Das ist aber schlimm!)

(Neitzel)

— Ich darf dann, Herr Kollege Bendixen — und auch da werden wir Ihnen nicht folgen —, auf das zweite Thema, das heute morgen angesprochen worden ist, eingehen, nämlich auf das Problem der Gesamtschule. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch durch den Herrn Kultusminister heute morgen hier im Hause ist ein faszinierendes Ablenkungsmanöver gestartet worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Ich empfehle Ihnen, einmal das Protokoll über die Landtagsdebatte zur **Unterrichtsversorgung** nachzulesen, die wir vor fast genau einem Jahr — am 8. März 1978 — gehabt haben. Auch dort werden Sie feststellen, daß insbesondere der Kollege Bendixen den Versuch unternommen hat, von den für die Landesregierung peinlichen Zahlen zum Unterrichtsausfall abzulenken,

(Beifall bei der F.D.P. — Harms (Heede)
[SPD]: Genau, und das hat er heute wieder-
holt!)

indem er versucht hat, eine ideologische Auseinandersetzung über Fragen der Schulreform, Lehrpläne und was auch immer anzuzetteln.

(Dr. Bendixen [CDU]: Das ist das, was die Eltern draußen interessiert!)

— Herr Kollege Bendixen, was die Eltern in diesem Lande interessiert, ist, daß endlich die Schulmisere beendet wird.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD — Harms (Bilsen) [CDU]: Schulmisere?
Das glauben Sie doch selber nicht!)

Deshalb sind wir auch guter Hoffnung, daß diese Angstmacherei, die Sie landauf landab betreiben, bei den mündigen Bürgern nicht verfährt.

Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD — Dr. Schübeler [CDU]: Wie erklären Sie sich dann die Unruhe in anderen Ländern, in Hessen zum Beispiel, auch in Hamburg?
Wie erklären Sie sich die?)

— Herr Kollege Schübeler! Ich will darauf gern eingehen,

(Dr. Schübeler [CDU]: Da bin ich aber gespannt!)

und zwar deswegen, weil es in der Tat Versäumnisse auch sozial-liberaler Landesregierungen in diesem Bereich gibt.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Es sind hauptsächlich Versäumnisse in bezug auf die Unterrichtung der Öffentlichkeit über das, was eine Gesamtschule eigentlich ist.

(Dr. Schübeler [CDU]: Wissen Sie, wie ich das nenne?)

— Herr Kollege Schübeler! Sie versuchen doch, einen politischen Totschläger gegen die Opposition herauszuholen, wohlwissend, daß sehr wenig Leute in die-

sem Lande überhaupt wissen, was eine Gesamtschule ist.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD — Dr. Schübeler [CDU]: Denken Sie an die Unruhe im Lande; das sind die mündigen Bürger! — Weitere Zurufe von der CDU)

— Herr Kollege Spaeth, Sie wissen doch ganz genau, daß die Zielgruppen der Liberalen andere sind als Ihre!

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Debatte nicht zu sehr verlängern, aber ich muß in diesem Zusammenhang — damit überhaupt keine Zweifel an unserer Haltung aufkommt — einige Bemerkungen machen. Zunächst eine Vorbemerkung. Herr Kollege Bendixen hat freundlicherweise angekündigt, daß in dieser Tagung eine Auseinandersetzung über dieses Thema stattfinden werde. Ich habe daraufhin gestern Gelegenheit genommen, noch einmal alle Plenarprotokolle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die sich in dieser Wahlperiode mit der Gesamtschule befassen, nachzulesen. Ich habe insbesondere die Ausführungen der F.D.P. geprüft und festgestellt, daß es überhaupt keine Widersprüche zu den Positionen gibt, die wir auch heute vortragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte unsere heutige Position, die mit der Position, die wir seit 1975 vorgetragen haben, völlig übereinstimmt — ich kann Ihnen auch die Daten nennen; es geht am 27. August 1975 los —, noch einmal in Erinnerung rufen, Herr Kollege Bendixen, damit auch Sie begreifen, daß diese Aussagen klar sind, unmißverständlich und ohne Widersprüche.

(Harms (Heede) [SPD]: Er will gar nicht begreifen!)

— Herr Kollege Harms! Wenn Sie hier sagen, der will nicht, so könnte das richtig sein; aber ich hoffe immer noch — Herr Kollege Bendixen ist genauso alt wie ich —, daß er noch nicht so sehr vom Altersstarrsinn erfaßt ist, als daß er nicht zuhören und Argumente würdigen könnte.

Meine Damen und Herren! Die F.D.P. hat auf ihrem Landesparteitag ein Programm beschlossen, in dem sie auf die Bürgerfrage, die ich gleich zitieren möchte, eine Antwort gibt. Die Bürgerfrage lautet: „In der Schulpolitik hat der Bürger oft den Eindruck, es herrsche die Experimentierwut. Müssen die ständigen Schulreformen sein?“ Antwort der F.D.P.: „Sicher ist, daß im heutigen Schulsystem nicht alles zum besten steht. Deshalb sind maßvolle Reformen nach wie vor notwendig. Sie sollten nicht gegen den Willen der Betroffenen erfolgen. Aber die schulformunabhängige Orientierungsstufe, verschiedene Formen der Gesamtschule und die Ganztagschule sollten probeweise eingeführt, die Vorschule ausgebaut, die Gesamtschule neben dem bisherigen Schulsystem verstärkt angeboten werden. Dafür“

— um dieses Ziel, Herr Kollege Bendixen, zu erreichen —

(Neitzel)

„sind zusätzliche Schulversuche erforderlich. Vorliegende Erfahrungen sind wissenschaftlich auszuwerten und der Schulpraxis nutzbar zu machen.“

(Dr. Bendixen [CDU]: Wo soll denn Ihre Schulreform beispielsweise in Dithmarschen stattfinden?)

— Herr Kollege Bendixen! Dieser Zwischenruf weist mir erneut, daß Sie offenbar die unseriöse Bildungspolitik der Landesregierung fortsetzen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Wie können Sie von uns verlangen, daß wir Ihnen **Standorte** nennen, wenn Sie unsere Äußerung genau im Ohr haben, die ich in der Parlamentspressekonferenz getan habe und die veröffentlicht worden ist, wonach wir eine Planungsphase von mindestens zwei Jahren brauchen, um weitere Versuchsschulen einzurichten.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Asmussen?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Ja, gern!

Asmussen [CDU]: Herr Kollege Neitzel! Herr Schumacher und Sie haben sich dafür ausgesprochen, in Dithmarschen Gesamtschulversuche einzuführen.

— Das ist falsch!

Wo soll das nach Ihrer Auffassung stattfinden?

— Belegen Sie das einmal, bitte!

Herr Kollege Neitzel! Im „Fehmarnschen Tageblatt“ vom 1. März 1979 heißt es,

(Matthiesen [SPD]: Das ist aber nicht Dithmarschen!)

und zwar wird Herr Schumacher hier zitiert:

„Die zentrale Gesamtschule könne auch in der Fläche des flachen Landes, als Beispiele nannte der F.D.P.-Politiker den Kreis Dithmarschen, sinnvoll sein, um das Land besser zu erschließen. „Im „Schwarzenbeker Tageblatt“ steht am 5. März — und zwar werden dort Sie zitiert —: „In Frage kommen nur Standorte, wo neben dem Gesamtschulversuch eine gymnasiale Alternative gegeben ist. Dies ist im Kreis Herzogtum Lauenburg nicht der Fall, jedoch beispielsweise in Husum oder Heide.“

Können Sie mir sagen, wo sonst noch Gesamtschulen in Dithmarschen eingerichtet werden sollen und welche Schulen des Regelsystems geschlossen werden sollen? Das würde unsere Mitbürger mit Sicherheit interessieren.

(Beifall bei der CDU — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Herr Kollege Asmussen, ich bedaure außerordentlich, daß Sie entgegen der Praxis im Finanzausschuß hier schlecht vorbereitete Fragen stellen.

(Beifall bei der F.D.P. — Widerspruch bei der CDU)

Ich habe die Unterlagen natürlich hier. Im „Schwarzenbeker Tageblatt“ vom 5. März 1979 steht:

„Zum Thema Gesamtschule erklärte Neitzel zu den anwesenden Lehrern folgende Position der F.D.P.: 1. Eine Koalition mit der SPD kommt nicht zustande, wenn die SPD die Gesamtschule als Regelschule durchsetzen wolle.“

(Matthiesen [SPD]: Herr Neitzel, das wollen wir doch so gar nicht!)

„2. Die F.D.P. will das Gesamtschul-Versuchs-Angebot vergrößern. Etwa fünf Neugründungen seien nötig, aber erst nach gründlicher und auch wissenschaftlicher Vorbereitung in einer zwei- bis dreijährigen Planungsphase.“

Dann kommt ein Absatz, und dann kommt — das ist aber kein wirkliches Zitat von mir — der Satz, den Sie zitiert haben. Ich will Ihnen das aus dem Gesprächsverlauf heraus einmal deutlich machen.

(Zuruf von der SPD: Die wollen das doch gar nicht wissen! — Weitere Zurufe — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Herr Kollege Olderog, ich darf das einmal deutlich machen; vielleicht ist auch die CDU, die die Heimatpresse dieses Landes vehement verteidigt,

(Beifall bei der CDU)

in der Lage, zwischen wörtlichen Zitaten und redaktionellem Teil zu unterscheiden. Herr Kollege Asmussen, das, was Sie zitiert haben, ist redaktioneller Teil, und das hat folgenden Hintergrund: Ich habe die Position der F.D.P. vertreten. Dann bin ich aus dem Kreis der Schulleiter gefragt worden, wie denn meine Äußerung zu verstehen sei, daß man einen Schulversuch mit Gesamtschulen nur dort machen könne, wo gleichzeitig ein gymnasiales Angebot bestehen bleiben kann. Und darauf habe ich gesagt, ein vergleichbares gymnasiales Angebot gebe es nach meiner Kenntnis im Kreis Herzogtum Lauenburg nicht, aber es gebe andere Standorte,

(Späth [CDU]: Husum und Heide liegen ja weit genug weg!)

wo wir heute schon zwei Gymnasien hätten oder wo neben einem Gymnasium eine entsprechende Einrichtung geschaffen werden könne; da fielen mir Husum und Heide ein.

(Dr. Schübeler [CDU]: Ich denke, das war von der Redaktion verkehrt gemacht worden!)

Herr Kollege Späth, ich bitte einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß wir nicht mit Ihren Methoden arbeiten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

(Neitzel)

Ihre Methode, die Sie durch Ihren Zwischenruf gezeigt haben,

(Späth [CDU]: Das ist genau die Methode, die Sie anwenden!)

ist die bewußte Verdrehung von Tatsachen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Herr Kollege Späth, das ist eine Unwahrhaftigkeit, die einem Mitglied einer christlichen Partei wirklich fremd sein sollte.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Herr Präsident, ich gestatte jede Zwischenfrage. Ich weise aber darauf hin, daß ich dann nicht bis 13 Uhr mit meinen Ausführungen zu Ende sein werde.

Kalinka [CDU]: Herr Kollege Neitzel, bezeichnen Sie es nicht als eine merkwürdige politische Form, daß einige aus Ihren Reihen immer dort neue Gesamtschulversuche fordern, wo sie konkret nicht infrage kommen? Das heißt, daß man in den Kreisen, in denen man konkret nichts machen kann, weil man weiß, daß die Eltern dagegen sind, darauf hinweist, daß man das in anderen Kreisen tun will!

(Zuruf von der F.D.P.: Hör mal zu!)

Zweitens bitte ich Sie, mir folgendes zu erläutern.

(Harms (Heede) [SPD]: Der sagt vorsätzlich die Unwahrheit!)

Sie sind nicht in der Lage, konkret neue Gesamtschulorte zu nennen, die Sie wollen. Sie erheben den Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Sie sagen, man brauche eine Planungsphase von zwei, drei Jahren.

(Zurufe von der F.D.P. und von der SPD: Fragen stellen!)

Würden Sie mir bitte einmal erläutern, woher Sie Ihr Wissen haben, daß beispielsweise neue Gesamtschulversuche auf 4 bis 5 Projekte begrenzt werden müßten, obwohl Sie selbst sagen, Sie hätten noch keine konkreten Planungen? Können es nicht auch 10 oder 20 oder nur 2 Gesamtschulversuche sein?

(Ronneburger [F.D.P.]: Nein, 100! Nach oben hin gibt es überhaupt keine Grenze! — Weitere Zurufe — Glocke des Präsidenten)

— Herr Kollege Kalinka, zu Ihrer ersten Frage: Kein verantwortlicher F.D.P.-Politiker hat irgendeinen Standort genannt.

(Lachen bei der CDU — Dr. Schübeler [CDU]: Das ist bewußt so geschehen!)

— Ganz bewußt! — Zu Ihrer zweiten Frage, Herr Kollege Kalinka!

(Dr. Olderog [CDU]: Das ist vielleicht ein Eiertanz, den Sie hier aufführen!)

Wenn Sie unsere Forderung richtig verstehen, daß eine gründliche wissenschaftliche Vorbereitung vorhanden sein muß, die die Standortfragen einbezieht — das ist doch völlig klar —, dann dauert das eben zwei oder drei Jahre. Und wenn Sie fordern, daß wir Ihnen heute eine Antwort geben sollen, dann ist das zutiefst unwissenschaftlich

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

und widerspricht außerdem Ihrer Behauptung, Sie wollten den Elternwillen stärken; denn mit den Eltern muß darüber schließlich erst einmal gesprochen werden.

(Beifall bei der F.D.P. — Späth [CDU]: Wir wollen das ja nicht!)

Aber ich empfehle Ihnen einmal eines: Besuchen Sie doch bitte einmal die kooperative Gesamtschule in Lütjenburg.

(Dr. Olderog [CDU]: Wählt die Katze im Sack!)

wo der Schulleiter ein CDU-Mitglied ist, ein ehemaliger Ratsherr der Stadt Kiel — ein ausnahmsweise sehr ordentlicher Mann —,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD — Anhaltendes Lachen bei der CDU)

und sprechen Sie dort mit den Eltern. Die Elternvertreter der **kooperativen Gesamtschule Lütjenburg** haben mir am 28. Februar 1979 ihre Befürchtung übermittelt, daß die CDU 1982 oder 1983 diese Schule dichtmachen wolle.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt nicht!)

Ich habe ihnen darauf gesagt, wir würden uns darum bemühen, dem Elternwillen zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Wir werden uns darum bemühen, daß dieser Schulversuch fortgesetzt wird.

(Dr. Schübeler [CDU]: Ihre Haltung ist durch und durch illiberal!)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt meine Ausführungen zur Sache gern fortführen.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, darf ich dieser Anmerkung entnehmen, daß Sie keine weiteren Fragen mehr zulassen; eine Antwort hierauf erleichtert mir das weitere Verfahren.

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Nein, Herr Präsident, ich werde jede Zwischenfrage gestatten. Ich wiederhole in dem Zusammenhang aber den Hinweis von vorhin.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Asmussen?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Ja.

Asmussen [CDU]: Herr Neitzel, durch die weiteren Zwischenfragen sind Sie wohl nicht dazu gekommen, meine Frage von vorhin ganz zu beantworten.

(Möller [SPD]: Er hat sie genau beantwortet!)

Aus diesem Grunde darf ich Sie noch einmal fragen: In Heide gibt es zwei Gymnasien, einmal das Werner-Heisenberg-Gymnasium und dann ein Gymnasium im Rahmen des Schulzentrums Heide-Ost.

— So ist es!

Ist es Ihre Auffassung, daß man im Schulzentrum Heide-Ost eine integrierte Gesamtschule einrichten sollte?

(Lachen des Abgeordneten Hadewig [F.D.P.]

— Frau Wendel [SPD]: Das ist doch falsch!

— Matthiesen [SPD]: Passen Sie auf, daraus will er etwas machen!)

Wenn ja, müßte das ja wohl auch nach Ihrer Meinung, Herr Kollege Neitzel, dazu führen, daß dort die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium geschlossen werden müßten, denn sonst würde das ja nicht funktionieren!

— Herr Kollege Asmussen, niemand in diesem Hause sollte sich anmaßen, den Ergebnissen der wissenschaftlichen Vorbereitung weiterer Schulversuche und den Entscheidungen der Eltern, die wir nicht übergehen wollen, vorzugreifen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD
— Lachen bei der CDU)

Aber, Herr Kollege Asmussen, da Sie das **Schulzentrum Heide-Ost** angesprochen haben, will ich Ihnen noch eines sagen:

(Asmussen [CDU]: Sie müssen doch wissen, was Sie wollen!)

In diesem Schulzentrum hat es einen Schulversuch gegeben, die Versuchsschule „kooperative Orientierungsstufe“, und dieser Schulversuch ist deshalb total gescheitert, weil der Kultusminister nicht in der Lage war, diesen Versuch so vorzubereiten, wie es notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Eine solche Schulpolitik lehnen wir ab,

(Asmussen [CDU]: Das hat doch mit meiner Frage nichts zu tun!)

weil sie auf Kosten der Betroffenen, der Lehrer, der Eltern und der Schüler, geht. Damit versündigen Sie sich an diesen; denn wir wollen keine Experimente auf Kosten der Schüler.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Bitte!

Kalinka [CDU]: Herr Kollege Neitzel, würden Sie es auch für denkbar ansehen, daß nach Ihrer zwei- bis dreijährigen Überlegungsphase das Ergebnis lauten könnte, daß weitere Gesamtschulversuche nicht mehr nötig sind?

— Herr Kollege Kalinka, auch diese Frage beweist, daß Sie sich mit dem Problem überhaupt noch nicht beschäftigt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Lesen Sie doch bitte einmal den Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung von Royle, den Ihr Kultusminister in der Schriftenreihe „Modellversuche im Bildungswesen“, Nr. 15, herausgegeben hat. Dann untersuchen Sie bitte einmal die methodischen Probleme, die dort aufgezeigt worden sind. Ich glaube, dann werden Sie solche dummen Zwischenfragen nicht mehr stellen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD —
Widerspruch bei der CDU — Späth [CDU]:
Sie entscheiden, wer dumm ist, was? —
(Dr. Bendixen [CDU]: Herr Präsident, darf
man jemanden als dumm bezeichnen?)

Vizepräsident Hamer:

Herr Dr. Bendixen, es ist hier niemand als dumm bezeichnet worden.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Bendixen
[CDU])

— Ich bitte Sie, mich zunächst in Ruhe anzuhören. Es ist hier niemand als dumm bezeichnet worden, sondern es ist nur eine Frage als dumm bezeichnet worden,

(Stich [CDU]: Die Arroganz hat aber doch auch Grenzen! — Frau Wendel [SPD]: Ausgerechnet der Stich! — Matthiesen [SPD]: Unglaublich, den Präsidenten so anzugehen! Unverschämtheit!)

(Vizepräsident Hamer)

Herr Abgeordneter Neitzel, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schübeler?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Ja, gern!

Dr. Schübeler [CDU]: Herr Neitzel, ich habe noch zwei Fragen. Wie erklären Sie den Widerspruch, daß ein F.D.P.-Abgeordneter dieses Hauses, nämlich Herr Ronneburger, den Philologen sagt, alle weiteren Schulversuche seien nur mit Vorsicht zu genießen, während Sie zur gleichen Zeit im Landtag den Antrag einbringen, weitere Schulversuche einzurichten?

(Zuruf des Abgeordneten Ronneburger
[F.D.P.]

Zweite Frage: Wie erklären Sie Ihre heutige Aussage, Sie seien zwar für mehr Schulversuche, aber die Konsequenzen daraus, daß dann auch einige Haupt- und Realschulen in dem entsprechenden Einzugsbereich geschlossen werden müssen, wollen Sie heute nicht zugeben?

— Herr Kollege Schübeler, zu Ihrer ersten Frage! Herr Ronneburger hat in voller Übereinstimmung mit dem, was andere F.D.P.-Politiker gesagt haben, beim Philologenverband erklärt, es sei erstens erforderlich, die wissenschaftliche Begleitung der laufenden Schulversuche zu konsolidieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Formulierung hat auch in einen Beschluß, den ich nachher noch zitieren werde, Eingang gefunden. Zweitens hat Herr Ronneburger gesagt, daß man dann, wenn es Probleme der Konsolidierung gäbe, mit weiteren Versuchen vorsichtig sein müsse und daß es dabei gerade auf eine intensive wissenschaftliche Vorbereitung, Begleitung und Auswertung ankomme.

(Beifall bei der F.D.P. — Zuruf der Abgeordneten Frau Wendel [SPD])

Zu Ihrer zweiten Frage folgendes. Es ist nicht richtig, daß die Neugründung von Versuchsschulen zwangsläufig dazu führt, daß andere Schulen geschlossen werden müssen;

(Frau Wendel [SPD]: Genau!)

denn wir haben insbesondere im Hamburger Umland — Sie können sich dort gern einmal informieren — an bestimmten Standorten auch noch Bedarf an Schulbauten und Schulgründungen.

(Zimmermann [CDU]: Wo zum Beispiel? —
Matthiesen [SPD]: In Glinde!)

— Herr Kollege Zimmermann, das Stichwort Glinde ist eben genannt worden.

(Matthiesen [SPD]: Da fragt der, wo zum Beispiel!)

Nehmen Sie doch einmal den Bereich Pinneberg. Wie ist es denn mit den Gymnasien in Halstenbek und in Schenefeld, wie ist es denn mit der Theodor-Heuss-

Schule in Pinneberg und mit dem Brahms-Gymnasium? Untersuchen Sie doch einmal, wie die Prognose der Schülerzahlen in dem Bereich ist. Wenn Sie das schon getan hätten, könnten Sie sich solche Zwischenrufe ersparen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich möchte meine Ausführungen gern fortsetzen. Über das Programm hinaus haben wir in einer Koalitionsaussage wörtlich folgendes beschlossen: „Die F.D.P. wird eine Landesregierung nicht mittragen, wenn die **Gesamtschule** als Regelschule eingeführt werden soll.“ Ich habe in diesem Hause mehrfach darauf hingewiesen, was das bedeutet.

Vizepräsident Hamer:

Herr Kollege Neitzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Barschel?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Ja, Herr Präsident!

Dr. Dr. Barschel [CDU]: Herr Kollege Neitzel, können Sie bestätigen, daß in einem Disput zwischen dem ausgeschiedenen Kollegen Lund und mir vor etwa fünf Monaten in diesem Hohen Hause — ich glaube, es war im September oder Oktober, es mag vielleicht auch November gewesen sein —

— Ich weiß das!

Herr Kollege Lund ausdrücklich Wert darauf gelegt hat, daß die jetzige Haltung der SPD-Landtagsfraktion zum Thema Gesamtschule nicht als das Wegschwenken von der Regelschule hin zur Angebotsschule hingestellt werden darf — dies war damals meine Interpretation —, sondern daß Herr Kollege Lund für die SPD-Fraktion ausdrücklich gesagt hat, die jetzige Position sei die Regelschule als Gesamtschule? Das ist im Protokoll der damaligen Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages wörtlich nachzulesen. Wie können Sie unter dieser Prämisse sagen, unter der Voraussetzung, daß die SPD eine Regelschule als Gesamtschule wolle, käme für die F.D.P. eine Koalition nicht in Frage?

— Herr Kollege Barschel, Sie haben offenbar keine Erfahrungen mit Koalitionen; das sehe ich Ihnen nach.

(Dr. Olderog [CDU]: Die F.D.P. hat doch jahrelang mit uns koalitiert!)

— Damals war Herr Kollege Barschel noch nicht dabei. — Herr Kollege Barschel, ich habe hier nicht die Position der Sozialdemokraten zu vertreten und zu verteidigen.

(Beifall bei der F.D.P. — Matthiesen [SPD]:
Aber auch nicht zu verdrehen!)

Ich habe hier nur die Position der F.D.P. deutlich zu machen. Vielleicht darf ich eben noch ausführen, daß ich in diesem Landtag mehrfach gesagt habe, daß wir

(Neitzel)

den Begriff der **Regelschule**, den die Sozialdemokraten in die Debatte geworfen haben, nicht so interpretieren wie diese. Für uns ist die Regelschule nach den schulrechtlichen Bestimmungen eine Schule, zu deren Besuch man verpflichtet werden kann. Das, was die Sozialdemokraten vielleicht meinen, ist eine Schulart oder Schulform — dazu will ich nicht Stellung nehmen. Wir haben gesagt: Ehe wir in eine Koalition eintreten, muß klar sein, daß die Landesregierung die Gesamtschule nicht als Regelschule einführen wird. Das wird im Koalitionsvertrag stehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sonst machen wir eine solche Koalition nicht mit. Das ist völlig klar.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Neitzel, ich weiß nicht, ob die Frage damit beantwortet ist. Habe ich Sie unterbrochen?

(Neitzel [F.D.P.]: Nein, die Frage ist beantwortet, Herr Präsident!)

Dann darf ich Sie fragen, ob Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bendixen und dann eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Barschel zulassen.

Das Haus möchte ich daran erinnern, daß wir miteinander ausgemacht haben, um 13.00 Uhr in die Mittagspause einzutreten. Einige Abgeordnete haben zu diesem Zeitpunkt auch Termine angenommen. Ich bitte darum, die Debatte darauf zu konzentrieren und den Redner anzuhören. Es gibt nach 15.00 Uhr noch ausreichend Gelegenheit, die Debatte fortzusetzen, falls es gewünscht wird. Ich kann keinen Redner unterbrechen. Aber das Präsidium geht davon aus, daß das Wort möglichst zu dem vereinbarten Zeitpunkt erteilt wird, damit die Reden zu den vorgesehenen Pausen auch beendet sind. — Herr Abgeordneter Dr. Bendixen!

Dr. Bendixen [CDU]: Nach diesen Ausführungen will ich meine Frage bis nach der Mittagspause zurückstellen.)

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Schönen Dank, Herr Kollege Bendixen!

Herr Kollege Barschel, darf ich meinen Gedanken vielleicht eben zu Ende führen. Wir können das gern in einem Privatgespräch klären.

(Widerspruch bei der CDU)

— Meine Damen und Herren, ich habe zwar das Protokoll aller Landtagstagungen dabei, aber es liegt auf meinem Platz. Ich würde Herrn Kollegen Barschel gern Gelegenheit geben, den Originalwortlaut einzusehen, ehe er aus seiner möglicherweise lückenhaften Erinnerung Fragen stellt.

(Dr. Dr. Barschel [CDU]: Lassen Sie die Zwischenfrage nun zu oder nicht?)

— Ich lasse die Zwischenfrage natürlich zu, wenn der Herr Präsident sie zuläßt.

Vizepräsident Hamer:

Herr Dr. Barschel, bitte!

Dr. Dr. Barschel [CDU]: Herr Kollege Neitzel, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie und die Sozialdemokraten unter Regelschule etwas anderes verstehen, so daß die Situation eintreten könnte, daß die Sozialdemokraten sagen, sie wollten die Gesamtschule als Regelschule, und Sie darauf erwidern, eine Koalition mit einer solchen Politik gebe es nicht, da Sie aber unter Regelschule etwas anderes verstanden, gebe es die Koalition dann doch?

(Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang habe ich eine zweite Frage, Herr Kollege Neitzel! Können Sie eine klare Aussage darüber treffen, ob Sie unter Zugrundelegung dessen, was Herr Kollege Lund vor einigen Monaten für die SPD-Fraktion hier gefordert hat und was er als Regelschule gleich Gesamtschule eingestuft hat, mit der SPD eine Koalition schließen würden? Ja oder nein!

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Herr Kollege Barschel, zunächst zu Ihrer zweiten Frage. Da mir die begrifflichen Probleme klar sind, können Sie davon ausgehen, daß ein Koalitionsvertrag, der, wenn der Wähler das wünscht und das Ergebnis der Sachverhandlungen es ermöglicht, abzuschließen wäre, unmißverständliche Formulierungen enthalten würde.

(Beifall des Abgeordneten Hadewig [F.D.P.]

Zu der ersten Frage darf ich Ihnen mit einem Zitat Ihres Herrn Amtsvorgängers, des Kollegen Lausen, antworten. Er hat ausweislich des Plenarprotokolls vom 23. Oktober 1975, Seite 574, gesagt: „Es ist falsch, wenn man seine Gegner unterschätzt und vor allen Dingen für dümmer hält, als man selbst ist.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Lachen bei der SPD — Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, daß die F.D.P. in der Lage sein wird, Koalitionsbedingungen durchzusetzen, haben wir in Bonn zur Genüge bewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bendixen [CDU])

— Herr Kollege Bendixen, ich zähle das gern auf: Mitbestimmungsgesetz, Steueränderungsgesetz 1979, Rentenanpassungsgesetz und so weiter. Das ist eine ganz lange Reihe.

(Meyer [SSW]: Was hat das mit Schulpolitik zu tun?)

(Neitzel)

Ich möchte meine Bemerkungen mit folgenden Hinweisen schließen. Die Debatte über die **Gesamtschulen**, die von der CDU ausgelöst worden ist, mutet uns wie eine Gespensterschlacht an.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kultusminister, wenn Sie in diesem Zusammenhang das Stichwort „sozialistische Einheitsschule“ verwenden, frage ich Sie, wie Sie das eigentlich mit Ihrer Verantwortung für diejenigen vereinbaren können, die in diesem Lande in Versuchsschulen tätig sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Sie haben mit dieser Bemerkung Ihre Fürsorgepflicht insbesondere gegenüber den Lehrern in Schulversuchen mit Gesamtschulen in Schleswig-Holstein verletzt.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. —
Frau Wendel [SPD]: Sehr richtig!)

Ich bitte Sie, endlich zu einer sachlichen Information der Öffentlichkeit zurückzukommen und hier keine ideologischen Rundschläge zu führen. Ich bitte Sie ferner: Verwenden Sie die Arbeitskraft Ihres Hauses nicht darauf, Modellrechnungen mit Phantombildern zu erstellen, sondern die Schulsituation, die wir heute in unserem Lande haben, zu verbessern. Dann sind die Mittel viel besser eingesetzt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die Sitzung und treten in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 15.00 Uhr.

Unterbrechung: 13.08 Uhr

Wiederbeginn: 15.02 Uhr

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Braun, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Ich will keinen Beitrag zur Verlängerung der Diskussion leisten und auf vieles, was in der Diskussion gesagt worden ist, im einzelnen auch nicht eingehen, weil allzuvielen stereotyp wiederholend gewesen ist; aber zwei Aussagen sind es, die meine unmittelbare Kommentierung herausfordern, zwei Aussagen, die Herr Kollege Neitzel gemacht hat. Kollege Neitzel, Sie haben eine Frage von Herrn Kalinka als eine dumme Frage bezeichnet. Dasselbe muß ich beziehen auf eine Aussage, die Sie gemacht haben, die bezeichne ich von hier aus — wohlwissend, was ich sage — als sehr dummes Gerede,

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

nämlich genau die Aussage, deretwegen Ihnen Herr Kollege Kalinka seine Frage gestellt hat und auch Herr Kollege Asmussen aus großer Sorge nachgefaßt hat. Sie haben erklärt, Sie brauchten eine etwa zweijährige Planungsphase, die Sie als eine wissenschaftliche Notwendigkeit deklariert haben, um mögliche **Standorte** weiterer Gesamtschulversuche zu eruieren. Wenn Sie zu irgend etwas anderes, nur keine Wissenschaft benötigen, dann ist es das Aussuchen von Standorten für Versuche!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Neitzel! Ich warne grundsätzlich davor, und ich meine die ganze wissenschaftliche Breite, daß Wissenschaftler — und das kommt vor — ihre Aussagen verabsolutieren, und es ist notwendig und entspricht der Bescheidenheit eines Wissenschaftlers, selbst seine Aussage zu relativieren. Wenn aber jemand, der auf diesem Gebiet überhaupt keine Sachkenntnisse besitzen kann — und das ist nicht im Sinne eines Vorwurfs gemeint —, hier einen wissenschaftlichen Auftrag als notwendig darstellt, der redet dummes Zeug!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

In Wirklichkeit haben wir doch alle gemerkt — und die Kollegen Kalinka und Asmussen haben das sofort durch ihre Fragen dokumentiert —, daß Sie mit dieser Aussage ein Versteckspiel machen wollen, den Bürgern dieses Landes vor der Landtagswahl nicht sagen zu müssen, wo Sie diese Standorte festlegen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich fordere Sie auf — —

Präsident Dr. Lemke:

Herr Minister! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Neitzel?

Dr. Braun, Kultusminister, fortfahrend:

Ich habe nur die Absicht, verehrter Herr Präsident, zwei Aussagen in aller Kürze zu kommentieren, um nicht den Ablauf zu verlängern. Ich bitte dafür um Nachsicht!

Ich fordere Sie auf, Herr Kollege Neitzel, egal, wieviel Versuche, ob fünf oder zehn Sie auch vorhaben, heute zu sagen, wo Sie diese Versuche starten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich und alle meine Freunde werden den Bürgern unseres Landes sagen, wie viele wertvolle, traditionelle Schulen — Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien — in diesen Standortbereichen dann kaputtgehen würden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich habe in der Mittagspause keine Sekunde Gelegenheit gehabt, mit Herrn Kollegen Asmussen darüber zu sprechen, aber ich sichere ihm meine

(Minister Dr. Braun)

Unterstützung zu, ihm die rechnerischen Unterlagen an die Hand zu geben, was dies speziell für Husum und Heide bedeuten würde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die zweite Aussage! Herr Kollege Neitzel, Sie haben hier gesagt, ich hätte in meiner Rede gesagt, **Gesamtschulen** seien sozialistische Einheitsschulen.

(Wiesen [SPD]: Ja, das haben Sie auch gesagt, das habe ich gehört! — Neitzel

[F.D.P.]: Das haben Sie doch gesagt!)

— Herr Kollege Wiesen, ich freue mich, daß Sie das sagen, denn Sie bestätigen damit, daß Sie kein Gedächtnis haben oder nicht zuhören können. Lesen Sie doch den Bericht, Herr Wiesen; aber das ist doch die Masche, so ziehen Sie doch dauernd durch das Land!

(Wiesen [SPD]: Ach Gott!)

Zurück zu Ihrer Aussage, Herr Neitzel! Sie können es ja im Bericht nachlesen. Ein Teil dessen stand auch in meinen schriftlichen Unterlagen. Ich habe gesagt — ich habe mir gar nicht die Mühe gemacht, mir das Protokoll zu besorgen, denn ich weiß genau, was ich gesagt habe —: Eine Gesamtschule, die auf drei Parallelklassen aufgebaut ist, läuft auf eine sozialistische Einheitsschule hinaus.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auch gesagt — und ich glaube, daß der Kollege, den ich dabei direkt angesprochen habe, sehr genau zugehört hat; ich meine Herrn Kollegen Hamer, der zu dieser Zeit gerade präsierte —, daß ich ihm, Herrn Kollegen Hamer, nicht unterstelle, daß er persönlich dieses Ziel verfolge.

Und nun zur Wissenschaftlichkeit bezüglich der Versuche. Ich betone hier noch einmal ganz eindeutig, daß es im Bundesgebiet keine Versuche mit der **Gesamtschule** gibt, deren **wissenschaftliche Teil-ergebnisse** irgend jemand dafür in Anspruch nehmen könnte zu sagen, die Gesamtschulversuche hätten sich bewährt und seien dem gegliederten Schulwesen überlegen.

(Beifall bei der CDU)

Wer dies behauptet, der zeigt seine Wohlinformiertheit in wissenschaftlicher Uninformiertheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Bendixen.

Dr. Bendixen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden, zusammengefaßt, über zwei Tagesordnungspunkte, über den **Bericht der Landesregierung zur Lehrerversorgung** im Lande Schleswig-Holstein und zum Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der kinderfreundlichen Schule.

Lassen Sie mich zunächst zu den Ausführungen des Herrn Kultusministers und seinem Bericht sagen: Wir danken Ihnen, Herr Kultusminister, für einen Bericht, der im Bundesvergleich, was die anderen Länder betrifft — und ich weiß, wovon ich rede; auch Herr Kollege Neitzel wüßte das, wenn er augenblicklich zuhören würde —, in seiner Detailliertheit und Konkretheit Vorbild gewesen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir glauben, daß er zugleich die These der Opposition widerlegt, hier im Lande finde keine statistische Prognose und finde keine Politik auf gesicherter Planungsgrundlage, auch in statistischer Hinsicht, statt. Dieser Bericht wie auch andere Berichte vorher, die dem Hohen Hause gegeben worden sind, beweisen nach unserer Auffassung das Gegenteil.

Ich kann es mir jetzt versagen, noch einmal auf die Einzelheiten des Berichts einzugehen. Wir wissen, daß Sie diese nicht zur Kenntnis nehmen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen auch, daß Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß manche **Probleme im Schulbereich**, die wir nie geleugnet haben und die tatsächlich den Schulalltag berühren und ihn prägen, auch in anderen Bundesländern vorhanden sind.

Ich könnte es mir jetzt leichtmachen und GEW-Zitate über die Situation im Nachbarland **Hamburg** vortragen, das nach Ihrer Auffassung ja gerade auch in schulischer Hinsicht so vorbildlich regiert wird. Dort gibt es in gleicher Weise wie bei uns außerordentlich massive Proteste — Kollege Neitzel, Sie können das einmal nachlesen — zu der Politik der dortigen Landesregierung, des Senats, die darauf beruht, auch nicht alle Lehrer einstellen zu können, ebenfalls mit Unterrichtsausfall leben zu müssen, ebenfalls das Phänomen des Schulstresses zu kennen. Sie wissen das alles sehr genau, aber Sie tun so, als sei das ein isoliertes schleswig-holsteinisches Problem und eine isolierte Frage für unser Land, das allein diese Landesregierung lösen müsse.

In dem ersten Teil meiner Ausführungen — ich möchte dann noch etwas zu den Gesamtschulen sagen —

(Asmussen [CDU]: Sehr gut!)

werde ich mich auf die Frage der **Lehrerversorgung** konzentrieren.

(Liebrecht [SPD]: Ja!)

Wir haben im Lande Schleswig-Holstein zwei Phänomene, Herr Kollege Wiesen, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die richtigen Zahlen dann in Ihren politischen Versammlungen draußen im Lande auch einmal nennen.

Hinsichtlich der **Klassenfrequenzen**, nehmen wir die erste oder zweite Position im Bundesdurchschnitt ein, bei allen Schularten. Wir haben als CDU-Fraktion nie geleugnet — auch diese Landesregierung hat das nie getan —, daß wir in der Frage der **Schüler-Lehrer-Relation** in der Tat an unterster oder jedenfalls an ungünstiger Stelle stehen.

(Dr. Bendixen)

Nun ist hier heute morgen wiederholt behauptet worden, daß wir hier die ungünstigste Klassenfrequenz hätten, daß wir die ungünstigste Schüler-Lehrer-Relation hätten. Das ist eine Behauptung, die sich so nicht aufrechterhalten läßt.

(Harms (Heede) [SPD]: Wieso denn nicht?)

Ich zitiere dazu noch einmal aus den offiziellen Unterlagen, Herr Kollege Neitzel, die die **Kultusministerkonferenz** im November 1978 herausgegeben hat und die die Jahrgänge 1975 bis 1977 betreffen.

(Harms (Heede) [SPD]: Das stimmt nicht!)

Danach ergibt sich folgendes Bild. — Das stimmt nicht? Das ist die KMK-Unterlage, aus der ich zitieren werde.

(Harms (Heede) [SPD]: Ich auch!)

— Ja, dann ist es ja gut. Hoffentlich zitieren wir dann das Gleiche, und vielleicht kommen wir dann auch zu den gleichen politischen Schlußfolgerungen. Wir wollen das einmal sehen.

Für die **allgemeinbildenden Schulen** heißt es zu dem Bereich Schüler je Lehrer: Relation im Bundesdurchschnitt 21,7, in Schleswig-Holstein 24,1. Ich muß Ihnen zugestehen, daß wir in der Tat, was die allgemeinbildenden Schulen insgesamt betrifft, die ungünstigste Relation haben. Nur darf ich Sie bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu beachten, daß in diese statistische Berechnung nicht nur die Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sowie die berufsbildenden Schulen einbezogen sind, sondern zum Beispiel auch die **Vorschulen**. Deswegen ergibt sich hier in der Gesamtrelation in der Tat — das ist nicht zu leugnen — ein relativ ungünstiges Bild. Dies betrifft auch die **Grund- und Hauptschulen**.

Dies betrifft aber nicht mehr die **Realschulen** und betrifft auch nicht mehr die **Gymnasien**. Ich möchte Ihnen das auch anhand dieser offiziellen Zahlen der Kultusministerkonferenz vortragen. Wenn Sie das dann auch draußen im Lande nicht übernehmen werden, so bitte ich doch darum, das wenigstens hier im Landtag zur Kenntnis zu nehmen.

Wir haben in den **Realschulen** zusammen, was die Zahl der Lehrer je Klasse betrifft — leider ist in dieser Berechnung auf Seite 22 keine Schüler-Lehrer-Relation enthalten, sondern nur eine **Lehrer-Klassen-Relation** angegeben — im Bundesdurchschnitt die Relationen 1,4; Schleswig-Holstein ist danach mit 1,3 besser als der Bundesdurchschnitt. Ich möchte Ihnen auch sagen, daß drei Bundesländer, die Sie auch immer gern zitieren, schlechter beziehungsweise mit uns gleich liegen: Hamburg 1,5, Hessen — dieses Land wird von Ihnen ja sonst immer gelobt — 1,3 — wie wir! — und Nordrhein-Westfalen — ebenfalls wie wir — 1,3.

Lassen Sie mich jetzt ein Wort zu den **Gymnasien** und zu den Studienstufen sagen. Auf Seite 27 werden die Zahlen der Gymnasien dargestellt, Herr Kollege Harms! Danach hat Schleswig-Holstein eine **Schüler-**

Lehrer-Relation von 19,1; wir liegen damit etwas schlechter als der Bundesdurchschnitt. Aber ich möchte Ihnen zum Beispiel auch sagen, was für das Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gilt: Saarland 19,2, Rheinland-Pfalz 19,6 und Nordrhein-Westfalen 19,0. Wir haben also die gleichen oder fast vergleichbare Relationen.

Ich könnte auch noch die Zahlen für die **Studienstufen** nennen, bei denen wir im Bundesdurchschnitt besser liegen, die der Seite 34 zu entnehmen sind. Ich will mir das jedoch versagen, um das Verfahren abzukürzen. Dort liegen wir mit 11,6 zum Beispiel erheblich besser als Bremen mit 12,6, Hessen mit 14,0 und Nordrhein-Westfalen mit 13,8.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dieser offiziellen Zahlen, die nicht unser Kultusminister errechnet hat, sondern die die Grundlagen der Kultusministerkonferenz sind, möchte ich die folgende Schlußfolgerung ziehen. Wenn es **Schleswig-Holstein**, das einen weitaus größeren **Schülerzuwachs** zu verzeichnen hatte und das sich hinsichtlich seiner Finanzkraft kaum mit einem anderen Bundesland messen kann, möglich gewesen ist, auch in der Schüler-Lehrer-Relation mit anderen Bundesländern gleichzuziehen, andere Bundesländer zu überholen, und wenn es möglich ist, daß wir uns mit dem finanzstarken Bundesland **Nordrhein-Westfalen** auf eine gleiche Ebene stellen können, so ist das auch in der Frage der Lehrerversorgung unserer Schulen eine bildungspolitische Tat allerersten Ranges.

(Beifall bei der CDU)

Damit möchte ich es jetzt zur statistischen Auseinandersetzung bewenden lassen. Wir wissen, daß es hier nach wie vor Probleme gibt — ich darf das in diesem Zusammenhang noch einmal sagen —, aber wir wissen auch, daß Sie die positiven Entwicklungen einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Wir können Sie daran nicht hindern.

Sie haben nun in dem Antrag betreffend die **kinderfreundliche Schule** eine Reihe von Untersuchungen gefordert, eine Reihe von Forderungen erhoben. Ich muß Ihnen zugestehen, Herr Kollege Schulz, daß das durchaus Probleme sind — das haben wir auch in den internen Besprechungen im Volksbildungsausschuß immer betont; auch die Verwaltung hat das getan —, die nicht zu leugnen sind. Aber auch hierzu muß man darauf hinweisen, daß das gleichermaßen Probleme anderer Bundesländer sind. Des weiteren sind das Probleme, für die es zum Teil objektive Tatbestände gibt, die nicht in der Verfügungsgewalt einer Landesregierung oder einer Landtagsfraktion liegen. Hier hat es in den Einzelpositionen auch Verbesserungen gegeben, wenn auch zuzugeben ist, daß auch aus der Sicht meiner Fraktion natürlich noch manches zu tun bleibt.

Ich möchte mir den einen oder anderen Punkt hier herausgreifen. Stand der **musischen Erziehung** in den Schulen! Hier ist es jetzt so weit gekommen, daß die Präsidien der Hochschulen einen Kooperationsvertrag geschlossen und einen vorläufigen Studien-

(Dr. Bendixen)

ausschuß gebildet haben; eine Studienordnung liegt zur Stellungnahme vor. Die Dinge sind auf den Weg gebracht worden.

Zu den **Lehrplänen!** Das ist ein Punkt, zu dem Sie auch konkret Stellung genommen haben. Es mag ja sein, daß in der Vergangenheit die Lehrpläne, die Lerninhalte zu stark theoretisiert und zu stark ausgeweitet worden sind.

(Matthiesen [SPD]: Sehr richtig!)

— Ich akzeptiere die Kritik, Herr Kollege Matthiesen, und sage, daß wir in diesem Punkte wahrscheinlich alle miteinander gesündigt haben. Nur ist hier die Frage zu stellen, ob diejenigen, die dies jahrelang in ihre politischen Programme hineingeschrieben haben, die dies jahrelang in die Schulen hineingetragen haben, die das jahrelang in die Köpfe der Eltern und Lehrer hineingeredet haben, zugleich auch diejenigen sein können, die sich kindgerechte Lehrpläne auf die Fahnen schreiben können.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß das nicht möglich ist.

Sehen Sie, Ihr **Wahlprogramm von 1975** enthält die Aussage, es müsse mehr als bisher gelernt werden.

(Matthiesen [SPD]: Danach haben Sie dann Ihre Politik ausgerichtet! — Harms (Heede) [SPD]: Von der Opposition vergewaltigt! — Matthiesen [SPD]: Natürlich, die Opposition hat Sie vergewaltigt!)

Ihr Programm enthält die Aussage, daß es nicht nur genüge, das dreigliedrige Schulwesen aufzuheben, sondern es gehe auch darum, die Lernziele und die Lerninhalte gründlich zu reformieren.

Ich kann nur das unterstreichen, was der Kultusminister hierzu ausgeführt hat. Wenn im Sinne Ihrer Forderung von 1975 als Folge das eingetreten wäre, was wir in den Lehrplänen von Hessen und von Bremen heute vorfinden, dann können wir, die Kinder und die Eltern in diesem Lande glücklich sein, daß das Land Schleswig-Holstein eine CDU-Regierung hat.

(Beifall bei der CDU — Zurufe der Abgeordneten Marschner [SPD] und Schulz [SPD])

Wir können nur glücklich darüber sein.

Herr Kollege Marschner, nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis: **Elternproteste** und weitgehende Elternbewegungen auch gegen Lerninhalte gibt es doch nicht in Schleswig-Holstein, nein, es gibt sie in Bremen, zum Teil in Hamburg, aber sehr massiv in Hessen. Dies hat doch seine politischen Gründe.

(Beifall bei der CDU)

Was die Frage der **Benotung in den ersten beiden Schuljahren** betrifft, so möchte ich hierzu folgendes sagen: Noten und Zeugnisse sind keine pädagogischen Richtersprüche. Auch Kinder haben ein Anrecht darauf, benotet und bewertet zu werden und ihre Leistungen in Form von Zeugnissen beschrieben zu sehen.

Ich warne sehr davor, hier das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wir müssen die Frage sehr behutsam prüfen, ob es richtig ist, hier weiter voranzugehen, wie Sie es gefordert haben oder die Verwaltung es im ersten Schuljahr unserer Schulen bisher bereits durchgesetzt hat.

Es gibt im übrigen — ich glaube, Herr Schulz, Sie wissen es — ein Gerichtsverfahren, in dem Eltern dagegen klagen, daß Schulen in den ersten beiden Schuljahren keine **Zeugnisse** mehr ausgeben. Es gibt ein anhängiges Gerichtsverfahren, das nach meiner Kenntnis bisher nicht entschieden ist. Wir müssen das Ende dieses Verfahrens abwarten. Wir sollten nicht den Fehler vergangener Jahre wiederholen, in Einzelfragen überstürzt Regelungen einzuführen, von denen wir möglicherweise nachher sagen müssen, sie seien nicht richtig.

Ich möchte etwas zu den **Klassenwiederholungen** sagen. Herr Kollege Schulz, nach meiner Erinnerung haben Sie heute morgen ausgeführt, Schleswig-Holstein liege in diesem Punkte an unterster Stelle, habe die höchste Sitzenbleiberquote. Sie haben bedauert, daß genauere statistische Unterlagen nicht vorhanden seien.

Ich habe hier eine Bundesstatistik „Allgemeines Schulwesen“ des Statistischen Bundesamtes vom Januar 1979. Ich muß Ihnen zugestehen: für die **Grund- und Hauptschulen** trifft dies zu. Nur, wir dürfen in der bildungspolitischen Debatte nicht so tun, als sei die Tatsache des Sitzenbleibens eine Sündhaftigkeit an sich. Es wird immer Kinder geben, denen wir die Chance eröffnen müssen, eine Klasse zu wiederholen, um den bildungspolitischen Ansprüchen zu genügen.

(Beifall bei der CDU — Marschner [SPD]: Produziert nicht das System einen erheblichen Teil seiner Sitzenbleiber selbst?)

— Herr Kollege Marschner, natürlich ist das ein Problem, das wir ernst nehmen müssen. Das gestehen wir Ihnen zu. Nur: Die Aussage, Herr Kollege Schulz, die Sie heute morgen global über die Zustände im Lande Schleswig-Holstein gemacht haben, ist falsch. Ich möchte Ihnen anhand dieser Statistik noch einmal die Tatsachen vortragen. Ich habe die herzliche Bitte, Ihre Äußerungen im Lande draußen nicht zu wiederholen, weil sie nicht den Tatsachen entsprechen.

Was die **Realschulen** betrifft, so haben wir einen Bundesdurchschnitt von 6,5%. Schleswig-Holstein liegt mit 8,7% etwas darüber.

(Wiesen [SPD]: Das ist aber eine ganze Masse!)

— Warten Sie ab! Schlechter liegt Berlin. Dort ist die Schule in der Verantwortung eines F.D.P.-Senators. Hier liegt die Quote bei 9,5%. Am schlechtesten liegt das von Ihnen so oft gelobte Bundesland Hamburg mit 11,8%, fast das Doppelte des Bundesdurchschnitts. Dies sind die Tatsachen in den Ländern, in denen Sie die politische Verantwortung tragen. Wenn Sie hier

(Dr. Bendixen)

Klage führen, so ändern Sie es dort, wo Sie die Verantwortung tragen, und tragen Sie die Auseinandersetzung nicht hier aus.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abgeordneten Wiesen [SPD])

Ich komme zu den **Gymnasien**. Bundesdurchschnitt: 6,7%. Schleswig-Holstein liegt mit 7,6% etwas darüber, Berlin ebenfalls schlechter mit 8,3%, Hamburg hat in der Frage der Sitzenbleiberquote in den Gymnasien die schlechteste Relation mit 9,9%.

Meine Damen und Herren, dies ist eine illusorische Debatte; denn ich weiß, daß Sie dies nicht zur Kenntnis nehmen, Sie wollen es einfach nicht wahrhaben. Ich möchte Sie nur bitten, hier im Landeshaus diese Tatsachen zu akzeptieren und die Leute draußen nicht ständig mit falschen Parolen zu verunsichern.

(Marschner [SPD]: Was hat denn der Kultusminister heute morgen gemacht? Das war doch grausam!)

— Verehrter Herr Kollege Marschner, es ist nicht die Aufgabe des Herrn Kultusministers, Sie zufriedenzustellen. Ich glaube, jede Rede, die Sie als Sozialdemokraten nicht als unbefriedigend empfinden, wäre auch eine schlechte Rede des Herrn Kultusministers.

(Beifall bei der CDU)

Das kennen wir doch. Wir können hier vortragen, was wir wollen, wir können Statistiken vorlegen, wie immer sie aussehen mögen — das wird nicht zur Kenntnis genommen, das wird draußen falsch wiedergegeben.

Wir bleiben dabei: Es gibt in unseren Schulen manches zu tun — das haben wir immer bekannt —, aber es gibt viele Bereiche, in denen das Land Schleswig-Holstein politisch vorbildlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil: Wir führen hier eine Debatte auch über die Gesamtschulen, weil die Frage einer kinderfreundlichen oder kindgerechten Schule nicht nur mit diesen isolierten Einzelproblemen von Sitzenbleiberquote, von Praxisbezogenheit der Lehrpläne, von Ausländerkindern, von Benotungssystemen und ähnlichem zusammenhängt — sicherlich sind dies wichtige Einzelprobleme, aber das Problem der **kindgerechten Schule** ist eine Frage des Zusammenhangs eines weitreichenden Problemkomplexes. Dazu gehört die Frage der Schulorganisation, dazu gehört die Frage der Lerninhalte, dazu gehört auch die Frage eines ruhigen, kooperativen Verhältnisses zwischen Schule, Elternhaus und den übrigen gesellschaftlichen Kräften.

In diesen Gesamtzusammenhang hinein gehört die Frage der **Gesamtschule**. Ich habe Herrn Kollegen Meyer auf seine Frage, was dies alles mit dem Antrag der SPD zu tun habe, schon einmal geantwortet. Die SPD hat in der schriftlichen Begründung des Antrags und auch in der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht, daß dies alles in ihrem Sinne nur Flickschusterei sei, die wirkliche kinderfreundliche Schule in

ihrem Sinne sei erst dann eingeführt, wenn die Gesamtschule im Lande Schleswig-Holstein verwirklicht worden sei.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [SSW] — Frau Wendel [SPD]: Es ist unerhört, so etwas zu unterstellen! — Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist der Grund, weshalb die Frage der Gesamtschule in diese Debatte hineingehört.

(Beifall bei der CDU)

— Frau Kollegin Wendel, ich habe Verständnis dafür, daß Ihnen diese Frage unangenehm ist.

(Frau Wendel [SPD]: Die Frage ist mir nicht unangenehm! — Weitere Zurufe von der SPD)

Wir können nicht verlangen, daß Sie das hier zugeben.

(Schulz [SPD]: Können Sie das belegen, was Sie eben gesagt haben?)

— Das kann ich mit Ihrer nervösen Reaktion während des ganzen Tages belegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Schulz [SPD]: Sie wollen doch nur von den Schwachpunkten ablenken!)

— Sie wissen doch noch gar nicht, was ich Ihnen vortragen möchte. Ich möchte versuchen — dabei bitte ich Sie, das zunächst akustisch zur Kenntnis zu nehmen —, diese Debatte anhand von Fakten und Tatsachen noch einmal aufzugreifen. Ich halte sie in der Tat für politisch wichtig. Sie haben sie auch in früheren Zeiten in den Mittelpunkt Ihres Wahlkampfes gestellt. Warum wollen Sie jetzt von dieser Problematik ablenken? Weil besorgte Eltern sie auf den Tisch der politischen Debatte gelegt haben?

Es gibt einige wenige Grundfragen, die in den Zusammenhang der Frage der Gesamtschule gehören. Es ist erstens die inhaltliche Frage im Zusammenhang mit dem Stichwort „Sozialistische Einheitsschule — ja oder nein“. Ich persönlich gebrauche diesen Begriff für mich nicht.

(Matthiesen [SPD]: Den stellen Sie in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes! Wäre doch ein guter Slogan für die CDU! Wäre doch die Fortsetzung von „Freiheit oder Sozialismus“!)

— Herr Kollege Matthiesen, ich gebrauche diesen Begriff nicht, aber ich setze mich auch mit dieser Frage auseinander und würde die herzliche Bitte an Sie richten, einmal zuzuhören, was wir Ihnen dazu zu sagen haben.

(Matthiesen [SPD]: Unter dem Motto: „Wollt ihr Klasse oder Klassenkampf?“! Natürlich, so ist es doch!)

(Dr. Bendixen)

— Entschuldigen Sie, wer hat die Debatte um den Klassenkampf in die bildungspolitische Diskussion hineingetragen? Das sind doch Sie gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ständig das gegliederte Schulwesen als ein Klassensystem im neunzehnten Jahrhundert hingestellt. Das sind Sie doch gewesen, nicht wir! Leugnen Sie doch nicht die Tatsachen um Ihre eigenen Anwürfe.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn Sie, Herr Kollege Neitzel — das muß ich in diesem Zusammenhang gleich anfügen —, davon gesprochen haben, daß Formulierungen der Art, wie der Kultusminister sie in anderem Zusammenhang gebraucht hat, eine Beeinträchtigung oder — wie Sie es, glaube ich, gesagt haben — eine Beleidigung der dort tätigen Lehrkräfte gewesen seien, so muß ich Ihnen sagen: Das, was die Sozialdemokraten hinsichtlich des gegliederten Schulwesens sagen, ist eine viel weitergehende und tiefergehende Beleidigung aller 20000 Lehrkräfte, die im Interesse unserer Kinder an den Schulen tätig sind.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will die inhaltliche Frage noch einmal aufgreifen. Geht es hier lediglich um die Frage der besten Organisation eines kindgerechten Lernens, der Durchsetzung von mehr Chancengerechtigkeit, der Erreichung von höheren Schulabschlüssen, des Abbaus von Schulstreß und ähnliche Fragen? Wir müssen die Zwischenergebnisse, die in Schleswig-Holstein und in anderen Bundesländern vorliegen, ernst nehmen, und wir nehmen sie ernst. Wir glauben nicht, daß heute eine politische Entscheidung möglich und notwendig ist, sondern wir bekennen uns zu dem Ziel, in den beginnenden achtziger Jahren einen Schlußstrich zu ziehen.

Oder — die Alternative dazu — geht es Ihnen als Sozialdemokraten um mehr, geht es Ihnen nicht in der Tat um **gesellschaftsverändernde Prozesse** mit Hilfe der Schule?

(Matthiesen [SPD]: Ja, ja!)

Das ist eine Frage, die ich hier stelle,

(Liebrecht [SPD]: Die ist langweilig!)

und ich möchte sie mit Hilfe eines Artikels beantworten,

(Matthiesen [SPD]: Sozialistische Einheitschule als Vorstufe zum Sozialismus!)

den der jetzige Zwischenrufer hier selbst in der „Frankfurter Rundschau“ geschrieben hat, von Herrn Kollegen Matthiesen.

(Wiesen [SPD]: Die Parolen haben wir doch schon gehört!)

— Entschuldigen Sie mal; ich habe gesagt, ich will versuchen, dies anhand von Fakten und von Tatsachen, nicht von Unterstellungen, darzustellen! Wenn

Sie es besser wissen, Herr Kollege Wiesen, dann würde ich Sie bitten, das, was ich Ihnen gleich vortrage, hier vorn zu interpretieren oder zu widerlegen; wir können uns dann darüber unterhalten.

Ich beziehe mich auf einen Artikel, einen Namensartikel des Herrn Kollegen Matthiesen in der „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Juni 1978, in dem er sich mit bildungspolitischen Fragen unter der Fragestellung auseinandergesetzt hat: Geht es hier nur um Organisation, oder geht es auch um sozialpolitische oder gesellschaftspolitische Probleme im Zusammenhang mit der Schule? Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich. Ich kann Ihnen versichern, daß das Zitat nicht aus dem Zusammenhang gerissen ist; im Zusammenhang würde es keinen anderen Sinn ergeben. Es heißt hier:

„Die Frage nach der Gesamtschule“

— wörtliches Zitat von Herrn Matthiesen —

„als Einheitsschule für alle“

— hier wird also der Begriff „**Einheitsschule**“ verwendet, und wenn wir ihn dann wiederholen, ist das ja wohl politisch erlaubt —

(Matthiesen [SPD]: Ja!)

„ist verbunden mit der Frage der Emanzipation von Bürgertum und Arbeiterschaft und war Programm aller sozialer Reformbewegungen unserer Geschichte, der liberalen achtundvierziger Revolution, der Arbeiterbewegung vor 1918, der Verfassungsdiskussion nach 1919, genauso wie in der Debatte nach 1945.“

Dies ist ein wörtliches Zitat von Herrn Kollegen Matthiesen in der „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Juni 1978.

(Matthiesen [SPD]: Und aus dieser historischen Betrachtung leiten Sie die Entwicklung für Schleswig-Holstein in der Zukunft ab!)

— Nun warten Sie mal ab! Ich weiß ja, daß Sie das nicht gern hören wollen.

(Wiesen [SPD]: Quatsch!)

Diese Aussage — Emanzipation von Arbeiterschaft, Emanzipation von Bürgertum, soziale Reformbewegungen, was immer das heißen mag — macht doch für jedermann eindeutig und klar, daß es Ihnen nicht nur um das Wohl unserer Kinder, sondern eben auch um sozialpolitische und gesellschaftsverändernde Funktionen der Schule geht.

(Beifall bei der CDU — Wiesen [SPD]: So'n Quatsch!)

Das ist doch angesichts solcher Zitate gar nicht zu leugnen. Es ist ja legitim, dies zu fordern; nur finde ich es politisch mehr als fragwürdig, dies, wenn man es schon will, vor den betroffenen Eltern, vor der betroffenen Öffentlichkeit ständig zu verstecken.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Bendixen)

Herr Kollege Matthiesen, ich will einmal von den Zitaten ganz absehen, die dann noch über die nach Ihrer Auffassung feststehende objektive Tatsache zu finden sind, daß die **Gesamtschule** sozialdemokratische Wählerschichten begünstigt. Das steht auch alles in diesem Artikel drin. Dann werden Sie doch wohl verstehen können, daß wir mißtrauisch werden, wenn Sozialdemokraten angesichts solcher Fakten sagen, es gehe ihnen nur um die Kinder. Nein, es geht ihnen um weit mehr als um die Kinder!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir immer gesagt — und wir bekennen uns dazu —, daß die Schule eben nicht zu solchen gesellschaftsverändernden Prozessen mißbraucht werden kann und mißbraucht werden darf, und wer dies in die Schule hineinträgt, der leistet für eine kinderfreundliche Schule den schlechtesten Beitrag, der überhaupt denkbar ist.

(Beifall bei der CDU — Nonnsen [SPD]: Das ist doch pharisäerhaft von Ihnen vorgetragen! — Harms (Heede) [SPD]: Sehr gut!)

Dies ist also die Frage nach den grundsätzlichen Zielvorstellungen. Ich habe sie bewußt an den Anfang der Auseinandersetzung gesetzt, und ich bitte Sie, Herr Kollege Harms — ich nehme an, daß Sie nach mir noch sprechen werden —, doch einmal zu sagen: Was heißt denn Emanzipation von Bürgertum und Arbeiterschaft mit Hilfe der Schule? Wir möchten gern einmal wissen, was Sie damit meinen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens spielt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung die Frage der Lernfähigkeit der Opposition — Herr Kollege Harms hat es heute morgen in einer Zwischenfrage so genannt — eine Rolle. Niemand wird Ihnen Lernfähigkeit absprechen; nur wenn Sie sie — darf ich dies in Parenthese sagen — für sich in Anspruch nehmen, wären wir Ihnen ganz dankbar, wenn Sie uns das auch ab und zu einmal ermöglichen würden. Niemand wird Ihnen die Lernfähigkeit, und niemand wird Ihnen vielleicht auch Anpassung an neuere Erkenntnisse absprechen wollen.

Nur es gibt ja gute Gründe, in dieser Frage mehr als mißtrauisch zu sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles das, was in jahrelangen Debatten so dargelegt, was jahrelang, jahrzehntelang Ihre politische Auffassung war, was Sie in Ihre Programme hineingeschrieben haben, was Sie uns hier im Landtag dargestellt haben, was Sie in die Köpfe der Eltern hineingeredet haben, das soll jetzt plötzlich alles nicht mehr gelten? Das soll jetzt plötzlich alles seine Gültigkeit verloren haben? Jetzt gehe es Ihnen nur noch um weitere Versuche oder um ein konkurrierendes Angebot? Glauben Sie denn selbst, daß wir dies ernst nehmen können?

Nun mögen Sie ja unsere Argumente — ich nehme Ihnen das gar nicht übel — als verlogen bezeichnen. Das mögen Sie ja gern tun; ob es Ihnen etwas nützt, ist eine andere Frage. Was mich allerdings etwas be-

troffen macht, meine sehr verehrten Kollegen von der Opposition — teilweise auch von der F.D.P., dort nicht ganz so stark —, ist, daß Sie in gleicher Weise, Herr Kollege Schulz, ausweislich von **Pressemitteilungen**, die Eltern mit derartigen Vokabeln bedenken. Ihre Pressemitteilungen sagen aus, das seien **Eltern**, die jetzt nur den CDU-Wahlsieg wollten, die vor den Karren der CDU gespannt worden seien. Sprechen Sie einmal mit den Leuten! Wenn Sie den Elternwillen ernst nehmen, dann bitte nicht nur den jener Eltern, die Sozialdemokraten unterstützen, sondern aller Eltern!

(Beifall bei der CDU)

Diese Auseinandersetzung, die wir jetzt haben, erinnert mich ein wenig an die beschämende Äußerung des damaligen Bundeskanzlers Brandt, der in einer bestimmten anderen politischen Auseinandersetzung von den „anständigen Deutschen“ gesprochen und gleichzeitig gesagt hat, die anderen Deutschen, die eine andere politische Zielsetzung hätten, seien dann wohl keine anständigen Deutschen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie **Elternwillen** ernst nehmen, dann können Sie nicht so tun, als seien sozialdemokratisch eingestellte Eltern anständige Eltern und die anderen Eltern unanständige Eltern. Dies ist unglaublich und doppelzüngig.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden ja auch mißtrauisch nicht nur gegenüber Ihren Erklärungen. Ihre Jugendorganisationen — die **Jungsozialisten** und die **Jungdemokraten** — fordern etwas ganz anderes; sie fordern von Ihnen Wahrhaftigkeit.

(Fölster [CDU]: Jawohl!)

Sie fordern von Ihnen, daß Sie sich zu Ihren wirklichen Zielen bekennen, die Sie in Ihren früheren Programmen niedergelegt haben. Ich brauche es Ihnen nicht alles zu zitieren. Die Jungdemokraten fordern von den Freien Demokraten, daß sie sich zu den **Stuttgarter Leitlinien** von 1972 bekennen, in denen steht, daß Sie die Gesamtschule als einzige Schule wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie fordern von Ihnen Bekennermut, auch gerade von Ihnen persönlich, Herr Kollege Neitzel, der Sie ja selbst einmal ein führender Jungdemokrat gewesen sind und dies offensichtlich noch nicht ganz vergessen haben.

(Beifall bei der CDU — Neitzel [F.D.P.]: Das haben wir 1976 schon alles geklärt!)

Sie fordern von Ihnen — ich darf das noch einmal zitieren, Herr Kollege Ronneburger; dies ist dann ein Beitrag zur Wahrhaftigkeit in der Politik —, daß Sie zu diesem **Programm von 1974/75** stehen, das ausweislich seines Vorworts ja nicht nur für eine Legislaturperiode, sondern weit darüber hinaus für mehrere Legislaturperioden gelten sollte. Da heißt es dann eben — ich will Ihnen das gern zugestehen —, daß

(Dr. Bendixen)

Sie das nach bestimmten Versuchen tun wollen. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich. Sie bekennen sich dazu:

„Dabei vertritt die F.D.P. das Modell der offenen Schule als der liberalen Form der Gesamtschule.“

Die Jungdemokraten fordern von Ihnen, Herr Kollege Neitzel, daß Sie sich zu dem bekennen, was Sie hier im Landtag im Juni 1976 vorgetragen haben, wo es heißt, Sie würden die Forderung noch einmal bekräftigen — wörtlich —, „das Schulsystem insgesamt“, nicht nur punktuell in einzelnen Orten, „zu einer integrierten Gesamtschule hin aufzulockern“. Dann bekennen Sie sich auch dazu!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Dr. Bendixen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Ja, sehr gern!

(Zurufe)

Darf ich nur vorher darauf aufmerksam machen, Herr Kollege Neitzel, daß dies keine falsche Pressemitteilung, sondern ein Originalzitat aus dem Protokoll des Landtages ist?

(Beifall bei der CDU)

Neitzel [F.D.P.]: Herr Kollege Bendixen, dieser oberlehrerhaften Äußerung

(Lachen bei der CDU)

hätte es überhaupt nicht bedurft, weil ich alle Protokolle hier habe.

(Zurufe von der CDU)

Darf ich Sie einmal fragen, wo der Unterschied in diesen Äußerungen, die Sie korrekt zitiert haben, zu unseren programmatischen Ausführungen im Landtagswahlprogramm für 1979 liegt, wo wir sagen, daß wir zusätzliche Schulversuche fordern und daß wir ein weiteres Angebot an Gesamtschulen wünschen? Das ist die erste Frage.

(Hahn [CDU]: „Auflockern“!)

— „Auflockern“ ist ja wohl ein klarer Begriff, Herr Kollege Hahn! Aber ich will hier keinen Dialog beginnen.

Zweite Frage: Können Sie einmal sagen, in welchen Punkten Ihre Partei den Forderungen der Jungen Union zum Schulgesetz nicht gefolgt ist? Können Sie auch einmal ausführen, ob Sie allen Forderungen der Jungen Union, Ihrer Jugendorganisation, nachgehen?

(Zuruf von der CDU: Ablenkung!)

— Herr Kollege Neitzel, auf Ihre letzte Frage will ich Ihnen antworten: Die Junge Union hatte es bisher nie nötig, die CDU aufzufordern, glaubwürdig zu sein, weil sie glaubwürdig ist.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD)

— Dr. Klingner [SPD]: Aschermittwoch ist schon vorbei!

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Kollege Neitzel, die nun den Zusammenhang mit dem jetzigen Programm betrifft! Ich gebe Ihnen ja zu, daß das dort steht. Ich sage nur, daß wir mehr als mißtrauisch sind, und zwar nicht nur wegen dieser Zitate aus früheren Programmen, die ja nicht aufgehoben worden sind,

(Zuruf des Abgeordneten Neitzel [F.D.P.]

sondern auch wegen Ihres politischen Verhaltens in anderen Bundesländern, worauf ich noch zurückkommen werde. Wenn die Jungdemokraten Sie auffordern, mehr Bekennermut zu Ihren wirklichen Zielsetzungen zu zeigen, dann werden sie dafür wohl ihre Gründe haben.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abgeordneten Neitzel [F.D.P.]

Ich will Ihnen jetzt ein Wort zum „Oberlehrer“ sagen. Mein Kollege Hahn hat ja in manchen Zwischenrufen Sie als „oberlehrerhaft“ bezeichnet.

(Zuruf von der CDU: Damit hat er auch recht!)

Ich habe daraufhin meinen Kollegen Hahn in Fraktionssitzungen ernsthaft ermahnt, dies zu unterlassen, weil ich nicht möchte, daß Sie mit dem Lehrerstand auch nur irgendwie in Verbindung gebracht werden.

(Beifall bei der CDU — Zurufe)

Wir haben ja auch Gründe, mißtrauisch zu sein, weil Ihre praktische Schulpolitik — gerade auch der Sozialdemokraten — in vielen Fällen die Frage aufwirft, wohin denn dies alles führt. Sie wollen — Sie haben sich nicht nur hier, sondern jetzt auch in der Wahlkampfzeit dazu bekannt — schulartunabhängige Orientierungsstufen. Sie wollen Studienstufenzentren. Sie wollen Kooperation von allgemeiner und beruflicher Bildung in der Sekundarstufe II. Dies alles muß über kurz oder lang zu einer empfindlichen Störung und letztlich zur **Aufhebung des gegliederten Schulwesens** führen. Wenn das so ist, dann sollten Sie es auch offen und klar sagen.

(Beifall bei der CDU)

Sie als Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben zum Beispiel im Lande **Nordrhein-Westfalen** ausdrücklich gesagt, daß die „**Koop-Schule**“ ein Zwischenstadium zur Einführung der Gesamtschule sei, ein Zwischenstadium, nicht eine in sich begründete und für sich selbst bestehende Schulform, sondern eine Station auf dem Wege zur Endstation Gesamtschule. Nicht anders kann dies auch hier gemeint sein.

(Neitzel [F.D.P.]: Wer hat das wann gesagt?)

(Dr. Bendixen)

— Herr Kollege Neitzel, „Wer hat dies wann gesagt?“ heißt ja wohl gleichzeitig für Sie, das habe keiner gesagt. Ich zitiere, wenn Sie gern noch einmal hören wollen, was SPD und F.D.P. dort gesagt haben. Sie tragen ja auch heute noch dort die Regierung. Ich zitiere aus dem Protokoll des Landtages von Nordrhein-Westfalen vom 25. November 1976. Dort hat der Kultusminister Girgensohn ausgeführt — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich und bitte Sie herzlich, das dann auch einmal aufzunehmen —:

„Auf diese Behauptung antworte ich:“

— das war die gleiche Behauptung der CDU —

„Für mich ist eine bis ins letzte durchgeführte Kooperation im Schulwesen der Anfang der Integration. Ich glaube, daß die Kooperative Schule ein Zwischenstadium zur Integrierten Gesamtschule sein wird, und von diesem Glauben lasse ich mich auch nicht abhalten.“

Das hat Herr Girgensohn gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Neitzel, ich möchte Sie bitten, das aufzunehmen und dann draußen im Lande auch so zu vertreten, daß jedermann es weiß.

Was jetzt die Hamburger Schulvorgänge betrifft, meine Damen und Herren, so haben Sie sich in **Hamburg** auf den Elternwillen berufen. Hamburg ist eines der wenigen Bundesländer, wo es massive Elternproteste und Elternbewegungen gibt. Ich muß Ihnen sagen: Was Sie dort mit dem **Elternwillen**, wenn Sie ihn ernst nehmen, mit Hilfe von Flugblättern betreiben, um den Eltern sogenannte Informationen zu geben, ist eine Zumutung für die Eltern. Das ist mehr als eine Zumutung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie ab und zu — an die Adresse meiner Fraktion und unserer Regierung gerichtet — das Wort „Verdummung“ gebrauchen, meine Damen und Herren: Dieses Flugblatt hier ist nicht nur eine Verdummung, es ist eine Verhöhnung sämtlicher Eltern in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Was nun den Elternwillen in **Bremen** betrifft, so hörten wir auch dort vor mehreren Jahren das Bekenntnis der SPD zum Elternwillen. Natürlich sollte keine Schule gegen den Elternwillen aufgehoben werden. Das Ergebnis von Bremen ist nach einem sorgfältigen Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. Februar dieses Jahres — ich zitiere die Überschrift — „die Flucht in die Privatschule“. Das ist das Ergebnis der Berücksichtigung Ihres Elternwillens, den Sie so gern propagieren: die Gründung und die **Flucht in die Privatschule**. Dies wollen wir im Lande Schleswig-Holstein verhindern. Verlassen Sie sich darauf.

(Beifall bei der CDU — Ramler [SPD]: Das machen die CDU-Mandatsträger jetzt schon! Siehe Rendsburg! — Zuruf des Abgeordneten Harms (Heede) [SPD])

— Ich habe gar nichts gegen Privatschulen. Nur wenn die Eltern gezwungen werden, Privatschulen einzurichten und ihre Kinder dort hinschicken, weil die öffentlichen Gesamtschulen für ihre Kinder nicht mehr gut genug sind, dann habe ich etwas dagegen, Herr Kollege Harms!

(Beifall bei der CDU — Dr. Klingner [SPD]: Wer hier die Gesamtschule will, kann sie auch privat haben, siehe die Waldorf-Schule!)

Nun, Herr Kollege Marschner, möchte ich Ihnen noch etwas zu den aktuellen **Kieler Vorgängen** sagen, wo es ja ebenfalls um die Berücksichtigung des Elternwillens geht. Ich habe hier die **Vorlage des Schulausschusses** vom 9. Februar 1979, und ich darf dies hier wörtlich zitieren, weil es ja auch in der Ratsversammlung behandelt worden ist. Dort steht in der Tat etwas von der **Berücksichtigung des Elternwillens**. Das will ich Ihnen zugestehen. Die Ursprungsvorlage vom Dezember vergangenen Jahres war wörtlich die gleiche, bis auf diesen Passus Nr. 3; da war der Elternwille noch nicht entdeckt worden. Sie haben den Elternwillen entdeckt, als die Eltern gegen Sie mobil geworden sind. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Dann können Sie uns doch nicht vorwerfen, wir mißbrauchten den Elternwillen. Sie haben ihn entdeckt, als die Eltern mobil geworden sind. Gar nichts anderes!

Präsident Dr. Lemke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Ja, gern!

Marschner [SPD]: Herr Kollege Bendixen, ist Ihnen bekannt, wann die SPD Schleswig-Holsteins ihr Landtagswahlprogramm verabschiedet hat?

— Ja!

— Dann haben Sie die Antwort auf die Frage, die Sie mir gestellt haben.

— Ich habe hier von den aktuellen Kieler Vorgängen gesprochen. Hier ist das doch akut geworden. Hier in Kiel hat der Herr Lohmann entdeckt, daß es Eltern gibt, nachdem die Eltern massiv gegen ihn protestiert haben. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie doch gar nicht leugnen. Dies sind doch Fakten, Herr Kollege!

(Dr. Schübeler [CDU]: Das geht auch aus dem Antrag zur Gesetzgebung hervor! — Dr. Klingner [SPD]: Sie verwechseln Propaganda mit Fakten, Herr Bendixen!)

— Ja, ja! Sprechen Sie einmal mit den betroffenen Eltern, Herr Kollege Klingner! Sprechen Sie einmal mit denen. Die sind mehr als verbittert gegen die

(Dr. Bendixen)

Sozialdemokraten, das kann ich Ihnen sagen, und die haben gute Gründe dafür, verbittert zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte es mir auch aus Zeitgründen versagen, jetzt noch einmal die Debatte über die **Größe von Gesamtschulen** aufzugreifen. Auch dies — das darf ich insgesamt sagen — ist eine bewußte Irreführung, eine bewußte Täuschung der betroffenen Eltern, wenn Sie jetzt plötzlich davon reden, es gehe auch dreizügig. Dafür gibt es keinen Beweis, keinen Versuch, und vor allen Dingen geht die Praxis dort, wo Sie die Regierung stellen — in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen und in Hessen — von exakt entgegengesetzten Positionen aus als denen, die Sie jetzt plötzlich vertreten. Sechszügigkeit als Mindestgröße!

(Dr. Klingner [SPD]: In Hamburg vier!)

Wenn Sie es nicht wahrhaben wollen — —

(Dr. Klingner [SPD]: In Hamburg vier! Sie müssen nicht immer die Unwahrheit sagen!)

— Herr Kollege Klingner, ich weiß, daß Sie mit dem Begriff der Unwahrheit oder der Wahrheit immer etwas leicht zu Fuß sind. Wenn Sie schon von Unwahrheit sprechen, will ich Ihnen einmal folgendes vortragen. Ich habe hier am Anfang gesagt, ich wolle einen Beitrag auf der Grundlage von Fakten und von Tatsachen leisten. Ich habe gesagt, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen hätten mindestens die **Sechszügigkeit**. Daraufhin haben Sie gesagt, in Hamburg gebe es die Vierzügigkeit.

(Dr. Klingner [SPD]: „Mindestens vier“ habe ich gesagt!)

Ich habe hier eine Vorlage der **Freien und Hansestadt Hamburg**, ein offizielles Schriftstück der Schulbehörde: „Grundmodell für neue Gesamtschulen“. Datum: 27. Oktober 1978. „Hier: Sechzügige Halbtags-Gesamtschulen“.

(Stich [CDU]: Interessant! — Dr. Klingner [SPD]: Das ist aber nicht die Mindestgröße!)

Dann zeigen Sie mir einmal, wo hier von „mindestens vierzügig“ die Rede ist. Das sind doch alles Ihre Wünsche und Hoffnungen, aber nicht die Fakten, die Sie in Hamburg vorfinden.

Ich habe hier einen Bericht — —

(Dr. Klingner [SPD]: Meine Kinder gehen in Schleswig-Holstein in sechszügige Schulen! Was reden Sie für einen Unsinn!)

Ich habe hier einen Bericht vom 11. April 1978: „Gesamtschulversuche in Hamburg“. Dort heißt es — ich zitiere dies ebenfalls wörtlich —:

„Alle integrierten Gesamtschulen“

— alle! —

„sowie die Orientierungsstufe des kooperativen Modells werden“

— nicht „sollen“, „werden“! —

„sechs- bis neunzünftig in den Jahrgängen fünf bis zehn geführt.“

(Beifall bei der CDU)

Dies sind die Fakten.

Es gibt ja gute pädagogische Gründe dafür, eine Gesamtschule sechs- bis neunzünftig zu fahren. Wenn Sie nämlich eine Gesamtschule nach Ihren pädagogischen Konzepten und Zielvorstellungen wirklich durchführen wollen, brauchen Sie eine bestimmte Größenordnung. Sie können uns jetzt aber nicht Sand in die Augen streuen und plötzlich sagen, das gehe auch alles dreizügig. Dafür haben Sie keinen Beweis, und die Praxis der Bundesländer, in denen Sie die Regierung stellen, weist exakt genau das Gegenteil aus.

Ich will Ihnen dann noch einmal vortragen, was Ihre Kollegen im Wahlkampf draußen erzählen.

(Fölster [CDU]: Jawohl!)

Ich habe hier einen Bericht des schon einmal zitierten „**Fehmarnschen Tageblattes**“ vom 27. Februar 1979.

(Meyer [SSW]: Das gehört doch nicht zu den Punkten 23 und 25 der Tagesordnung! — Weitere Zurufe)

— Ich glaube Ihnen gern, Frau Kollegin Wendel, daß das für Sie nicht mehr zu ertragen ist. Aber die Eltern draußen im Lande sollen die wirklichen Tatsachen erfahren. Dafür werden wir sorgen!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier einen Bericht von ihrem Kollegen Bundestagsabgeordneten Horst Jungmann. Der hat in Großenbrode auf einer öffentlichen Veranstaltung erklärt — ich zitiere das wörtlich —:

„Auf das Beispiel Plön bezogen“

— das ist auch wieder so eine Spekulation, wie das dann alles vor sich gehen könne; nicht nur hier und dort, sondern zum Beispiel auch in Plön —

„meinte der SPD-Politiker, dort würden das Gymnasium, die Realschule und die Hauptschule unter einem Dach etwa 2400 Kinder haben.“

(Meyer [SSW]: Das gehört doch gar nicht zum Thema!)

— Das steht hier. Dann kommt so eine Schlußfolgerung:

„Größere Mammutschulen halte er für problematisch.“

(Lachen bei der CDU)

Das sind die Fakten Ihres gegenwärtigen Wahlkampfes.

(Beifall bei der CDU)

Dann wollen Sie uns noch sagen, dies sei alles nicht wahr?

Sehen Sie, ich kann nur noch einmal bestätigen, was Ihnen der Kollege Barschel — ich muß ja jetzt

(Dr. Bendixen)

sagen: der Herr Finanzminister in seiner Eigenschaft als Abgeordneter — durch seine Zwischenfrage deutlich zu machen versuchte: Es gibt viele Äußerungen führender Sozialdemokraten auf Landes- und auf kommunaler Ebene, die für fast jeden Kreis oder die für jeden **Kreis** eine weitere **Gesamtschule** fordern. Dies ist ja legitim.

(Schulz [SPD]: Wenn die Eltern es wollen! —
Stich [CDU]: Das wird schnell in Klammern
hintendranggesetzt!)

Ich habe hier als jüngsten Bericht vom 2. März 1979 ein Zitat des Kollegen Roggenbock; er ist im Augenblick nicht anwesend. Es heißt hier — als wörtliches Zitat —:

„Wir möchten durchsetzen,“

— „durchsetzen“, da ist von Eltern nicht die Rede —

„daß in jedem Kreis, so auch im Kreis Steinburg mit dem Standort Itzehoe, Gesamtschulen gebaut werden.“

„Wir möchten dies durchsetzen“, hier bezogen auf den Kreis Steinburg in Itzehoe.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist es ja legitim, daß Sie dies fordern, daß Sie dies wollen. Nur angesichts der Tatsache, daß der Schulneubau im Lande im wesentlichen abgeschlossen ist — ich sage ausdrücklich: im wesentlichen —, und angesichts der zurückgehenden Schülerzahlen ist doch für jedermann deutlich, daß zusätzliche **Gesamtschulen** im Lande Schleswig-Holstein nur durch Aufhebung oder — wenn Sie so wollen — Zerstörung **bestehender Schulen** zu erreichen sind.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie vom **Elternwillen** reden, meine sehr verehrten Kollegen, dann gibt es nach meiner Meinung gute Gründe, daß die Eltern von Ihnen erwarten und ein unverbrüchliches Anrecht darauf haben — in Itzehoe, in Lübeck, wo der frühere Herr Kollege Lund Ähnliches konkret gesagt hat, in den anderen Kreisen — zu erfahren, an welchem Standort das geschehen soll, welche Schulen aufgelöst werden sollen — Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien —, in welchem Zeitraum dies erfolgen soll, wie der Elternwille eingebunden werden soll. Die Eltern haben ein Anrecht darauf, dies zu erfahren, und wir fordern Sie auf, dies offen zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme jetzt noch einmal auf die **F.D.P.** zurück. Herr Kollege Neitzel hat heute morgen versucht, diese Geschichte mit den vier bis fünf weiteren **Versuchen** aus der Welt zu schaffen. Auch von der **F.D.P.** hören wir ja Widersprüchliches. Der Kollege Ronneburger hat nach — jedenfalls nach meiner Kenntnis — bisher nicht dementierten Pressemeldungen im Januar im Lande erzählt — ich habe hier eine Pressemeldung aus Oststeinbek —, weitere Versuche kämen überhaupt nicht in Frage. Nun gut!

(Zuruf des Abgeordneten Ronneburger
[F.D.P.]

— Na gut, dann dementieren Sie das! Ich bin ja bereit, dies zu akzeptieren. Es sind Pressemeldungen, die von Ihnen nicht dementiert worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Neitzel spricht von vier bis fünf weiteren Versuchen. Die Jungdemokraten fordern Sie auf, sich zur Gesamtschule als alleiniger Schule zu bekennen.

(Ronneburger [F.D.P.]: Das ist doch nicht die F.D.P., sondern das sind die Jungdemokraten!)

Meine Damen und Herren, Sie als F.D.P. sprechen sonst immer so viel von Bürgernähe, von Transparenz, von Offenheit der Entscheidungen! Diese Widersprüchlichkeiten sind ein denkbar schlechter Beitrag dazu gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Was den **Elternwillen** betrifft, so will ich abschließend noch einmal auf die Debatte über das **Schulgesetz** zurückkommen. Ich habe mir das in der Mittagspause noch einmal angesehen. Doch ich möchte auf wörtliche Zitate verzichten, um die Debatte nicht zu sehr zu verlängern.

Die Situation ist folgendermaßen: Hinsichtlich der Durchführung weiterer **Gesamtschulversuche** hat die CDU in den § 88 — ich glaube, es war dieser Paragraph — ausdrücklich hineingeschrieben, daß hier ein **Zustimmungserfordernis des Schulelternbeirats** bestehe. Das gilt dann für jede betroffene Schule. Das, was in unserem Gesetz als Vetorecht oder Entscheidungskompetenz enthalten ist, haben die Sozialdemokraten in ihre Änderungsanträge als Beratungsgegenstand der Schulkonferenz aufgenommen; sie haben diese Entscheidung dann in die Kompetenz der **Schulkonferenz** gegeben. Das ist nach unserer Überzeugung ein Weniger an Elternrecht.

Die Freien Demokraten sind ja immer so elternfreundlich. Herr Kollege Ronneburger, Sie haben es möglicherweise nicht mitbekommen, aber ich habe Ihnen schon vorhin in einem Zwischenruf gesagt, was Ihnen Ihre jungen Leute alles aufgeschrieben haben. Die Freien Demokraten gehen noch ein Stück weiter zurück.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

— Ich bin gern bereit, das hier zu zitieren. Bei den Freien Demokraten gibt es in § 82 — laut Drucksache 8/1327 — einen Kompetenzkatalog der Schulkonferenz mit 15 einzelnen Punkten.

(Zuruf des Abgeordneten Neitzel [F.D.P.]

— Moment! Lassen Sie mich mal zu Ende reden! — Da ist von Haushaltsmitteln, von sächlichen Mitteln, von Unterrichtsmethoden, von der Schlichtung schulischer Streitfälle, von der Hausordnung und ähnlichem die Rede.

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Dr. Bendixen?

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Gleich, Herr Präsident! — Da ist von der Entscheidungskompetenz der Schulkonferenz die Rede. Und dann heißt es — ich zitiere — weiter:

„Die Schulkonferenz wirkt beratend mit bei der Einbeziehung der Schule in Schulversuche, der Teilung und der Auflösung der Schule oder ihrem Zusammenschluß mit anderen.“

Meine Damen und Herren, das ist in bezug auf den Elternwillen das wirkliche Gesicht der Freien Demokraten!

(Beifall bei der CDU)

Das hat nichts mit dem zu tun, was Sie uns hier erzählen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schulz zu einer Zwischenfrage!

Schulz [SPD]: Herr Kollege Dr. Bendixen! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß Sie das Schulgesetz, wenn Sie es zitieren, doch vollständig zitieren sollten. Sie haben eben von einem Weniger bei den sozialdemokratischen Anträgen gesprochen. Ist Ihnen nicht bekannt, daß in § 88 Schulgesetz steht, daß die Schulaufsichtsbehörde die endgültige Entscheidung fällt, wenn zwischen Schule und Schulleiternbeirat in der Frage der Durchführung von Schulversuchen ein Widerspruch besteht?

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Dies ist richtig, Herr Kollege Schulz! Das haben wir aus politischen Gründen für notwendig gehalten. Nur, es geht hier darum, was der **Schulleiternbeirat** einer jeden Schule beschließen darf oder nicht, was er beraten darf oder nicht. Wir haben das als **Entscheidungskompetenz** hineingeschrieben. Und Sie haben es dort wieder herausgestrichen.

(Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU — Dr. Klingner [SPD]: Das ist doch wirklich grober Unfug, wenn die Schulbehörde entscheidet, was die Eltern wollen!)

Und ich sage Ihnen: Dies ist weniger Elternrecht! Das ist nicht mehr Elternrecht! Das sind die Fakten!

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD und von der F.D.P.)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Dr. Bendixen, Herr Abgeordneter Neitzel hat noch eine Zwischenfrage!

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Ja, gern!

Neitzel [F.D.P.]: Herr Kollege Dr. Bendixen, ist Ihnen wirklich entgangen, daß diese Formulierung aus dem Änderungsantrag der F.D.P. inhaltsgleich mit dem Beschluß Ihrer Fraktion zum Schulgesetz — nach § 82 Abs. 1 Nr. 18 — ist? Dort heißt es:

„Sie berät und beschließt im Rahmen der geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften“ — mit „sie“ ist die Schulkonferenz gemeint — „über Stellungnahmen zur Vorschlägen der zuständigen Behörden bei Teilung, Zusammenlegung, Verlegung, Änderung und Auflösung der Schule.“

Das ist also vom Inhalt her mit dem identisch, was Sie als Vorschlag der F.D.P. zitiert haben.

— Nein, das ist überhaupt nicht identisch! Herr Kollege Neitzel, bei uns ist das die Kompetenz des Schulleiternbeirats, bei Ihnen nicht! Das ist der Unterschied!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Möller hat noch eine Zwischenfrage.

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Aber ja! Gern, Herr Kollege Möller!

Möller [SPD]: Herr Kollege Dr. Bendixen, Sie reden schon eine ganze Stunde. Ich habe von Ihnen etwas erwartet. Aber bislang haben Sie das nicht gesagt. Darum dreht es sich eigentlich.

Können Sie mir eigentlich sagen, was für ein Rezept die CDU gegen die hohe Durchfallquote von Schülern hat? In dieser Hinsicht liegen wir, glaube ich, in Schleswig-Holstein fast an der Spitze.

Zweitens! Wenn man den hohen Ausfall an Unterrichtsstunden hochrechnet, fehlt manchem Schüler fast ein ganzes Schuljahr.

(Beifall bei der SPD)

Können Sie sich in die Lage der jungen Leute versetzen, die in diesem hochmodernen Staat keinen Ausbildungsplatz bekommen können? Darum geht es ja eigentlich. Das sind die Betroffenen, die Leidtragenden. Davon gibt es hier in Schleswig-Holstein ein ganzes Heer. Dieses Rezept hätte ich von Ihnen gern einmal erfahren. Alles andere, über das hier gesprochen wird, „dat löpt sick von sölbem t'rech“!

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit)

Präsident Dr. Lemke:

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Möller! Ich darf Ihnen sagen: Herr Dr. Bendixen spricht seit 55 Minuten, nicht seit einer Stunde. Wenn es eine Stunde wäre, hätte ich schon geklingelt.

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Herr Präsident, ich verspreche Ihnen, jetzt zum Ende zu kommen.

Auf diese Frage — ich weiche dem aber nicht deshalb aus, weil der Herr Präsident mich darauf hingewiesen hat, daß 60 Minuten genug sind — brauche ich Ihnen deshalb keine Antwort zu geben, Herr Kollege Möller, weil ich glaube, daß der Herr Kultusminister heute dazu — was die Konzeption betrifft — eine überzeugende Antwort gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich gestehe Ihnen zu: Dies sind natürlich Probleme, die wir alle miteinander lösen müssen.

Nur in einem Punkt würde ich Sie gern korrigieren. Ich habe jetzt leider die Zahlen nicht bei mir, denn das gehört ja nicht in den unmittelbaren Zusammenhang dieser Debatte. Die These der Sozialdemokraten, die Sie in Ihrer Frage noch einmal aufgenommen haben — wir hätten die höchste **Durchfallquote** auch in bezug auf den **Hauptschulabschluß** —, ist so nicht richtig. Ich habe neuere Zahlen aus dem Kultusministerium erhalten. Danach stehen wir — gemessen am Bevölkerungsdurchschnitt — durchaus nicht an letzter Stelle. Hier gibt es erhebliche Verbesserungen.

(Widerspruch bei der SPD)

— Ich will sie Ihnen nachher gern noch einmal geben. Ich habe sie nicht bei mir, weil sie nicht in den Zusammenhang der Frage gehören.

(Dr. Klingner [SPD]: Das ist der Geheimplan der CDU!)

— Gerade zur Frage des Geheimplans will ich — das hängt damit mittelbar zusammen — folgendes sagen.

Es geht um unsere Sorge und um die Sorgen vieler betroffener Eltern — uns nehmen Sie ja nicht im selben Maße ab, daß wir uns Sorgen machen —, ob die These der Sozialdemokraten — Ihre Wahlkampfaussage — richtig ist, Sie wollten in der Tat nicht mehr — wie früher proklamiert — die **Gesamtschule** als einzige Schule, sondern nur als zusätzliches und konkurrierendes Angebot. Aus Zeitgründen kann ich jetzt nicht mehr auf das Thema „Regelschule und Koalitionsfragen“ eingehen.

Es gibt einen Pressebericht der „**Kieler Nachrichten**“ vom 8. März über eine Veranstaltung hier in Kiel. Darin wird über die Stellungnahme der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft** berichtet. Das ist ja eine Organisation, die Ihnen durchaus nahesteht.

(Wiesen [SPD]: Ich denke, wir haben Krach miteinander?)

Ich möchte dies einmal wörtlich zitieren,

— Herr Kollege Wiesen, Sie können mich nicht davon abhalten, hier diese Fakten zu zitieren —: Herr Koplín von der Integrierten Gesamtschule Neumünster bekannte sich als Vertreter der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft** — also nicht als

Einzelperson — zum GEW-Ziel der integrierten Gesamtschule. Der folgende Satz von ihm, den ich zitiere, ist mehr als entlarvend. Er meinte, es sei gegenwärtig „politischer Selbstmord“, diese Schule absolut — das heißt also: für das ganze Land — zu fordern. Daher „spreche sich die GEW dafür aus, die integrierte Form vermehrt anzubieten im Sinne eines friedlichen Wettbewerbs“.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das sind diejenigen, die sonst immer von mehr Demokratie, von der Transparenz der politischen Entscheidungen und von Bürgernähe reden!

(Beifall bei der CDU)

Und deswegen — das ist mein letzter Satz, Herr Präsident! — bleiben wir bei unserer Auffassung: Das, was Sie uns sowie den betroffenen Eltern und Lehrern jetzt draußen im Lande weismachen wollen, ist nicht Ihre wirkliche Auffassung. Dies ist ein Täuschungsmanöver. Es ist ein taktisches Anpassungsmanöver, das für die Sozialdemokraten mehr als beschämend ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich glaube, es ist notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß wir uns mit dem Punkt 23 der Tagesordnung — **Bericht über Unterrichtsversorgung, Lehrerberbedarf und Lehrerbeschäftigung** — beschäftigen,

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

und ferner mit dem Tagesordnungspunkt 25 — **Aktuelle Hilfen zur Verwirklichung einer kinderfreundlichen Schule** —, dann steht da noch „in Schleswig-Holstein“! Wir hatten vereinbart, daß wir diese zwei Tagesordnungspunkte in zwei Stunden abwickeln wollten. Die CDU-Fraktion hat davon eine Stunde in Anspruch genommen, und der Herr Minister hat auch ungefähr eine Stunde gesprochen.

(Hamer [SPD]: Er hat genau eine Stunde gesprochen! — Zuruf von der SPD: Das ist deren Demokratieverständnis!)

So kann man doch keine Zeitplanung einhalten,

(Beifall bei der SPD)

und ich bitte dann, daß man künftig nicht — wie üblich — den SSW-Abgeordneten bittet, sich kurz zu fassen, wie ich es normalerweise immer hören muß.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Herr Dr. Bendixen hat gesagt, wir beschäftigen uns mit der Frage der **Gesamtschule** — die ja gar nicht auf der Tagesordnung steht —, weil dies in der Begrün-

(Meyer)

derung des Antrags der SPD erwähnt worden sei. Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß es in den neun Fragen der Drucksache 8/1582, die von der SPD gestellt worden sind, aber auch kein einziges Wort über die Gesamtschule steht.

Dann darf ich weiter darauf aufmerksam machen, Herr Dr. Bendixen, daß in der Begründung steht — ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten —:

„Eine strukturelle Verbesserung ist durch Verabschiedung des Schulgesetzes fürs erste nicht möglich. Es gibt aber Maßnahmen, die im Rahmen des bestehenden Bildungssystems ergriffen werden können und die kurz- und mittelfristig eine Verbesserung der Unterrichtssituation herbeiführen.“

Also Maßnahmen im Rahmen des jetzigen Systems; danach wurde gefragt! Und der Minister und Sie reden von Gesamtschulen, von Lehrplänen, von Verhältnissen in anderen Ländern und so weiter und so weiter.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. —
Dr. Bendixen [CDU]: Warum greifen Sie dann nicht einmal Herrn Neitzel an?)

Präsident Dr. Lemke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Neitzel!

Meyer [SSW]:, fortfahrend:

Aber gern!

Neitzel [F.D.P.]: Herr Kollege Meyer! Würden Sie mir bestätigen, daß die Gesamtschuldebatte vom Herrn Kultusminister ausgelöst worden ist, der die Gesamtschulen hier in seiner Rede eingeführt hat, und von niemandem anderen sonst?

— Sie haben völlig recht, und das wollte ich gerade betonen, denn auch ich meine, daß einiges von dem, was der Herr Kultusminister hier brachte — Beispiele von Arbeiterliedern, die in einigen Schulbüchern enthalten seien —, nach meiner Ansicht völlig überflüssig war.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Ich bin der Meinung, daß sich ein Lehrer, der auch dafür sorgen will, daß der Schüler etwas von der Vergangenheit erfährt, notwendigerweise auch mit **Arbeiterliedern** und **Kampfliedern** dieser Zeit beschäftigen muß, denn unsere Gesellschaft ist doch aus den Ideen des Konservatismus, aus den Ideen des Liberalismus und aus den Ideen des Sozialismus geformt worden. Ein Lehrer, der dazu beitragen will, daß sein Schüler wirklich begreift, warum die jetzige Gesellschaft so ist, wie sie ist, muß doch darstellen, wie wir dazu gekommen sind, daß die Menschen in unserer **Gesellschaft** frei geworden sind. Das fängt doch damit an, daß der Bauer frei wurde und später der Arbeiter. Aus diesem Grund habe ich gar nichts dagegen, wenn man solche Lieder zitiert; bloß: Das soll ausgewogen sein, und es sollen alle Lieder gebracht werden, damit der Schüler von der Vergangenheit erfährt und ver-

steht, wie wir, beruhend auf den tragenden Idealen des Konservatismus, des Liberalismus und des Sozialismus, heute noch weiterarbeiten können. Aber das hört man vielleicht nicht gern.

Nun möchte ich nicht auf jede Einzelheit eingehen und nicht über die verschiedenen Stellungnahmen der Jugendorganisationen, über mögliche Koalitionsausagen der einzelnen Parteien oder Absprachen reden, sondern von meiner Warte, vom Standpunkt des SSW aus, etwas dazu sagen.

Wenn wir die kinderfreundliche Schule wollen, müssen wir die **Klassenfrequenzen** senken.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Wenn wir einen Plan zum Abbau des Stundenausfalls aufstellen wollen, müssen wir wiederum die Klassenfrequenzen senken. Aus diesem Grunde bin ich für den Antrag der SPD, Drucksache 8/1582, und zwar ohne Änderung, weil es die Zielsetzung des SSW ist, auch in der öffentlichen Schule früher oder später zu einer Klassenfrequenz von 20 zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zielsetzung der SPD ist für mich noch nicht ausreichend; ich möchte eine weitergehende Zielsetzung vertreten. Aber der **Antrag der SPD** ist weitergehend als die Beschlußempfehlung der Ausschlußmehrheit, und deshalb werde ich den Vorschlag der Ausschlußmehrheit ablehnen und dem Antrag der SPD meine Zustimmung in der Hoffnung geben, daß wir alle doch erkennen mögen, daß der Parteienzwist nicht in die Schulpolitik hineingetragen werden sollte.

(Dr. Schübeler [CDU]: Hoffentlich!)

Die Beiträge, die ich hier gehört habe — entschuldigen Sie, daß ich das sage! —, geben mir leider nicht viel Mut in dieser Hinsicht.

Wir vom SSW setzen jedenfalls alle Kraft daran, die Klassenfrequenzen auch in den öffentlichen Schulen zu senken, und wir sind bereit, mit denen zusammenzuarbeiten, die das wollen. Deswegen gebe ich heute meine Stimme dem Antrag der Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine aktuelle Stimmabgabe zu der anstehenden Sache und zu nichts anderem, obwohl ja in der Debatte zu diesen Tagesordnungspunkten über vieles andere geredet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms (Heede).

Harms (Heede) [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon von Vorrednern festgestellt worden, daß die heutige Diskussion hier auf ein anderes

(Harms (Heede))

Gleis geschoben worden ist. Dies ist mit Vorsatz geschehen.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Das war ja so konzipiert, wobei man sich auch seine Gedanken darüber machen kann, was für einen Kultusminister wir haben, der sich in seiner Rede diesen Quatsch mit den sozialistischen **Einheitsschulen** auch noch aufschreiben muß,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. — Frau Dr. Bachl [CDU]: Herr Matthiesen hat das doch bestätigt!)

um solche Verleumdungen dann hier in Form einer Vorlesung vorzutragen. Wie ein roter Faden zog sich diese Kampagne, diese Parole ja durch die Beiträge von Herrn Professor Braun und von Herrn Dr. Bendixen. Sie sagen hier im Grunde — nur so ein bißchen auf die feine Art — genau das, was Ihre Kollegen im Kreise Gleichgesinnter in ihren CDU-Wahlversammlungen immer sagen. Das ist genau dieselbe Masche. Das ist eine Linie, die ausgegeben wurde, und daran hält man sich — in Ermangelung eigener Argumente, füge ich hinzu. Das ist eine Sprachregelung, Gleichschaltung, ganz klar.

Ich muß nun zugeben, Herr Bendixen: Sie haben das hier sehr geschickt gemacht. Herr Rathke hat Ihnen ja auch gut zugearbeitet. Bloß, was wir nicht machen, ist, daß wir uns darüber ärgern. Herr Neitzel, ich kann Ihnen das auch nur mit Nachdruck empfehlen.

(Neitzel [F.D.P.]: Ich ärgere mich auch nicht!)

Wir müssen immer bedenken, wer das sagt.

(Beifall bei der SPD)

Und wir müssen noch eines tun: Wir müssen uns überlegen, warum die CDU in diesem Wahlkampf einen solchen Aufwand betreibt, um hier die sprachliche Gleichschaltung so konsequent durchzuhalten.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Neitzel [F.D.P.])

Wenn man sich das klarmacht, kann man sich den Aspekt betrachten, der bei Herrn Dr. Barschel vorhin sehr deutlich zum Ausdruck kam, der sich ja schon den Kopf darüber zerbrach, wie wir wohl unsere Koalitionsverhandlungen führen werden.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der F.D.P.)

Er geht ja wohl schon ganz sicher davon aus, daß wir die Wahl gewinnen werden.

Aber das ist nur ein Nebenaspekt. Der eigentliche Aspekt ist: Man verleumdet uns, weil wir die CDU an der empfindlichsten Stelle getroffen haben.

(Frau Schuster [CDU]: Umgekehrt ist es der Fall!)

Wir haben nämlich durch unsere programmatischen Aussagen nachgewiesen, daß die CDU in Schleswig-Holstein dem **Elternwillen** keine Möglichkeit gibt.

(Lachen bei der CDU)

Zumindest in einer Beziehung, Herr Kollege Stäcker!

(Asmussen [CDU]: Sie stellen doch alles auf den Kopf! — Stäcker [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

In Schleswig-Holstein können diejenigen Eltern, die ihr Kind für eine **Gesamtschule** anmelden, ziemlich sicher sein, daß sie es dort nicht unterbringen können.

(Wiesen [SPD]: So ist es!)

In Neumünster hatten wir das letzte Mal 340 Anmeldungen, jedoch nur 180 Bewerber wurden genommen. Was geschieht mit den anderen? Die Eltern dieser Kinder können ihren Willen, nämlich ihr Kind auf eine Gesamtschule zu schicken, nicht durchsetzen.

(Wiesen [SPD]: So ist es!)

Das geht nicht; der Elternwille kann nicht verwirklicht werden. Dies weiß die CDU, und sie kann es nicht anders wollen, weil sie Gesamtschulen nicht will. Wollte sie jedoch dem Elternwillen mehr Vorrang einräumen, dann müßte sie mehr Gesamtschulen bauen.

Genau an dieser Stelle haben wir Sie erwischt, um es sportlich auszudrücken. Dr. Bendixen ist ja neuerdings der Sportfachmann,

(Dr. Klingner [SPD]: Schreibtischfußballer!)

jedenfalls seit dieser Landtagstagung. Vielleicht versteht er ja auch etwas vom Boxen. Wir haben Sie auf dem falschen Bein erwischt.

(Beifall bei der SPD — Dr. Bendixen [CDU]: Ich fühle mich von Ihnen überhaupt nicht erwischt!)

Deshalb macht uns es auch überhaupt nichts, daß Sie glauben, uns jetzt Widersprüche nachweisen zu können. Es gibt keine Widersprüche. Es gibt überhaupt keine Widersprüche. Weder gibt es Widersprüche — von einer ganz kleinen Ausnahme abgesehen; dazu werde ich vielleicht noch etwas sagen — zwischen den Aussagen der **SPD** in dieser Frage und denen der **F.D.P.**, noch gibt es — jetzt spreche ich nur für unsere Partei — innerhalb unserer Partei Widersprüche in dieser Frage.

(Beifall des Abgeordneten Hamer [SPD] — Dr. Bendixen [CDU]: Und was sagte Herr Neitzel vorhin?)

— Recht hat er. Das ist doch eine wichtige Aussage für die F.D.P. Bloß, der Unterschied läßt sich darauf reduzieren, daß wir — das ist wirklich ein tertiärer Nebenaspekt — die Bezeichnung **Regelschule** in anderer Form verwenden als die F.D.P.

(Dr. Bendixen [CDU]: Ach so!)

(Harms (Heede))

Und Herr Neitzel als Jurist glaubt im Recht zu sein. Das haben Juristen so an sich.

(Neitzel [F.D.P.]: Ganz so einfach ist das nicht, Herr Kollege! — Dr. Bendixen [CDU]: Sehen Sie, er sagt, ganz so einfach ist das nicht! Hören Sie mal zu! Ich hoffe, daß das im Protokoll steht! — Marschner [SPD]: Doch, der Stenographische Dienst arbeitet sorgfältig!)

Das ist nach unserer Einschätzung wirklich der einzige Unterschied.

Ich kann es auch anders sagen: Es geht darum, daß dieser entscheidende Satz in unserem Programm in dieser Form von Herrn Neitzel angezweifelt wird, daß man nämlich Regelschule und Angebotsschule in diesem begrifflichen Zusammenhang gebrauchen kann. Das ist der Punkt. Das ist der Dissens, und das sage ich hier noch einmal in aller Form.

Bei uns gibt es überhaupt keine Widersprüche innerhalb der Partei. Diese Widersprüche versuchen Sie jedoch in unsere Partei hineinzutragen. Es wird Ihnen aber nicht gelingen, weil es dafür dort keinen Boden gibt.

(Beifall des Abgeordneten Hamer [SPD])

Wir haben einen Lernprozeß durchgemacht. Das mögen Sie nicht glauben. Das war auch nicht ganz einfach.

Jetzt versuchen Sie, uns das Verhalten oder Absichtserklärungen in anderen **Bundesländern**, die von der SPD geführt werden, um die Ohren zu hauen.

(Hamer [SPD]: Aber die Hessen haben trotzdem gewonnen!)

— Ich weiß nicht, ob sie trotzdem gewonnen haben, Herr Kollege Hamer, vielleicht haben sie gerade wegen des attraktiven Angebots für die Eltern gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen jetzt, uns das Verhalten in anderen Bundesländern vorzuhalten und ignorieren dabei unsere öffentlichen Erklärungen, daß wir gerade aus Fehlverhalten in anderen Bundesländern gelernt haben; das war gerade ursächlich für unseren Lernprozeß. Wir wollen Fehler, die unsere Partei anderenorts gemacht hat, hier nicht wiederholen. Deshalb sage ich noch einmal klar, welches unsere Position ist.

Wir haben erhebliche Bedenken, daß langfristig, unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und in der Welt überhaupt, das **gegliederte Schulwesen** den Schüler in den Stand setzen kann, ihn auf die Gesellschaft vorzubereiten. Ich persönlich bin zum Beispiel davon überzeugt, daß die Gesamtschule das besser leisten kann.

(Beifall des Abgeordneten Börnsen [SPD])

Aber gerade weil ich davon überzeugt bin, weiß ich, daß ich dieses politische Ziel nur zusammen mit jenen erreiche, die die **Gesamtschule** besuchen, und zusammen mit denen, die dafür verantwortlich sind. Ich

will deshalb nur, daß die Gesamtschule angeboten wird.

(Beifall des Abgeordneten Hamer [SPD])

Wir sehen doch, daß überall dort — sogar in Schleswig-Holstein —, wo wir Gesamtschulen haben — Herr Stoltenberg, das wird Ihnen nicht passen —, diejenigen, die ihre Information über die Gesamtschule von der Gesamtschule bekommen — dadurch, daß man sie vor Augen hat und über sie nicht aus den „Kieler Nachrichten“ von Herrn „ust“

(Stäcker [CDU]: Wer ist denn das?)

oder direkt von der „Bild“-Zeitung informiert wird —, die also direkt und objektiv unterrichtet werden, immer mehr den Wunsch äußern, ihre Kinder eine Gesamtschule besuchen zu lassen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Es wird dort Gesamtschulen geben, wo die **Eltern** es wollen. Aber eben auch nur dort! Deshalb ist dies auch kein quantitatives Problem. Deshalb können Sie das, was Sie jetzt versuchen, überhaupt nicht machen. Sie können uns überhaupt nicht vorwerfen, wir wollten — was hat Herr Dr. Barschel, der neue Bildungsexperte, hierzu gesagt? — in Felde eine Gesamtschule einrichten. Herr Dr. Barschel weiß ja schon, daß, kommt die SPD an die Regierung, dort die Dörfergemeinschaftsschule aufgelöst werden und in eine Gesamtschule übergehen wird.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Und der Abgeordnete der CDU im Wahlkreis Pinneberg-Nord, Wahlkreis 21, weiß, daß die Schulen in Kummerfeld, in Tangstedt und in Rellingen alle aufgelöst werden, wenn die SPD an die Regierung kommt.

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Barschel?

Harms (Heede) [SPD], fortfahrend:

Nein, Herr Präsident, ich habe lebhaft in Erinnerung, was man vorhin mit dem Herrn Kollegen Neitzel versucht hat. Ich habe nicht die Absicht, mich hier in die Gefahr zu begeben, daß ich mir dasselbe gefallen lassen muß.

(Beifall bei der SPD — Asmussen [CDU]: Sie haben jetzt die einmalige Chance zu sagen, wo Schulen geschlossen werden sollen!)

— Ich habe das, was ich über Zwischenrufe zu sagen habe, eben gesagt, Herr Kollege Asmussen!

Hier wird folgendes gemacht — ich bitte darum, das einmal mit allem Ernst zu betrachten —: Sie stellen Mutmaßungen darüber an, was wir voraussichtlich tun werden, behaupten das so, als sei es gewiß wahr, und versuchen, auf diese Weise die Wähler zu verschaukeln.

(Beifall bei der SPD)

(Harms (Heede))

Genau das machen Sie. Sie ignorieren unsere klaren **programmatischen Aussagen**.

(Dr. Bendixen [CDU]: 15 Gesamtschulen!
— Marschner [SPD]: Das ist Quatsch!)

Statt zu sagen: „Das ist das, was die demokratische Partei SPD will!“, stellen Sie **Mutmaßungen** darüber an, welches wohl unsere Pläne seien, die wir wirklich hätten, und Sie sagen, daß wir sozusagen nur aus taktischen Gründen unsere programmatischen Aussagen machten.

(Dr. Bendixen [CDU]: 15 Gesamtschulen!)

Meine Damen und Herren, mit allem Ernst: Wohin kommen wir eigentlich, wenn wir hier in diesem Lande dazu übergehen, uns gegenseitig nicht mehr das zu glauben, was wir in unseren **Parteitagsbeschlüssen** sagen? Wohin kommen wir denn eigentlich?

(Dr. Bendixen [CDU]: Was hat denn Herr Roggenbock gesagt?)

Wir sind darauf angewiesen, das zu glauben, was in unserem Programm steht. Wir sind jedenfalls bereit, das zu glauben, was in Ihrem Programm steht. Wir wissen, daß das notwendig ist; denn das ist das Dokument, auf das wir uns jeweils verlassen können. Ich sage Ihnen: Sie schaden möglicherweise mit dieser Kampagne, die Sie hier gestartet haben, der SPD,

(Dr. Stoltenberg [CDU]: Sieht so aus!)

aber Sie schaden damit auch unserem demokratischem Miteinander hier.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. —
Dr. Bendixen [CDU]: Das sollten Sie mal
Herrn Matthiesen sagen! Bei dem wäre das
eher angebracht!)

Ich glaube, daß das nicht gut ist.

(Dr. Bendixen [CDU]: Ja, ja!)

Lassen Sie uns noch ein paar Überlegungen darüber anstellen, wie es sich im Augenblick mit dem **Elternwillen** im Lande Schleswig-Holstein verhält. Wir können Sie an dem messen, was Sie tatsächlich tun. Das ist der Vorteil, den wir haben.

(Dr. Klingner [SPD]: Sehr richtig!)

Wie steht es mit dem Elternwillen beispielsweise bei der Auflösung der Grundschule in **Vöblich**, Bokholt-Hanredder? Sie lösen dort eine Grundschule gegen den erklärten Willen der Eltern auf.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben ein Schulgesetz, in dem steht, daß die Schulkonferenz an dem Entscheidungsprozeß beteiligt wird. Es findet aber keine Schulkonferenz statt.

(Dr. Schübeler [CDU]: Das ist doch überhaupt nicht zu vergleichen!)

Eine unliebsame Direktorin erfährt eine Woche vor ihrer Pensionierung, daß sie in Pension gehen muß, damit sie Sie nicht mehr stört und den Eltern nicht sagt, daß es gar nicht nötig ist, diese Schule aufzulösen.

(Dr. Schübeler [CDU]: Können Sie einmal vortragen, wie viele Schüler dort sind?)

— Wenn die Zahl der Schüler klein ist, spielt der Elternwille keine Rolle — oder wie soll ich Ihren Zwischenruf verstehen, Herr Dr. Schübeler?

(Beifall bei der SPD — Dr. Schübeler [CDU]: Sagen Sie, wieviel Schüler dort sind!)

— Es waren, glaube ich, 53 Schüler in vier Jahrgängen. Ich komme gleich auf die andere Schule zu sprechen. Ich bezweifle doch nicht — bei weitem nicht so pauschal, wie Sie das in dieser Diskussion zu tun pflegen —, daß es unberechtigt ist, darüber zu diskutieren, daß diese Schule aufgelöst wird. Ich halte Ihnen nur vor, welchen Weg Sie dort gehen, wo Sie handeln.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Ich spreche Ihnen das Recht ab, uns vorzuwerfen, wir wollten den Elternwillen ignorieren oder täten nur so, als berücksichtigten wir den Elternwillen, denn ich kann Ihnen an anderer Stelle vorhalten, wie Sie sich konkret verhalten, indem Sie den Elternwillen einfach übergehen.

(Beifall bei der SPD — Dr. Schübeler [CDU]: Das sind doch unterschiedliche Dinge!)

Ein anderer Fall, Herr Dr. Schübeler: In diese Schule wurden noch vor einem halben Jahr Schüler in das erste Schuljahr eingeschult, obwohl sicher war, daß sie nach einem Jahr umgeschult werden mußten. Man mutet Schülern in einem solchen Alter so etwas ohne Not zu. Die Eltern haben gesagt, es gehe so nicht. Sie aber ignorieren den Elternwillen. Sie wollen Ihre Entscheidung durchsetzen.

Eine andere Schule in **Lutzhorn**: In diese Schule gehen 43 oder 45 Schüler. Dort wollen Sie die Schüler, die in das vierte Schuljahr kommen, umschulen. Diese Schüler sollen auf die dort vorhandenen Klassen der Schule im zentralen Ort verteilt werden. Ein halbes Jahr später soll dann das Grundschulgutachten geschrieben werden, das über den späteren Bildungsweg entscheidet. So geht es nicht!

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Sie können hier nicht so über das reden, was wir vorhaben, nachdem wir Ihnen klipp und klar gesagt haben, was wir tatsächlich wollen, und dann an anderer Stelle so handeln. Unglaublich sind Sie, wenn Sie so eine Kampagne fahren.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich dies jetzt ganz persönlich sagen: Ich habe diese Fälle hier gar nicht anführen wollen; ich bin dazu durch Sie genötigt worden. Ich habe versucht, in diesen Fällen zu helfen, indem ich mich schon vor längerer Zeit direkt mit dem Kultusministe-

(Harms (Heede))

rium in Verbindung gesetzt habe, um einen Kontakt zwischen dem Kultusministerium und den Eltern über das Kreisschulamt hinweg herstellen. Es tut mir leid, daß ich dieses Problem auf diese Weise in die Öffentlichkeit habe bringen müssen. Ich hatte das nicht vor, aber Sie haben mich dazu genötigt.

(Hadewig [F.D.P.]: Die Reihe läßt sich fortsetzen!)

— Wir können die Reihe mit der **Realschule in Quickborn** fortsetzen. Dorthin ist der Ministerpräsident selbst gleichzeitig als Gott und Merkur gekommen und hat mitgeteilt, daß die Schule aufgelöst wird. Es handelt sich dabei um eine Realschule mit über 1000 Schülern. Diese Schule hat immer noch nicht die Ausstattung einer dreizügigen Schule.

(Dr. Stoltenberg [CDU]: Ich habe nicht mitgeteilt, daß sie aufgelöst wird!)

— Die Pressemeldungen sind nicht dementiert worden, Herr Ministerpräsident.

(Dr. Schübeler [CDU]: Das ist etwas anderes!)

— Ja, das ist etwas anderes, das macht die Landesregierung, und es sind nicht Absichten der SPD.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir spätestens an dieser Stelle feststellen, daß wir mit den gegenseitigen Vorwürfen quitt sind. Sie müssen mit Ihrer Kampagne aufhören und sich wieder auf das beschränken, was wir tatsächlich meinen. Wir müssen wieder zu einer vernünftigen Form des Miteinander kommen.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. —
Wiesen [SPD]: Sehr gut!)

Ich möchte das nicht nur als Maxime aufstellen, sondern ich möchte mich auch daran halten.

Ich komme auf die Bemerkungen insbesondere des Kultusministers zu dem **Bericht**, der heute an sich zur Diskussion ansteht, zurück. Herr Minister, Ihre Argumentation mit den 14 Milliarden DM war zumindest abenteuerlich. Sie rechnen vor, wieviel im Laufe eines beliebig langen Zeitraums zusätzliche **Lehrer** kosten. Wenn diese Rechnung überhaupt einen Anspruch auf Seriosität haben soll, dann müßten Sie das auch für die jetzt schon amtierenden Lehrer machen. Wenn Sie konsequent wären, kämen Sie dann zu dem Ergebnis, wir müßten Lehrer entlassen, weil das Land sonst pleite geht. Eine solche Rechnung kann man nicht aufstellen, wenn man den Anspruch auf Seriosität aufrechterhalten will.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Olderog
[CDU])

— Das Thema bleibt ständig aktuell.

Dann haben Sie händeringend gebeten, man möge Ihnen doch ein Bundesland nennen, in dem der **Unterrichtsausfall an Gymnasien** geringer als 5,4% sei. Ich

habe Ihnen schon durch Zwischenruf das Bundesland **Hamburg** genannt. Das Gute liegt hier nahe: In Hamburg haben wir einen Unterrichtsausfall, der geringer ist. Die Zahlen liegen mir hier vor. Nach meinen Unterlagen liegt der Unterrichtsausfall an Gymnasien bei 5,0%, wobei zu berücksichtigen ist, daß in Hamburg im Gegensatz zu Schleswig-Holstein bei der Ermittlung des Unterrichtsausfalls die **Förderstunden**, die über den Stundenplan und die Zielwerte hinaus gegeben werden, mit berücksichtigt werden. Diese Stunden werden in den Unterrichtsausfall hineingerechnet. Das bedeutet, daß die Werte in Hamburg wesentlich besser sind als diejenigen, die Sie uns für Schleswig-Holstein als besonders günstig vorlegen wollen.

Bei einem Vergleich mit den anderen Schulen, Herr Minister, stellt sich die Lage in Hamburg wesentlich besser als hier dar; das können Sie überhaupt nicht leugnen. Und das gilt immer noch unter der Vorbeziehung, die ich soeben gemacht habe, daß in Hamburg ganz andere Stunden in den Unterrichtsausfall mit einbezogen werden. **Grundschule**: 0,5%. — zur gleichen Zeit betrug der Unterrichtsausfall in Schleswig-Holstein 12,8%. das ist ein ganz schöner Unterschied. **Hauptschule**: 1,3% — in Schleswig-Holstein zehnmal soviel, nämlich 13,8%.

(Zuruf von Minister Dr. Braun)

— Über die Klassenfrequenzen können wir auch reden, Herr Minister! Darauf gehe ich gleich ein; das ist der nächste Punkt.

Ich nenne Ihnen andere Zahlen. Bei den **Realschulen**, auf die Sie immer so stolz sind, liegt die Prozentzahl in Hamburg bei plus 0,2%, in Schleswig-Holstein zur gleichen Zeit bei minus 8,6%. Das sind doch Zahlen, die sich sehen lassen können. Das bedeutet, daß in Hamburg an den Realschulen mehr Unterricht erteilt wird, als an sich vorgesehen ist. In Schleswig-Holstein fallen 8,6% des vorgesehenen Unterrichts aus.

In den **Sonderschulen** hatten wir in Hamburg keinen Unterrichtsausfall, in Schleswig-Holstein zur gleichen Zeit 13% zu verzeichnen. Dies alles ist Ausdruck einer politischen Grundhaltung, wie wichtig man nämlich die Schule nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, was die **Klassenfrequenzen** angeht, so habe ich schon früher darauf hingewiesen, daß wir in Schleswig-Holstein in der Tat eine relativ günstige durchschnittliche Klassenfrequenz haben. Man kann es auch deutlicher sagen: In fast allen Schularten stehen wir in der Bundesstatistik auf den oberen Plätzen. Gleichzeitig stehen wir aber bei denselben Schularten in der **Schüler-Lehrer-Relation** im Vergleich zu den anderen Bundesländern an den unteren Stellen der Tabelle. Wenn Sie dieselbe Tabelle wie Herr Dr. Bendixen, dem Sie die Zahlen wohl aufgeschrieben haben, benutzen — ich habe mir das einmal selbst zusammengestellt —, werden Sie feststellen, daß in der Relation Lehrer je Klasse Schleswig-Holstein in jeder Schulart außer in den beruflichen Schulen an letzter Stelle steht.

(Harms (Heede))

Das ist die letzte uns zur Verfügung stehende Vergleichsstatistik der KMK. Das steht alles darin. Das muß zwangsläufig auch so sein. Wenn Sie relativ kleine Durchschnittsklassengrößen haben, haben Sie relativ viele Klassen. Wenn Sie eine schlechte Schüler-Lehrer-Relation haben, haben Sie relativ zu wenig Lehrer. Und wenn Sie zu wenig Lehrer auf zu viele Klassen verteilen, dann haben Sie einen hohen Unterrichtsausfall.

Der Zusammenhang ist angesprochen worden; dies kann man doch nicht leugnen. Man muß doch diesen Zusammenhang zur Kenntnis nehmen und sich fragen, was dagegen zu tun sei. Wir brauchen mehr Lehrer. Es genügt nicht, wenn Sie sagen, dies solle nach der Wahl geschehen — so Sie gewählt werden —, sondern Sie hätten dies tun können, da Sie seit Jahren die Gelegenheit hatten. Die Kinder sind ja nicht erst gestern geboren worden; die sind ja schon mindestens sechs Jahre auf der Welt, ehe sie in die Schule kommen, und sie sind also zählbar. Das heißt, Sie wußten vorher, was auf Sie zukommt. Sie konnten also ermitteln, wieviel Lehrer Sie benötigten; aber Sie haben die **Lehrerplanstellen** nicht zur Verfügung gestellt.

Wir werfen Ihnen nicht nur vor, daß Sie die Entwicklung nicht richtig gesehen haben. Dies haben wir Ihnen gesagt und wir haben die entsprechenden Anträge gestellt. Unser Vorwurf geht weiter: Obwohl Sie den Zusammenhang kennen mußten — spätestens nachdem wir, alle Oppositionsfraktionen, Ihnen dies vorgehalten haben —, hätten Sie wenigstens unseren Anträgen zustimmen können, und das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der SPD — Dr. Klingner [SPD]:
Im Gegenteil! 700 Lehrerstellen werden im
Haushalt durch kw-Vermerke gestrichen!)

— Das kommt ja noch hinzu! Wir sollen Ihnen jetzt abnehmen, daß Sie in Zukunft so handeln werden, wie es richtig ist,

(Dr. Schübeler [CDU]: Das hat der Herr
Minister doch gesagt!)

indem Sie für die Zukunft eine größere Zahl von Lehrern und eine **Senkung der Klassenfrequenzen** in Aussicht stellen.

(Dr. Klingner [SPD]: Die sind doch abgelehnt
worden!)

Gleichzeitig aber belassen Sie die **Streichungsvermerke bei den Lehrerstellen**, und zwar in einer vergleichbaren Zahl. Wir haben bei über 700 Lehrerstellen kw-Vermerke, und zwar für etwa den gleichen Zeitraum, für den Sie weitere Lehrerstellen versprechen. Dies ist ein Widerspruch, und das müssen Sie sich dann auch vorhalten lassen.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen, daß aus Ihren Zahlen, die Sie jetzt in dem Bericht veröffentlicht haben, eine Entwicklung abzulesen ist, die sehr beunruhigend ist. Die **Zahl der Schüler** nimmt ab, das heißt, die Zahl der Kinder ist in den einzelnen

Jahrgängen niedriger als früher. Das geht eindeutig aus den Zahlen hervor; das ist eine absteigende Kurve.

Was uns jetzt beunruhigt — das sollten wir alle beunruhigend finden; dagegen sollte etwas getan werden, und Sie müssen uns sagen, was Sie dagegen tun wollen —, ist, daß die **Zahl der Sonderschüler** nicht im selben Maße abnimmt wie die Stärke des Jahrgangs. Das heißt, daß der Anteil der Sonderschüler größer wird. Wofür ist denn das ein Zeichen? Das ist doch ein Zeichen dafür, daß die Schule, so wie sie ist, wie sie von Ihnen ausgestattet wird, nicht in der Lage ist, die Schüler so zu betreuen, daß Sonderschulbedürftigkeit gar nicht erst entsteht. Das finden wir beunruhigend. Dagegen müssen Sie etwas tun, aber dafür haben Sie keine Konzeption. Das dürfen wir Ihnen doch einmal vorhalten. Sie wären gut beraten, wenn Sie dazu noch einiges sagen könnten.

(Friedrich [CDU]: Aber nicht mehr heute!)

Dann haben Sie — —

(Stäcker [CDU]: Na?)

— Herr Stäcker, ich habe absichtlich nicht das gesagt, was ich vorbereitet hatte, weil ich auf das eingehen wollte, was meine Vorredner gesagt haben. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, begrüßen Sie dies immer, und wenn dann einmal eine kleine Pause entsteht, sollte man dafür vielleicht Verständnis haben.

Ich möchte abschließend feststellen, daß die **Schule**, so wie sie augenblicklich ausgestattet ist, nicht kinderfreundlich ist,

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

daß Sie keine Konzeption haben — das haben wir schon einmal gesagt —,

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

daß dies wiederum durch die Zahlen dokumentiert wird, die Sie selber vorgelegt haben — und zwar nicht freiwillig, sondern weil der Landtag Sie dazu aufgefordert hat —, und daß Sie heute Gelegenheit hatten, in zwei etwa einstündigen Reden das Konzept vorzulegen, mit dessen Hilfe Sie diesen Zustand ändern wollen. Ich stelle fest, daß Sie das nicht getan haben.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Sie haben die Chancen vertan, uns zu sagen, wie — darauf bitte ich jetzt wirklich sorgfältig zu achten —, unabhängig von der Organisationsform der Schule, die Schule kinderfreundlicher gemacht werden könnte.

Da Sie dies versäumt haben, müssen wir feststellen, daß Sie offenbar kein Konzept haben, so daß wir nicht davon ausgehen können, daß sich etwas ändert, wenn Sie länger die Verantwortung in diesem Lande tragen.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Neitzel!

(Schoof [CDU]: Noch einmal?)

Neitzel [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese nochmalige Wortmeldung war leider notwendig, weil der Herr Kultusminister entgegen guten parlamentarischen Bräuchen keine Zwischenfragen zugelassen hat. Deshalb muß ich ihm auf diese Weise erwidern.

Herr Kultusminister, es hat mich sehr erstaunt, daß Sie gesagt haben, die Frage des **Standorts für einen Schulversuch** sei kein Problem der wissenschaftlichen Vorbereitung dieses Versuchs. Ich frage Sie: Welche Kriterien haben Sie eigentlich bei einer Entscheidung, wenn Sie zum Beispiel nicht die Belastung durch Schulwege einbeziehen, die bei einem Schulversuch entstehen könnten, wenn Sie die Schülerzahlprognosen außer acht lassen, wenn Sie die Sozialstruktur des Einzugsbereichs vernachlässigen?

(Minister Dr. Braun: Alles bekannt!)

— Alle diese Dinge sind doch nicht bekannt, Herr Kollege Braun! Jedenfalls habe ich immer wieder die faszinierende Feststellung gemacht, daß das Landesschulamt, wenn es um Schulstandorte geht, nicht einmal genau weiß, was für **Schülerzahlprognosen** die Kommunen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich kann Ihnen konkrete Fälle nennen.

Nehmen wir doch einmal das Beispiel — darüber gibt es sogar eine Kleine Anfrage — der Gründung des **Gymnasiums Henstedt-Ulzburg**! In diese Verhandlungen habe ich mich ja eingeschaltet. Es war abenteuerlich, wie wenig Ihre Verwaltung in dieser Hinsicht gewußt hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Die Entscheidung über einen Standort, meine Damen und Herren, ist eine politische Frage, aber wir verstehen Politik nicht so, daß wir vom grünen Tisch entscheiden, sondern daß wir nach gründlicher wissenschaftlicher und planerischer Vorarbeit an die Eltern herantreten

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

und fragen, ob eine politische Entscheidung im Sinne eines weiteren Schulversuchs an einem bestimmten Standort gewünscht werde.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dann wird im Einvernehmen mit dem **Elternwillen** entschieden.

Herr Kultusminister, ich frage Sie: Wo war denn bei einer grundlegenden Schulreform, der Einführung der **Orientierungsstufe** in Schleswig-Holstein 1971, der Elternwille gefragt?

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD —
Hadewig [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Wo war denn bei der Einführung der **Studienstufe** der Elternwille gefragt?

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD —
Marschner [SPD]: Sehr richtig!)

Wo war denn bei der Einführung der **Mengenlehre** der Elternwille gefragt?

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Und wo war schließlich bei dem Erlaß des neuen **Lehrplans für Grundschulen** der Elternwille gefragt?

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Neitzel, ehe Sie weiterfragen: Ist eine Zwischenfrage gestattet?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Herr Präsident, ich habe vorhin, vor der Mittagspause, in sehr großer Ausführlichkeit Zwischenfragen zugelassen, und ich lasse auch in diesem Beitrag jede Zwischenfrage zu, bitte aber, Zwischenfragen am Ende meiner Ausführungen zu stellen; ich werde dann gern dazu Gelegenheit geben.

(Zurufe von der CDU)

— Herr Kollege Kalinka, setzen Sie sich bitte; in fünf Minuten sind wir soweit!

(Hahn [CDU]: Keine leeren Versprechungen!)

Meine Damen und Herren, wenn man diese grundlegenden Entscheidungen sieht, dann ist es nachgerade abenteuerlich, wenn der Kultusminister heute von den Oppositionsfractionen Standortentscheidungen für weitere Schulversuche verlangt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Herr Kultusminister, mit dieser Forderung verstoßen Sie gegen wesentliche Grundsätze einer vernünftigen Schulpolitik, und mit dieser Forderung äußern Sie eine Verachtung des Elternwillens, wie sie schlimmer kaum denkbar ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich möchte ganz kurz auf die Ausführungen des Kollegen Bendixen eingehen. Er hat gesagt, daß in anderen Bundesländern Sozialdemokraten das Ziel hätten, die **Gesamtschule** einzuführen, und er hat dafür auch die **F.D.P.** mit verantwortlich gemacht. Meine Damen und Herren, wenn man das Zitat von Herrn Girgensohn einmal genau liest, wird man feststellen, daß dort nichts von der Behauptung zu finden ist, daß die Koalition in Düsseldorf die **Gesamtschule** als **Regelschule** einführen wolle. Herr Kollege Bendixen, das, was Sie mit diesem Zitat gemacht haben, ist ein reines Ablenkungsmanöver.

(Beifall bei der F.D.P.),

Wenn Sie so gern sagen, wir sollten Äußerungen über uns in der Presse dementieren, so muß ich ganz schlicht und ergreifend sagen: Die **F.D.P.** hat ein ungestörtes Verhältnis zur **Presse**.

(Dr. Bendixen [CDU]: Ja!)

(Neitzel)

Leider beruht das nicht immer auf Gegenseitigkeit. Aber wenn wir ein ungestörtes Verhältnis haben, bedeutet das auch, daß wir nicht jede ein bißchen schief geratene Äußerung dementieren. Wir machen das nicht wie der Herr Ministerpräsident mit seiner Staatskanzlei, wo ja eine ganze Reihe von Beamten Leserbriefe an Zeitungen zu schreiben und Gegendarstellungen an den NDR zu schicken hat, immer dann, wenn irgend etwas schief dargestellt ist. Meine Damen und Herren, wir haben da mehr Toleranz.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Bendixen, dann haben Sie wiederum die **Mammutschule** als Gespenst an die Wand gemalt. Ich frage Sie einmal, wer denn in diesem Lande Schleswig-Holstein für Mammutschulen verantwortlich ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD —
Matthiesen [SPD]: Sehr richtig!)

Ich war vor wenigen Tagen im **Schulzentrum Glinde**. Ich war erschreckt; denn es handelt sich in der Tat um einen seelenlosen Schulbau, der politisch von dieser CDU-Landesregierung zu verantworten ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich bitte also, mit diesem Vorwurf sehr vorsichtig zu sein. Wenn der Kultusminister bisher nicht in der Lage war, ein bißchen Phantasie in unseren Schulbau hineinzubringen, dann ist das wirklich nicht ein Versäumnis der Opposition.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Herr Kollege Bendixen, ein Weiteres! Sie haben versucht, Äußerungen, die ich im Schleswig-Holsteinischen Landtag gemacht habe, als unglaubwürdig, widersprüchlich, gegensätzlich zu Parteibeschlüssen darzustellen. Das ist völlig falsch. Wir haben im Schleswig-Holsteinischen Landtag — ich habe die Daten einmal herausgesucht — am 27. August 1975, am 15. Juni 1976, am 2. September 1976, am 16. März 1977, am 5. Mai 1977, am 7. März 1978, am 8. März 1978 und am 14. Juli 1978 über Fragen der **Gesamtschule** debattiert. Sie können aus meinen Äußerungen in diesen Debatten keinen einzigen Widerspruch zu dem herausfinden, was ich hier und heute erklärt habe.

Ich möchte, um das auch einmal zu Protokoll zu geben, auf einen einstimmigen Beschluß des **Landesfachausschusses für Bildungs- und Kulturpolitik der F.D.P.** hinweisen, den wir aus aktuellem Anlaß in der vergangenen Woche gefaßt haben, um unseren Standpunkt noch einmal zu bekräftigen. Ich darf das zitieren:

„1. Befürchtungen, die von der F.D.P. angestrebte sozialliberale Koalition in Kiel werde das schleswig-holsteinische Schulwesen umstürzen, sind nicht berechtigt.“

(Beifall bei der F.D.P.)

„Denn die F.D.P. hat zum Thema Gesamtschule klare Beschlüsse gefaßt. Danach sollen zwar auf

freiwilliger Basis weitere Gesamtschulversuche durchgeführt werden, darf die Gesamtschule aber keineswegs als Regelschule eingeführt werden. Der Besuch von Gesamtschulen muß freiwillig sein. Schulversuche dürfen nicht gegen den Elternwillen eingerichtet werden.“

(Beifall bei der F.D.P.)

„2. Da die F.D.P. nicht in eine Regierung eintreten würde, wenn diese die Gesamtschule zur Regelschule machte, sind Überlegungen bestimmter sozialdemokratischer Kreise in dieser Richtung von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

(Beifall bei der F.D.P.)

„3. Die laufenden fünf Gesamtschulversuche müssen konsolidiert werden. Die wissenschaftliche Begleitung ist auszubauen.“

4. Die von der CDU betriebene Propaganda gegen Gesamtschulen ist sachlich nicht gerechtfertigt. Denn die bisherigen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung beweisen auch für Schleswig-Holstein, daß die Leistungen von Gesamtschülern nicht schlechter sind als die von Schülern in Regelschulen, aber daß an Gesamtschulen erheblich weniger Schulangst herrscht. Außerdem müssen zahlreiche Bewerber für schleswig-holsteinische Gesamtschulen abgewiesen werden, weil nicht genügend Plätze vorhanden sind.

5. Die CDU-Landesregierung sollte sachlich über alle Fragen berichten, die mit der Gesamtschule zusammenhängen, und nicht ideologische Auseinandersetzungen führen, die keinen sachlichen Hintergrund haben.

6. Kleine Klassen und Abbau des erschreckend hohen Unterrichtsausfalls haben für die F.D.P. Vorrang vor anderen schulpolitischen Fragen.“

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich darf dann noch einmal auf einen Punkt eingehen, der von Ihnen vielleicht bezweifelt wird. Der Herr Kultusminister hat in einer Presseerklärung vom 20. November 1978 bei der Vorstellung des **Zwischenberichts von Royle** über **Gesamtschulversuche** auf die von mir schon erwähnten methodischen Probleme hingewiesen, dann aber zusammenfassend folgendes gesagt:

„In diesem Rahmen kommen die Untersuchungen, stark vereinfachend wiedergegeben, unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

In den Lernerfolgstests für das Fach Deutsch zeigen Schüler der Gesamtschulversuche allgemein höhere Leistungen als Schüler im Regelschulwesen. In den Lernerfolgstests für das Fach Englisch unterscheiden sich Schüler in den Gesamtschulversuchen nicht von denen im Regelschulwesen. In den Lernerfolgstests für das Fach Mathematik sind die Schüler des Regelschulwesens durchgehend den Schülern der Gesamtschulversuche überlegen. In den Fächern Deutsch und Mathematik schneiden die Schüler an koopera-

(Neitzel)

tiven Gesamtschulversuchen besser ab als an den integrierten Gesamtschulversuchen. In Englisch unterscheiden sie sich nicht.“

An anderer Stelle heißt es dann:

„Sowohl in der sechsten als auch in der achten Klassenstufe zeigen Schüler in den Gesamtschulversuchen weniger Prüfungsangst und weniger Schulunlust.“

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das ist die Zusammenfassung des Zwischenberichts durch den Kultusminister. Ich sehe einen Widerspruch zwischen dieser Erklärung und der Kampagne, die der Herr Kultusminister auch heute in diesem Hause unterstützt und neu geschürt hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Die CDU hatte kein Thema für den **Wahlkampf**. Sie haben deshalb dieses Thema nach dem alten Motto hochgejubelt, daß Sie schon im Bundestagswahlkampf 1976 angewandt haben: „Freiheit statt Sozialismus“. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sind mit dieser Parole 1976 gescheitert. Ich sage Ihnen voraus, daß Sie auch in der Zukunft mit dieser Parole scheitern werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Neitzel, wollten Sie nicht noch eine Zwischenfrage zulassen?

Neitzel [F.D.P.], fortfahrend:

Herr Präsident, ich lasse jetzt gern jede Zwischenfrage zu.

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Kalinka!

Kalinka [CDU]: Herr Kollege Neitzel, können Sie bitte einmal sagen, nach welchen konkreten Gesichtspunkten Sie in einem Schuleinzugsgebiet den Elternwillen festlegen wollen? Soll dies zum Beispiel mit 51% Mehrheit möglich sein? Was würden Sie zum Beispiel machen, wenn eine eventuelle Abstimmung — was ich nicht als einen Gesichtspunkt ansehen würde — 50 : 50 ausgehen würde?

— Herr Kollege Kalinka, wenn Sie sich vielleicht noch einmal an die Debatte zum Schulgesetz erinnern wollen! Bereits damals, am 14. Juli 1978, habe ich ausgeführt, daß es wegen der dünnen Besiedlung unseres Landes nicht möglich sein werde, an allen Stellen ein alternatives **Schulangebot mit Gesamtschulen** zu schaffen.

Wenn Sie diese Äußerung würdigen, kommen Sie zu dem Ergebnis, daß es nicht auf 51% der Elternschaft eines Einzugsbereichs ankommen kann, sondern daß dann, wenn man eine Befragung in einem Einzugs-

bereich gemacht hat, die positiv für einen Gesamtschulversuch ausging

(Kribben [CDU]: Was heißt „positiv“?)

— wenn sich also die Mehrheit dafür ausgesprochen hat, daß dort ein Schulversuch stattfinden solle —, wie es vorgesehen ist — Herr Kollege Kalinka, hören Sie doch bitte einmal zu! —, die **Schulleternbeiräte** der davon betroffenen Schulen befragt werden müssen. Von deren Entscheidung wird es abhängen, ob ein Schulversuch gestartet wird oder nicht. Ich glaube, das ist eine klare Auskunft.

Gibt es keine weiteren Zwischenfragen? — Dann darf ich mich für die Aufmerksamkeit bedanken und hoffe, daß Sie jetzt noch mehr als nach meinem ersten Beitrag befriedigt sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Dr. Lemke:

Meine Damen und Herren, ich habe keine Wortmeldungen mehr. Wir haben also den Bericht zur Kenntnis genommen. Jetzt müssen wir über drei Anträge entscheiden.

Zunächst geht es um die Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses, Drucksache 8/1933. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Mit Mehrheit angenommen!

Dann kommen wir zu dem Antrag der F.D.P.-Fraktion, Drucksache 8/1904, betr. Stufenplan zum Abbau des Unterrichtsausfalls. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Mit Mehrheit abgelehnt!

Dann kommen wir zu dem Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 8/1582. Hier geht es um die kinderfreundliche Schule. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Matthiesen [SPD]: Die CDU lehnt die kinderfreundliche Schule ab! — Dr. Schübeler [CDU]: Da haben wir einen Alternativantrag!)

Meine Damen und Herren, wie Sie selbst wissen, haben wir keine Zeit mehr, alle noch ausstehenden Punkte der Tagesordnung abzuhandeln. Ich möchte Ihnen vorschlagen, noch den Tagesordnungspunkt 24 — Bericht über die Lage des Sports — und vorher den Punkt 30 — Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses — zu behandeln. Der letztgenannte Punkt muß ja heute erledigt werden; dazu brauche ich also Ihr Votum. —

Ich höre keinen Widerspruch. Ich rufe also Punkt 30 der Tagesordnung auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1978

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 8/1919

Das Wort hat der Vorsitzende des Eingabenausschusses, Herr Abgeordneter Friedrich.

Friedrich [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Drucksache 8/1919 liegt Ihnen der Bericht des Eingabenausschusses für das letzte Quartal des vergangenen Jahres vor, mit dem Sie, § 36 unserer Geschäftsordnung entsprechend, um Bestätigung der Erledigung der darin aufgeführten Petitionen aufgefordert sind.

Meine Damen und Herren, dieser Teil der Arbeit des Landtages, die Arbeit des Eingabenausschusses entzieht sich wegen der Eigenheit der Materie, insbesondere wegen des Vertrauensschutzes für die Petenten, der besonderen Beachtung der Öffentlichkeit. So kann auch nicht veranschaulicht werden, welche Einzelschicksale dahinterstehen, was sich an innerer oder äußerer Not oft hinter den vielen uns zugehenden Petitionen verbirgt. Dazu kann auch herzlich wenig getan werden, wenn der Ausschuß — wie jetzt — im vierteljährlichen Turnus seinen Tätigkeitsbericht dem Hohen Hause vorlegt, und es wird auch bei Gelegenheit der Bestätigung der durch den Ausschuß erledigten Eingaben hier im Plenum über den gelegentlichen Hinweis hinausgehend nicht deutlich, wieviel Engagement, oft sogar Hartnäckigkeit, aufgebracht durch die Mitglieder des Eingabenausschusses, Voraussetzung für diese Erledigung sind.

(Vizepräsident Dr. Schubeler übernimmt den Vorsitz)

Es ist daher zu begrüßen, daß auf Vorschlag des Präsidenten der Ältestenrat angeregt hat, für diese letzte Plenartagung in dieser Legislaturperiode über den formellen Bestätigungsantrag hinausgehend einen kurzen Überblick über die **Arbeit des Eingabenausschusses** zu geben. Dies ist besonders zu begrüßen, weil durch die Arbeit des Eingabenausschusses das Selbstverständnis dieses Landtags besonders deutlich wird, weil durch diese Arbeit unsere Sorge für die Mitbürger unseres Landes konkreten Ausdruck findet und weil durch diese Arbeit zu einem guten Teil auch die **Kontrollfunktion des Landtages** praktiziert wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolter [SPD])

Da ich einen knappen Überblick über das Petitionsgeschehen in unserem Lande gebe, wie es sich in der nun auslaufenden Legislaturperiode dargestellt hat, will ich auf die besondere Darstellung des Ihnen im Bericht vorliegenden Arbeitsergebnisses verzichten — deswegen, weil sie in der Gesamtdarstellung enthalten ist und damit die Zahlenkolonnen auch nicht übermäßig lang und unübersichtlich werden sollen.

Seit Beginn der achten Legislaturperiode sind 2280 Eingaben an den Schleswig-Holsteinischen Landtag gerichtet worden. Von diesen **Eingaben** hat der Landtagspräsident 1593 an den Eingabenausschuß überwiesen, während 373 den zuständigen Behörden des Landes, 72 dem Deutschen Bundestag und 21 anderen Landesparlamenten zugeleitet wurden. Die übrigen 221 Eingaben mußte der Präsident an die Einsender zurückgeben, weil sie für eine Beratung im Eingabenausschuß nicht geeignet waren. Dabei handelte es sich um solche Eingaben, durch die ein Eingriff in die durch

Artikel 97 GG geschützte **richterliche Unabhängigkeit** beziehungsweise in die durch Artikel 28 GG garantierte **kommunale Selbstverwaltung** nötig gewesen wäre.

Weitere Eingaben betrafen nicht die Tätigkeit des Landtages, der Landesregierung oder der Landesverwaltung beziehungsweise der Rechtsaufsicht des Landes unterstehender Institutionen und konnten deshalb von uns nicht behandelt werden.

Einschließlich der am Ende der vorausgegangenen Wahlperiode übernommenen Petitionen hat der Eingabenausschuß in den zurückliegenden 126 Sitzungen insgesamt 1580 Fälle abschließend behandelt. Davon konnten 365 — 23% — im Sinne und 95 — 6% — teilweise im Sinne der Einsender erledigt werden. In 1025 Fällen — 65% — war es dem Ausschuß nicht möglich, den Eingaben unmittelbar zum Erfolg zu verhelfen. 55 Petitionen — 3,5% — wurden im Laufe der Bearbeitung zurückgezogen und 40 — 2,5% — nach der Beratung im Ausschuß an die zuständigen Stellen weitergeleitet. In mehreren Fällen hat der Ausschuß zuvor die Stellungnahmen anderer Landtagsausschüsse eingeholt.

Beständig steigt die **Zahl der Petitionen**, die uns erreichen. Bis heute sind es in dieser noch nicht abgeschlossenen achten Legislaturperiode rund 2400. Berücksichtigt man die Restzeit dieser Legislaturperiode und rechnet man die Anzahl der bis jetzt vorhandenen Eingänge entsprechend hoch, dann ergibt sich, daß wir am Ende dieser Wahlzeit etwa 2600 Eingänge registriert haben werden. In der siebten Wahlperiode — 1971 bis 1975 — waren es rund 1300! In der sechsten Wahlperiode — 1967 bis 1971 — nicht einmal 800! Wir haben also eine Verdoppelung der Eingaben von der siebten zur achten Wahlperiode und eine Vermehrung um 325% im Vergleich der sechsten mit der achten Wahlperiode. Wenn diese Entwicklung anhält, dann ergeben sich ganz sicherlich zukünftig Bearbeitungsprobleme sowohl im Ausschuß wie auch in der Geschäftsstelle.

Die verhältnismäßig hohe Zahl der Petitionen, die im Sinne des Petenten oder immerhin teilweise im Sinne des Petenten erledigt werden konnten, könnte zunächst — besonders bei dem Unkundigen — den Verdacht hervorrufen, daß entsprechend das **Fehlverhalten** der durch die Petitionen über den Eingabenausschuß angesprochenen **Behörden** dem Umfange nach beklagenswert sein müßte. Natürlich gibt es bei den vielen und großen Behörden unseres Landes und bei den Institutionen, die der Rechtsaufsicht des Landes unterliegen, gelegentlich im Irrtum begründetes Fehlverhalten, auch aus unvollständigen Informationen getroffene Fehlentscheidungen. **Ermessensmißbräuche** werden hundertprozentig nie auszuschließen sein, und manch besonders vorsichtiger Beamter braucht auf der anderen Seite gelegentlich auch etwas Hilfestellung, um den Ermessensspielraum, den er hat, auch auszuschöpfen. Gelegentlich kommt es dann natürlich auch zu unterschiedlicher Beurteilung eines Falles, unterschiedlicher Beurteilung durch den Ausschuß einerseits und das betroffene **Ministerium** andererseits.

(Friedrich)

Generell kann man jedoch sagen, daß die hohe **Erfolgsquote** aus der Ausschubarbeit nicht gegen die Verwaltungen unseres Landes erreicht werden konnte, sondern daß die Beamten aus den Ministerien und aus den Landesverwaltungen uns oft geholfen haben, die Petitionen im Sinne des jeweiligen Petenten zu erledigen. Und ebenso hilfreich war oft genug das Verhalten kommunaler Behördenvertreter, dann insbesondere, wenn Fragen des Bauordnungsrechts mit einer Eingabe zu klären waren.

Oft werden wir Mitglieder des Eingabenausschusses gefragt, welches denn eine typische Petition wäre. Ich meine, so etwas wie eine typische Eingabe gibt es nicht. Die Eingaben sind im allgemeinen so unterschiedlich, wie die Schicksale der Petenten mannigfaltig sind. Auf sogenannte Sammelpetitionen trifft diese Feststellung natürlich nicht zu.

Wenn dem Ausschuß allerdings bekannt wird, daß gleichbegründete Petitionen verschiedener Mitbürger bei uns eingehen, veranlassen wir das zuständige Ministerium auch zur generellen Bereinigung des Tatbestandes, aus dem die Petenten sich beschwert sehen. Das geschieht dann im Erlaßwege oder auch durch Beratung des Bürgers in der Weise, für die ich ein Beispiel mitgebracht habe. Es handelt sich um zwei **Broschüren** „Der Weg zum eigenen Heim“. Diese Broschüre wurde von der Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein herausgegeben. Die Schrift „Vom Grundstückskauf bis zur Schlußabnahme“ wurde von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. herausgegeben. Diese beiden Broschüren sind aufgrund einer Anregung des Eingabenausschusses verfaßt worden. Sie sind erst in diesen Tagen aus der Druckerei gekommen.

(Beifall)

Lassen Sie mich abschließend auch ein Dankeschön an unsere Mitarbeiter in der Geschäftsstelle und im Wissenschaftlichen Dienst sagen. Ohne die Vor-, Mit- und Nacharbeit dieser Damen und Herren könnten wir heute eine so gute Bilanz nicht vorlegen.

Ich bitte um die Bestätigung der Erledigung der Eingaben und bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Ich bedanke mich bei dem Herrn Berichterstatter, dem Vorsitzenden des Eingabenausschusses. Ich nehme gleichzeitig auch die Gelegenheit wahr, ihm den herzlichen Dank des gesamten Hauses für die Arbeit des Eingabenausschusses insgesamt auszusprechen.

(Beifall)

Der Dank gilt also nicht nur ihm als Primus inter pares; er gilt in gleicher Weise allen Mitgliedern des Eingabenausschusses, die sich um die hilfeschuchenden Bürger gekümmert haben.

(Latendorf [CDU]: Gilt das auch für die Stellvertreter?)

— Das gilt für alle Mitglieder, also auch für die Stellvertreter.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß der Bericht in der Drucksache 8/1919 vorgetragen wurde. Ich frage, ob Sie bereit sind, mit Ihrem Handzeichen zu bestätigen, daß wir von diesem Bericht Kenntnis genommen haben. — Danke sehr! Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß dieser Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen und damit die Erledigung der Eingaben bestätigt worden ist.

Ich rufe jetzt Punkt 24 der Tagesordnung auf:

Bericht über die Lage des Sports

Landtagsbeschluß vom 7. März 1978

Drucksache 8/1036

Bericht der Landesregierung

Drucksache 8/1615

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

(Ruge [F.D.P.]: Wie viele Seiten?)

Dr. Braun, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Ich hoffe, daß wir bezüglich der Behandlung dieses Punktes einen respektablen Konsens-Grad erreichen werden. Ich würde mich freuen, wenn es so ähnlich wie im landwirtschaftlichen Bereich wäre, wo die Kollegen so viele gute Ergebnisse erzielen. Als Kultusminister bin ich natürlich manchmal fast etwas neidisch auf den Konsens-Grad, der dort erzielt wird.

Ich habe mich eben — dem Tagesablauf entsprechend — noch sehr, sehr kurz gefaßt. Ich bin aber der Meinung, Herr Kollege Ruge, daß man nicht über schulische Dinge — wie heute — viele Stunden diskutieren kann, um dann den **Sport** — einen so wichtigen Bereich — in fünf Minuten am Rande abzuhandeln.

(Ruge [F.D.P.]: Völlig richtig!)

Die Feststellung, daß die Landesregierung die Förderung des Sports als eine wichtige politische Aufgabe ansieht und anerkennt, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Die Landesregierung versteht sich als Partner des freien Sports. Sie schuf deshalb auch am 14. Oktober 1975 die **Landessportkonferenz**. Das geschah in der Absicht, die wichtige politische Aufgabe der Sportförderung in guter Zusammenarbeit mit allen kompetenten Kräften im Lande gemeinsam zu erfüllen. Diese Partnerschaft hat sich bewährt, weil alle Beteiligten stets das gemeinsame Ziel im Auge behielten.

Ich habe es oft gesagt: Es ist wirklich nachahmenswert, mit welchem Kooperationsgeist hier gearbeitet wird. Über all die Jahre hinweg gab es nur einstimmig gefaßte Beschlüsse. Als Vorsitzender der Konferenz möchte ich allen Mitgliedern auch dafür ganz, ganz herzlich danke schön sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

(Minister Dr. Braun)

Die Partnerschaft mit dem Sport und das Zusammenwirken der kompetenten Kräfte in der Landessportkonferenz erleichtern der Landesregierung die Verwirklichung ihres sachlogischen sportpolitischen Konzepts, das bisher so erfolgreich durchgeführt werden konnte. Dieses sachlogisch begründete sportpolitische Konzept der Landesregierung — ich nenne nur das Allerwichtigste — gründet sich unter anderem auf eine ausreichende Bereitstellung von **Sportförderungsmitteln** im Landeshaushalt. Das wird durch ständig steigende Haushaltsansätze belegt. Ferner wurde die Stiftung zur Förderung der Leibesübungen eingerichtet und das „Spiel 77“ auch in Schleswig-Holstein eingeführt. Weiter wurden die Lehrpläne überarbeitet. Die Auszeichnung von Sportstudenten für ihre Mitarbeit in Vereinen diene ebenfalls diesem Bemühen.

Hierdurch wurde der Auf- und Ausbau eines modernen landesweiten Netzes von Sportanlagen auf der Grundlage eines **Landessportstättenrahmenplans** ermöglicht, der bei neuen Entwicklungen sinnvoll fortgeschrieben werden kann. Daher können alle Voraussetzungen zur Entwicklung des Sports in diesem Lande sowie zur Verbesserung des Schulsports, von der Seite des Sportstättenbaus her als gegeben bezeichnet werden.

Hiermit steht der Auf- und Ausbau des **Instituts für Sport und Sportwissenschaften** — mit dem großen Sportforum — in Zusammenhang. Durch die Einrichtung von Lehrstühlen für die Sportwissenschaften wird die moderne und wissenschaftliche Ausbildung der Sportlehrkräfte gewährleistet. Mit dem Ausbau des Landesinstituts für Praxis und Theorie der Schule konnte zugleich eine vielfältige **Fort- und Weiterbildung der Sportlehrkräfte** ermöglicht werden. Dieses Angebot wird sehr stark in Anspruch genommen.

Mit der Einrichtung der Landessportkonferenz und der Institution der **Kreisschul-Sportobleute**, der Herausgabe informativer Schriften sowie der Stiftung der Sportplakette und der Ehrentafel für den Sport sollen Zusammenarbeit, Information und Würdigung des ehrenamtlichen Einsatzes für den Sport hergestellt werden.

Weiter wurde die Stelle eines **Regierungsbeauftragten für Jugend und Sport** eingerichtet.

Für uns alle, die wir an diesen Veranstaltungen — das gilt auch für die Überreichung der Ehrentafel für Sport — teilnehmen, ist es immer etwas Schönes zu sehen, wie viele Menschen mitarbeiten. Sie dokumentieren damit auf diesen Veranstaltungen, wie ernst es ihnen mit dem Sportgeschehen und ihrem Einsatz ist.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zum Ende der Legislaturperiode an dieser Stelle noch ein Wort des Dankes an die Adresse des Herrn Kollegen Bernhardt, des Regierungsbeauftragten für Jugend und Sport, richten. Durch seinen ganz enormen Einsatz hat er mir tatsächlich sehr, sehr viel Arbeit abnehmen können, so daß ich Kapazitäten in anderen Bereichen einsetzen konnte.

(Beifall bei der CDU)

Er hat diesen Dank für seinen ständigen engagierten Einsatz verdient.

Ich will nicht ausführlich auf Einzelheiten und Zahlen eingehen. Das alles steht im Bericht und ist Ihnen bekannt. Ich möchte aber doch auf einige Initiativen, Aktivitäten und Auswirkungen zu sprechen kommen, die von besonderer und herausragender Bedeutung sind. Sie sind als direktes oder indirektes Ergebnis der auf Zusammenarbeit aufgebauten **Sportpolitik der Landesregierung** zu sehen.

Es muß als Gewinn für die gemeinsame Arbeit zur Förderung des Sports angesehen werden, daß im Rahmen der Landessportkonferenz auch die **kommunalen Landesverbände** an einen gemeinsamen Tisch für sportpolitische Gespräche und Überlegungen gekommen sind. Denn gerade sie leisten in den **Kreisen und Gemeinden** — diese wiederum als Träger der meisten Sportstätten — einen ganz erheblichen Beitrag. Sie leisten den größten Beitrag zur Förderung des Sports und des Sportstättenbaus überhaupt.

Ich möchte die positive Einstellung zum Sport sowie die großen finanziellen Leistungen der Gemeinden und Kreise mit all ihren Einrichtungen und Institutionen besonders würdigen und öffentlich anerkennen. Die Mitwirkung der kommunalen Landesverbände ist praktisch und konstruktiv. Sie ist auch bei der Durchführung der Empfehlungen unverzichtbar.

Die gute Zusammenarbeit, die sich innerhalb der sporttragenden Gruppen entwickelt hat, zeigte sich zum Beispiel auch im Rahmen des vom Landessportverband mit großer Beteiligung durchgeführten Sportabzeichenwettbewerbs für Schulen. Mit 10761 verliehenen Sportabzeichen gab es hier ein herausragendes Ergebnis. Diese gute Zusammenarbeit zeigte sich auch im erstmals landeszentral durchgeführten Finale des Wettbewerbs „Jugend trainiert für Olympia“, der im vorigen Jahr durchgeführt wurde. Das wurde aber auch beim Landeswettbewerb „Die sportliche Gemeinde 1977“ deutlich.

Auch der gemeinsam entwickelte Entwurf eines Vertrags zur **Benutzung von Sportanlagen** in Abwesenheit von Hallenwarten oder Hausmeistern ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Dieses Problem haben wir — ich kann das in Gesprächen vor Ort immer wieder feststellen — zur Zufriedenheit von vielen tausend Bürgern des Landes gelöst.

(Beifall bei der CDU)

Schulen, Vereine und Kommunen tragen hier gemeinsam wichtige Aktionen und Förderungsmaßnahmen mit, die alle im Hinblick auf die Verbesserung der Lage des Sports von Bedeutung sind.

An dieser Stelle möchte ich außerdem darauf hinweisen, daß im Mai 1978 die Eröffnung der **Bundesjugendfestspiele** in Lübeck unter großer Beteiligung der örtlichen Schulen stattfinden konnte. Am 1. Oktober des vorigen Jahres wurde erstmals der zwischen Kultusministerkonferenz und Deutschem Sportbund vereinbarte **„Tag des Schulsports“** unter Beteiligung aller

(Minister Dr. Braun)

Bundesländer in Kiel durchgeführt. Viele von Ihnen haben ja Veranstaltungen dieser Aktion besucht.

(Präsident Dr. Lemke übernimmt den Vorsitz)

Es gibt natürlich noch weiterhin viele offene und neue Fragen, auf die die Sportpolitik auch in Zukunft angemessene Antworten und Lösungen suchen und finden muß. Noch vor uns liegende Fragen sind dabei nicht etwa Maßstab für Versäumnisse. Eine solche Betrachtungsweise wäre oberflächlich und in der Sache sicherlich nicht gerechtfertigt. Man würde auch die Sportbewegung als ständigen Prozeß mit allen seinen Neuentwicklungen völlig verkennen. Hier muß eindeutig festgestellt werden, daß wir alle eine ganz stürmische **Vorwärtsentwicklung des Sports** in der Vergangenheit erlebt haben, die alle Kräfte in Anspruch nahm und zu ansehnlichen Ergebnissen geführt hat.

Wir müssen aber davon ausgehen, daß diese stürmische Entwicklung weiterhin anhalten wird. Jeder vierte Bürger ist Mitglied eines **Vereins** in diesem Land.

Über eine viertel Milliarde DM aus Landes- und Bundesmitteln floß in den **Sportstättenbau**. Der Sportstättenbau wird uns natürlich auch weiterhin in Atem halten, und das in mehrfacher Hinsicht. Es werden trotz hoher Bedarfsdeckungen in einzelnen Fällen weitere neue Sportanlagen zu bauen sein; dem möglichen Rückgang von Schülerzahlen steht eine ständige Zunahme der Mitgliederzahlen in den Sportvereinen gegenüber. Die Erweiterung des Sportangebots in Schule und Verein bringt im Bereich der **Sondersportanlagen** neue Entwicklungen. Der Trend zum Hallenbau, um im Winter ebenfalls vielfältig Sport treiben zu können, hält ungebrochen an. Auch im **Schwimmstättenbau** gibt es noch regionalen Bedarf. Hinzu kommt, daß nach bald dreißigjähriger Bauentwicklung inzwischen Renovierungsbedarf auftritt, dem ebenfalls Rechnung getragen werden muß.

Schleswig-Holstein fordert auch als Urlaubsland weitere Investitionen im **Freizeitsportbereich**, wobei an dieser Stelle auch das vielseitige Problem der **Sportbootliegeplätze** angesprochen werden muß.

Sie sehen schon an diesen Beispielen, die bei weitem nicht vollständig sind, daß noch viele Maßnahmen im Sportstättenbau vor uns liegen, die nur gemeinsam und Schritt für Schritt im Rahmen der Möglichkeiten verwirklicht werden können.

Im **Schulsport** bleibt die weitere Annäherung an die Stundentafelwerte eine stete Aufgabe, muß die Lage im berufsbildenden Bereich und in der Grundschule verstärkt verbessert werden, muß auch für einen weiteren Ausbau der Sonderturngruppen des **Behindertensports** gesorgt werden.

Auch das Problem der **Randgruppen im Sport** und der Gruppen, die spezieller sportlicher Betreuung bedürfen — ich erwähne hier nur Alterssport, Sport mit Ausländern, Sport für Herzinfarktgeschädigte, Vershrtsport, Sport in Justizvollzugsanstalten —, bringt in Zukunft Aufgaben mit sich, die auch im Sinne der Lebenshilfe gesehen und im Rahmen der Notwendigkeiten und Zuständigkeiten Förderung erfahren sollten.

Natürlich kann der Staat mit seinen finanziellen Leistungen nur bis zu einem gewissen Grade die äußeren Voraussetzungen für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Menschen schaffen.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Zu einem menschenwürdigen Leben und hierbei auch zum Ausbau aller Voraussetzungen für ein sportliches Leben müssen unbedingt Privatinitiative, Verantwortungsbereitschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl gehören.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen nicht vergessen, daß sich der Sport zu etwa 80% selbst finanziell trägt, daß die Mittel der öffentlichen Hand nur ein Teil — wenn auch durch die Förderung gerade des Sportstättenbaus ein wichtiger Teil — sind und daß die Erfüllung der zahlreichen Anforderungen an den Sport in großem Maße nur durch **ehrenamtlichen Einsatz** und Tätigkeit vieler Mitbürger in den Vereinen möglich wird.

(Latendorf [CDU]: Das ist einmalig, im Vergleich zu anderen Ländern!)

— Ja, das ist einmalig, und es ist wohl auch, wenn man es in die politische Ebene hineinstellt, einmalig gewesen, mit welcher Entschlossenheit sich Willi Weyer vor geraumer Zeit vor die Bundesversammlung hingestellt und Beitragserhöhungen gefordert hat; am anderen Tag ist er trotz dieser von manchen sicherlich als unbequem angesehenen Entscheidung einstimmig wiedergewählt worden. Das war politischer Mut,

(Beifall bei der CDU)

und so etwas gibt es erfreulicherweise besonders im Sport.

(Latendorf [CDU]: Das machen wir unten genauso, Herr Minister! — Hadewig [F.D.P.]: Weyer ist eben ein guter Mann!)

— Ja, ich will nicht unterschlagen, lieber Herr Kollege Latendorf — und Sie sind ja der treueste Zeuge aller dieser Aktivitäten —, was der von uns geschätzte Präsident der Deutschen Sporthilfe, Herr Neckermann, in seiner Tischrede anlässlich der letzten Veranstaltung des Landessportverbandes gesagt hat: Nie in seinem Leben habe er in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ein Land gefunden, in dem die Zusammenarbeit zwischen **Sport und Politik** so großartig ist wie hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Unterschätzen wir auch nicht, welche großen Leistungen der Sport in der **Jugenderziehung** und **Jugendbetreuung** nachweisen kann — eine Leistung, die gerade in der heutigen Zeit einfach von unschätzbarem Wert ist.

Wir können, so meine ich, mit der Vorlage des **Berichts über die Lage des Sports** in Schleswig-Holstein feststellen, daß sich der Sport in allen Bereichen in einer positiv bestimmten Entwicklung befindet, daß eine gute **Zusammenarbeit** organisiert werden

(Minister Dr. Braun)

konnte und daß wir zusammen mit dem **Landessportverband** optimistisch in die Zukunft blicken können. Die Landesregierung wird in diesem Sinne ihre erfolgreiche Sportpolitik fortsetzen und bittet Sie alle um Ihre konstruktive Mit- und Zusammenarbeit.

Ich möchte abschließend ganz herzlich von seiten des Staates danken, stellvertretend für die vielen, vielen im freien Sport Tätigen, dem Präsidenten des Landessportverbandes, unserem sehr geschätzten Herrn Hansen, den Mitarbeitern der Universität Kiel im gesamten Sportbereich, allen Sportlehrern in unserem Lande; aber die Landesregierung dankt insbesondere und sehr herzlich auch den vielen Tausenden, zumeist ehrenamtlich tätigen Bürgern im Dienste des Sports! Nur mit ihrer Hilfe, ihrer Arbeit konnte diese gute Sportbilanz, die Ihnen ausführlich in Berichtsform vorliegt, Wirklichkeit werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Hadewig!

(Fölster [CDU]: Ein bißchen sportlicher, Herr Hadewig; nicht so lahm!)

Hadewig [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! — Herr Kollege Fölster, ich muß ja nicht gleich einen Kopfstand machen, um hier meine Sportlichkeit zu zeigen.

(Beifall — Spaeth [CDU]: Dann machen Sie einen Spagat!)

— Spagat ist schon schwieriger, allein wegen meiner Länge, Herr Kollege Spaeth; dann knacken meine Knochen doch zu sehr.

(Neitzel [F.D.P.]: Herr Spaeth soll das einmal vormachen!)

Ich spiele ja noch im FC Landtag, Herr Kollege,

(Beifall)

und da kann man sehen, daß ich ja noch laufen kann — manches Mal zwar wie der Storch im Salat, wie der Kollege Latendorf sagt, aber es reicht doch wohl, glaube ich.

(Latendorf [CDU]: Das sage ich nur auf dem anschließenden Bankett, nie auf dem Sportplatz, wo dieser „Storch im Salat“ eine beachtliche Abwehrleistung vollbringt! — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion hat diesen **Berichts Antrag** zur Lage des Sports gestellt, weil wir der Auffassung sind, daß es angebracht ist, auch in diesem Hohen Hause etwas ausführlicher über die Situation und die Zukunft des Sports zu debattieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bedauere, daß wir mit den sportpolitischen Debatten immer so ein bißchen an den Rand der Tagesordnung gedrängt werden

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

und von dorthier nicht so ganz die Wichtigkeit aufgezeigt wird, die dem Sport eigentlich zukommen müßte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der **Stellenwert des Sports** in unserer Gesellschaft ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, und die Einsicht, daß Spiel und Sport nicht etwa die wichtigste Nebensache der Welt sind, sondern eine wichtige Lebenssache für jeden einzelnen,

(Beifall)

hat sich durchgesetzt. Sportpolitik, wie wir sie vertreten, ist konkret auf das Anrecht des Bürgers auf **Sport** in seinen vielfältigen Erscheinungsformen ausgerichtet. Wir wollen also den Sport nicht aufstülpen auf die Bürger; wir wollen, daß der Bürger das Angebot nach seinen eigenen Bedürfnissen in Anspruch nimmt,

(Beifall bei der F.D.P.)

und zwar zur sinnvollen **Freizeitgestaltung**, zur **Gesunderhaltung** und natürlich zur **Persönlichkeitsentfaltung**. Darum fordert die F.D.P., den Sport entsprechend seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung in die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik einzuordnen und ihm den ausreichenden Raum und natürlich auch die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ziel des Berichtsantrags war es, von der Landesregierung umfassende Angaben über die **Situation und Entwicklung des Sports** in Schleswig-Holstein vorgelegt zu bekommen. Wir wollten eine Situationsdarstellung über Spitzensport, Breitensport, Schulsport und Freizeitsport erhalten. Weiter sollte der Bericht den Stand der bisherigen Umsetzung des **Landessportstättenrahmenplanes** angeben, und wir wollten wissen, welche Konsequenzen die Landesregierung aus dieser Bestandsaufnahme zu ziehen gedenkt und welche **Konzeptionen** sie für die Zukunft entwickelt hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren! **Förderung des Sports** — da sind wir uns wohl alle einig — ist eine öffentliche Aufgabe; sie stellt eine notwendige Initiative und Maßnahme dar, also eine Ergänzung zu der beträchtlichen Eigenleistung des Sports. Sie darf dabei aber nicht ein Gnadenakt oder ein Akt der Gefälligkeit sein. Wir sollten hier nach meiner Meinung ganz klar bekennen, daß der Sport bei seiner wichtigen Aufgabe auch einen Anspruch darauf hat, daß der Staat ihn unterstützt.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Hadewig)

Der Sport ist eben — wie ich meine — kein Bittsteller, sondern er ist für uns ein ernstzunehmender Partner auf allen politischen Ebenen, sei es in Bonn, im Land, im Kreis oder in den Gemeinden.

Die steigende Attraktivität des Sports wird nicht zuletzt an den immer wieder steigenden **Mitgliederzahlen** deutlich.

(Beifall bei der F.D.P.)

In dem Bericht der Landesregierung wird nach dem Stichtag 30. Juni 1978 von einem Stand von 625000 Mitgliedern in 1876 Vereinen ausgegangen. Ende des letzten Jahres konnte schon wieder ein weiterer Zuwachs verzeichnet werden. Der Präsident des **Landessportverbandes**, Herr Hansen, hat laut Pressebericht der „Kieler Nachrichten“ vom 9. März 1979 erklärt — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Mit über 655000 Mitgliedern in mehr als 1900 Vereinen ist der Sport im nördlichsten Bundesland die größte Personenvereinigung.“

Ich habe einmal von einer „großen Bürgerinitiative“ gesprochen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich meine, daß das wirklich eine recht lobenswerte Bürgerinitiative ist.

Bei dieser enormen Zuwachsrate benötigen die Vereine natürlich dringend mehr **Übungsleiter, Trainer und Organisationsleiter**. Die müssen in zunehmendem Maße herangebildet werden.

(Beifall des Abgeordneten Ruge [F.D.P.])

Dazu brauchten wir — das steht leider nicht in dem Bericht — konkretere Aussagen. Die Landesregierung sagt nur, es spreche für die Dynamik des Sports, daß immer noch genügend ehrenamtliche Mitarbeiter und Helfer die Sportbewegung unterstützten. Ich meine, solch eine Formulierung in der Schlußbemerkung reicht nicht aus; denn es gibt hier ganz konkrete Probleme.

Ich möchte aus dem Pressebericht der „**Kieler Nachrichten**“ weiter zitieren. Darin steht unter anderem:

„Es ging bei dieser Diskussion auch um die Freibeträge, die Übungsleiter zugebilligt werden, ob sie noch annehmbar sind, um die meisten Abende der Ausbildung der Sportjugend zu widmen, oder ob sich die Trainer über den Ärger wegen der dann erhöhten Einkommensteuer lieber gleich auf die Couch legen.“

Meine Damen und Herren, das ist die Situation für viele Übungsleiter. Ich meine, das sollte auch ein Appell an den Finanzminister sein, noch einmal darüber nachzudenken, was hier möglich wäre, um den Übungsleitern ihre — wie ich meine — so wichtige Aufgabe zu erleichtern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wegen der vorgeschrittenen Zeit will ich hier einige Passagen meiner Rede kürzen. Ich möchte aber auf die Wechselbeziehung zwischen **Spitzensport und Breitensport** eingehen. Dazu muß hier auch gesagt werden: Unsere Fraktion verteuft in keiner Weise den Spitzensport. Wir sind der Meinung, daß es eine echte Verzahnung zwischen Spitzensport und Breitensport gibt und daß beide voneinander leben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Förderung des Vereinssports betrifft in gleicher Weise den Spitzensport wie den Breitensport. Für eine gedeihliche Entwicklung dieser beiden Bereiche ist es aber von entscheidender Bedeutung, wie der Sport für Kinder und Jugendliche im **Verein** und in der **Schule** — Herr Kultusminister! — gestaltet wird. Denn die erste Bekanntschaft mit sportlicher Betätigung machen die jungen Menschen in unserem Staat in der Regel in der Schule. Deswegen ist das eine unwiederbringliche Möglichkeit, junge Menschen für den Sport zu gewinnen,

(Beifall bei der F.D.P.)

so daß sie sich dann von sich aus weiter im Sport engagieren. Ich meine, dazu muß in der Schule ein Mindestmaß an körperlicher Betätigung gesichert sein. Wir sollten unseren Einsatz darauf abzielen, Herr Kultusminister!

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist gerade ein halbes Jahr her, daß Sie, Herr Minister, auf dem „**Tag des Schulsports**“ stolz verkündet haben — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Die Jahre, in denen berechtigterweise von einer Schulsportmisere gesprochen wurde, sind Vergangenheit.“

Das war in Kiel am 2. Oktober 1978. Es ist in der Tat einiges vorangebracht worden. Das will ich anerkennen. Der **Unterrichtsausfall** im Fach **Sport** hat sich verringert. Es sind in der Regel nur noch 10% Unterrichtsausfall — wenn ich den Zahlen in diesem Bericht glauben darf; davon muß ich ausgehen. Es liegt aber — wie ich von dem Leiter der wissenschaftlichen Abteilung beim Deutschen Sportbund weiß — auch noch eine Irreführung vor: Wir müssen natürlich sehen, wie der Unterricht gestaltet ist. Ich will das nur ganz kurz darstellen.

Der **Deutsche Sportbund** hat drei renommierte Ärzte beauftragt, einmal den Ablauf des **Sportunterrichts** zu beleuchten. Aus der Stellungnahme möchte ich nur einen Satz zitieren:

„Während einer 45minütigen Sportstunde sind unsere Kinder durchschnittlich nur zu 26% der Zeit tatsächlich körperlich in Bewegung.“

Das bedeutet — rechnet man das auf eine Woche um —, unsere Kinder und Jugendlichen in den Schulen sind pro Tag nur 4 Minuten körperlich in Bewegung, also sportlich tätig. Ich meine, daß das erschreckend

(Hadewig)

wenig ist. Wir sollten auch über diese wissenschaftliche Analyse des Deutschen Sportbundes einmal nachdenken, Herr Kollege Hahn!

Ich glaube, wir werden dem, wenn solche Unterlagen vorliegen, gemeinsam nachgehen müssen. Das sind Fragen, wie der Sportunterricht, Herr Kultusminister, sinnvoll organisiert wird, ob eine Sportstunde isoliert im Stundenplan liegen darf, ob nicht gerade hier eine **Verblockung** nötig ist, damit den einzelnen Kindern und Jugendlichen im Sportunterricht mehr aktive Zeit zuteil werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, große und ungerechtfertigte Unterschiede zeigen sich zwischen den Schularten. Einmal ist unter den allgemeinbildenden Schulen der größte Ausfall bei den **Sonderschulen** zu verzeichnen.

(Ruge [F.D.P.]: Besonders unangenehm!)

— Ja, ich meine, daß das hier auch hervorzuheben ist. Das ist wirklich ein Punkt, wo man Verbesserungen engagierter durchsetzen muß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich meine, es kennzeichnet auch die Situation, daß an den **Berufsschulen** — besonders an den Teilzeitberufsschulen — kaum **Sportlehrer** tätig sind. Ich meine, gerade die jungen Menschen, die in das Berufsleben hineinwachsen, brauchen neben ihrer körperlichen Tätigkeit im Beruf einen Bewegungsausgleich. Mehr Sport an den Berufsschulen wäre deshalb dringend nötig.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

In einer 18-Punkte-Resolution hat bekanntlich die **Landessportkonferenz** dazu einiges ausgesagt und aufgezeigt. Ich meine, hier müssen wir gemeinsam anpacken. Aber es war dazu auch in einem Kommentar im „**Flensburger Tageblatt**“ zu lesen — ich zitiere! —:

„Doch solange die Resolution nicht von Erlassen des Kultusministeriums abgestützt wird, werden alle Bemühungen, so ist zu befürchten, im Sande verlaufen.“

Ich glaube, das ist eine berechtigte Befürchtung. Wir sollten den Herrn Kultusminister ermahnen, hier insofern vorstellig zu werden, daß sich etwas beim Schulsport bessert.

Gerade leuchtet das rote Licht auf dem Pult vor mir auf; daraus kann ich entnehmen, daß ich meine Ausführungen noch ein bißchen straffen muß. Ich werde mich nur noch auf einige wenige Punkte beschränken, Herr Präsident! Ursprünglich waren für mich ja 20 Minuten Redezeit ausgewiesen worden.

Meine Damen und Herren, wir hatten darauf gedrängt, daß der **Landessportstättenrahmenplan** so schnell wie möglich fortgeschrieben wird. Ich habe aufgezeigt, daß die ursprünglichen Daten für diesen Sportstättenrahmenplan aus dem Jahre 1970 stammen. Es gab also, Herr Kollege Hahn, auch Probleme

— ich erinnere insoweit an die Debatte vom letzten Mal — auf kommunaler Ebene, das alles zusammenzutragen. Darin gebe ich Ihnen recht. Nur sind jetzt fast über acht Jahre vergangen, und ich meine, daß es nunmehr an der Zeit ist, konkret eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und eine **Fortschreibung** voranzubringen.

Ich höre und lese mit Freude — das wird auch in diesem Bericht angegeben —, daß auf diesem Gebiet schon einiges im Gange sei. Ich meine, dieser Landessportstättenrahmenplan sollte aber insgesamt im Lande in Kooperation mit dem Landessportverband, mit den kreisfreien Städten und den Kreisen, den Kreissportverbänden sowie den Gemeinden und Vereinen durchgeführt werden. Wir sollten hier jetzt endlich die Initiative für eine solche Generalbestandsaufnahme und Fortschreibung ergreifen.

Meine Damen und Herren, abschließend haben wir in dem Berichtsantrag gefordert, daß die Landesregierung Aussagen darüber machen solle, welche künftigen Regelungen in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsschriften geplant sind. Hinsichtlich der Gesetze haben wir natürlich keine Auskunft bekommen. Ich habe schon das letzte Mal gesagt, daß ein Bundesland nach dem anderen langsam anfängt, **Sportgesetze** zu erlassen. Herr Kollege Hahn, hierzu kann ich Ihnen noch einmal sagen: Auch in Berlin ist ein Sportgesetz verabschiedet worden, und die F.D.P. hat dieses Sportgesetz entscheidend mitgeprägt;

(Hahn [CDU]: Ja, jetzt! Sehr schön!)

anschließend hat sie dieses Gesetz zusammen mit der SPD beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Frage der **steuerlichen Belastung** gerade der kleinen **Vereine** möchte ich noch hervorheben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben im Landtag zwei wesentliche, von der F.D.P. initiierte sportpolitische Debatten gehabt. Wir haben aber bei der Debatte über Holstein Kiel außer acht gelassen, daß es viele kleinere und mittlere Vereine gibt, die beträchtliche finanzielle Probleme haben.

Ich möchte aus einem Artikel der „**Kieler Nachrichten**“ vom 9. März 1979 mit der Überschrift „Die Steuer hat den Sport fest im Griff“ zitieren. In diesem Artikel wird der **Landessportverbandspräsident** zitiert:

„Deutliche Worte richtete der LSV-Präsident in diesem Zusammenhang an die Finanzbehörden: ‚Wenn wir unsere Vereine stärken wollen, werden wir darum bemüht sein müssen, daß die ehrenamtlichen Kräfte nicht durch kleinkarierte Prüfungsverfahren der Finanzbehörden zur Resignation gezwungen werden.‘“

Ich meine, das sind deutliche Worte.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Der Herr Finanzminister sollte sich das zu Herzen nehmen.

(Hadewig)

Ich will mir einige andere Zitate aus diesem sehr kritischen Bericht ersparen, aber es wird dort aufgezeigt, daß das nicht nur die Schuld der verfehlten Finanzpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung ist, wie manche behaupten, sondern daß es hier, Herr Kollege Asmussen, genügend Spielraum für die Finanzminister in den Ländern gibt. Es wird auch die Einstellung des NRW-Finanzministers Posser aufgezeigt, der gerade für **Amateursportvereine** einen Rund-erlaß herausgegeben hat, um ihnen finanziell behilflich zu sein. Ich meine, unser Finanzminister sollte sich hier einmal eine Scheibe abschneiden.

(Latendorf [CDU]: Nur: Darüber hat der Landessportverbandspräsident kein Wort gesagt!)

— Das ist richtig, aber trotzdem ist hier die Landesregierung aufgerufen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Der Herr Kultusminister hat zu Anfang seiner Ausführungen gesagt, die erfolgreiche Sportpolitik in unserem Lande sei ein Verdienst der Landesregierung. Dem muß ich entgegenhalten, daß die **Entwicklung des Sports** durch das Zusammenwirken aller Kräfte des Landes, der Kreise, der Gemeinden, der im Sport ehrenamtlich Tätigen weiter fortgeschritten ist. Ich meine, es ist wichtig, das zu betonen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Daß wir im Sport so gut vorangekommen sind, ist nicht ein Verdienst der Landesregierung allein — das möchte ich noch einmal bekräftigen —,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

sondern die Sportpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe gewesen und wird es auch in Zukunft bleiben. Nur wenn wir diese Aufgabe gemeinsam anpacken und sich nicht einzelne hervortun, wird dem Sport gedient. Darüber müssen wir uns einig sein.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Hahn!

Hahn [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute die Vorstellungen der CDU-Fraktion darstellen. Ich bin dankbar, daß ich zu einem Thema sprechen darf, bei dem wir uns in diesem Hause noch sehr viel Gemeinsamkeit bewahrt haben.

(Beifall)

Herr Kollege Hadewig, ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn Sie den Herrn Finanzminister ansprechen; nur: Ich darf Ihnen sagen, daß der Finanzminister dieses Landes im Bundesrat initiativ geworden ist und daß die erste Lösung in der sehr schwierigen Frage der **Übungsleiter** und eines entsprechenden Freibetrages

von diesem Lande ausgegangen ist. Das, glaube ich, begrüßen wir alle miteinander.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hadewig, Sie haben auch davon gesprochen, die Fortschritte in der **Sportpolitik** seien nicht allein das Verdienst der Landesregierung. Nein, es ist die Leistung aller. Als alter Parlamentarier, der zwölf Jahre in diesem Lande Sportpolitik betrieben hat, darf ich Ihnen sagen: Hätten wir diese Landesregierung nicht gehabt, hätten wir nicht die Anreize bekommen, die wir im Parlament durch die Bereitstellung der Haushaltsmittel erreicht haben.

(Hadewig [F.D.P.]: Na, na!)

Ich möchte noch einmal sagen, daß ich der Landesregierung und dem Kultusminister außerordentlich dankbar dafür bin, daß wir unser gemeinsames Bemühen um den Sport auch zu Erfolgen bringen können. Die CDU-Fraktion bekennt sich zum Sport, der für uns eine besonders hohe Priorität besitzt. Das gilt nicht nur für Sonntagsreden, sondern auch in der praktischen Politik.

Ich will nicht die eindrucksvollen Zahlen wiederholen. Aber lassen Sie mich sehr deutlich die großen Erfolge des Landes, der Kreise und der Gemeinden beim **Sportstättenbau** im Lande Schleswig-Holstein herausstellen. Dabei beziehe ich die, wie ich sagen muß, mutige Entscheidung des Kultusministers ein halbes Jahr nach seinem Dienstantritt mit ein, auf unser gemeinsames Bitten hin bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß sie beim Sportstättenbau nicht nur die schulischen Probleme, sondern auch gleichrangig die Probleme der Vereine berücksichtigen möge.

Wir haben in diesem Lande im Einvernehmen mit dem Landessportverband gemeinsam mit den Kommunen und den Kreisen eine Lösung gefunden, die ich für außerordentlich sinnvoll halte: Das Land bezuschußt über den Landessportverband die hauptamtlichen Sportlehrer, während die Kommunen und die Kreise die ehrenamtlichen Sportlehrer bezuschussen. Wir bekennen uns zu der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen und das im Haushalt zum Ausdruck zu bringen, während die Verteilung in der Eigenverantwortung des Sports gelassen wird. Das bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe. Ich glaube, alle Fraktionen dieses Hauses wollen nicht in den Sport hineinregieren. Wir wollen gegenseitig Vertrauen schaffen.

Die letzte große Kontroverse über die Sportpolitik hatten wir in diesem Hause vor fast zehn Jahren, als es darum ging, als **Zuschuß** des Landes pro Mitglied eine DM zu zahlen. Wir haben es damals in einer Kampfabstimmung durchgesetzt. Ich bin glücklich darüber, daß diese Regelung heute von allen Fraktionen dieses Hauses gemeinsam getragen wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich verkürze meine Ausführungen um einen wesentlichen Teil, weil ich unseren Freund Herrn Sierks noch in Plattdötsch hören möchte. Lassen Sie mich mit drei Gedankengängen abschließen. Die ständig wach-

(Hahn)

senden Aufgaben der Sportvereine führen zwangsläufig dazu, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen. Dazu gehört auch die Kompetenz des Landessportverbandes, für seine Kreissportverbände und für seine Fachverbände **Spendenbescheinigungen** auszustellen. Natürlich gibt es heute die Möglichkeit, über Kreise und Städte eine solche Spendenbescheinigung zu erhalten. Es gibt andererseits aber viele Freunde und Anhänger von Sportvereinen, die gern bereit wären, finanziell zu helfen, die jedoch den Weg in der jetzt gültigen Form aus unterschiedlichen Gründen nicht wollen. Ich begrüße, daß am 1. März von unserem Bundesfachausschuß Sport der Antrag formuliert worden ist, den gemeinnützigen Sportvereinen die Spendenbescheinigungskompetenz bis zu einer Obergrenze von 600 DM je Spender zu gewähren. Ich hoffe, daß das von allen Parteien im Deutschen Bundestag getragen wird.

Zum zweiten Bereich! Es ist ein Problem, mit dem sich Sport und Politik gleichermaßen befassen müssen, nämlich die Frage der **Ausbildung**, aber auch der **Honorierung** von **Übungsleitern**. Sie, Herr Kollege Hadewig, haben das auch angesprochen. In den Kreisen werden unterschiedlich hohe, insgesamt aber doch erfreuliche Zuschüsse für die Bezahlung von Übungsleitern zur Verfügung gestellt. Ein Problem ist jedoch noch nicht endgültig gelöst. Es hat keinen Zweck, daß die öffentliche Hand auf der einen Seite Übungsleiter bezuschußt, wenn sie sich auf der anderen Seite einen nicht unbedeutenden Teil dieses Geldes über den Weg der Besteuerung wieder hereinholt.

Hier müssen Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, daß bei den nebenberuflich tätigen Übungsleitern ein höherer Freibetrag zur Verfügung gestellt wird, wie das für freiberufliche wissenschaftliche Tätigkeiten zum Beispiel möglich ist und wie das im übrigen auch für den Sportunterricht an Volkshochschulen gegeben ist. Ich halte es für ein gutes Omen, daß diese Dinge auch in den gemeinschaftlichen Gesprächen zwischen Bund und Ländern in der Diskussion sind.

Ich begrüße es, daß der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein hier die Initiative mit anderen zusammen ergriffen hat, und ich begrüße auch, daß der Bundesfachausschuß Sport der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Vorschlag gemacht hat und ihn jetzt in Bonn einbringen wird, daß man jährlich einen steuerfreien Betrag von 3600 DM für Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Übungs-, Organisations- und Jugendleiter einführen will.

Lassen Sie mich mit einem dritten Problem abschließen. Der Landessportverband bemüht sich in den letzten Jahren, die **Zusammenarbeit** zwischen **Schule** und **Sport**, aber auch zwischen **Hochschule** und **Sport** zu intensivieren. Es ist erfreulich, daß die vorhandenen Sportstätten in immer größerem Maße gemeinsam von Schule und Sportvereinen genutzt werden und daß das vorbildliche Sportforum der Universität Kiel auch für den Vereins- und Verbandssport zur Verfügung steht. Dieses Sportforum, meine Damen und Herren, kann aber eine weitere Auslastung zum Wochenende vertragen. Hierzu plant der Landes-

sportverband die Schaffung einer Unterbringungsmöglichkeit für Lehrgänge auf verschiedenen Gebieten. Wenn ich richtig informiert bin, unterstützen alle Fraktionen dieses Hauses ein solches Vorhaben.

Wir als CDU-Fraktion teilen die Auffassung des Landessportverbandes, daß diese Unterbringungsmöglichkeiten in seine Regie genommen werden müssen und daß gleichzeitig damit ein Haus des Sports errichtet werden sollte; denn die wachsende Belastung der ehrenamtlichen Führungskräfte des Sports zwingt zu einer Konzentration der Verwaltungsarbeit. Sie ist aber nur gewährleistet, wenn man diese Verwaltungsarbeit auch konzentriert an einer Stelle leisten kann. Wir müssen durch solche Maßnahmen verhindern — das ist wieder unsere gemeinsame Aufgabe —, daß die ehrenamtlichen Kräfte des Sports durch die wachsenden Verwaltungsaufgaben zu resignieren beginnen. Die CDU-Fraktion erkennt die Leistungen der Sportverbände und Vereine dankbar an. Sie hat sich bemüht, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten hier wesentliche Hilfestellung als Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Ich hoffe, daß in dieser Sportdebatte nicht nur ein großer Teil Gemeinsamkeit der Demokraten praktiziert wird, sondern daß wir uns auch für die Zukunft für diesen Sport gemeinsam einsetzen werden.

Ich darf mit einem sehr herzlichen Dank an jene vielen Männer und Frauen schließen, die sich in Schleswig-Holstein für die Sportbewegung einsetzen und die durch ungeheuer viel Arbeit — die nur sehr gering durch staatliche Zuschüsse vergütet wird, um das einmal zu sagen — und erfolgreiches Bemühen nicht nur Leistungen zu bringen versucht haben, sondern wirklich gebracht haben. Lassen Sie uns dafür sorgen, daß das partnerschaftliche Verhältnis weiter bestehen bleibt! Wollen wir gemeinsam helfen, ohne in den Sport hineinzudirigieren! Das ist unsere Auffassung, und ich bin davon überzeugt, daß wir uns da gemeinsam treffen können.

Lassen Sie mich mit einem Satz schließen, und der ist so ehrlich gemeint, wie ich ihn sage: Wir haben in dieser Legislaturperiode in den Haushaltsberatungen keine Anträge auf Erhöhung der Mittel für den Sport gehabt. Ich glaube, das ist auch ein gutes Zeichen dafür, daß wir uns redlich bemüht haben, das Menschenmögliche zu schaffen; aber Wunder konnten auch wir nicht vollbringen.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Frank!

Frank [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen für die SPD-Fraktion die Stellungnahme zum **Sportbericht** geben, der hier durch die Landesregierung vorgelegt worden ist. Eigentlich möchte ich sagen: Über Sport spricht man nicht viel, Sport betreibt man!

(Beifall)

(Frank)

Trotzdem will ich die Gelegenheit nehmen, auf der Grundlage dieses Berichts zu einigen Schwerpunkten Stellung zu nehmen; ich werde aber keine durchgehende Betrachtung dieses Berichts vornehmen.

Zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen für die Fraktion der Sozialdemokraten über den Sport! Sport, Freizeit und Erholung waren in der 115jährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie stets wesentliche Bestandteile unserer Politik. Die SPD bekräftigt im Blick auf alle Bürger: Sport ist ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaftspolitik, er trägt zu mehr Lebensqualität bei und leistet einen Beitrag zu einem sozialen und gerechten Bildungs- und Gesundheitssystem.

Die SPD hat nicht die Absicht, sich den Sportlern als Lehrmeister aufzudrängen oder vorzustellen. Wir suchen das Gespräch und möchten sowohl unsere Bereitschaft als auch unsere Fähigkeit erweisen und auf die Probe stellen lassen, für den Sport zu leisten, was dem Sport gebührt.

(Beifall bei der SPD)

Für uns Sozialdemokraten hat Sport einen Anspruch auf eine allseitige staatliche und gesellschaftliche Förderung. Nach unserer Überzeugung helfen Spiel und Sport, die **Gesundheit** und die Leistungsfähigkeit der Bürger zu fördern und zu erhalten. Spiel und Sport tragen zur Erziehung und Bildung der Menschen bei und vermitteln in Schule, Vereinen und anderen Gemeinschaften soziale Grunderfahrungen und ermöglichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte bekräftigen: Spiel und Sport sind wesentliche Faktoren besonders in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, in Kindergärten und Schulen, Bildungs- und Ausbildungsstätten.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Deshalb sieht es die SPD als erforderlich an, unvermindert weitere Möglichkeiten zu schaffen, damit für unsere jungen Mitbürger die Voraussetzungen gegeben sind, den Sport unter Berücksichtigung ihrer individuellen Interessen und unterschiedlichen Voraussetzungen als Bestandteil einer aktiven und gesundheitsbewußten Lebensgestaltung zu nutzen.

Vier Problembereiche aus dem vorliegenden Bericht möchte ich kurz beleuchten, und zwar den Schulsport, den Sport als Teil der beruflichen Bildung, Hochschule und Sport sowie Partnerschaft im Sport.

Lassen Sie mich zunächst einige Ausführungen über den **Schulsport** machen, weil uns dieser besonders am Herzen liegt. Ich denke, daß es nach wie vor großer Anstrengungen aller Beteiligten bedarf, um das Angebot im Schulfach Sport in Qualität und Quantität zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Das Übel beginnt bei der Stundenzahl, die dem Sport in der Schule überhaupt nur zugestanden wird; es setzt sich fort bei dem Mißverhältnis zwischen den geordneten Sportstunden einerseits und den angebote-

nen und am Ende tatsächlich gehaltenen Übungsstunden andererseits. Ein Grund dafür ist ganz sicher auch der Mangel an ausgebildeten Sportlehrern.

Meines Erachtens wäre es nicht zu akzeptieren, wenn die sogenannten Zwei-Fach-Lehrer, die zum Beispiel Sport und Mathematik studiert haben, bei schulinternen Engpässen ungleichgewichtig und zu Lasten des Schulsports eingesetzt werden, weil sich bei manchen Schulleitern offenbar die Erkenntnis über die Bedeutung des Sports und das Recht der Schüler auf Schulsport noch nicht durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Der kürzlich in Kiel erstmals proklamierte „Tag des Schulsports“ hat nach unserer Einschätzung dazu beigetragen, die in den letzten Jahren unbestreitbar erzielten Verbesserungen deutlicher als bisher herauszustellen. Andererseits bestätigt die Entwicklung die Notwendigkeit, unvermindert um die Verbesserungen der strukturellen und qualitativen Bedingungen des Bildungssystems bemüht zu bleiben. Dies trifft ganz sicher auch für den Teilbereich Sport zu, wobei der Sportstättenbau und die Deckung des Bedarfs an Sportpädagogen, Sportwissenschaftlern und Dozenten im Schul- und Hochschulbereich im Mittelpunkt stehen sollten.

Es ist wohl richtig, daß überall dort das Niveau des Schulsports merklich gestiegen ist, wo die Schulen mitsamt ihren Neigungs- und Leistungsgruppen, Schulsportgemeinschaften und Pädagogen mit den Sportvereinen und deren Mitarbeitern sowie den anderen außerschulischen Trägern des Sports vertrauensvoll und engagiert zusammenarbeiten. Durch die Ausweitung des außerschulischen Sports können sich spürbare Verbesserungen für die Situation des schulischen Sports insgesamt ergeben. Auf diese Weise läßt sich noch am ehesten die berechnete Forderung nach täglicher Spiel- und Sportzeit für Kinder und Jugendliche verwirklichen.

In Kindergärten und Schulen können und sollen die sportlich-spielerischen Grundlagen geschaffen und die Fähigkeiten der Kinder entwickelt werden, die als Anstöße für dauerhafte Teilnahme am außerschulischen Sport und vor allen Dingen am **Vereinssport** wirken. Es muß eine Art „sportliches Verbundsystem“ praktiziert werden, das den Kindern und Jugendlichen ein hohes Maß ansprechender Sportmöglichkeiten im schulischen und außerschulischen Bereich bietet.

Man muß bei Kindern und Jugendlichen die Motivation wecken, daß sie sich über die Schulzeit hinaus durch eigene Aktivität, freiwilliges Training, wie man so schön sagt, fit halten und gesund halten. Daß diese Motivation bei der jungen Generation fast überall vorhanden ist, zeigen die enormen Mitgliederzahlen in den Sportvereinen, die übrigens mancherorts — das darf hier auch sicherlich festgestellt werden — keine Schmeicheleien für die Leistungen der Schule im Fach Sport darstellen.

Motivation und Begeisterung für den Sport zu wecken, fällt uns um so leichter, je mehr wir mit dem Sport — das ist eigentlich das entscheidende — Spiel,

(Frank)

Freude und Spaß verbinden. Der Schulsport soll ja die Bereitschaft wecken, sich im späteren Leben aus eigenem Antrieb sportlich zu betätigen und sich, meine ich auch, in Form zu halten.

Aber ich denke, zum Schulsport gehört eben auch ganz entscheidend die Erziehung zur Kameradschaft, zum Gemeinschaftssinn, zur Solidarität, dazu gehört die Erziehung zur Fairneß, zur Einhaltung verbindlicher und notwendiger Spielregeln. Ich denke, daß eine solche Erziehung, die an den Schulen vielfach heute vermittelt wird, mit dem Schulfach Sport sehr viel besser geleistet werden kann als vergleichsweise etwa in den naturwissenschaftlichen und fremdsprachlichen Fächern. Ich glaube, daß dieser Beitrag das Fach Schulsport zur Erziehung junger Menschen unerlässlich macht.

An unseren Schulen besteht heute die Gefahr, daß Konkurrenzbewußtsein, Ellenbogendenken, Sollerfüllung und Streß zu früh beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es für schlimm, daß unsere Kinder in empfindlicher Weise erfahren müssen, daß es künftig mehr auf Punkte und Zehntelnoten und weniger auf den Charakter ankommt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es gibt sehr viele **Sportanlagen**, die meines Erachtens für den Schulsport errichtet worden sind, aber nicht ausreichend genutzt werden können, weil es an Absprachen zwischen Vereinen und Schule sowie Gemeinden und Städten fehlt. Hier könnte nach meiner Auffassung noch sehr viel mehr Effektivität insgesamt erreicht werden. Ich will den Hausmeistern und auch den Lehrern ihre Ferien oder ihren Feierabend nicht absprechen, aber die Ferien und die Hausmeister können kein Grund dafür sein, daß viele für den Schulsport geschaffene Sportstätten drei Monate im Jahr leerstehen und ungenutzt bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, daß die Vereine und Verbände keiner einzigen Gemeinde es hinnehmen sollten, daß für den Schulsport geschaffene Einrichtungen in der Zeit, in der kein Schulunterricht stattfindet, leer und ungenutzt bleiben. Das ist, meine ich, Vergeudung!

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Ich möchte abschließend zum Punkt Schulsport feststellen: Der Schulsport — das steht auch im Bericht zu lesen — ist in unserem Lande keineswegs optimal. Wir fordern daher eine Realisierung der hier aufgestellten Fernziele. Die jungen Menschen haben ein Anrecht auf das Schulfach Sport. Die festgestellten Mängel sollten so schnell wie möglich abgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum zweiten Punkt, Sport als **Teil der beruflichen Bildung**. Mehr als 80 % aller Jugendlichen zwischen dem 15. und dem 18. Lebensjahr — das sind ungefähr 1,5 Millionen Menschen — treten nach Be-

endigung der Haupt- oder Realschule eine Berufsausbildung an und besuchen die Berufsschule. Für 60% dieser jungen Menschen ist dieser Unterricht an der Berufsschule Teilzeitunterricht. An den meisten berufsbildenden Schulen und Ausbildungsstätten gibt es — selbstverständlich bis auf wenige Ausnahmen — praktisch keinen regelmäßigen Sportunterricht. Dieser unhaltbare Zustand muß schnellstmöglich behoben werden.

Es ist ja auch eingehend im Bericht dargestellt, daß alle Anstrengungen unternommen werden sollten. Wir fordern dazu: Um die Gleichstellung der berufsbildenden Schulen mit den übrigen Schulen zu erreichen, müssen bei allen Neubauten die Sportstätten im ersten Bauabschnitt verbindlich mit geplant werden.

(Beifall bei der SPD)

Bei bestehenden Schulbauten ohne Sportstätten sollen diese durch Sonderprogramme, möglichst mit Beteiligung des Bundes, erstellt werden. Auch hier gibt es Bundesregelungen, die das in der Finanzierung mit zulassen.

Die Stundentafeln für den Unterricht an **berufsbildenden Schulen** sollten vorsehen, daß bei Vollzeitunterricht drei Stunden und bei Teilzeitunterricht an zwei Schultagen zwei Stunden Sportunterricht gegeben werden. Bei Teilzeitunterricht an einem Tag soll mindestens eine Stunde Sportunterricht gegeben werden. Auch hier sind die Vertragspartner aufgefordert, sich dieser Aufgaben anzunehmen und darauf hinzuwirken, daß solche Lösungen möglich werden.

Einige Anmerkungen zum Bereich **Hochschule und Sport**. Im Hochschulrahmengesetz des Bundes steht, daß die Hochschulen in ihrem Bereich den Sport zu fördern haben. Daraus ergeben sich neue Aufgaben: Angebote, besonders im Bereich des Ausgleichssports, sind eine wichtige Ergänzung zu den Angeboten der Hochschule. Die Aus- und Weiterbildung von **Sportlehrern** ist eine Hauptaufgabe der Hochschule. Die Angebote dafür sollten so weiterentwickelt werden, daß jetzt noch bestehende Defizite abgebaut werden können.

Auf zwei Gebieten gibt es große Ausbildungsdefizite, und zwar erstens im Bereich der Ausbildung von Sportlehrern an berufsbildenden Schulen, um damit auch zur Verringerung des gegenwärtigen Lehrermangels in diesem Bereich beizutragen, und zweitens im Bereich der Ausbildung von Sportlehrern für Behinderte, um damit eine Verbesserung des Sportunterrichts in sonderpädagogischen Einrichtungen zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem sollten verstärkt Lehrgänge angeboten werden, durch die Sportlehrer an Schulen und Fachkräfte der Verbände und Vereine mit dem neuesten Stand von Forschung und Lehre im Bereich des Sports vertraut gemacht werden.

Zum Punkt **Partnerschaft im Sport**. Die auffallendste Folgeerscheinung ist das unaufhaltsame Anwachsen der Mitgliederzahlen in den Vereinen, denen mittlerweile 20% der Bevölkerung angeschlossen sind. Auch

(Frank)

die Zahl derer, die entweder auf eigene Faust still für sich Sport treiben, sich an Maßnahmen der Sportorganisationen oder -vereinen für Außenstehende beteiligen oder auch von privaten und kommunalen Angeboten zur Sportausübung Gebrauch machen, steigt unaufhörlich an. Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahlen steht die immer mehr zunehmende Unterteilung der Betätigungswünsche und Angebote in unmittelbarem Zusammenhang. Die Palette des Sports ist bunter und wesentlich reichhaltiger geworden. Bis vor wenigen Jahren nur in geringem Umfang betriebene Sportarten haben sich schnell entwickelt.

Dieser Prozeß veränderte sowohl das Gefüge des Sports als auch die Struktur der Vereine. Wir stehen also alle in einer politischen Aufgabe und können insgesamt stolz darauf sein, wie unsere Sportbewegung jährlich um Hunderttausende neuer Mitglieder wächst. Zum Beispiel müssen bis zum Jahre 1985 dafür 95000 ehrenamtliche Übungsleiter und 60000 ehrenamtliche Mitarbeiter gefunden werden, um diese Dinge zu ermöglichen. Es gibt keinen Zweifel, daß sich immer wieder Menschen bereitfinden, solche ehrenamtlichen Aufgaben zu übernehmen, solange wir dem einzelnen Helfer nicht zu viel Last aufbürden.

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob wir auch die **Sportstätten** haben, die wir für alle Sportarten brauchen. Der Bedarf an Sportstätten ist trotz des großartigen Ergebnisses — das muß hier festgestellt werden — des „Goldenen Plans“ aber nicht ganz erfüllt.

Die Trimm-Dich-Welle hat einen neuen Bedarf sichtbar gemacht. Alles Notwendige muß geschehen, damit eine gleichmäßige Versorgung mit Sportstätten gewährleistet wird. Wir sehen ein, daß dabei heute selbstverständlich wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind. Um so mehr gilt es für die öffentlichen Hände, für den Sport das Mögliche auch wirklich möglich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sportpolitik, wie sie aus der Sicht der Vereine und Verbände gesehen wird, ist konkret auf das Anrecht des Bürgers auf Sport in seinen vielfältigen Erscheinungsformen ausgerichtet. Wir fordern daher von der öffentlichen Hand die direkte und unbürokratische Hilfe für unsere Vereine, und hier gerade, so meine ich, für die kleineren und mittleren.

(Beifall bei der SPD)

Die Sportvereine sind die wichtigsten Träger des sportlichen Freizeitens. Sozialdemokraten sind verlässliche Partner der Vereine. Sportförderung ist eine verpflichtende Aufgabe für uns, die wir partnerschaftlich sehr ernst nehmen. Die langfristige Planung von Sportstätten und Sportangeboten ist wesentlicher Bestandteil kommunaler Sportförderung aus unserer Sicht. Angesichts der noch ständig steigenden Zahl der Bürger, die Sport treiben wollen, muß der Sportstättenbau auch in Zukunft mit hoher Priorität fortgesetzt werden. Dabei darf der schulische Bedarf nicht allgemeiner Maßstab allein bleiben. Wir wissen, daß auf der kommunalen Ebene künftig verstärkt familienge-rechtes Sporttreiben in den Mittelpunkt des Sportangebotes treten muß.

Diese Auffassung muß auch bei der Auslegung der **Gemeinnützigkeit** der Sportvereine volle Berücksichtigung finden. Was im Hinblick auf die Steuern gesagt worden ist, darf ich dabei unterstreichen, ohne es hier zu wiederholen.

Ein gutes partnerschaftliches Verhältnis zwischen der Gemeinde und dem Sportverein ist die Voraussetzung für das sportliche Wirken aller im Sport Tätigen. Das große Engagement aller dieser Ehrenamtlichen in der Sportarbeit, der tätigen Betreuer, Übungsleiter, Helfer, Trainer und Vorstandsmitglieder für einen großen Kreis von Mitbürgern kann nicht hoch genug hervorgehoben werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ohne diesen Einsatz, den wir finanziell kaum erfassen können, wäre die Durchführung des außerschulischen Sports nicht denkbar, ja überhaupt nicht möglich. Diese **Eigenleistung** der Sportler, die letztlich eine ganz persönliche des einzelnen ist, übersteigt bei weitem die **öffentliche Sportförderung**.

Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich allen für den Sport Tätigen Dank und Anerkennung meiner Fraktion für den beispielgebenden Einsatz zum Wohle der Jugend und der Allgemeinheit.

(Beifall bei der SPD)

Darin möchte ich selbstverständlich eingeschlossen wissen den Landessportverband und die Kreissportverbände sowie die Landesfach- und die Kreisfachverbände.

Der Sport hat eine gemeinschaftsbildende Kraft. Es ist eine Tatsache, daß der Sport uns auf eine ganz natürliche Weise verbindet und uns mitmenschliche Beziehungen bietet; das hat sich von den Psychologen des Sportes ganz sicher feststellen lassen. In der Mannschaft, der Trainingsabteilung, im Wettkampf oder in der Vereinsarbeit lernt man, daß Toleranz, Fairneß, Achtung vor dem anderen, Hilfe und die Bereitschaft zum Kompromiß das Zusammenleben der Menschen erst möglich machen. In unserer Zeit der Überschätzung des **Leistungssportes** vergißt man zu leicht, daß die eigentliche Absicht von Spiel und Turnen und Sport nicht die Sensation, sondern die Freude und der Spaß sind. Daß dies so bleiben möge, dafür — das darf ich wohl feststellen — sollten wir alle gemeinsam eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lemke:

Wir haben also den Bericht zur Kenntnis genommen und uns allgemein beim Sport und bei allen, die dort tätig sind, bedankt.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich finde, das das ein guter Ausklang ist.

Wir wollen jetzt gern den Raumordnungsbericht in fünf bis sieben Minuten entgegennehmen, Herr Stojan, und dann haben wir noch Zeit für sechs Wortmeldungen zu je fünf Minuten zur niederdeutschen

(Präsident Dr. Lemke)

Sprache, so daß wir also den Termin einhalten können. Wenn Sie so freundlich sind, sich an diese Direktive zu halten!

Ich rufe also zunächst Punkt 29 der Tagesordnung auf:

Raumordnungsbericht 1978 der Landesregierung Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 8/1596

Bericht und Beschlußempfehlung des Landesplanungsausschusses

Drucksache 8/1956

Bitte schön, Herr Abgeordneter Stojan!

Stojan [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf für den Landesplanungsausschuß über die Beratung des Raumordnungsberichtes 1978 der Landesregierung, Drucksache 8/1596, berichten und wegen der fortgeschrittenen Zeit darauf hinweisen, daß dieser Bericht mit den Fraktionen abgestimmt ist. Der Bericht liegt im Druck vor. Ich kann es mir darum ersparen, im einzelnen darauf einzugehen.

Ich bitte für den Landesplanungsausschuß, entsprechend dem einstimmigen Beschluß des Landesplanungsausschusses den Raumordnungsbericht 1978 der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Sie gestatten mir, daß ich für die Mitglieder des Landesplanungsausschusses in ihrer Gesamtheit allen Dank sage, die die Arbeit des Landesplanungsausschusses in den vergangenen vier Jahren erleichtert haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf auch den Kollegen des Landesplanungsausschusses Dank für die gute Zusammenarbeit sagen, auch wenn in der Sache hart gekämpft wurde. Kollege Latendorf, das, was für den Agrarausschuß hier immer festgestellt wird, darf man nach meiner Meinung für die vergangenen vier Jahre auch für den Landesplanungsausschuß feststellen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Dr. Lemke:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stojan, für diesen kurzen Bericht. Ich stelle fest, daß wir von dem Bericht Kenntnis genommen haben.

Ich rufe jetzt Punkt 27 der Tagesordnung auf:

Niederdeutsches Sprachgut

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 8/1533

Bericht und Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses

Drucksache 8/1930

Bitte, Herr Abgeordneter Harms (Heede)!

Harms (Heede) [SPD]:

An'n 7. Februar harr de Utschuß Beseuk von'n Rundfunk. Fru Irmgard Harder wär dor. Se hett mit uns Abgeordneten in'n Utschuß över Möglichkeiten schnackt, wie de Rundfunk noch mehr för dat Plattdütsche don kann. Dorbi meen se, dat man keeneen zwingen schull, düsse oder jene Spraak to schnacken. Jedereen schull so schnacken, as em dat gefallen un as de Gelegenheit dat fordern deit. Se sülsen hett sick dor ook an holen. Mitünner schnackt se Plattdütsch, un middenmang in'n Satz wesselt se över und spricht Hochdeutsch.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Frau Harder hat recht. In diesem Gespräch wurden vielfältige Möglichkeiten erörtert, wie die Chancen des Rundfunks und des Fernsehens vergrößert werden könnten, das Plattdeutsche zu fördern. Dabei war man sich einig, man muß vor allem diejenigen erreichen, die noch von sich aus platt sprechen. Die Förderung der Sprache allein durch diejenigen, die es heute chic finden, platt zu sprechen oder zu singen, muß scheitern.

Übereinstimmend wurde ebenfalls festgestellt, daß im Rundfunk heute häufig das Engagement des einzelnen ausschlaggebend dafür sei, was gesendet werde. Hier sollte man vielleicht einmal deutlich darauf hinweisen, daß im **Funkhaus Kiel** die Redaktion für das Plattdeutsche aus einer Mitarbeiterin besteht, nämlich aus Frau Harder. Vielleicht sollte ich darauf hinweisen, daß mein vorher an die Presse gegebener Text eine mißverständliche Formulierung enthält. Die Redaktion besteht also aus einer Mitarbeiterin, und wer diese Ziele erreichen will — darüber hatten wir uns im Ausschuß verständigt —, der muß dann auch bereit sein, über eine mögliche personelle Verstärkung nachzudenken.

Auch auf den **Schulfunk** sei von Kiel aus wenig Einfluß zu nehmen. Frau Harder beschrieb ausführlich die Möglichkeiten über die im Programm für Plattdeutsches, aber auch für die Tradierung **niederdeutschen Kulturguts** vorgesehenen Sendungen „Hör mal'n beten to“, „Von Binnenland und Waterkant“ und „Land und Leute“, sowie auch der plattdeutsche Morgengottesdienst; wenn das Plattdeutsche — wie es in unserem Antrag steht — mehr Platz in Funk und Fernsehen kriegen soll, dann müssen alle Beteiligten und alle Verantwortlichen darauf hinwirken und auch die institutionellen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen.

Vorher schon hatte sich der Ausschuß in zwei Sitzungen ausführlich mit den anderen Punkten in dem vom Plenum am 10. Oktober 1978 überwiesenen Antrag beschäftigt. Von der Landesregierung hatten wir sehr engagierte Gesprächspartner in den Herren Schumacher und Schäfer sowie in den Vertretern der zuständigen Abteilung, den Herren Carstensen und Scheel. Zu den Beratungen im Ausschuß waren außerdem die Sprecher der Fraktionen aus der ersten Lesung eingeladen, und zwar die Herren **Renneburger, Ketels und Möller**.

(Harms (Heede))

Wir waren uns alle einig, daß das mit dem Plattdeutschen in der Schule nicht sonderlich gut bestellt sei. Was in der **Schule** gemacht wird, hängt entscheidend vom Engagement des einzelnen Lehrers ab, und dies wiederum hängt auf's engste mit der Lehrerbildung zusammen. Man war sich einig, daß im Rahmen des möglichen einiges getan werde, daß aber noch viele Möglichkeiten da seien, mehr und Besseres zu tun.

Deshalb wird dem Landtag in dem Antrag, den ich zur Beschlußfassung vorlege, vorgeschlagen, die Landesregierung aufzufordern, weiterzuhelfen. Auch für die Schule bieten sich die besten Chancen dort, wo das Plattdeutsche noch seine Heimat hat.

Vereine, Gesangsvereine, Bühnen und Spieldeelen werden durch die Landesregierung unterstützt, wobei die Förderungsmittel der Landesregierung in der Regel über Verbände gezahlt werden, damit die Beamten nicht in die Versuchung kommen, den kulturellen Wert oder Unwert einer Veranstaltung womöglich selbst beurteilen oder zensieren zu müssen. Dieses Verfahren wurde im Ausschuß einhellig begrüßt. Für Veröffentlichungen in Plattdeutsch gibt es Förderungsmöglichkeiten, über die die Verlage auch jeweils informiert sind.

Es wurde darauf hingewiesen, daß von diesen Möglichkeiten vielfach Gebrauch gemacht werde. Häufig sei dies aber nicht der Fall, weil die Verkaufsobjekte nämlich ohnehin renditeträchtig seien. Deshalb werde kein Zuschußantrag gestellt.

Das **Institut für Niederdeutsche Sprache** in Bremen ist durch das Land Schleswig-Holstein erheblich gefördert worden. Ich darf daran erinnern, daß es ein Landesbeamter war, der an der Gründung dieses Instituts maßgeblich beteiligt war. Dieser Beamte ist noch heute dort tätig. Er ist inzwischen dorthin übersiedelt.

Der Ausschuß hat sich außerdem mit der Frage befaßt — das war in dem ursprünglichen Antrag nicht enthalten —, auf welche Weise denn eigentlich das Plattdeutsche durch die Kirche gefördert werde. Ein Vertreter der Landesregierung, Herr Schumacher, hat auf Bitten des Ausschusses dann noch einmal mit dem Vertreter der Kirche, dem Propst Thies, gesprochen, der bei der Nordelbischen Kirche dafür zuständig ist. Er hat uns dann über dieses Gespräch berichtet.

Vielleicht sollte ich auch erwähnen, daß die Mitglieder des Ausschusses — als Ergebnis dieses Gesprächs — jeweils eine plattdeutsche Übersetzung des Neuen Testaments und des Evangelischen Gesangbuchs erhielten. Dafür sind wir sehr dankbar.

Ich muß noch erwähnen, daß wir uns auch mit den friesischen Sprachen beschäftigt haben. Wir haben uns im Ausschuß klar darüber werden müssen, daß die Schwierigkeiten hier größer sind; denn es handelt sich dabei um eigentliche Sprachen, und sie können deshalb nicht einfach im Deutschunterricht untergebracht werden. Diese Schwierigkeiten sind ja auch bekannt.

(Friedrich [CDU]: Das gilt für das Plattdeutsche auch!)

— Darüber kann man geteilter Auffassung sein. Ich habe aber eben eine Auffassung mitgeteilt, von der ich eigentlich annahm, daß sie im Ausschuß allgemein als richtig anerkannt wird.

Ich habe schon festgestellt, daß wir uns intensiv mit der Förderung der plattdeutschen Sprache beschäftigt haben. Eine weitere Frage wurde von uns angesprochen, ohne daß wir sie diskutieren konnten; wir hatten keine Zeit dazu. Vielleicht sollten wir hier aber auch über diese Frage diskutieren.

Wir müssen uns überlegen, wie es wohl kommt, daß wir uns alle in dem Wunsch so einig sind, diese Sprache zu fördern. Vielleicht sollten wir uns auch Rechenschaft darüber ablegen, was wir eigentlich erhalten wollen, wenn wir diese Sprache erhalten wollen.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat Herr Abgeordneter Neitzel.

Neitzel [F.D.P.]:

Leeve Speelbaas! Lieve Mitsnackers in unse groote Speeldeel, beter bekannt as de Schleswig-Holsteinische Landtag! Wi hebbt hüt wedder en plattdütsch Speel in dat Hoge Haus, nämlich de tweete Optug von de nalaaten Andrag von uns Kolleg Lund över dat „Niederdeutsche Sprachgut“. In de erste Optug hett mien liberale Kolleg Uwe Ronneburger seggt: „Plattdütsch levt!“

(Beifall)

Dat meen ick ook, un dorum kann ick nu Hochdütsch wiedere snacken; ick kann nämlich gor keen Plattdütsch.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Harder hat, wie der Herr Berichterstatter schon mitgeteilt hat, mit Recht darauf hingewiesen, daß man nur dann eine **Heimatsprache** sprechen soll, wenn man sie auch wirklich beherrscht. Es gehört zum deutschen Schicksal — ich darf dazu ein paar persönliche Bemerkungen machen —, daß Heimatvertriebene und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Länder durchlaufen haben, und deshalb konnte sich bei deren Kindern eine Heimatsprache nicht verwurzeln. Das war auch in meiner Familie so. Ich bin gebürtiger Berliner. Wir sind 1948 über die Luftbrücke ausgeflogen worden. Dann haben wir im Sauerland und danach im Ruhrgebiet gelebt, und erst seit 1958 leben wir in Schleswig-Holstein.

(Latendorf [CDU]: Deshalb Sind Sie auch flexibler Liberaler geworden! — Heiterkeit)

— Herr Kollege Latendorf, das kann damit zusammenhängen.

Wenn sich aber die Sprachentwicklung — so etwa im 12. oder 13. Lebensjahr — festigt, dann sollte man nicht noch den Versuch unternehmen, eine Heimat-

(Neitzel)

sprache zu lernen. Ich weiß das sehr genau aus meinen Eiderstedter Erfahrungen. Ein Schulfreund von mir, dessen Vater Pastor in Tetenbüll ist, hat das Platt seines Vaters, der aus Pommern stammt, stets als nicht in die Landschaft passend empfunden.

Und, Herr Kollege Ketels, es hat auch nichts genutzt, daß ich damals — Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre — mit Ihren Töchtern auf Ihrem Hof im Norderhever Koog Mirabellen gepflückt habe. Da war es zu spät, die plattdeutsche Sprache bei mir zu fördern.

(Heiterkeit — Latendorf [CDU]: Für wen war es zu spät?)

-- Das war für mich zu spät, Herr Kollege Latendorf! Ich bedaure das deshalb, weil Mirabellen sicherlich ein gesundes Nahrungsmittel sind, dem ich jetzt nicht mehr so wie damals zusprechen kann.

Meine Damen und Herren, der plattdeutsche Vormann der Sozialdemokraten, unser Freund Paul Möller, und Herr Kollege Schübeler — den ich vielleicht mal als „Latinschen Buur“ bezeichnen darf; er hat ja sogar den Dokortitel — haben sich zusammengesetzt, um zu dem Antrag der Sozialdemokraten einen Kompromiß zu finden. Dieser liegt uns heute vor.

In dieser großen Koalition wollen wir Liberalen natürlich dabei sein. Deshalb werden wir dieser Vorlage zustimmen. Ich schließe deshalb mit den Worten: „Plattdütsch lev, Plattdütsch schall wieder leven!“

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sierks.

Sierks [SPD]:

Leeve Boos! Leeve Kolleginnen un Kollegen! Dat is nu de letzte Red, de ick hier an düsse Sted holen do, und ick frei mi doröber, dat ick dat in Plattdütsch don dörf, denn ick bün Dithmarscher von Geburt un ok ut Gesinnung,

(Beifall)

un wenn ick dor nu ok nich mehr wohnen do, ick dräg ümmer 'n Stück Dithmarschen mit mi in mien Hart.

In de erste Rund hebbt nu Kollegen schnackt ut Lübeck, ut Ostholsteen, ut Kiel, ut Angeln, ut Flensburg un ut Eiderstedt, aber keeneen ut Dithmarschen, un von Dithmarschen is de plattdütsche Spraak überhaupt erst in't Land komen.

(Heiterkeit und Beifall)

— Keen Protest! All dat, wat ick hier seggen do, dat kann ick bewiesen.

(Heiterkeit)

De Dithmarscher Landeszeitung — ick kenn de noch ut mien Jungstied as Heider Anzeiger — hört to de Zeitungen, de ümmer de Wahrheit schrieben deit,

(Heiterkeit und verschiedene Zurufe)

un de het an'n 11. Januar 1978 schreeben — nu mut ick ja Hochdütsch schnacken —: „Schon vor 65000 Jahren lebten im Gebiet des heutigen Schleswig-Holstein Menschen. Dies ergibt sich aus archäologischen Funden, die im Oktober 1977 in einer Kiesgrube bei Schalkholz, Kreis Dithmarschen, gemacht wurden.“

Dat heff ick all ümmer ohnt, dat de ersten Schleswig-Holsteiner ut Dithmarschen komen.

(Heiterkeit und Beifall)

Un — Kolleg Fölster, nich? — wenn de Lüd domols schnackt hebbt, wat hebbt se denn wohl schnackt? Dithmarscher Platt, wat sünst!

(Heiterkeit)

Von uns Dithmarscher hebbt all de dat lehrt, de irgendwo op de Welt Plattdütsch schnacken dot, un ok dat kann ick bewiesen. All de Redners in de ersten Lesung wäen in de Kniep, wo se wohl den Präsidenten benomen kunn'n. Dorbi is dat einfach: dat is de Boos. De Amerikaners hebbt dat ok von uns Dithmarscher öbernomen; bi de heet „Boß“, wokeen öber annere wat to seggen hett.

(Heiterkeit)

Nu to dat, wat de Bildungsutschuß sick utklamüsert hett! Dor ward seker gode Vörsläg makt — de SPD ward dor ok tostimmen —, blots von dat, wat de Schoolmeisters för dat Plattdütsche don schullt, makt man sick wohl 'n beten to grote Hoffnungen. Nu schöllt de Schoolmeisters nich denken, dat no Paul Möller sien Rundslag domols ick ok noch op eer'n Stand inslogen do.

(Heiterkeit)

Dorto heff ick überhaupt keen Ursook; ick heff de besten Lehrers hatt, de sick 'n Jung überhaupt wünschen kunn. De hebbt domols nich ut de Oogen verloren, wat de Dörpschoollehrer Dehning vör hunnert Jahr in Dithmarschen all schreeben hett. Ick heff sien Book mitbröcht; dat is ganz amusant to lesen.

Dor heet dat: „Müchen doch alle Öllern un Lehrer öber all dat Inpauken un all de Wetenschop, wo se ehr Kinner mit vollproppt, ni vergeten, dat de Sorg üm ehr goodes dütsches Gemöt villicht veel mehr Wert hett un ehr später glücklicher makt as all de gelehrte Kram, as all ehr Geld un ehr üterliches Ansehn!“

(Beifall)

Nee, wenn ick dor nich ganz an gläuwen do, denn ut densülbigen Grund, de ok all bi Dehning steiht. An 'n annere Sted heet dat dor: „Wenn een anfängt, plattdütsch to schrieben, den fröher in de School dat Plattdütsch utdreden is, denn denkt he meist hochdütsch un fangt an to öbersetten, un denn ward dor keen Plattdütsch ut.“

(Beifall)

Wokeen nich mit de plattdütsche Sprook opwussen is, de kann dat ok nich richtig vermitteln, ok wenn he dorop studeert hett.

(Sierks)

Dor liggt nämlich de Hund begroben. Plattdütche Lüüd denkt eenfach anners as hochdütche. Uwe Ronneburger hett dat domols an twee Bispeelen op sien feine Art dütlich makt. Dorum brukt wi Schoolmeisters, de mit dat Plattdütche opwussen sünd; denn de hochdütchen bringt de Kinner wohl'n Barg Theorie bi, aber dat rekt nich ümmer för't Leben.

Ok hierför en Bispeel! Dor frog 'n hochdütchen Lehrer in de Rekenstunn: „Auf einem Baum sitzen zehn Raben. Es kommt ein Jäger, schießt einen herunter, wieviel bleiben sitzen?“ Un de Antwort heet denn: „Nach Adam Riese neun, Herr Lehrer!“ Dat is dat theoretische Ergebnis. De plattdütche Lehrer frog: „Wenn tein Kreihen dor op'n Boom sitt, un de Jäger ballert een dorvon dohl, woveel blivt denn noch sitten?“ Denn kriegt he as Antwort: „Gor keen! De annern fleegt weg!“

(Heiterkeit und Beifall)

Dat is dat praktische Ergebnis. Lehrt hebbt wi dat vör föfftig Johr in de Gesamtschool in Dithmarschen.

(Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall)

In unsen Schoolverband wären twee Dörper, un ut beide Dörper wor'n twinnig Kinner in de School henschickt, von'n ersten Johrgang bet to'n letzten. Allerdings — nee, Gisela Böhrk is nich mehr dor — gliieke Bildungschancen kämen dor nich bi rut;

(Beifall)

denn de Deerns güngen acht Johr to School, un de Jungs müssen neegen Johr to School gohn.

(Heiterkeit und Beifall)

Un de wetenschopliche Überlegenheit von de Jungs dordörch — dat eene Johr länger — hett mien Onkel Willem ok günstig to nutzen wußt för sien Beruf. He hett mit Fisch hanneln un mit Grönwaren — as dat damals heet —, un wenn he über de Dörper fohr, denn reep he: „Frische Appelsinen, Stück föffte Penn, söß för'n Mark!“

(Heiterkeit und Beifall)

De Froonslüd hebbt natürlich immer glieks söß köfft, se hebbt an den Vördeel gläuwt, un beide Sieden wären tofreden.

(Heiterkeit)

Dat to de Lehrers, to de Gesamtschool un to gliieke Bildungschancen!

Nu will ick een Stand anspreken, an de de Bildungsutschuß nie dacht hett, dat sünd de Richters. Nu is de Justizminister nich dor; dat makt aber nix, man kann em dat jo vertellen.

Mit Boos Dr. Lemke wär ick vör'n poor Johren in Jugoslawien. Dor hebbt wi hört, dat jedermann dat Recht hett, dat vör Gericht in sien Moddersprook über em verhandelt ward. Nu weet wi ja, dat Jugoslawien so'n Völkerbund is, un mi hett dat düchtig gefullen, wat wi dor so hört hebbt. Dat is doch so, dat wi Plattdütchen vör Gericht ümmer schlechter wegkomt as annere, denn wi schnacken 'n beten langsomer un

sünd woll ok 'n beten behäbiger in'n Denken, un eh wi uns versehen dot, hett so'n hochdütchen Richter uns all verknackt, denn de Hochdütchen künnst sick mit ehr gaue Tung beter rutlegen as wi Plattdütchen.

(Beifall)

Wi Plattdütchen sünd an leevsten uns eegen Richter. Ick kann dor ok 'n Bispeel von vertellen. En Lüttbuer käm dor vöt 't Brett, un de Richter seggt op Hochdütch: „Sie sind angeklagt, die Milch gepanscht zu haben. Wie ist das Wasser in die Milch gekommen?“ De Buer seggt: „Dat weet ick nich, Herr Richter; ick heff dat nich makt, ober op Verdacht hen heff ick erstmal mien Koh verprügelt.“

(Heiterkeit und Beifall)

Noch 'n Hoopen Lüüd künnst för dat Plattdütche 'n ganzen Barg maken, dat is de öffentliche Deenst. Bi Plattdütche ward eenfach nich so veel Wör' makt, dor geiht 'n Verdrag noch mit Handslag vör sick. Wenn ick an güstern denken do, wo öber Entbürokratisierung schnackt wor'n is, denn geiht mi nu noch de Hoot hoch. Dormit ward dat nix, wenn die Hochdütchen dat in de Fingers kriegt.

(Heiterkeit)

Dat ist genau as bi de Kaninken: Wenn du een dot-sloggen hest, sünd all twee niege geboren.

(Heiterkeit)

Dorför heff ick ok 'n Bispeel ut de Tied, as ick noch in de Gemeindevertretung wär. Wenn Goldene Hochtied oder Diamantene Hochtied wär, denn kunn man von'n Ministerpräsidenten 'n Urkunn kreegen, un dat geev ok föfftig Mark. Dat güng denn so: De Gemeinde makt dat jedet Johr in'n Amtsblatt bekannt, un wokeen nu so'n Ehrenurkunn hebben wull, de güng denn in't Gemeindebüro, un dor wor denn erst mal 'n Andrag utfüllt. De güng denn von uns an 't Amt, von'n Amt güng he denn an'n Landrot, un von'n Landrot güng he an de Stootskanzlei. Jedesmal wor de Breef opmakt, afstempelt, immere höhere Amtspersonen hebbt dor ünnerschrieben muß, un denn wor de Breef wiederschickt. Un in de Stootskanzlei wor de Urkunn utfertigt, de Ministerpräsident ünnerschreev, rin dormit in so'n grooten Umslag mit 'n Opdruck „Nicht knicken!“, un denn den ganzen Deenstweg wedder trüch.

(Heiterkeit)

Unsen Landrot in Ratzeburg genög dat nu nich, wat op den Vördruck opstoon dä. He lett em nochmol in de Maschin inspannen un dortoschrieben: „Ich bitte, auch in meinem Namen Glückwünsche zu übermitteln.“

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Op de natte Tour klemm he sick ok noch gau dortwischen, obwohl he keenen Penn dorför rutgeben hett.

(Heiterkeit)

(Sierks)

Un denn güng dat Ganze trüch no't Amt, un denn in de Gemeinde. Von mondags bet fridags möt en anner lostrecken; so'n Gewerkschaftsvertreter hett ja blots sünnobends mol Tied, un sünnobend wär dat denn mien Amt. Mien Fru, de hung den besten Antog rut, ick rin in de Lackschuh, un denn stebel ick los; dörch den Breef von'n Ministerpräsidenten wär ick jo Hoheitsträger.

(Heiterkeit)

Wenn ick bi de Lüd ankommen dä, wär dat philharmonische Orchester all versammelt, uns Föderwehrkapell.

(Heiterkeit)

Dat wärn all Solisten; jeder speel gegen jeden.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Wenn se anfangen to tuten, lägen Hunn'n un Katten de Ohren an un susen dörch dat Lock in'n Tuun af in de Feldmark. Ober för de Minschen wär dat immer en Genuß. Se kunn'n all de Stücken, de nun wedder modern ward, de Badenweiler Marsch,

(Heiterkeit)

un sogar wat von de Beatles kunn'n se speelen: „Mi hebbt se de Klock klaut!“, oder so ähnlich hör sick dat an.

(Heiterkeit)

Un se speelen sogar no Noten. Mitünner harr ick den Indruck, dat se den Fleegenschiet öp de Notenblö'r ok mitspeelen harrn. Dat hör sick meist so an.

(Heiterkeit und Beifall)

De hebbt de Twölftonmusik all speelt, ehe Hindemith dormit berühmt worn is.

Wenn se denn nix mehr in ehren Köcher harrn, käm Bewegung in de Lüd, denn drängelt sick de Rode-Krüz-Schwester dordörch un stell zwischen ehr Feut den Koffer mit Erste-Help-Sooken. Dat wär für de, de dat all 'n poormol mitmocht harrn, dat Teeken, dat dor nu noch 'n Solo käm von unsen Stabstrompeter. Dat wär 'n ollen Strotzenbuer, de harr sick bi Wind und Wetter swor Asthma holt. He intonier denn ünner ganze Kraftanstrengung Variationen öber dat Thema „Man müßte nochmal zwanzig sein.“

(Heiterkeit)

Un wenn he dat überlevt harr, käm mien groten Optritt. Ick mok 'n poor Schred' no vörn, un denn güng dat ungefähr so — ick hol mien Red immer mit Steigerungen bin —: „In'n Nomen von de Gemeindevertretung wünsch ick dat Jubelpoor allens Goode. Mien Kollegen wärn gern all mitkomen und harrn mit jüm all anstött, aber dat mut ick denn nu moken.“ — Un nu kummt de erste Steigerung: „De Landrot, de lett ok gröten!“

(Heiterkeit)

„Un dütt hier“, dat wär denn de dramatische Abschluß, un ick hol de beiden Umsläg hoch, de een mit de groote Urkunn — „nicht knicken!“ — un de anner,

lütte mit de föfftig Mark, un denn segg ick: „Un dütt hier bring ick von'n Ministerpräsident.“

Tja, mit de oolen Lüd is dat jo man nu so, Opa kann schlecht hören, dorför kann Oma schlecht kieken,

(Heiterkeit)

un de Schwiegertochter nähm mi denn beide Umsläg af, un de reep ehr denn noch mol to: „Von'n Ministerpräsident!“ Oma käm op mi to, keek mi an un seggt denn: „Herr Ministerpräsident, wat is dat doch för'n grote Ehr för uns lütt Lüd!“

(Anhaltende Heiterkeit, lebhafter Beifall)

Un denn seggt se noch: „Ja, un Se sehn jo genau so ut as in't Fernsehen!“

(Heiterkeit und Beifall)

Ick kratz mi achter't Ohr un dach: „Ohauhauaha! Wat mokst du nu? Schast du de oolen Lüd verkloren, dat du gar nich de büst, för den se di holen dot?“ Ick kiek mi um, mien Oogen find't den Paster, de schüttelt 'n beten den Kopp, leeg de Finger an de Lippen, un nu weet ick: Mit den Paster sien Segen bliev ick Ministerpräsident.

(Heiterkeit und Beifall)

Denn güng dat grote Nödigen los, all rin in de goode Stuv, Opa un Oma op'n Sofa, de Paster blang Oma, ick blang Opa; dat wär immer so. Denn gäv dat 'n Glas Wien, de Zigarrenkist güng rum, denn worn 'n poor Biller knipst, un denn säh ick, dat Opa den groten Umslag in de Hand harr, un Oma harr den lütten. Dat wär ok all ünner so.

(Heiterkeit und Beifall)

Denn säh ick, dat de Paster Oma ünner wat in't Ohr flüstern dä, un denn duer dat ok gor nich lang, denn sprüng he op un segg lut: „Op veelfachen Wunsch wüllt wi nu all tosom noch en Choral singen.“ Denn kämen all de Froonslud rin in de Stuv, Opa mark Mūs, stemm sick hoch, tucks mi 'n beten an'n Ärmel, un wi wöhlen uns denn dörch na de Kök. Un as in de Stuv de gemischte Chor — de Paster mit all de Froonslud — dat Leed anstimmt „Befehl du meine Wege“, hebbt wi bi jeden Vers twee Köm drunken.

(Heiterkeit)

De Choral hett twölf Strophen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wat ick an so'n Tag in mi rintüttern mut, dor kunn dat ganze Kabinett dreemal 'n Betriebsutflug von moken.

(Heiterkeit und Beifall)

Also, Klaus Matthiesen, dat eene will ick di seggen: Ministerpräsident to wän, dat is 'n swores Amt.

(Heiterkeit)

Dr. Lemke, Dr. Stoltenberg un ick, wi künn't dor 'n Leed von singen.

(Stürmische Heiterkeit und Beifall)

(Sierks)

Nu hett so'n hochgestellte Persönlichkeit jo 'n Anrecht dorop, mit Blaulicht transporteert to warn. Dormit ick mi bi't Nohusgohn nich op die Hann'n pedden dä, hett dat bi mi de Föderwehrsprütt besorgt.

(Heiterkeit)

Dat is nu ober all fief Jahr her, un vör veertein Dag wärn wi Mannslüd mit de Schüffel all tosom dorbi, den Schoolweg von'n Schnee frietomoken. Dorbi heff ick denn een'n von de Gemeindevertretung frogt, ob dat ümmer noch so is as fröher. „Nee“, segg he, „dat is nu all anners worn. Dat is nu all entbürokratisiert.“ „So“, segg ick, „wie geiht dat denn nu?“ — „Jo“, segg he, „dat geiht nu so: De Gemeinde brukt dat nich mehr an't Schwarte Brett slogen un in'n Amtsblatt bekannt to moken; de Computer in Kiel, de schrievt uns dat rechttiedig.“ — „So“, segg ick, „un denn?“ — „Jo“, segg he, „dann ward 'n Andrag utfüllt, de geiht no't Amt,

(Heiterkeit)

von't Amt no'n Landrot,

(Heiterkeit)

un an de Stootskanzlei,

(Heiterkeit)

un op düssen Deenstweg, as dat hengohn is, komt dat wedder trüch, un de Beamten meent, dor kunn man nich op verzichten. Un denn is noch wat anners worn.“ Ick segg: „Du mokst mi neegierig, wat denn?“ — „Jo“, segt he, „de föfftig Mark giff dat ok nich mehr,“

(Heiterkeit)

„de het woll de Computer opfreten.“

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Also mien Vörslag is, dat dor mehr Plattdütche in de Verwaltung instellt ward; de sind nich so'n Umstandskrämer.

Hier lücht de rood Lamp op; toletzt noch dütt: Acht Jahr heff ick dat hier nu mitmakt. Mi hett 'n Barg gefullen. Aber dat hett ok nich wenig geben, wat mi gor nich gefullen hett. Dat geiht mi nich alleen so, ok veel von de, de dor boben op'n Bö'n sitt, un ok de, de buten tokieken un tohört hebbt.

Eenige von de Volksvertreterers sünd bi dat Beleidigen von de politischen Gegners so vigelinsch, dat man ehr schwor bikomen kann. Ungefähr no dütt Muster: Dor seggt een: „Dat halwe Parlament besteht ut Dösköpp!“ Denn ward he to Ordnung ropen, un denn seggt he: „Ick nehm dat trüch; dat halwe Parlament besteht nich ut Dösköpp!“

(Heiterkeit)

Ober dat giff ok welk, de smiet den annern Grofheiten an'n Kopp un sett em vör all Lüd in sien Ehr rünner. Dat is to'n Schaden, meen ick, för dat ganze Parlament. As dat hier vör twee Jahren in mien Partei so mokt worn is, heff ick mi tosom mit 'n poor Kollegen dorgegen wehrt. Mitünner wär dat god west, wenn dat bi de annern Parteien ok so makt worn wär.

Nu will ick mi hier nich as Moralapostel öber annere opspeelen; dat giff Minschen, de mokt eben allens richtig. Ick hör leider nich dorto. As ick vörn'n poor Jahren hier in'n Landtag öber Arbeitsschutz un Arbeitsmedizin mit de Regeerung streden heff, dor käm Dr. Kunigunde un hett bewiest, dat se von Medizin mehr verstohn dä as ick un ick op'n verkehrten Dampfer wär. Domols wär ick 'n ganz opperegten Bückel un heff ehr ümmer wedder stört. Ober noher heff ick mi entschulligt, un obends bi dat Eten von'n Städtebund kreeg Dr. Bachl von mi 'n Handvoll Blumen för de Unbill, de ick ehr andon harr. So kann man ok mit 'nanner umgohn, meen ick.

(Beifall)

Dormit schall dat nu good we'n.

Unsen groten dütschen Stootsmann Konrad Adenauer hett domols, as he sien Bundeskanzleramt dollegen dä, to de Abgeordneten seggt: „Ick heff mi bi all to bedanken, bi de eenen mehr, bi de annern weniger.“ Ick meen dat ok so. Un wenn dat nich to unbescheiden is, denn künn villicht för all de, de in Tokunft hier för Schleswig-Holstein instohn möt, de Wohlspruch von mien Dithmarscher Familn lütt beten de inwendige Richtung wiesen: Wohrhaft, wehrhaft, acht' dien Slag!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Lieber Herr Kollege Jan Sierks, Sie haben an dem Beifall gehört, wie wir alle Ihnen danken und wie uns durch Ihre Ansprache in allen ihren einzelnen Teilen wirklich zu Bewußtsein gekommen ist, wie eng wir durch unser Land, aber auch durch die Sprache, die wir vielleicht nicht so sprechen, die wir aber genau verstehen, verbunden sind.

Herzlichen Dank für Ihre Worte!

(Beifall)

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Schübeler.

Dr. Schübeler [CDU]:

Mien' leewe Kollegen! Mi dücht, Jan Sierks hett dat hier wiest, wo dennich dat togahn deit, wenn man mit dat Plattdütche op de een Siet Spaaßiges vertellt un op de anner Siet ok wat Ernsthäftiges seggt.

De letzte Worden, leewe Kolleg' Jan Sierks, sünd, glöv ick, all to Harten gahn, blots as Se seggt hebbt, dat wi dat all vun de Dithmarscher lehrt hebbt, dor heff ick an mien School dacht. Ick heff jo ok so'n Enn vun de Dithmarscher Landschop in mien Wahlkreis, un de hett mi ok op Dracht bröcht, wat dat Plattdütche anlangen deit.

Sühst wull, nu will ick ok ganz kort, wiel dat all so laat is, noch dat vordragen, wat wi meen'n doot.

Wi hebbt jo 'n Andrag vörliggen, un dor hebbt wi seggt: Dat, wat bitherto vun de Landesregeerung doon is, is god we'n för dat Plattdütche, se shall dat wieder-

(Dr. Schübeler)

maken. Blots, wi hebbt an't Enn hentosett — un dor hebbt wi dat ernsthaftig mit meent —: Wenn nich jed'een 'n lüttje bet dorför sorgen deit, dat wi ok ünner'nanner dat Plattdütsche mehr bruken, dann ward dat nix Richtiges. Un dorto hebb'n wi seggt: Wi süll'n all dorto bidragen, dat wi ünner'nanner ok 'n lütt beten mehr Plattdütsch schnacken doon. Un as Jan Sierks dat makt hett, wüll't wi all öben.

Ick meen allerdings nich, dat dat blots de öben sull'n, de dat all vun Huus ut lehrt hebbt; mi dücht, ok de künn't sick mol 'n lütt beten öben, de dat noch nich so richtig doon künn. De künn dat dann jo ok mol lern'. Dat is mien Meenung dorto.

Nu lat mi denn noch een hentosetten. Mi dücht, wenn wi nu in uns' Volksbildungsutschuß tohoppen sett hebbt un hebbt dor vorsöcht, ut de Andrag wat to maken, dann harr'n wi jo all 'n lütt beten hiervun mitkreegen, dat dat vellich gor nich wat Ördliches warr'n kunn. Paul Möller hett hier jo seggt: Wenn dat de Lehrers erst in de Fingern kreegen, denn bün ick 'n lütt beten twiefelhaft, ob dat wat Vernünftiges warr'n kunn.

Wi hebbt denn ok 'n poor Sachverständigen dortholt, blots, nu mutt ick meist seggn: Een vun jüm Sachverständigen, de hebbt ji uns verheimlicht vun de SPD; dat wär jo nu Jan Sierks west, den harr'n ji jo ok mitschicken kunn.

(Beifall)

Dormit will ick gor nich andüden, dat ji sünst noch wat verheimlichen doot; dormit will ick gor nich andüden, dat ji em vellich ok för wat anners harr't vörseh'n kunn't. Dat is ju Saak, dat is nich mien Saak. Aber Paul Möller hett jo seggt: Sied man vörsichtig, dat wat Vernünftiges dorbi rutkümmt, un schnackt nich so veel. Schnackt vör all'n Dingen nich so veel, wie ji sünst immer hier dat Parlament 'n lütt beten lang opholen doot.

Wi wüll'n uns doran holen, un ick heff denn ok all 'n lütt beten 'n Word funnen, wat dorto passen deit. Da steiht hier in dat Niege Testament, wat wi jo nu all vun de Nordelbische Kark kreegen hebb'n in uns Volksbildungsutschuß. Dor steiht bi Matthäus 5 in de Vers 37 — nebenbi: dat kümmt glieks achter de Bargpredigt, Kolleg' Matthiesen, aber dormit will ick ok nix seggt hebb'n —: Seggt ji jo, denn süllt ji uk jo meen'n, seggt ji nee, denn mutt dat ok nee we'n.

Un doran wüll'n wi uns holen. Deshalb wüll'n wi ok hier ganz kort opholen, düssen Andrag to behanneln. Deshalb wüll'n wi all düssen Andrag tostimmen, dormit dat mit dat Plattdütsche bargop gahn deit.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Möller!

Möller [SPD]:

Herr Präsident! Miene leeven Kolleginnen un Kollegen! Ick will dat ok ganz kort maken. Ick will bloß noch ne Bemerkung maken.

De Landdag geiht jo to Enn, un dat is jo hier all seggt wor'n. Ick bün in de Utschuß mit west, un dor is jo ok wull wat Vernünftiges bi rutkamen. Wi hebbt jo jüm dat Feld ni alleen överlaten. Wenn ick den Dag hüt togrunn'leggen do, dor hebbt se dat Feld jo allwedder beherrscht, de Lehrers.

(Heiterkeit)

Aber dor is ok nix bi rutkamen.

(Heiterkeit und Beifall)

Den ganzen Dag nich!

Aber ick will noch eene Bemerkung maken to'n Schluß: Wi hebbt jo 1968 de Geschäftsordnung hier in'n Landdag ännert, un sietdem hebbt wi hier de Aktuelle Stunn. Bloß, ick stell nu fast, dat dor de Landdag gor keen Gebruk mehr vun maken deit, denn een's mutt ick ji mol ganz düdlich seggn — dat geiht in miene Fraktion so, dat ward in de Regeerungsfraktion so we'n —: Wenn de Vörsittende in de Fraktionsitzung dat opropen deit, Thema för de Aktuelle Stunn, denn kiekt de sick all grot an; de Lehrers, de kiekt ünner'n Disch, un de Juristen, de kiekt in de Luft, denn dat sünd jo dejenigen: wenn se irgendwat hör'n doot vun de Regeerung oder vun de annern Fraktionen, denn verleert se meist de Schau, denn sünd se all los un veröffenlicht den Senf. Insofern hebbt se denn ok ni mol mehr wat för de Aktuelle Stunn.

De Regeerung makt jo ok veel verkehrt, aber dat ward jo all in'n Blätterwald vörher utneinpeert, statt dat dat naher hier mol vernünftig in Fief-Minuten-Bidrag utdragen ward.

Fröher hebbt wi dor jo regen Gebruk vun makt, hauptsächlich, as de Kolleg' Bünemann noch hier wär; dat wär'n bannigen Kerl.

(Heiterkeit)

De hett sick bannig betalt makt in de Aktuelle Stunn.

Aber ick wör nu mol vorschlogen — un dat meen ick nu ganz ernst —: De näste Landdag, de schull ok mol överleg'n, wenn nu wat aktuell is un wenn dat g'rad so hinpassen dö', dann schull'n wi ok mol in Plattdütsch ne Aktuelle Stunn afholen.

(Beifall)

Denn harr'n wi vellich nich so veel Redners, aber mancher een, de müßt sick vellich 'n beten Mōj geben, un de Lehrers ward dann bestimmt nich den Vörtoch hebbn bi de Aktuelle Stunn.

Insofern, glöv ick, hett düsse Andrag, den mien Fraktion hier inbröcht hett un den wi all gemeinsam tostimmen doot, doch wat för sick hatt, un mien Fraktion stimmt ok den Utschußbericht to.

Övrigens mutt ick to'n Schluß seggn: Wi schullt man nu in'n Wahlkampf all 'n beten vernünftig we'n un nich höger klettern, as de Ledder is.

(Heiterkeit)

(Möller)

Insofern, glööv ick, drägt de plattdütsche Spraak so'n lütt beten darto bi, dat wi all so'n lütt beten — egol, vun welcher Fraktion — op Tuchföhlung gahn.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Abgeordneter Ketels!

Ketels [CDU]:

Uns Präsident! Miene leeven Landslüd! Ick glööv eegn'lich, dor is all g'noog snackt wor'n vun Dag, un mien Klock is ok all Söben. Un beter maken kann dat ok wull keener, as dat hier jo vun Dag vödragen is.

Dorum will ick man seggn: De Letzte bitt de Hund, un denn sett ick mi man daal.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Herr Minister Flessner!

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Mien' leeven Präsident! Mien' leeven Landslüd! Mi bitt de Hund. Ick bün de Letzt.

Mien' leeven Kollegen, för de Regeerung möch ick seggn: De Utschußarbeit hett uns ok gefullen; se hett ni mehr veel mehr bröcht as dat, wat uns'n Baas domals hier vertellt hett.

Dor stünd 'n ganzen Barg Saaken dorbi, die wi in de Vergangenheit all makt liebt. Wi wüllt ok in'e Tokunft 'n ganzen Barg doon. Ick will seggn: Wi hebbt god tohört, wat wi hier an Vörschläg' kreenen hebbt, un wi ward se uns to Harten nehmen.

To Harten nehmen ward wi uns ok dat, wat annerletzt Paul Möller seggt hett, Hans Alwin Ketels un hüt Jan Sierks. Vellich wör dat ganz god, dat wi in de letzte Stünn, an'n letzten Dag, ok mol op düsse Art 'n Punkt makt hebbt.

Nu ward mennich'een ni wedder dorbi sien, wenn wi uns dat näste Mal tosamensett. Un dorbi kiek ick denn wedderan op Jan Sierks. Ick möch em för de Regeerung danken. Wenn he hier snackt hett, hett dat immer Hand un Foot hatt. He wär 'n Kerl, wie he in uns Land paßt, un uns deit dat bannig leed, dat du nich wedderkummst, Jan Sierks!

(Lebhafter Beifall)

Hol de Ohren stief un bliev, as du büst!

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke:

Wir müssen nun über den Antrag auf Drucksache 8/1930 abstimmen. Die Beschlußempfehlung des Volksbildungsausschusses ist Ihnen allen bekannt. Wer zu-

stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, das war ein versöhnlicher Ausklang. Wir sind am Ende dieser Sitzung und damit auch am Ende der letzten Tagung der 8. Legislaturperiode unseres Landtags.

In diesen Tagen blicken wir auf vier bewegte Jahre gemeinsamer Arbeit zurück. Wir sind gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserem Land, für dessen Sicherheit, für den Schutz der Umwelt, für das Leben in der Familie, in der Schule, im Beruf, in der Gemeinde und für die Entwicklung der Wirtschaft schlechthin eingetreten.

In diesen vier Jahren hat der Landtag bedeutende Aufgaben — er hat, meine Damen und Herren, immer noch namhafte Kompetenzen — erfüllt. In der Gesetzgebung, in der politischen Diskussion, in der Kontrolle der Regierung haben seine Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes trotz politischer Kontroversen, trotz harter Auseinandersetzungen, trotz gegenteiliger Auffassungen dennoch mit Erfolg einen gangbaren Weg zum Wohl der Menschen in unserem Land gefunden. Ich erinnere an das Schulgesetz, an das Gesetz zur Änderung der kommunalen Verfassung, an das Hochschulgesetz, an den Datenschutz, an die Krankenhausplanung, an den Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze und an die Diskussionen über die Chancen der jungen Generation, die ja, wie wir wissen, ebenso von der technologischen Entwicklung wie von der Struktur unserer Wirtschaft abhängig sind.

Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen. Der Umfang der Arbeit ist uns bekannt, und die Tatkraft aller Abgeordneten wird deutlich in den Protokollen, in den Drucksachen des Landtags; wir wissen es. Aus nüchternen Zahlen ist eindrucksvoll zu entnehmen, was in diesen vier Jahren von allen geleistet worden ist.

Die Politik bestimmt unser Schicksal. Sie gestaltet das Leben des einzelnen und der Gemeinschaft. Deshalb ist es gut, daß die Einstellung der Menschen zur Politik umfassender, wenn auch kritischer geworden ist. Wir stellen uns der kritischen Meinung unserer Wähler stets aufs Neue. Dieser Landtag kann vor den Menschen in Schleswig-Holstein bestehen.

Dieser Landtag war ein arbeitsames Parlament. Politische Auseinandersetzungen wurden — das darf ich einmal feststellen — im allgemeinen fair geführt. Unser Landtag gehört nach Meinung objektiver Beobachter zu jenen Parlamenten, denen Kritiker deshalb den Respekt nicht versagen. Das liegt darin begründet, daß — so meine ich — Realitäten erkannt worden sind und Bescheidenheit praktiziert worden ist. Auch das möchte ich Ihnen allen einmal sagen.

Nun werden mit dem Ablauf dieser Legislaturperiode einige Freunde und Kollegen nicht hierher zurückkehren. Im Abschied liegt immer etwas Wehmut; das wird auch jetzt so sein, denn ich sprach bewußt von guten Freunden und guten Kollegen.

Nach zwölfjähriger Tätigkeit scheiden Siegfried Loose und Carl Friedrich Schoof aus. Nach achtjähriger Mitarbeit im Landtag wollen Hans Ingwersen,

(Präsident Dr. Lemke)

Hans Schwalbach und Jan Sierks ihre parlamentari-
sche Tätigkeit beenden. Nach vier Jahren Mitglied-
schaft kehrt Ehrenfried Weidemann nicht in den Land-
tag zurück. Nicht wieder kandidieren wollen auch
Herbert Nonnsen und Dieter Bechthold. Es ist mir ein
Bedürfnis, diesen Parlamentariern zu danken.

(Anhaltender Beifall)

Ich danke Ihnen auch im Namen unserer Bevölke-
rung, die wir alle hier repräsentieren, für den viel-
fältigen Einsatz, aber auch für die Kollegialität, die
Sie uns bewiesen haben. Sie haben sich Verdienste um
unser Land erworben und verdienen deshalb unsere
Achtung. Sie haben daran mitgewirkt, daß das mensch-
liche Verhältnis der Abgeordneten zueinander nie un-
ter den notwendigen parteipolitischen Auseinander-
setzungen gelitten hat.

Für uns alle war der Wille, unserem Land und seiner
Bevölkerung zu dienen, die entscheidende Triebkraft
unseres parlamentarischen Wirkens. Das gilt insbe-
sondere gerade für diejenigen Kollegen, die jetzt aus-
scheiden. Ich darf meinen persönlichen Dank mit aller
Herzlichkeit an diese Kollegen anschließen.

Der neue Schleswig-Holsteinische Landtag wird am
29. April gewählt. Der Wahlkampf hat begonnen, die

politischen Parteien werben um die Stimmen der Bür-
ger. Die stärker werdende Polarisierung politischer
Standorte kann eine Gefahr bedeuten, wenn Ausein-
andersetzungen auch um den Preis der Verteufelung
des politischen Gegners geführt werden, übrigens et-
was, was unsere Mitbürger gar nicht schätzen. Ich
appelliere an alle, die in den nächsten Wochen den
Wahlkampf in unserem Land bestreiten, Argumente,
die Darstellung des eigenen Wollens, die persönliche
Fairneß und die politische Toleranz zur Form der Aus-
einandersetzung werden zu lassen.

Mit diesem Wunsch, mit dieser Hoffnung beende ich
die 30. und letzte Tagung der 8. Legislaturperiode un-
seres Landtags.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen guten
Heimweg.

(Lebhafter Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.08 Uhr